Meinungsbild der Landwirte im Landkreis Hildesheim-Marienburg und der kreisfreien Stadt Hildesheim zum Strukturwandel in der Landwirtschaft

Dissertation
zur Erlangung des sozialwissenschaftlichen
Doktorgrades der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität
zu Göttingen

vorgelegt
von

Kord Rautenberg
aus Hildesheim

1976

Göttingen 1977

Meinungsbild der Landwirte im Landkreis Hildesheim-Marienburg und der kreisfreien Stadt Hildesheim zum Strukturwandel in der Landwirtschaft

Dissertation
zur Erlangung des sozialwissenschaftlichen
Doktorgrades der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität
zu Göttingen

vorgelegt
von

Kord Rautenberg
aus Hildesheim

Göttingen 1977

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Berichterstatter: Professor Dr. M. E. Graf zu Solms-Rödelheim

Mitberichterstatter: Professor Dr. H. P. Bahrdt

Tag der mündlichen Prüfung: 3. November 1976

Inhaltsverzeichnis

Seite

Verzeichnis der Übersichten VII

Verzeichnis der Schaubilder und Karten XI

1. Einleitung 1

2.1. Ursachen des Strukturwandels in der Landwirtschaft 4

2.2. Einige Daten zum Strukturwandel und zur Ertragslage der Landwirtschaft 12

2.3. Theoretische Ansätze zur Erfassung der Probleme des gesellschaftlichen Wandels 19

2.4. Das Untersuchungsgebiet 27

2.4.1. Teilräume 27

2.4.1.1. Bördegebiet (Teilraum I) 29

2.4.1.2. Verdichtungsraum (Teilraum II) 29

2.4.1.3. Innerstetal (Teilraum III) 29

2.4.1.4. Nordgemeinden (Teilraum IV) 30

2.4.1.5. Ambergau (Teilraum V) 30

2.5. Die angewandten Methoden der Untersuchung 32

2.5.1. Das schriftliche Interview 36

2.5.2. Das mündliche Einzelinterview 37

2.5.3. Die Gruppendiskussion 39

3.1. Die sozialökonomische Struktur der Landwirtschaft im Untersuchungsraum 45

3.1.1. Die Grundgesamtheit 45

3.1.2. Betriebsgrößen-, Eigentums- und Anbaustruktur 48

3.1.3. Viehhaltung 49

Seite

3.1.4. Subjektive Einschätzungen der Kauf- und Pachtmöglichkeiten von Boden 52

3.1.5. Beabsichtigte Veränderungen der Betriebsgrößen in den nächsten 5 Jahren 58

3.1.6. Betriebsaufgabebereitschaft unter Voraussetzungen 6o

3.1.7. Überbetriebliche Zusammenarbeit und Gemeinschaftsproduktion 64

3.1.8. Altersstruktur der Betriebsinhaber 69

3.1.9. Aufteilung der Arbeit in betriebliche und außerbetriebliche Tätigkeit 71

3.2. Beurteilung der Bestehenschancen des eigenen Betriebes durch die hauptberuflichen Landwirte 74

3.2.1. Einschätzung der Frage, ob in Zukunft bei gegebenenfalls durchgeführten Betriebserweiterungen die Einkommen im eigenen Betrieb den allgemeinen Einkommenssteigerungen entsprechen werden 76

3.2.2. Beibehaltung des landwirtschaftlichen Haupterwerbs bei Realisierungsmöglichkeit eines höheren außerlandwirtschaftlichen Einkommens 89

3.2.3. Wohnortwechsel zum Zwecke der Ausübung eines anderen Berufes 93

3.2.4. Mögliche Umschulungsbereitschaft der Landwirte 95

3.3. Hofnachfolger 98

3.3.1. Berufliche Tätigkeit der Hofnachfolger über 2o Jahre 1o3

3.3.2. Hauptberufliche und nebenberufliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe durch den Hofnachfolger 1o6

3.3.3. Eventuelle Auflösung der landwirtschaftlichen Betriebe nach dem Ausscheiden des Betriebsleiters aus der Landwirtschaft 1o8

3.4. Herkunft und Tätigkeit der Ehefrauen der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber 114

3.4.1. Herkunft der Ehefrauen der Betriebsinhaber - alle Dörfer - 114

3.4.2. Tätigkeitsfeld der Ehefrauen der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber 117

3.5. Berufsausbildung und Betriebsberatung 12o

3.5.1. Berufsausbildung der Betriebsleiter 12o

3.5.2. Vorhandene und beabsichtigte Berufsausbildung der Hofnachfolger 126

3.5.3. Landwirtschaftliche Beratung 128

3.6. Zusammenfassung der Ergebnisse aus den dem schriftlichen Interview zugrundeliegenden Fragen und Schlußfolgerungen 132

4. Ergebnisse der mündlichen Interviews und der Gruppendiskussionen 139

4.1. Stellungnahmen von Landwirten zur Situation in der Landwirtschaft 143

4.1.1. Meinungen zur allgemeinen Situation der Landwirtschaft 144

Seite

4.1.2. Die geforderten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der Landwirtschaft 15o

4.1.3. Meinungen der Landwirte bezüglich der Berechtigung von Preiserhöhungen landwirtschaftlicher Produkte, auch wenn bei diesen ein Überangebot vorliegt 154

4.2. Meinungen zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm 165

4.2.1. Das einzelbetriebliche Förderungsprogramm 165

4.2.2. Die Meinungen der Befragten zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm 171

4.2.3. Begründungen 181

4.3. Kooperationsbereitschaft 195

4.3.1. Sozialökonomische Aspekte betrieblicher Kooperationen 195

4.3.2. Kooperationsbereitschaft der Landwirte im Hildesheimer Untersuchungsgebiet 2o1

4.4. Das soziale Verhältnis der bäuerlichen Bevölkerung zu den anderen Teilen der Gesellschaft 21o

4.4.1. Meinungen zur Notwendigkeit der Einordnung und Anpassung der Landwirte in/an die Gesamtgesellschaft 212

4.4.2. Meinungen zur allgemeinen Bildung für die Kinder der Landwirte 229

Seite

4.4.3. Meinungen der Landwirte zu Änderungen des Bodenrechts 235

4.5. Zusammenfassung der Ergebnisse des mündlichen Interviews und der Gruppendiskussionen 244

5. Sozialtheoretische Schlußanalyse 252

Anhang A_1 - Die Betriebsstruktur der Teilräume im Vergleich (Durchschnittswerte) 257

Anhang A_2 - Aufteilung der Arbeit im eigenen Betrieb bzw. außerhalb des eigenen Betriebes 261

Anhang A_3 - Berufsausbildung der Betriebsleiter - alle Dörfer - 263

Anhang B_1 - Art der außerbetrieblichen Tätigkeiten - alle Dörfer 265

Anhang B_2 - Die außerlandwirtschaftlichen Berufe der Hofnachfolger über 2o Jahre - alle Dörfer 269

Anhang B_3 - Berufe der Väter von den Ehefrauen der Landwirte - alle Dörfer 271

Anhang C_1 - Berechtigungen von Preiserhöhungen durch die Regierung für landwirtschaftliche Produkte, die im Überangebot vorhanden sind? 273

Anhang C_2 - Meinungen zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm 277

Anhang C_3 - Meinungen zur Einordnung der Landwirtschaft in die Gesamtgesellschaft 286

Anhang C_4 - Meinungen zu Änderungen des Bodenrechts 294

Seite

Anhang D - Liste der ausgewählten Dörfer mit Anzahl der Einwohner und Vollgeschäftigten in der Landwirtschaft (ohne Haushaltstätigkeiten) 297

Fragebögen 299

Literaturverzeichnis 3o6

Lebenslauf 314

Verzeichnis der Übersichten

Seite

Übersicht 1: Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der BRD nach Größenklassen 12

Übersicht 2: Adressaten und Antworten in den Teilräumen 45

Übersicht 3: Aufteilung der Antworten in den Dörfern ohne mündliche Interviews auf die Teilräume 46

Übersicht 4: Durchschnittliches Pacht/LN-Verhältnis im gesamten Untersuchungsgebiet 48

Übersicht 5: Viehhaltung 51

Übersicht 6: Subjektive Einschätzungen der Kauf- und Pachtmöglichkeiten 53

Übersicht 7: Beabsichtigte Veränderungen der Betriebsgrößen für das gesamte Untersuchungsgebiet 59

Übersicht 8: Betriebsaufgabebereitschaft unter Voraussetzungen 61

Übersicht 9: Überbetriebliche Zusammenarbeit und Gemeinschaftsproduktion 65

Übersicht 1o: Altersstruktur der Betriebsinhaber 69

Übersicht 11: Anwendung des χ^2 -Tests auf den Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Einschätzung der zukünftigen Einkommenschancen im eigenen Betrieb (Dörfer ohne mündliche Befragung) 77

Übersicht 12: Einschätzung der Landwirte, ob sie in ihrem Betrieb gegebenenfalls durch Betriebserweiterungen an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen können 8o

Seite

Übersicht 13: Einschätzung der Landwirte , ob diese in ihrem Betrieb gegebenenfalls durch Betriebserweiterungen an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen können - unterteilt nach Teilräumen - in Prozent - alle Dörfer 82

Übersicht 14: Zusammenhang zwischen Alter der Landwirte und Einschätzungen der Chancen, an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen zu können - χ^2 -Test - alle Dörfer 86

Übersicht 15: Zusammenhang zwischen Alter der Landwirte und Einschätzungen der Chancen, an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen zu können - in Prozent - alle Dörfer 88

Übersicht 16: Beibehaltung des landwirtschaftlichen Hauptberufes bei Realisierungsmöglichkeit eines höheren außerlandwirtschaftlichen Einkommens - alle Dörfer - Betriebe von 5 bis 7o ha 9o

Übersicht 17: Prozentuale Verteilung der Meinungen hinsichtlich der Beibehaltung der hauptberuflichen Bewirtschaftung bei Realisierungsmöglichkeit eines höheren außerlandwirtschaftlichen Einkommens 91

Übersicht 18: Bereitschaft zum Wohnortwechsel zwecks Ausübung eines anderen Berufes 94

Seite

Übersicht 19: Mögliche Umschulungsbereitschaft der Landwirte 95

Übersicht 2o: Prozentualer Anteil der bis zu 4o Jahre alten Landwirte, die schon einmal daran gedacht haben, an einem Umschulungslehrgang teilzunehmen - - nach Betriebsgrößen - 97

Übersicht 21: Hofnachfolger 1oo

Übersicht 22: Berufliche Tätigkeit der Hofnachfolger über 2o Jahre - alle Dörfer - 1o3

Übersicht 23: Hauptberufliche und nebenberufliche Bewirtschaftung der Betriebe durch den Hofnachfolger - alle Dörfer - 1o6

Übersicht 24 a: Eventuelle Auflösung des Betriebes bei Ausscheiden des Betriebsinhabers aus der Landwirtschaft - alle Dörfer - 1o9

Übersicht 24 b: Eventuelle Auflösung des Betriebes bei Ausscheiden des Betriebsleiters aus der Landwirtschaft - Betriebe zwischen 1o und 4o ha, aufgeteilt nach Altersgruppen insgesamt - alle Dörfer - 111

Übersicht 25: Beruf des Vaters der Ehefrauen der Betriebsinhaber - alle Dörfer - 115

Übersicht 26: Tätigkeitsfeld der Ehefrauen der Betriebsinhaber - alle Dörfer - 117

Übersicht 27: Anteilswerte der ausschließlich im Haushalt beschäftigten Ehefrauen, getrennt nach Teilräumen - alle Dörfer - 119

Übersicht 28: Vorhandene und beabsichtigte Berufsausbildung der Hofnachfolger - alle Dörfer, in Prozent - 126

Seite

Übersicht 29: Anteilsmäßige Inanspruchnahme der landwirtschaftlichen Beratung - alle Dörfer - 129

Übersicht 3o: Was muß die Regierung tun, um die Lage der Landwirtschaft zu verbessern? 151

Übersicht 31: Sollen die Erzeugerpreise auch dann erhöht werden, wenn die landwirtschaftlichen Produkte im Überangebot am Markt vorhanden sind? 154

Übersicht 32 a: Sind Agrarpreissteigerungen selbst bei Überangebot berechtigt? Einteilung nach Leitgesichtspunkten 159

Übersicht 32 b: Häufigkeit auf ähnlicher Argumentation beruhender Leitgesichtspunkte 162

Übersicht 32 c: Zusammenstellung der Begründung nach markt- bzw. nichtmarktwirtschaftlicher Vereinbarkeit 163

Übersicht 33: Die Meinungen der Befragten zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm 172

Übersicht 34: Anteilsmäßige Aufteilung der Meinungen zur Investitionsförderung in ausgewählten Dörfern 174

Übersicht 35: Einteilung der Meinungen zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm nach Leitgesichtspunkten 182

Übersicht 36: Einteilung der Leitgesichtspunkte zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm nach Betriebsgrößen 188

Übersicht 37: Anteilsmäßige Aufteilung der Meinungen zur Notwendigkeit der Einordnung und Anpassung der Landwirte in die Gesamtgesellschaft 213

Seite

Übersicht 38: Einschätzung der Landwirtschaft nach ihrer Bedeutung gegenüber den anderen Gesellschaftsteilen 219

Übersicht 39: Schüler an allgemeinbildenden Schulen nach beruflicher Stellung des Familienvorstandes - Ergebnis des Mikrozensus 1972 - 231

Übersicht 4o a: Zusammenstellung der Meinungen zum Bodenrecht 239

Übersicht 4o b: Nach Grundeinstellungen zusammengefaßte Leitgesichtspunkte zu einem neuen Bodenrecht 24o

Verzeichnis der Schaubilder und Karten

Schaubild 1: Grundrichtungen des internationalen sektoralen Strukturwandels 5

Schaubild 2: Grundrichtungen des interregionalen sektoralen Strukturwandels 5

Karte 1: Das Untersuchungsgebiet 28

Karte 2: Dörfer mit mündlichen Interviews 33

Karte 3: Dörfer mit Gruppendiskussionen 35

Karte 4: Eingrenzung der Dörfer mit vorwiegend katholischer Bevölkerung 222

1. Einleitung

Es bestehen unter Wissenschaftlern und Politikern heute kaum noch Zweifel, daß sich die Landwirtschaft in einem tiefgreifenden Umwandlungsprozeß befindet. Ursache dafür sind einmal die andauernden gesamtwirtschaftlichen Strukturveränderungen, die zwangsläufige Folge einer sich im Wachstum befindlichen Marktwirtschaft sind. Von außen einwirkende, sich im Fluß befindliche soziale Einflüsse führen aber auch zu sozialem Wandel in der Landwirtschaft. Der ökonomische Einfluß geschieht vor allem durch den technischen Fortschritt, der zur Folge hat, daß immer weniger Landwirte immer mehr erzeugen können. Bei der realistischen Annahme konstanter, vielleicht auch schrumpfender Bevölkerung in der Bundesrepublik und begrenzten Möglichkeiten zur Ausweitung des Exports landwirtschaftlicher Produkte besteht die andauernde Tendenz zu Überschüssen und damit sinkenden Preisen. Daraus ergibt sich die Konsequenz, daß eine Arbeitskraft in der Landwirtschaft mit mehr Boden versehen werden muß, wenn die Pro-Kopf-Einkommen nicht sinken sollen. Da der Boden aber kaum vermehrbar ist, müssen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft ausscheiden. Nachdem in den fünfziger Jahren besonders die landwirtschaftlichen Fremdarbeitskräfte von der Industrie übernommen worden sind, werden jetzt die Landwirte selbst vor die Frage gestellt, worauf sie in der Zukunft ihre Existenz gründen sollen.

Sinn dieser Arbeit ist es, Meinungen und Einstellungen der Landwirte zum landwirtschaftlichen Strukturwandel in einem der fruchtbarsten Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland, dem Landkreis Hildesheim-Marienburg

und den Vororten der kreisfreien Stadt Hildesheim[1], zu erforschen und aus ihnen Vorhersagen für die nähere Zukunft abzuleiten. Außerdem werden die ganzen Fragen einer Neuordnung des Verhältnisses zu anderen Bevölkerungsgruppen bzw zur Verflochtenheit in größere Zusammenhänge berührt. Dieses sind natürlich nicht nur Probleme des engeren Hildesheimer Raumes. Sie sind zumindest in allen westeuropäischen und nordamerikanischen Ländern mit marktwirtschaftlicher Ordnung anzutreffen. Naturgemäß sind die Probleme im Untersuchungsraum nicht ganz so akut wie in ackerbaulich ungünstigen Lagen; sie stellen sich aber doch dem einzelnen Landwirt zwingend, wenn auch sehr unterschiedlich, da die Landwirtschaft selbst auch in diesem Raum ein sehr heterogenes Bild bietet; es wird zu erkunden sein, wieweit und wie in einer solchen landwirtschaftlich begünstigten Region der gesamtgesellschaftliche und -wirtschaftliche Strukturwandel wahrgenommen wird und als verhaltensbestimmend bezeichnet werden kann.

Zu diesen Problemen werden eine schriftliche Befragung aller Landwirte im Untersuchungsraum und mündliche Interviews und Gruppendiskussionen in einigen Dörfern durchgeführt. Die Fragebögen wurden im Frühjahr 1972 an die Landwirte verschickt. Die mündliche Befragung führte ich von Ende November 1972 bis Mai 1973 durch. Im Februar 1974 kam es dann zu den Gruppendiskussionen.

Die Erhebungen wurden in einer Zeit unternommen, als in der Bundesrepublik noch Vollbeschäftigung bestand, zum Zeitpunkt der Gruppendiskussionen allerdings schon abgeschwächt. Die Wirtschaft konnte noch genügend Arbeitsplätze für ausscheidende Landwirte bereithalten.

---

[1] Zur Zeit der Druckfassung dieser Arbeit ist die Stadt Hildesheim vom Landkreis Hildesheim eingekreist. Im Verlauf dieser Arbeit bleiben die gesamten Auswirkungen der inzwischen vollzogenen Gemeindereform in der Darstellung unberücksichtigt.

Im Zeitpunkt der Formulierung dieser Arbeit gibt es in der Bundesrepublik ungefähr eine Million Arbeitslose. Es ist anzunehmen, daß die augenblickliche gesamtwirtschaftliche Lage die Neigung der Landwirte, ihre, an der mittel- bis längerfristigen wirtschaftlichen Entwicklung gemessen, zu kleinen Betriebe aufzugeben und einen außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz anzustreben, sehr gemindert hat. Die Zwangsläufigkeit des Strukturwandels wird davon aber nicht berührt. Die Situation am Arbeitsmarkt führt lediglich dazu, daß sich die sozioökonomischen Prozesse zeitlich etwas ausdehnen. Wahrscheinlich wird sich die Umstrukturierung noch mehr auf den Generationenwechsel konzentrieren.

Die gewonnenen Ergebnisse der Befragung sollen unter Verwendung von Aspekten der strukturell-funktionalen Theorie und der Feldtheorie in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gebracht werden. Es sollen die Prozesse paradigmatisch analysiert werden, die sich abwickeln, wenn ein soziales Subsystem, wie es die Landwirtschaft ist, immer deutlicher in die Abhängigkeit eines übergeordneten Systems, der Gesamtgesellschaft, gerät.

2.1. Ursachen des Strukturwandels in der Landwirtschaft

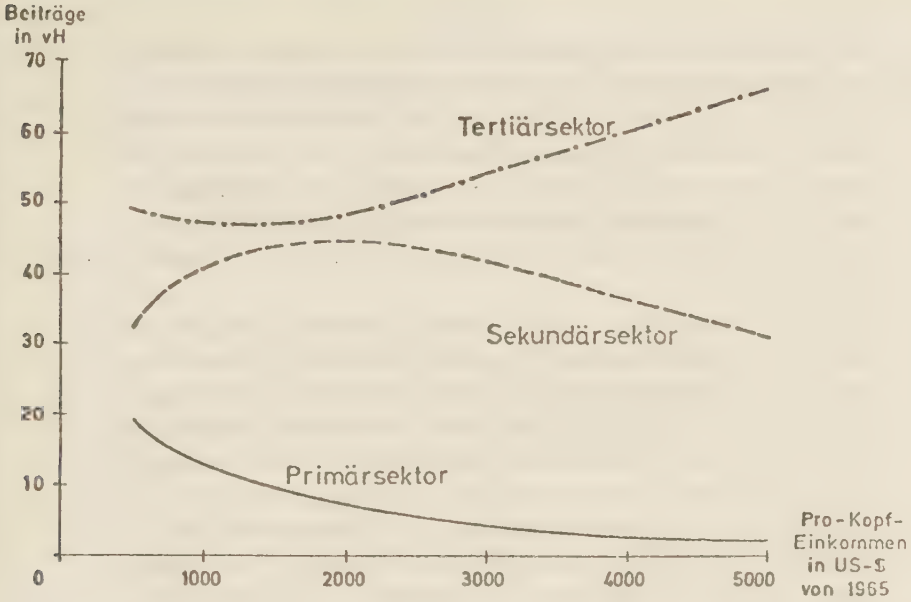
Empirische Untersuchungen haben ergeben, daß mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen (steigendes Entwicklungsniveau) sich die sektorale Wirtschaftsstruktur verändert. Auf die drei großen Sektoren Landwirtschaft, Industrie mit verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungen (einschließlich Staat) bezogen hat sich ergeben, daß der Anteil der Landwirtschaft bei steigendem Pro-Kopf-Einkommen mit sinkenden Raten geringer wird, der Anteil der Industrie zunächst zunimmt und nach Erreichen eines Maximums wieder fällt. Der Dienstleistungssektor sinkt dagegen zunächst mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen und steigt nach einem Minimum wieder an. [1] In einer interregionalen Studie werden diese Relationen zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und sektoralen Anteilsverschiebungen bestätigt. Regionen mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen haben einen relativ hohen Landwirtschaftsanteil und umgekehrt.[2] (s. Schaubild 1 und 2 S. 5)

---

[1] Fels, G., Schatz, K.-W., Wolter, F., Der Zusammenhang zwischen Produktionsstruktur und Entwicklungsniveau - Versuch einer Strukturprognose für die westdeutsche Wirtschaft, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 1o6, H. 1, Tübingen 1971, S. 24o ff . Die Autoren können damit im wesentlichen die Vorausschau der sektoralen Entwicklung durch Fourastié vor 25 Jahren bestätigen. Vgl. Fourastié, J., Le grand espoir de XXe siècle. Progrès technique, progrès économique, progrès social. Préf. de A. Siegfried, Paris 1949.

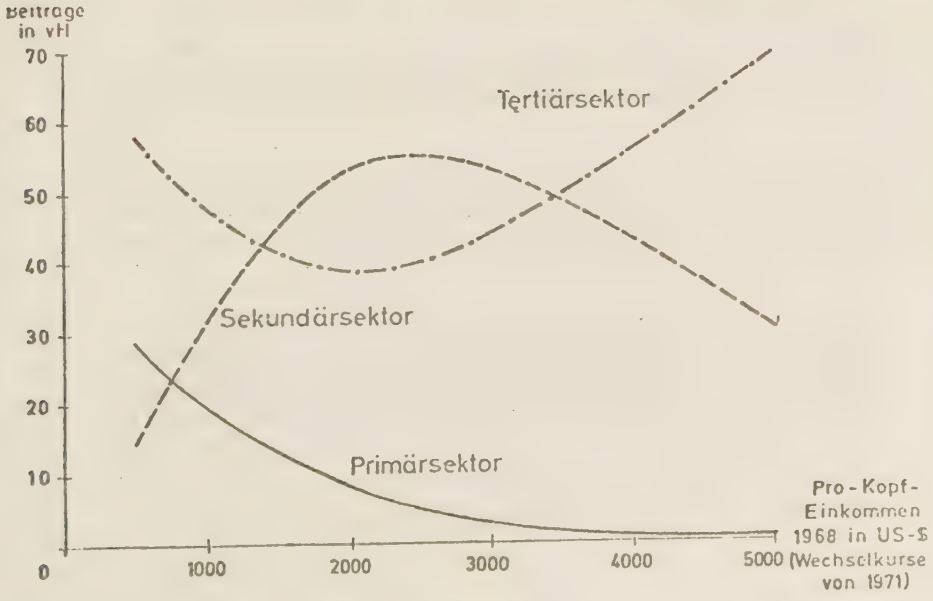
[2] Biehl, D., Hußmann, E., Schnyder, S., Zur regionalen Einkommensverteilung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Die Weltwirtschaft, H.1, Tübingen 1972, S. 64 ff.

Schaubild 1 - GRUNDRICHTUNGEN DES INTERNATIONALEN SEKTORALEN STRUKTURWANDELS



Quelle: G. Fels, K.-W. Schatz und F. Wolter, Der Zusammenhang zwischen Produktionsstruktur und Entwicklungsniveau, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 106 (1971), Heft 2, S. 240 - 278.

Schaubild 2 - GRUNDRICHTUNGEN DES INTERREGIONALEN SEKTORALEN STRUKDUTWANDELS



Quelle: D. Biehl, E. Hußmann, S. Schnyder, Zur regionalen Einkommensverteilung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Die Welt-

Diese Entwicklungen zeigen sich u. a. konkret in dem Verlust bzw Zugewinn von Arbeitsplätzen in den Sektoren. Es gibt einige Arbeiten, in denen die Struktur der Arbeitsplätze prognostiziert wird. Der Verlust an Arbeitsplätzen soll danach unter Status-quo-Bedingungen für die gesamte Bundesrepublik bis 1985 ungefähr zwischen 1,o Mill. und 1,2 Mill.in der Landwirtschaft liegen[1]

Unter Struktur wird die Beziehung zwischen den Variablen und Fixpunkten eines Systems verstanden. Strukturwandel geschieht demzufolge, wenn sich die Variablen selbst sowie in ihrem Verhältnis zueinander verändern. Nach Meinhold und Mählmann umfaßt der Strukturwandel im System einer Volkswirtschaft die Veränderungen der Proportionen zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen und Industrien, einzelnen Einkommenszweigen, Produktionsfaktoren im Produktionsprozeß, den verschiedenen Unternehmensgrößen sowie -formen, dem privaten und öffentlichen Sektor einer Wirtschaft, sowie einzelnen Regionen.[2] Die diese Verschiebung der Relationen ver-

---

1 Vgl. z. B.

Schnur, P., Projektion des Arbeitskräftebedarfs für die Jahre 198o, 1985 und 199o, in: Mitteilungen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 3, 1974, S. 251 ff

Vögele, H., Die Auswirkungen des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels auf die Nachfrage nach Arbeitskräften in den Bundesländern - Eine Prognose der Wirtschaftsstruktur und des Arbeitsplätzeangebots bis 1985, Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 43, Kiel 1975

[2]Meinhold, K., Mählmann, A., Möglichkeiten und Grenzen der staatlichen Förderung des Strukturwandels im Bereich der Agrarwirtschaft, in: Kieler Milchwirtschaftliche Forschungsberichte,Veröffentlichungen der Bundesanstalt für Milchforschung Kiel, Bd. 24, Heft 4, Hildesheim 1972, S. 372

ursachenden Kräfte sind die Nachfrage und das Angebot von Gütern und Dienstleistungen, die Produktivität der eingesetzten Produktionsfaktoren, die Preise und die Einkommen. In einer wachsenden Wirtschaft unterliegen diese Basisvariablen einer laufenden Veränderung, so daß sich die volkswirtschaftlichen Sektoren absolut und relativ verändern.

Die Nachfrage nach einem Gut wird außer von der Preiselastizität von der Höhe der Einkommenselastizität bestimmt. Die gesamtwirtschaftliche Einkommenselastizität eines Gutes gibt die prozentuale Änderung der Nachfrage nach einem Gut bei einer Variation des Einkommens wieder. So bedeutet eine Einkommenselastizität von durchschnittlich o,15 für landwirtschaftliche Erzeugnisse (diese Höhe dürfte den tatsächlichen Gegebenheiten in der BRD entsprechen), daß eine Erhöhung des Einkommens in der Volkswirtschaft von 1 % eine Zunahme der Nachfrage nach den Produkten der Landwirtschaft von o,15 % zur Folge hat. Anders ausgedrückt bedeutet dieses, daß bei einer Erhöhung des Bruttosozialprodukts in der Gesamtwirtschaft (BRD) von 1 % das Bruttosozialprodukt bei gleichbleibenden Preisen in der Landwirtschaft sich nur um o,15 % erhöht.

Die Höhe des Angebots wird wesentlich von der Veränderungsrate des technischen Fortschritts in der Wirtschaft bzw Landwirtschaft bestimmt. Biologisch-technische Fortschritte führen zu Erhöhungen der mengenmäßigen Erträge bei unverändertem Einsatz der Produktionsfaktoren. Nach Weinschenck und Meinhold erhöht sich die Ertragskapazität, die vom Umfang der landwirtschaftlich genutzten Fläche und ihrer Ertragsfähigkeit, von den Ausweitungsmöglichkeiten und der Leistungsfähigkeit der Tierhaltung sowie vom jewei-

ligen Stand der technischen Entwicklung abhängig ist. Die Arbeitskapazität zeigt an, welches Produktionsvolumen sich bei gegebenem Stand der Technik und gegebener Anzahl der Arbeitskräfte herstellen läßt. Ertrags- und Arbeitskapazität zusammen ergeben die Produktionskapazität.[1] Im Unterschied zu Weinschenck und Meinhold, die Preise und Liquidität in ihre Definition mit einfließen lassen, sollen hier allein die Mengenvariationen betrachtet werden.

Mechanisch-technische Fortschritte führen zunächst zu einer Erhöhung der Arbeitskapazität. Eine AK (Arbeitskraft) kann, kombiniert mit effizienteren technischen Hilfsmitteln, mehr landwirtschaftliche Nutzfläche bearbeiten bzw. mehr an Nutzvieh halten. Einzelbetrieblich steigt auch die Arbeitsproduktivität, wenn der Betrieb sich durch Zukauf oder Zupacht von Boden oder durch Viehaufstockung erweitern kann. Gesamtwirtschaftlich gesehen findet jedoch eine Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den hochentwickelten Volkswirtschaften unserer Gegenwart kaum statt. Die ertragsfähigen Böden werden bereits genutzt. Nur eine vermehrte Aufstallung von Vieh ist ohne weiteres möglich.

Die Situation der Landwirtschaft stellt sich nach diesen Ausführungen so dar, daß mit wachsendem Einkommen der Bevölkerung die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Vergleich zu anderen Gütern und Dienstleistungen relativ zurückgeht, bzw. daß der Anteil der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen an der Gesamtnachfrage geringer wird. Auf der anderen Seite erhöht sich das Angebot dieser Erzeugnisse durch den technischen Fortschritt. Da zudem die Bevölkerung in den EG-Ländern nur mit geringer Rate

---

[1] Weinschenck, G., Meinhold, K., Landwirtschaft im nächsten Jahrzehnt, Stuttgart 1969, S. 96

wächst, oder in einigen Staaten sich möglicherweise gar nicht vermehrt, kommt es tendenziell zu Angebotsüberschüssen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Heidhues zählt die Landwirtschaft zu den Wirtschaftsbereichen mit hohen Raten technischen Fortschritts im Vergleich zum Nachfragewachstum, aber mit noch positiven Einkommenselastizitäten. Derartige Bereiche nehmen beschäftigungsmäßig ab bei noch zunehmender Gesamtproduktion [1].

Das Einkommen der Landwirtschaft nimmt insgesamt zwar noch zu bei dem vorherrschenden nach unten festen Preissystem; der Anteil am Gesamteinkommen der Volkswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland wird aber geringer. Des weiteren sind die Zuwachsraten des Pro-Kopf-Einkommens in der Landwirtschaft kleiner als die im Industrie- und Dienstleistungsgewerbe. Eine Erhöhung dieser Zuwachsraten in der Landwirtschaft wäre nur durch Abwanderung von Beschäftigten in außerlandwirtschaftliche Wirtschaftszweige möglich. Diese ist geradezu zwingend notwendig, wenn die Angebotsüberschüsse in der Veredelungsproduktion abgebaut werden sollen; denn die aufgrund des mechanisch-technischen Fortschritts erhöhte Arbeitskapazität kann nur einzelwirtschaftlich voll genutzt werden bei einer Ausweitung der Viehhaltung, da Zupacht von Boden für die landwirtschaftlichen Betriebe nur möglich ist, wenn Betriebe aufgelöst werden. Eine betriebs- und volkswirtschaftlich optimale Kombination der Produktionsfaktoren kann bei gegebenen Preisrelationen

---

[1] Heidhues, Th., Anpassungsdruck in der Landwirtschaft - ein Prozeß ohne Ende? Vortrag, gehalten auf der Vortragsveranstaltung der Niedersächsischen Landesregierung am 31. Mai 1972, Göttingen 1972.

also nur dann erreicht werden, wenn Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft, eben mittels Betriebsaufgaben, freigesetzt werden. Überangebote von Bodenerzeugnissen können nur durch Brachlegen von Flächen vermieden werden.

Die bisherigen Ausführungen galten unter der Annahme konstanten Preisniveaus und konstanter Preisrelationen. Hier ergibt sich, wenn die Steigerung des landwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommens derjenigen des außerlandwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommens gleich sein soll, ein Abwanderungsdruck in der Höhe der Differenz zwischen der Einkommenselastizität der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Gütern und der einprozentigen Erhöhung des außerlandwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommensanstiegs[1]. Steigen die Betriebsmittelkosten in der inflationären Entwicklung, so muß der Abwanderungsdruck größer werden. Unter der Annahme eines konstanten Agrarpreisniveaus und der Festschreibung der Produktions- und der Aufwandsstruktur berechnen Heidhues und Tangermann aus der inflationären Entwicklung in den Preisen der Vorleistungsgüter (auf der Basis von Werten aus dem Agrarbericht 1972) bei einer Preiserhöhung von 1% dieser durch landwirtschaftliche Inputs nicht substituierbaren Vorleistungen eine Verminderung des nominalen sektoralen Bruttoinlandsprodukts der Landwirtschaft von o,6 %[2]. Real ergibt sich ein Rück-

---

[1] Heidhues, Th., Tangermann, S., Der Einfluß von wirtschaftlichem Wachstum, Inflation und Währungspolitik auf die Landwirtschaft unter EWG-Bedingungen, in: Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebwirtschaft, Marktforschung und Agrarpolitik, Jg. 2, Heft 6, Hannover 1972, S. 174

[2] Heidhues, Th., Tangermann, S., Der Einfluß von wirtschaftlichem Wachstum. a. a. O., S. 175

gang des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 %, da die Kaufkraft gegenüber Investitions- und Konsumgütern sich vermindert. Aus den Berechnungen von Heidhues und Tangermann für das Jahr 1971 resultiert bei einer Bevölkerungszunahme von o,9 %, einer Zunahme es realen Bruttosozialprodukts je Kopf der Bevölkerung von 2 % und einer Inflationsrate von 7,6 % ein Abwanderungsdruck von 11,8 % [1].

[1] Heidhues, Th., Anpassungsdruck. a. a. O., S. 14

2. 2. Einige Daten zum Strukturwandel und zur Ertragslage der Landwirtschaft

Übersicht 1

Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der BRD nach Größenklassen[1]

Jahr	1960	1974	1975[a]	durchschn. jährl. Ab- bzw. Zunahme 1975 gegen 1974	1975 gegen 1960[b]
Betr.-Größe ha	Betriebe in 1000			in v. H.	
1 - 10	960,5	507,8	490,7	-3,4	-4,4
10 - 20	286,5	218,9	211,7	-3,3	-2,0
20 - 30	79,2	108,0	106,6	-1,3	+2,0
30 - 50	42,9	67,9	69,9	+2,9	+3,3
50 und mehr	16,3	25,3	25,8	+2,0	+3,1
insges.	1385,4	927,9	904,7	-2,5	-2,8

[a] vorläufig

[b] jährlicher Durchschnitt

[1] Agrarbericht 1976 , Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung, Bonn- Bad Godesberg 1976, S. 14

Von 1960 bis 1975 hat sich in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche um 34,7 v. H. auf 904 700 verringert. Die Verminderung hat sich mit -2,5 v. H. auch 1975 gegenüber 1974 fortgesetzt. Allerdings war der Rückgang gegenüber dem jährlichen Durchschnitt von 2,8 v. H. in den Jahren 1960 bis 1975 etwas geringer. Dieser Tatbestand könnte als eine Bestätigung des prognostizierten mittelfristigen Rückgangs des Landwirtschaftsanteils in sinkenden Raten aufgefaßt werden[1]. Es kann sich hierbei aber auch um eine eher kurzfristige Auswirkung der hohen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik handeln. Die Möglichkeit, einen sicheren außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz zu bekommen, ist geringer geworden. Das könnte zudem mehr an sich aufgabebereite Landwirte veranlassen, den, wenn auch weniger lukrativen, Arbeitsplatz im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb beizubehalten, als dieses bei Vollbeschäftigung der Fall wäre.

In den verschiedenen Betriebsgrößenklassen haben sich sehr unterschiedliche Entwicklungen ergeben. Die Tendenz zu leistungsfähigeren größeren Betrieben zeichnet sich klar durch eine starke Abnahme in den kleineren und gleichzeitig eine starke Zunahme in den größeren Betriebsgrößenklassen ab. Die Betriebe mit einer Größe zwischen 1 und 10 ha nahmen seit 1960 mit einer jährlichen Rate von 4,4 v. H., die mit einer Fläche von 10 bis 20 ha mit 2,0 v. H. ab.

Die schwächere Abnahme bei den kleinsten Betrieben unter 10 ha im Vergleich 1975 gegen 1974 mit nur 3,4 v. H. beruht wahrscheinlich darauf, daß Nebenerwerbs-

---

[1] Vgl. Abschn. 2. 1.

Landwirte angesichts der unsicherer gewordenen gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse den Betrieb ganz besonders als willkommene Einkommensergänzung und -sicherung ansehen und daher den Schritt zur Aufgabe nicht vollziehen. Diese Annahme wird durch die geringere Zunahme der Betriebe über 3o ha im Vergleich zum Zeitraum seit 196o gestützt. Die Zunahme in diesen Betriebsgrößen beruhte ja bisher auf den Aufstockungsmöglichkeiten durch die Aufgabe kleinerer Betriebe. Die hier vorgetragene Erklärung wird allerdings durch die stärkere Abnahme der Betriebe zwischen 1o und 2o ha nicht unempfindlich gestört. Diese Tatsache mag zum Teil durch Betriebsverkleinerungen zu begründen sein. So ist es denkbar, daß Landwirte, die einen außerlandwirtschaftlichen Haupterwerb gefunden haben, ihren Betrieb auf eine Größe von unter 1o ha zurückgeführt haben, weil eine Bewirtschaftung im Nebenerwerb bei unveränderter Betriebsgröße eine zu große Arbeitsbelastung bedeuten würde. Diese Erklärung wird allerdings insofern wieder in Frage gestellt, als z. B. über den Einsatz des Maschinenrings Betriebe um 2o ha ohne Vieh nebenerwerblich unter Vermeidung zu großen eigenen Arbeitsaufwands bewirtschaftet werden können; der Verfasser glaubt, dieses mit seinem eigenen 32 ha großen Betrieb bewiesen zu haben. Liegt der Schwerpunkt aber auf der Viehwirtschaft, mag die Arbeitsbelastung ohne Betriebsverkleinerung doch zu groß sein.

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 2o ha an nahm im Durchschnitt jedes Jahr zu. Im Vergleich 1975 gegen 1974 ergibt sich aber, daß die Betriebe von 2o bis 3o ha um 1,3 v. H. abnahmen; es nahmen erst die ab 3o ha zu. Hier wird die verstärkte Tendenz zu den größeren Betrieben mit größerer Ertragskapazität sichtbar. Dieses zeigt sich auch in der bundesdurchschnittlichen Betriebsgröße, die sich von 9,34 ha im Jahre

1960 auf 13,77 ha 1975 erhöhte[1].

Die Wertschöpfung je Vollarbeitskraft[2] in der Landwirtschaft (ohne Forstwirtschaft und Fischerei) betrug im Wirtschaftsjahr 1974/75 14.676,- DM. Im Vergleich dazu sind im Agrarbericht 1976 für die übrigen Wirtschaftsbereiche, als Durchschnitt der beiden Kalenderjahre 1974 und 1975, je Erwerbstätigen 31.781,- DM (vorläufige Werte) ausgewiesen[2]. Die Wertschöpfung ist der Betrag, der nach Abzug der Vorleistungen, Abschreibungen und indirekten Steuern vom Bruttoproduktionswert zuzüglich der Subventionen als Entgelt für die eingesetzten Produktionsfaktoren verbleibt. Die Wertschöpfung je Vollarbeitskraft in der Landwirtschaft eignet sich zum Vergleich mit der Wertschöpfung je Erwerbstätigen in den übrigen Wirtschaftsbereichen besser als die Wertschöpfung je Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Als erwerbstätig gilt jede Person, die in der Berichtszeit eine Erwerbstätigkeit ausgeübt hat, unabhängig von der zeitlichen Dauer der Erwerbstätigkeit. Die in der Landwirtschaft meistens nur stundenweise mithelfenden Familienangehörigen werden also als Vollzeiterwerbstätige in der Statistik geführt. Aufgrund der im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen hohen Anzahl mithelfender Familienarbeitskräfte ergibt sich eine vergleichsweise hohe Anzahl

---

[1] Agrarbericht 1976, a. a. O., S. 13

[2] ebenda 1976, S. 18
Die folgenden Aussagen über die Ertragslage aus dem Agrarbericht 1976 beruhen gemäß § 4 Landwirtschaftsgesetz (LWG) nur auf Unterlagen von solchen Betrieben, die bei "ordnungsmäßiger Führung die wirtschaftliche Existenz einer bäuerlichen Familie nachhaltig gewährleisten".

von Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und damit eine relativ niedrige Wertschöpfung je Erwerbstätigen[1].

Die Arbeitsproduktivität, ausgedrückt in Bruttoinlandsprodukt je Vollarbeitskraft, betrug in Preisen von 1963/64 19.162,- DM. In den übrigen Wirtschaftsbereichen errechneten sich in Preisen von 1962 als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 23.359,- DM[2]. Die Arbeitsproduktivität hat sich zwar in der Landwirtschaft seit dem Wirtschaftsjahr 1964/65 mit 95,6 v. H. sehr viel stärker erhöht als in den übrigen Wirtschaftsbereichen (45,3 v. H.). Die Steigerung vollzog sich aber von einem viel niedrigeren Ausgangsniveau aus.

Der eigentliche Maßstab für die Beurteilung der Einkommenslage der landwirtschaftlichen Unternehmen ist das Reineinkommen (Gewinn). Dieses Einkommen verbleibt der Unternehmerfamilie als Entgelt für die eingesetzte eigene Arbeit, das Eigenkapital (einschl. Boden) und die unternehmerische Tätigkeit[3]. Der Agrarbericht weist für das Wirtschaftsjahr 1974/75 ein Reineinkommen (Gewinn) von 21.2o4,- DM je Familienarbeitskraft aus. Dieser Betrag bedeutet eine Steigerung von 6,2 % gegenüber 1973/74 mit 19.972,- DM[4].

---

[1] Die Wertschöpfung je Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und Fischerei wird nur mit 11.856,- DM für 1974/75 ausgewiesen

[2] Materialband (einschließlich Buchführungsergebnisse) zum Agrarbericht 1976 der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 7/4681, S. 44

[3] ebenda, S. 49

[4] Agrarbericht 1976, a. a. O., S. 2o

Die Streuung der Einkommen zwischen den einzelnen Betriebsgrößenklassen ist aber sehr groß. Marktfruchtbetriebe mit einem Standardbetriebseinkommen[1] von 5o ooo DM und mehr erzielten 1974/75 einen durchschnittlichen Gewinn von 41 123 DM je Familienarbeitskraft, Betriebe mit einem Standardbetriebseinkommen von unter 2o ooo DM (es werden nur Haupterwerbsbetriebe betrachtet) erwirtschafteten dagegen nur 13827 DM im Durchschnitt. Bei den Betrieben zwischen 2o ooo und 5o ooo DM Standardbetriebseinkommen (mit einem Anteil von 64,3 v. H. an der Gesamtzahl der Haupterwerbsbetriebe[2]) sind es 21 378 DM[3]. Es handelt sich hierbei um hochgerechnete Testbetriebsergebnisse für die Bundesrepublik. Der durchschnittliche gewerbliche Vergleichslohn einschließlich Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird demgegenüber mit 22 136 DM angegeben[4]. Eine Erhöhung der Reineinkommen je Familienarbeitskraft in der Landwirtschaft kann demnach u. a. durch die Aufstockung zu größeren Betrieben erreicht werden.

In den Braunschweig-Hildesheimer Lößbörden wurden in den Betrieben zwischen 2o ooo bis 5o ooo DM Standard-

---

1 "Das Standardbetriebseinkommen ist ein kalkuliertes Betriebseinkommen, von dem das tatsächlich erzielte abweichen kann. Es gibt an, welches Betriebseinkommen bei ordnungsgemäßer und standortgerechter Bewirtschaftung im Durchschnitt der Betriebe erzielt werden kann und dient als Kennziffer für die wirtschaftliche Größe eines Betriebes. Das Standardbetriebseinkommen wird mit Hilfe durchschnittlicher Erträge, Erlöspreise und Kosten berechnet. Im Gegensatz dazu wird das Betriebseinkommen aus den Buchführungsergebnissen der Betriebe ermittelt." Agrarbericht 1976, a. a. O., Fußnote 2, S. 19

2 Materialband, a. a. O., S. 58

3 Agrarbericht a. a. O., S. 21

4 Materialband, a. a. O., S. 69

betriebseinkommen 26 o27 DM, in den Betrieben über 5o ooo DM Standardbetriebseinkommen 49 o28 DM Gewinn je Familienarbeitskraft (Buchführungsergebnis) erwirtschaftet[1]. Damit gehört dieses Gebiet zu den einkommensstärksten landwirtschaftlichen Regionen in der Bundesrepublik Deutschland. Die ausgewiesenen Beträge übersteigen den gewerblichen Vergleichslohn. Demgegenüber wird für die landwirtschaftlichen Gemischtbetriebe in Niedersachsen zwischen 2o ooo bis 5o ooo DM Standardbetriebseinkommen nur ein Gewinn pro Familienarbeitskraft von 19 979 DM ausgewiesen[2]. Die Betriebe im Innerstetal und auch im Ambergau sind zu dieser Betriebssystemgruppe zu rechnen.

Im ganzen kann man sagen, daß die Landwirtschaft im Landkreis Hildesheim-Marienburg noch recht günstig dasteht. Wenn die entwicklungsfähigen größeren Betriebe durch Zupacht weiter aufgestockt werden können und die Erzeugerpreise den inflationären allgemeinen Preissteigerungen entsprechend angehoben werden, besteht Aussicht auf gesunde landwirtschaftliche Betriebe in der Zukunft.

---

[1] Materialband , a. a. O., S. 287

[2] ebenda, S. 241

2. 3. Theoretische Ansätze zur Erfassung der Probleme des gesellschaftlichen Wandels

Die gesellschaftlichen Probleme der Wahrnehmung und Verarbeitung des Strukturwandels lassen sich in grobem Umriß als Probleme eines relativ statischen sozialen Systems (der bäuerlichen Gesellschaft herkömmlicher Art) mit überkommenem festgefügten Wertsystem kennzeichnen (man wird diese Charakterisierung vielleicht gerade in Bezug auf die bäuerliche Gesellschaft des Untersuchungsgebiets anwenden können), das aus seiner relativen Abgeschlossenheit innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhanges herausgrissen und vor allem auch in eine intensivierte Konfrontation seines Wertsystems mit ihm fernliegenden Werten des gesamtgesellschaftlichen Systems hineingeführt wurde.

Um die Werte in der bäuerlichen Gesellschaft hat es unzählige Legenden gegeben, wie sie sich in Gedichten, Bauernromanen und dergleichen erkennen ließen. Abseits von allen Schwärmereien muß aber festgestellt werden, daß der Bauer, geprägt durch naturhafte Umwelt, einen besonderen Menschentyp darstellte, was in abgewandelter Form wohl auch heute noch gültig sein dürfte. "Die Beständigkeit des Bauerntums leitet sich von den Bindungen ab, die zwar gewiß nicht bäuerliches Wesen schlechthin, wohl aber einen bestimmten historischen Menschentyp des Bauern formten. Es sind dies die Bindungen an eine dingliche Umwelt, an eine menschliche Mitwelt und eine religiöse Überwelt"[1]. Auch Tenhumberg unterstreicht die spezifische Prägung des ländlichen Menschen der Vergangenheit, dessen ständigen unmittel-

---

[1] Abel, W., Agrarpolitik, 3. Aufl., Göttingen 1967, S. 51

baren Kontakt mit der natürlichen Umwelt bei relativ geringen Einflüssen der Außenwelt. Dieser ländliche Mensch stehe der natürlichen Umwelt nicht so sehr gegenüber, als daß er vielmehr ihr Teil sei, was nicht heißt, daß er bezüglich dieses Verhältnisses keine Distanz zeigt. Zweitens betont Tenhumberg die enge mitmenschliche Bezogenheit innerhalb der Gruppen ungeachtet der oft ausgeprägten patriarchalischen Herrschaftsverhältnisse in Bauernschaft, Dorf und Familie. Tenhumbergs drittes Merkmal des ländlichen Menschen, seine tiefe und eigenartige Religiosität kommt im Untersuchungsgebiet vor allem in den katholischen Dörfern bis heute zum besonderen Ausdruck[1].

Da die Agrargesellschaft im alten Typ ein relativ statisches System ist, ihre Werte nur wenig Veränderungen ausgesetzt sind, können sich diese relativ stark zu einem festgefügten Wertsystem verfestigen. Es bewahrt sich eine stabile Gesellschaftsordnung. Riesmans Charakteristik des traditionsgelenkten Menschen scheint danach in besonders hohem Maß für den Bauern herkömmlichen Typs zuzutreffen[2].

Die Struktur jener statischen bäuerlichen Gesellschaft und der ihr zugehörenden Verhaltensweisen kann geeigneterweise mit den Kategorien der Parsonschen Theorie des Handelns und der sozialen Systeme erfaßt werden, da Parsons ja gerade an den Stabilitätstendenzen gesellschaftlicher Systeme interessiert ist. Auch das komplizierende Merkmal der bäuerlichen Gesellschaft un-

---

1 Tenhumberg, H., Grundzüge im soziologischen Bild des westdeutschen Dorfes, in : Landvolk in der Industriegesellschaft, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Veröfftl. der ASG, (Hrsg.) W. Abel, Hannover 1952, S. 21

2 Riesman, D., Die einsame Masse (The lonely Crowd), Darmstadt 1956, S. 4o

serer Tage und in unserem Land, kein gleichsam autonomes soziales System, sondern Teilsystem eines übergreifenden industriegesellschaftlichen Gesamtzusammenhanges zu sein - integriert und zugleich Eigenständigkeit beanspruchend - kann von Parsons' theoretischem Ansatz aus angegangen werden (vor allem etwa über Parsons ' Problemstellungen des "goal-attainment" bei konkurrierenden Zielvorstellungen des Teilsystems und des übergeordneten Systems, bzw. auch benachbarter Teilsysteme sowie der "pattern-maintenance")[1].

Zum Wandel der sozialen Strukturen soll neben Parsons besonders auf feldtheoretische Analyseansätze zurückgegriffen werden. Zwar können wir zunächst mit Parsons die Verschiebungen des Verhältnisses der bäuerlichen und gesamtgesellschaftlichen Wertsysteme zueinander (Teilüberlappungen mit zunehmender Einengung des gleichsam autonomen Bereichs bäuerlicher Wertvorstellungen) erklären, wenn für die untersuchte landwirtschaftliche Bevölkerung die Interaktionen in der Gesamtgesellschaft größere Bedeutung bekommen und so über veränderte Wahrnehmung und Motivationsstrukturen zu neuen Verhaltensweisen und Wertsetzungen gelangen. Für exogene Anstöße zu derartigen Verschiebungen (von Veränderungen des übergreifenden Gesamtsystems wie auch von denen benachbarter Teilsysteme her, mit denen sich die landwirtschaftliche Bevölkerung - bzw. eine konkrete Gruppierung von Bauern, etwa auch angesichts vorangegangener Verschiebungen innerhalb der ganzen landwirtschaftlichen Bevölkerung - auseinandersetzen muß), können wir uns ebenfalls auf Parsons stützen. Jedoch scheint die Systemtheorie, für die Analyse der endogenen Anstöße, d. h.

---

[1] Vgl. z. B.: Parsons, T., Shils, E. A., Values, Motives and Systems of Action, in: Parsons, T., Shils, E. A., (Eds.) Toward a General Theory of Action, New York und Evanston, S. 47 ff
Parsons, T., Einige Grundzüge der allgemeinen Theorie des Handelns, in: H. Hartmann (Hrsg.), Moderne amerikanische Soziologie, Stuttgart 1967, S. 153 ff

der Spannungen innerhalb der strukturellen Einheiten aufgrund ihrer relativ großen Starrheit nur begrenzt geeignet; vor allem so bezüglich der Prozesse innerhalb der beteiligten Systeme und Subsysteme sowie bezüglich der Intensität der hinter den Strukturveränderungen stehenden Kräfte. Die Vielfältigkeit laufender Veränderungen und dadurch hervorgerufener zusammenwirkender Spannungsverhältnisse läßt deren angemessene Erfassung und Zusammenfügung als eher im Rahmen der Feldtheorie möglich erscheinen, deren offene soziale Felder eher erlauben, diese Vielfalt von Spannungen zu orten und zu analysieren. Das Verhalten der Individuen innerhalb eines sozialen Feldes ist abhängig von dem Feld im gegebenen Zeitraum, d. h. in einer durch vorhergehende Vorgänge geformten, aber auch - das ist für die Spannungsanalyse besonders wichtig - auf die Zukunft ausgerichteten Situation; das Spannungsgefälle zwischen den Teilen kann hier berücksichtigt werden[1].

---

[1] Die Feldtheorie geht auf Lewin zurück
Lewin, K., Feldtheorie in den Sozialwissenschaften, Bern und Stuttgart 1967
Vgl. weiter z. B.
Mey, H., Studien zur Anwendung des Feldbegriffs in den Sozialwissenschaften, München 1965

Wössner, J., Das soziale Feld - Versuch zu einer soziologischen Grundkategorie, in: Kölner Zeitschr. f. Soziologie und Sozialpsychologie 1969, S. 16 ff

Fürstenberg, F., Sozialstruktur als Schlüsselbegriff der Gesellschaftsanalyse, in: Kölner Zeitschr. f. Soziologie und Sozialpsychologie 1966, S. 439 ff

Ein bezüglich wechselseitiger Dependenzen ähnlicher Ansatz findet sich bei M. E. Solms, der bezüglich eines industriegeschichtlichen Beispielsfalles von "einer Sequenz von ineinandergeschachtelten Compartimentierungen, nämlich Kaste in Stadt, Stadt in Region, Region in Nation" spricht und den Begriff des Compartiments beispielhaft an den Gesellung in Mühlhausen, das sich in seinen sozialen Beziehungen ins Elsaß und darüber hinaus in Frankreich einfügt, erläutert.

Graf zu Solms-Rödelheim, M.-E., Das Compartiment - eine begriffliche Studie auf dem Gebiet der allgemeinen Soziologie. In: S. Wendt (Hrsg.), Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart, Beiträge zu sozialwissenschaftlichen Problemen, Berlin 1961, S. 2oo

Die entscheidende Bedeutung der Feldtheorie besteht darin, daß sie zugleich analytisch und konstruktiv ist. Durch die Analyse gelingt es, das Feld bis in seine kleinsten Zellen zu zerlegen, ohne daß auftretende Spannungen dabei unerfaßt blieben. Die ermittelten Elemente werden zu synthetischen Konstrukta zusammengefügt, die entsprechend ihrer Dimension Begriffstypen bilden. Lewins Forschungsvorhaben gehen letztlich dahin, ein systematisches Gebäude zu errichten, "in welchem jedes Konstruktum mit jedem anderen durch ein Gefüge quantitativer Gleichungen verknüpft wäre"[1]. Einige Beispiele solcher Konstrukta sind "Erkenntnisstruktur, Ort, Kraft, Einflußfeld, Werte, Konflikt". Ein Konflikt stellt eine Überschneidung von mindestens zwei Kraftfeldern dar[2].

Wesentlich für unsere Untersuchung sind besonders die aus der Feldtheorie entwickelten Überlegungen über anomische Spannungen[3], mit denen auch die Dynamik der vom übergeordneten System induzierten Öffnung für den Wandel faßbarer wird. Von den Spannungslösungen besteht die erste darin, daß es gelingt, durch die auf das Feld

---

1 Lewin, K., Feldtheorie ..., a. a. O., S. 81

2 Lewin, K., Feldtheorie ..., a. a. O., S. 83

3 Merton bezeichnet eine anomische Spannung als einen "breakdown" in der kulturellen Struktur, der sich besonders dann ereignet, wenn Gegensätze zwischen den kulturellen Normen und Zielen und dem sozialen Handeln der Mitglieder des kulturellen Systems bestehen.
Merton, R. K., Social Theory and Social Structure, Enlarged Edition, Toronto 1968, S. 216
Für Heintz ist die anomische Spannung gleichbedeutend mit der Diskrepanz zwischen Erwartungen und zugrundeliegender Wirklichkeit
Heintz, P., Ein soziologisches Paradigma der Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas, Stuttgart 1962

eindringenden äußeren Reize einen inneren Wandel herbeizuführen. Dieser kann sich etwa darin ausdrücken, daß der Bauer sich dazu durchgerungen hat, seinen Betrieb vielleicht im Nebenerwerb zu bewirtschaften und zusätzlich einer lohnenden Beschäftigung in der Industrie nachzugehen. Die Vorgänge, die zu diesem Resultat führen, können empirisch im sozialen Feld ermittelt und, auf die gedankliche Ebene gehoben, verallgemeinert werden.

Der Entschluß mag durch Kontakte mit Berufskollegen, die in einer ähnlichen Situation sich befinden, durch Kommunikation mit landwirtschaftlichen Beratern, die seine Erkenntnisstruktur verändert haben, zustandegekommen sein. Die Vermutung, daß dieser Entscheidung innere Konflikte vorausgegangen sind, läßt sich mit den in der bäuerlichen Gesellschaft besonders stark verinnerlichten Werten begründen, die auch entgegenwirkende Einflüsse auslösen werden.

Konflikte als Überschneidungssituationen von Kraftfeldern lösen sich, wenn der äußere Impuls so auf die Kraftfelder einwirkt, daß diese sich auflösen und einen resultierenden Vektor entlassen. Dieser Vektor, der die Dimensionen Kraft und/oder Lokomotion hat, verändert die Struktur des sozialen Feldes, dem die landwirtschaftliche Bevölkerung angehört, und öffnet auch das äußere Feld, das die Gesamtgesellschaft darstellt.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, daß die Lokomotion nicht stattfindet, was konkret bedeutet, daß der Abstand zwischen Landwirtschaft und Gesamtgesellschaft mindestens gleichbleibt. Es ist aber anzunehmen, daß er dann sogar größer wird, da dem Abwägungsprozeß, der die Entscheidung hervorgerufen hat, daß eine Lokomotion nicht stattfinden soll, eine versteifte Haltung mit Regressionscharakter folgen dürfte. Es droht, bei diesem Prozeß zu Frustrationen zu kommen.

Heintz führt aus, daß es in relativ einfach strukturierten Gesellschaften bei deren Zusammenstoß mit einer verhältnsimäßig komplexen und mobilen Gesellschaft zu Paniken kommen kann, die einen permanenten Angstzustand hervorrufen können, der die Überlegung des einzelnen hemmt. Die weiteren Folgen können persönliche und soziale Desorganisationen sein[1].

Sowohl in den Fällen der ersten Möglichkeit als auch in denen der zweiten muß oder kann mit Verstärkungen der tradierten und internalisierten Wertorientierungen gerechnet werden, wobei diese übrigens ihren Charakter verändern. Allerdings sind diese Verstärkungen und Charakteränderungen in den Fällen der zweiten Möglichkeit sicherer anzunehmen und eindeutiger auszumachen: Sie ergeben sich ja hier aus den dennoch notwendigen strukturellen Anpassungen[2]; die Betonung der tradierten Werte hat also, evtl. ganz bewußt, die Funktion, einer "von außen" aufgedrängten, aber nicht akzeptierten Lokomotion entgegenzuwirken und Abgrenzungen zu unterstreichen. Die verinnerlichten überkommenen Werte, die bei der Abwägung über die Lokomotion in Zweifel gezogen worden waren, können jetzt umso beharrlicher, ja aggressiver von den betreffenden Individuen verteidigt werden, da sie in dem Stadium der direkten Berührung mit Werten anderer Felder oder Systeme aus der Sphäre des Selbstverständlichen gerückt sind. Die Entscheidung für die alten Werte führen damit u. U. zu versteifter Haltung, der Abstand zu den gesamtgesellschaftlichen Normen und ihren Trägern (auch zu den Berufs- und Ortsgenossen, die sie akzeptieren, übrigens) ist größer geworden, woraus folgt, daß die anomische Spannung letztlich doch nicht gelöst worden ist.

---

[1] Heintz, P., a. a. O., S. 19o

[2] Rüschemeyer, D., Partielle Modernisierung, in: W. Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels, Köln und Berlin 1969, S. 384

Demgegenüber ist die Situation bei Fällen der ersten Möglichkeit uneindeutiger. Es kann sich hier um recht Verschiedenartiges handeln. Einmal können neue und alte Wertorientierungen als einander in wünschenswerter Weise ergänzend empfunden werden, so vielleicht, wenn der landwirtschaftliche Betrieb im Nebenerwerb weiterbewirtschaftet wird (diese Hypothese wurde in den Befragungen und Gruppendiskussionen von einigen z. T. sehr jungen Landwirten bestätigt). Andererseits können sich die erreichten Konfliktausgleichungen als labil erweisen, so daß verdrängte Wertorientierungen in ihrer Geltung eingeschränkt werden. Die Frustrationen aus der beibehaltenen anomischen Spannung haben sich in der Geschichte auch der Bauern häufig genug in großen Protestdemonstrationen entladen, und da die Gegenwart, besonders auch für die Menschen in der Landwirtschaft, durch tiefgreifenden und schnellen Strukturwandel gekennzeichnet ist, müßte es eine der wichtigsten Aufgaben der Agrarstrukturpolitik sein, den Landwirten Einsichten über ihre einzel- und gesamtwirtschaftliche Situation zu vermitteln sowie, soweit möglich, ihnen Alternativen zu bieten, die ihnen erlauben können, doch nicht in ganzer Konsequenz auf ihren bisherigen Lebenskreis und ihre Lebensorientierungen verzichten zu müssen (besonders etwa Möglichkeiten außerlandwirtschaftlichen Erwerbs in der Nähe des Wohnorts, d. h. auch Möglichkeit der Beibehaltung nebenerwerblicher Landwirtschaft), um so die Gefahr der Entstehung jener Frustrationen zu mindern. Soziale Lagen induzieren Bedürfnisse[1] (wie z. B. ein Einkommen in Höhe des Vergleichslohns, Chancen, Urlaub machen zu können, wenigstens an einem Tag in der Woche ganz frei zu haben, usw), die zu Einstellungsänderungen führen können. Der folgende Bericht soll zur Klärung der Frage beitragen, wieweit es im Untersuchungsgebiet schon gelungen ist, den Landwirten ihre sozial-ökonomische Lage deutlich genug zu machen, damit es zu der erwähnten Lokomotion und zu einer möglichst reibungslosen Einordnung kommt.

---

[1] Lewin, K., Feldtheorie ..., a. a. O., S. 321

2. 4. Das Untersuchungsgebiet

Das Untersuchungsgebiet sind der Landkreis Hildesheim-Marienburg und die Vororte der kreisfreien Stadt Hildesheim. Der Landkreis schließt sich an den Süden des Ballungsraumes Hannover an. Er ist umgeben im Norden von den Landkreisen Hannover und Burgdorf. Weitere benachbarte Kreise sind im Nordosten Peine, im Westen Alfeld und Springe und im Süden und Südosten Gandersheim, im Osten Stadt Salzgitter bzw. Kreis Wolfenbüttel. Der Landkreis Hildesheim-Marienburg zählte im Jahre 197o 85 786 Einwohner auf einer Fläche von 41o,18 qkm. Die Bevölkerungsdichte betrug demnach 2o9,1 Einwohner je qkm. Die kreisfreie Stadt Hildesheim wurde 197o von 83 8oo Menschen bewohnt[1].

2. 4. 1. Teilräume

Wegen der unterschiedlichen naturräumlichen, wirtschaftlichen und agrarstrukturellen Gliederung muß das Untersuchungsgebiet in Teilräume zerlegt werden. Die Untergliederung entspricht der in der agrarstrukturellen Vorplanung 1969 für die Region Hildesheim vorgenommenen. Diese umfaßt als Gesamtplanungsraum die kreisfreie Stadt Hildesheim und mit Ausnahme des südlichen Teils, des Ambergaus, den Landkreis Hildesheim-Marienburg. Teilräume sind das östliche Bördegebiet, der Verdichtungsraum mit der Verkehrsachse Hildesheim - Hannover, das Innerstetal, die Nordgemeinden und zusätzlich im schmalen, langgestreckten Süden des Landkreises der Ambergau[2] (s. Karte S. 28)

---

[1] Die Angaben über die Wohnbevölkerung sind vom 27. 5. 7o. Die Angaben über die Fläche beziehen sich auf den Gebietsstand vom 1. 1. 71. Die Zahlen sind entnommen worden aus: Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1971, Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart und Mainz 1972

[2] Agrarstrukturelle Vorplanung, Region Hildesheim, durchgeführt von: Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover 1969, S. 2

Karte 1

Entnommen aus:
AGRARSTRUKTURELLE VORPLANUNG
Region Hildesheim

Das Untersuchungsgebiet

Niedersächsische Landgesellschaft m.b.H. Hannover

2. 4. 1. 1. Bördegebiet (Teilraum I)

Der Teilraum I umfaßt insgesamt mit der Hildesheimer Börde eines der fruchtbarsten Ackerbaugebiete Deutschlands. Es handelt sich um schwach bis stärker degradierte Schwarzerden auf Löß mit einem etwa 6o cm mächtigen A-Horizont (Humushorizont) mit Bodenwerten zwischen 8o und 1oo. Industrie gibt es nur wenig. Außer Bavenstedt als Vorstadtgemeinde Hildesheims ist Söhlde zu nennen. Söhlde ist bekannt durch seine Kreidewerke. Sonst wird dieser Raum noch stark von der Landwirtschaft mitgeprägt.

2. 4. 1. 2. Verdichtungsraum (Teilraum II)

Dieses Gebiet umfaßt die industrialisierten Verdichtungszonen um die Verkehrsachsen zwischen Hildesheim und Hannover sowie Hildesheim und Lehrte. Auch im südwestlichen Teil des Teilraumes II haben die Orte Emmerke und Sorsum starken industriellen Charakter. Hier haben wir es ebenfalls mit fruchtbaren Ackerstandorten mit schwarzerdeähnlichen Braunerden oder Parabraunerden mit Bodenwerten von 65 bis 85 zu tun[1].

2. 4. 1. 3. Innerstetal (Teilraum III)

Als Teilraum III ist das Innerstebergland, das Vorgebirgscharakter aufweist, ausgewiesen. Die höchsten Lagen sind über 3oo m hoch. In den Tälern liegen auf kiesigem Untergrund meist schluffig-tonige Schichten wechselnder Mächtigkeit. Dieses Bodenmaterial ist weitgehend aus den Einzugsgebieten der Wasserläufe abgeschwemmt worden. Es handelt sich um vom Grundwasser beeinflußte Böden, deren Profil und damit auch Fruchtbarkeit und Nutzbarkeit vom durchschnittlichen Grundwasserstand und den Grundwasserschwankungen abhängt. Talböden mit länger anhaltendem hohen Grundwasserstand und größeren Grundwasserschwankungen entwickeln ein Gleyprofil mit

---

[1] Agrarstrukturelle Vorplanung. a. a. O., S. 16

einem Oxidations- und Reduktionshorizont. Bei dichtgelagerten Sedimenten ist die Grundwasserbewegung sehr langsam. Solche Böden neigen zur Vernässung[1]. Das Innerstebergland zeigt die schlechtesten Ackerstandorte im Landkreis Hildesheim-Marienburg auf. Industrie ist im Raum Bad Salzdetfurth, Diekholzen, Bodenburg - im Südwesten des Teilraums - zu finden. Im Südosten gibt es einige Ziegeleien, die allerdings in den letzten Jahren weitgehend stillgelegt worden sind. Erwähnt sei hier Sottrum.

2. 4. 1. 4. Nordgemeinden (Teilraum IV)

Im Teilraum IV sind wie in der Verdichtungszone fruchtbare schwarzerdeähnliche Braunerden vorhanden. Der Lößboden der Hildesheimer Börde läuft vor dem Ort Lühnde aus. Die Gemeinden beherbergen sehr viele Auspendler nach Hannover. Über eigene Industrie verfügen die Nordgemeinden nur wenig. Es gibt kleinere Unternehmen der Ernährungsindustrie. Aufgrund der strukturellen Ähnlichkeit mit dem Verdichtungsraum kann es angemessen sein, Fragestellungen auf der Basis der vereinigten Teilräume II und IV zu analysieren.

2. 4. 1. 5. Ambergau (Teilraum V)

Dieser Teilraum wird zusätzlich zu den in der agrarstrukturellen Vorplanung erfaßten Abgrenzungen in die Erhebung mit einbezogen. Es handelt sich um die Dörfer des Ambergaus, die dem Landkreis Hildesheim-Marienburg angehören und sich wie ein schmaler Schlauch von den Hängen des Innerstebergl andes zur südlichen Kreisgrenze hinziehen. Ein mindestens ebenso großer Teil des Ambergaus gehört dem Landkreis Gandersheim an. Der Ambergau ist ein weites Tal mit teilweise fruchtbaren Braunerdeboden, im Norden umgeben vom Innerstebergland, im Westen

---

[1] Agrarstrukturelle Vorplanung. a. a. O., S. 17 - 18

von den Weserberglandvorgebirgen und im Osten und Südosten vom Harzvorland. Zentrum des Ambergaus ist die Kleinstadt Bockenem, auf die hier das wirtschaftliche Leben der umliegenden Dörfer stark orientiert ist. In Bockenem gibt es Industrie sowie Gewerbebetriebe jeder Art.

2. 5. Die angewandten Methoden der Untersuchung

Für die Untersuchung wandte ich die in der empirischen Sozialforschung am häufigsten gebrauchten Forschungsmethoden an. Zunächst wurde in den Monaten Januar bis März 1972 an alle Mitglieder des Niedersächsischen Landvolks im Kreisverband Hildesheim (Landkreis Hildesheim-Marienburg und die kreisfreie Stadt Hildesheim) postalisch ein Fragebogen verschickt, wobei ein adressierter und frankierter Umschlag für die Rücksendung beigefügt wurde. In einem Begleitschreiben erläuterte ich den Befragten Sinn und Zweck des Vorhabens. Außerdem legte ich eine schriftliche Empfehlung des Kreisvorsitzenden des Landvolkverbandes Hildesheim und Präsidenten der Landwirtschaftskammer Hannover bei, den Fragebogen zu beantworten, da die Auswertung agrarpolitisch von Wichtigkeit sein könne. Die Befragten blieben anonym; sie brauchten nur ihren Wohnort anzugeben. Es war daher auch nicht feststellbar, welche Landwirte geantwortet haben. Säumige konnten deshalb auch nicht angemahnt werden. Das mußte aber in Kauf genommen werden, da die Aufforderung zu namentlicher Kennzeichnung der Antworten wohl manchen an sich Antwortwilligen von der Ausfüllung des Fragebogens abgehalten hätte.

In einem weiteren Schritt suchten ich, in einigen Fällen auch meine Frau, in der Zeit vom Dezember 1972 bis Mai 1973 in ausgewählten Dörfern des Landkreises jeden Landwirt mit einem landwirtschaftlichen Betrieb von über 5 ha zu einem mündlichen Interview auf. Es waren die Dörfer Söhlde, Wöhle, Hönnersum und Schellerten (Börde), Emmerke, Hasede und die Stadt Sarstedt (Verdichtungsraum), Wehrstedt, Lechstedt, Sottrum, Hockeln und Söhre (Innerstetal), Ingeln und Wirringen (Nordgemeinden) und Großrhüden, Störy sowie die Stadt Bockenem im Ambergau (s. dazu Karte 2, S. 33 und Anhang D, S. 297)

Karte 2

Entnommen aus:
AGRARSTRUKTURELLE VORPLANUNG
Region Hildesheim

Dörfer mit mündlichen Einzel-
interviews dick unterstriche

Niedersächsische Landgesellschaft m.b.H. Hannover

Wir sprachen zunächst jeweils mit dem Ortsvertrauenslandwirt, der mir aus der Liste der Landvolkmitglieder diejenigen nannte, die auf einem Betrieb von über 5 ha wirtschafteten. Möglicherweise sind dabei in ganz wenigen Fällen Betriebe, die knapp über dieser Grenze lagen, nicht berücksichtigt worden. Der Fehler wird aber nur sehr gering sein. Er wird umso mehr zu vertreten sein, als Betriebe der Größenklasse um 5 ha auf jeden Fall, sofern nicht Sonderkulturen angebaut werden, als Haupterwerbsbetriebe auslaufen werden und daher für diese Analyse unberücksichtigt bleiben können.

Um wenigstens für bestimmte Dörfer eine vollständige Beantwortung des Fragebogens zu erreichen, wurden den Interviewten zunächst die hierin enthaltenen Fragen vorgelegt, sofern sie nicht angaben, sie bereits schriftlich (durch Ausfüllen des Fragebogens) beantwortet zu haben. Die Antworten der Landwirte aus den ausgesuchten Dörfern werden für den jeweiligen Untersuchungsteilraum aggregiert und mit den aggregierten Antworten der ausschließlich schriftlich interviewten Landwirte verglichen. Hierdurch sollen die aufgrund der unvollständigen Rücksendung der Fragebögen auftretenden Zweifel an der Repräsentativität der Ergebnisse für das gesamte Untersuchungsgebiet so weit wie möglich gemildert werden.

Zusätzlich diskutierten meine Frau oder ich mit den Befragten einige aktuelle agrarökonomische und -soziologische Probleme mit der Absicht, die Einstellungen und Meinungen der Landwirte zu der veränderten Stellung der Landwirtschaft in der Gesamtgesellschaft zu erforschen.

Zum dritten führte ich in sieben ausgewählten Dörfern des Landkreises im Februar 1974 Gruppendiskussionen mit dort ansässigen Landwirten durch. Es waren die

Karte 3

AGRARSTRUKTURELLE VORPLANUNG
Region Hildesheim

Dörfer mit Gruppendiskussion
dick unterstrichen

Niedersächsische Landgesellschaft m.b.H. Hannover

Dörfer Adlum, Ottbergen im Bördegebiet, Harsum und Sorsum im Verdichtungsraum, Hackenstedt im Innerstetal, Groß Lobke als Nordgemeinde und Mechtshausen im Ambergau (Karte 3, S. 35 und Anhang D, S. 297)

2. 5. 1. Das schriftliche Interview

Die schriftlich zugesandten Fragen sind im wesentlichen dem von v. Auenmüller und Griesbach[1] erstellten Fragebogen entnommen, der ihrer Untersuchung über beabsichtigte Strukturveränderungen in der Landwirtschaft in der Bundesrepublik zugrundelag. Im weiteren werden in einigen Teilfragen Vergleiche zwischen den Ergebnissen der Arbeit von Auenmüllers und Griesbachs und dieser Untersuchung gezogen. Die Beantwortung der von mir durchgeführten schriftlichen Befragung gibt ein ökonomisches und soziales Strukturbild der Landwirtschaft wieder, auf dessen Grundlage erst weitergehende Aussagen durch detailliertere Forschungsmethoden möglich sind. Es handelt sich u. a. um Fragen nach dem Verhältnis von Pachtland und Eigentum, den beabsichtigten Auf- und Abstockungen der Betriebsgröße, dem Anbauverhältnis, den überbetrieblichen Formen der Zusammenarbeit, dem Alter und dem Bildungsgrad der Landwirte, dem Hofnachfolger und der persönlichen Einschätzung der eigenen Einkommensentwicklung im Betrieb.

Nach Scheuch dürfte es die Funktion schriftlicher Befragungen sein, einen allgemeinen Rahmen für eine intensiver zu untersuchende Gruppe abzuklären. Ein Teil der Nachteile der Fragebogenmethode könnte dadurch ausgeglichen werden, daß man wenigstens einen Teil

---

[1] v. Auenmüller, A., Griesbach, H., Beabsichtigte Strukturveränderungen in der Landwirtschaft, Materialsammlung der Agrarsozialen Gesellschaft Nr. 89, Göttingen 197o

der Fälle dieser Vorgehensweise mit persönlichen Interviews kombiniert[1]. Der besondere Nachteil der schriftlichen Befragung liegt darin, daß man kaum mit einer Rückantwortquote von über 5o % rechnen kann[2].

Der von mir erstellte Fragebogen enthält vorwiegend Faktenfragen, die in der Form des standardisierten Interviews angelegt sind, bei dem die Antwortmöglichkeiten im voraus formuliert werden[3]. Nur in ganz geringem Maße werden Meinungsfragen verwendet.

Atteslander betrachtet das standardisierte Interview als "Gesprächskorsett", es soll also einen ersten Eindruck von der Struktur der sozialen Gebilde vermitteln.

2. 5. 2. Das mündliche Einzelinterview

Dem mündlichen Interview lag ein relativ unstrukturierter Fragebogen mit offenen Fragen zugrunde, mit deren Hilfe versucht werden sollte, die Einstellungen der Landwirte zum Strukturwandel der Landwirtschaft zu erfahren. Es handelte sich um Fragen nach der Einschätzung zukünftiger Einkommenssteigerungen, nach den möglichen Maßnahmen der Regierung, die Landwirtschaftseinkommen zu steigern, nach der Stellung des Gesellschaftsteils Landwirtschaft innerhalb der Gesamtgesellschaft und zum Bodenrecht.

---

[1] Scheuch, E. K., Das Interview in der Sozialforschung, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung, R. König (Hrsg.), Band I, 2. Auflage, Stuttgart 1967, S.169

[2] Zu den bei dieser Untersuchung erzielten Rückantwortquoten s. Abschn. 3. 1. 1.

[3] Atteslander, P., Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin 1969, S. 74

Der Fragebogen wurde dem Interviewten überreicht, damit dieser die einzelnen Fragen während des Gesprächs vor sich (vor Augen) haben konnte. Die Reihenfolge der Fragen wurde im Gespräch weitgehend eingehalten. Nach Ende des auf die vorgelegten Fragen bezogenen Interviews bat ich den Landwirt, zusätzlich Probleme zu diskutieren, die nicht Gegenstand des Fragebogens waren. Nur in sehr wenigen Fällen wurden von den Befragten zusätzliche Fragen angeschnitten. Offensichtlich ist mit den vorgelegten Fragen die Bandbreite sozial-ökonomischer Problemstellung in der Landwirtschaft nahezu vollständig angesprochen worden. Mangelnde Ausdrucksfähigkeit oder Scheu, weitere Probleme vorzubringen, dürften, wenn überhaupt, nur in ganz wenigen Fällen Anlaß gewesen sein, das Gespräch nicht fortzuführen.

Bei offenen Fragen ist der Spielraum für die Beantwortung unbegrenzt. Als Vorteile dieser Frageform sieht Scheuch die Möglichkeit der Vergrößerung "überraschender Einsichten". Sie gäbe ein vollständigeres Bild des Befragten[1]. Nach Atteslander helfen offene Fragen, Mißverständnisse und unerwartete Bezugssysteme zu entdecken. "Sie können auch den Gesprächskontakt und das Interesse am Interview fördern, weil sie einer normalen Gesprächssituation nahekommen. Der Befragte fühlt sich im eigenen Urteil als voll und selbständig genommen. Aus diesem Grunde ziehen vor allem gut informierte Personen mit eigener Meinung offene Fragen vor"[2]. Renate Mayntz führt aus, Antworten auf offene

---

[1] Scheuch, E. K., a. a. O., S. 146

[2] Atteslander, P., a. a. O., S. 91

Fragen seien nuancierter und oft informationsreicher[1]. Diese Qualität war auch in unseren Forschungsinterviews festzustellen. Es kam teilweise zu Gesprächen bis an eineinhalb Stunden mit intensiven Diskussionen und nahezu erschöpfender Argumentation. Durchweg nahmen die befragten Landwirte die zu diskutierenden Themen aufgeschlossen an. Obwohl es natürlich Gesprächsteilnehmer gab, die sich reserviert verhielten und nicht zu jeder Frage eine ausführliche Antwort gaben oder geben konnten, äußerten selbst diese im Verlauf des Gesprächs ihre Meinung freimütig.

2. 5. 3. Die Gruppendiskussion

Zur Vorbereitung von Gruppendiskussionen nahm ich brieflich und telefonisch Kontakt mit den Ortsvorsitzenden des Niedersächsischen Landvolkverbandes in den Dörfern Adlum, Mechtshausen, Hackenstedt, Harsum, Ottbergen, Sorsum, Groß Lobke und Dingelbe auf und erklärte ihnen Sinn und Zweck dieses Verfahrens.

Die Angesprochenen waren ohne Ausnahme gern bereit, mir behilflich zu sein. Sie benachrichtigten ihre Berufskollegen und baten sie zu einem Gesprächsabend in einer Gastwirtschaft des betreffenden Ortes. Lediglich in Dingelbe konnte aus terminlichen Gründen die Zusammenkunft nicht ermöglicht werden. Wegen meiner beruflichen Tätigkeit im 3oo km entfernten Kiel war es mir nur möglich, die Gruppendiskussionen während meines Urlaubs durchzuführen, so daß Absagen aus allein terminlichen Schwierigkeiten in Kauf genommen werden mußten.

---

[1] Mayntz, R., Holm, K., Hübner, P., Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie, Köln und Opladen 1969, S. 1o9

Um die Anonymität der Gesprächsteilnehmer zu wahren, bekamen sie als Decknamen einen großen Buchstaben zugeordnet, der auf einem Pappschild vor ihnen in der Runde aufgestellt wurde. Da mir leider ein Tonband mit der für diesen Zweck notwendigen Leistungsfähigkeit nicht zur Verfügung stand, stenografierte meine Frau die Diskussionsbeiträge mit. Die Qualität der Wiedergabe der Gespräche dürfte hierdurch nur unwesentlich gemindert worden sein. Besonders dann,wenn Meinungen verschiedener Diskutanten gleichzeitig in erregter Stimmung abgegeben wurden, dürfte das stenografische Protokoll der Tonbandaufnahme überlegen sein, da es sich darauf beschränken kann, die für diese Arbeit wichtigen Sätze einzufangen. Diese würden in einem heftigen Meinungsstreit von der Tonbandaufnahme nicht deutlich getrennt werden können.

Jedem der Teilnehmer legten wir als Gesprächsgrundlage einen Fragebogen mit acht offenen Fragen vor, die in zwangloser Reihenfolge diskutiert wurden. Offensichtlich umschrieben diese Fragen die von den Teilnehmern gesehenen Landwirtschaftsprobleme einigermaßen vollständig, denn auf meine Schlußfrage nach der Erörterung weiterer, bisher nicht aufgegriffener Probleme präsentierten die Landwirte keine weiteren noch zu diskutierenden Fragen mehr. Ich selbst griff als Diskussionsleiter nur dann ins Gespräch ein, wenn mehrfach Wiederholungen von Argumenten anzeigten, daß die einzelnen Fragen wohl ausdiskutiert waren, oder wenn sachliche Klarstellungen notwendig waren, oder wenn ich die Landwirte, die sich zu einer Frage kaum oder überhaupt nicht äußerten, bat, doch ihre Meinung zu sagen.

Der Gruppendiskussionsmethode liegt nach Mangold folgender Denkansatz zugrunde[1]:

---

[1] Mangold, W., Gruppendiskussionen, in: R. König (Hrsg.) Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. I, 2. Auflage, Stuttgart 1967, S. 21o

- In Gruppendiskussionen werde ein größerer Bereich verschiedener Reaktionsweisen erreicht als im Einzelinterview
- Das Gruppengespräch stimuliere die Offenlegung "tieferliegender" Bewußtseinsinhalte als das Einzelinterview.
- Die Meinungen und Einstellungen des einzelnen bilden sich im Alltag vorwiegend durch informelle Gespräche zwischen Menschen in gleichartiger Lebenslage. Mit Hilfe des Gruppenverfahrens sei es daher möglich, "Bewußtseins- und Verhaltensphänomene unmittelbar unter dem Einfluß von Gruppenkontrollen zu untersuchen".

Dieser kommunikative Zusammenhang dürfte gerade für die Bauern zutreffend und für die Vereinheitlichung der Meinungen wichtig sein. Aus meiner eigenen Erfahrung als selbständiger Landwirt weiß ich, daß man zu mancher Gelegenheit mit Berufskollegen im Einzel- wie im Gruppengespräch gern über Erträge, Preise, Kosten und andere Dinge, durch deren Veränderung der Lebensraum der Bauernfamilie berührt wird, spricht. Ich habe allerdings in dieser Forschungsarbeit keine Unterschiede in der Intensität und Bewußtseinstiefe zwischen den in den Gruppendiskussionen und den in den Einzelinterviews sich manifestierenden Einstellungen und Meinungen feststellen können. In den Gruppen, die sich etwa aus sechs bis zehn Mitgliedern zusammensetzten aus je einem Dorf, d. h. guten Bekannten, ist die Möglichkeit zur Konfrontation mit unerwarteten, eventuell provokativen Meinungen oder Argumenten relativ gering, wenn nicht schon vorher Konfrontationsneigungen bestanden.

Das mag einmal darin liegen, daß ich selbst einmal ausschließlich selbständiger Landwirt war und in dieser Eigenschaft sowohl in den Gruppendiskussionen als Diskussionsleiter als auch als Einzelinterviewer als einer der ihren sprach. Zum anderen sind jeweils Pro-

bleme erörtert worden, die die Diskussionsteilnehmer als Angehörige der gleichen sozialen Großgruppe, die obendrein jeweils aus einem Dorf bzw. der Bauernschaft eines Dorfes (Kleingruppe mit ähnlicher und ähnlich eingeschätzter Problemlage) kamen und einander kannten, in gleicher Weise angehen und die von ihnen schon öfter bei verschiedenen Zusammenkünften besprochen worden sind. Es kann daher angenommen werden, daß besonders in den Gruppendiskussionen zum Teil die in zahlreichen vorausgehenden informellen Gesprächen und durch die Fachpresse und die Verbandsführer gewonnenen Gruppenmeinungen offenkundig wurden, tieferliegende Bewußtseinsinhalte also in geringerem Maße zutage traten, da die Teilnehmer sich kannten und unerwartete, eventuell provokante Meinungen oder Argumente zu dem geläufigen Thema nicht wahrscheinlich waren. Trotzdem wurde auch hier hin und wieder in erregter Stimmung diskutiert. Stärker divergierende Meinungen würden sich sicherlich ergeben, wenn einer Diskussionsgruppe von Bauern nichtberufsbezogene Sachverhalte, etwa Fragen der Familie, aus der Politik usw. vorgelegt werden. In Diskussionen solcher Qualitäten kann sich sicherlich eher so etwas wie eine nicht-öffentliche Meinung bilden[1].

Als Nachteile der Methode der Gruppendiskussionen werden genannt:

- die Schweigequote ist relativ hoch
- es bestehen Schwierigkeiten gruppendynamischer Art, besonders, wenn es sich um inhomogene Gruppen handelt. Die inhomogene Zusammensetzung einer Gruppe z. B. nach

---

[1] Pollock, F., Gruppenexperiment, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Frankfurt 1955
Böhm, F., Vorwort zu Pollock, F., Gruppenexperiment

dem Bildungsgrad und/oder der sozialen Stellung beeinflußt einmal negativ die Schweigerquote, zum anderen kommt es zu sozialen Barrieren. Die Gesprächspartner mit höherer Schulbildung erscheinen den weniger Gebildeten als diejenigen mit der "richtigen" Meinung[1]. Diese wird daher manchmal schnell adaptiert, ohne daß sie reflektiert wird. In einer Diskussionsgruppe von Landwirten jeweils aus einem Dorf tritt diese Erscheinung weniger auf. Es handelt sich hier um homogene Gruppen, wenn auch Unterschiede in der Betriebsgröße und auch im Bildungsgrad groß sein und auch so von den Gesprächsteilnehmern erlebt werden können. So können auch hier Meinungen und Einstellungen im Laufe des Gesprächs von Meinungsführern übernommen und artikuliert werden. Die tatsächliche Meinung des einzelnen Gruppenmitglieds läßt sich nur bedingt erforschen. "Untersuchungs- und Aussageeinheit sind hauptsächlich die jeweilige Gruppe"[2].

- Ein weiterer Nachteil ist es, daß nicht alle einzelnen Landwirte an der Diskussion teilnehmen. Außerdem äußert sich nicht jeder zu jedem Fragenkomplex. Mangold schreibt jedoch, daß komparative Analysen von Diskussionsprotokollen gezeigt haben, daß sich in verschiedenen Diskussionsgruppen gleicher sozialer Struktur, wie z. B. von Bauern, Arbeitern, kleinen Angestellten und Beamten sich inhaltlich gleichartige informelle Gruppenmeinungen bilden können bzw - so in unserem Fall - vorweg zustandegekommene Meinungsvereinheitlichungen sichtbar werden[3].

---

[1] Mangold, W., Gruppendiskussionen, a. a. O., S. 212

[2] Friedrichs, J., Methoden der empirischen Sozialforschung, Hamburg 1973, S. 246

[3] Mangold, W., Gruppendiskussionen, a. a. O., S. 218

Die in dieser Arbeit angewandten Forschungsmethoden des schriftlichen Interviews, des mündlichen Einzelinterviews und der Gruppendiskussion weisen - dieses ging aus vorstehender Erörterung hervor - sowohl Vor- als auch Nachteile auf. Es liegt daher nahe - wie hier geschehen - die drei Methoden in sinnvoller Weise auf ihre spezifische Verwendungsfähigkeit hin zu verknüpfen.

3. 1. Die sozialökonomische Struktur der Landwirtschaft im Untersuchungsraum

3. 1. 1. Die Grundgesamtheit

Die angeschriebenen 1626 Mitglieder des Niedersächsischen Landvolks verteilten sich folgendermaßen auf die Teilräume:

Übersicht 2: Adressaten und Antworten in den Teilräumen

Teilräume	Mitgl. Landvolk	Antworten[a] abs.	v. H	Betriebe üb. 5 ha	Antworten[a] abs.	v. H.
Ambergau	216	8o	37.o	163	73	44.8
Innerstetal	288	128	44.4	212	99	46.7
Börde	629	265	42.1	452	222	49.1
Verd.Raum	298	131	44.o	248	1o5	42.3
Nordgem.	195	86	44.1	135	69	51.1
Summe	1626	69o	42.4	121o	568	46.9

[a] Hierin sind auch die Antworten der schriftlich Befragten enthalten, die später mündlich interviewt wurden

Es kam insgesamt eine Rückantwortquote von 42.4 v. H. zustande. Hierin sind aber auch diejenigen Mitglieder des Landvolks eingeschlossen, die lediglich schrieben, daß für sie eine Beantwortung des Fragebogens wohl nicht in Frage käme, da sie ihren landwirtschaftlichen Betrieb schon verpachtet hätten. Ebenso sind die Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von unter 5 ha enthalten, die nicht mit in die Auswertung genommen wurden. Die Summe der bewirtschafteten Betriebe über 5 ha nannten mir die Ortsvorsitzenden des Landvolks in jedem Dorf, das ich zu diesem Zweck aufsuchte[1]. Geringe Fehler müssen dabei in Kauf genommen werden, da die Befragten natürlich nicht genau wußten, ob die Betriebe um 5 ha nun über oder unter dieser Grenze lagen. Die offizielle Landwirtschaftszählung 1971 weist für den Unter-

[1] Vgl. Abschnitt 2. 5.

suchungsraum 1468 Betriebe über 5 ha auf[1]. Da aber nicht alle Landwirte Mitglieder des Landvolks sind und die schriftliche Befragung ein Jahr später durchgeführt wurde (einige Betriebe werden in diesem Jahr aufgelöst worden sein), dürften unsere Zahlen die tatsächliche Betriebsstruktur gut treffen. Die Rückantwortquote aus der Grundgesamtheit der Betriebe über 5 ha betrug 46,9 v. H. (Übersicht 2).

Die Betriebe in den Dörfern, in denen die Landwirte ausschließlich schriftlich befragt wurden, verteilen sich wie folgt:

Übersicht 3: Aufteilung der Antworten in den Dörfern ohne mündliche Interviews auf die Teilräume

Teilräume	Mitgl. Landvolk	Antworten abs.	v. H.	Betriebe üb. 5ha	Antworten abs.	v. H.
Ambergau	164	62	37.8	123	56	45.5
Innerstetal	224	113	5o.4	17o	92	54.1
Börde	618	222	35.9	372	185	49.7
Verd. Raum	254	115	45.3	212	9o	42.5
Nordgem.	169	77	45.6	118	62	52.5
Summe	1429	589	41.2	995	485	48.1

Legt man die bewirtschafteten Betriebe über 5 ha zugrunde, so ergibt sich eine Rückantwortquote von 48.1 v. H. Mit dieser Ausbeute kann man zufrieden sein.

Für die weitere Analyse werden zwei Grundgesamtheiten gebildet. Einmal werden die ausschließlich schriftlich Befragten zu einer Einheit zusammengefaßt. Zum anderen bilden die mündlich interviewten Landwirte eine Grundgesamtheit. Die mündlich interviewten Landwirte haben

---

[1] Gemeindestatistik Niedersachsen 197o, Teil 4, Landwirtschaft 1971/72 A, Ergebnisse der Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung vom Mai 1971, in: Statistik von Niedersachsen - Band 17o Hannover 1972 S. 5o-51 und S. 62-69

den der schriftlichen Befragung zugrundeliegenden Fragebogen und zusätzlich die Fragen der Einzelgespräche beantwortet[1]. Die Antworten auf die Fragebögen werden getrennt analysiert und die Ergebnisse der beiden Analysen miteinander verglichen. Eine generelle Zusammenfassung der beiden Grundgesamtheiten zu einer einzigen dürfte nicht empfehlenswert sein, da in diesem Fall Antworten aus Dörfern mit unvollständiger Rückantwortquote mit einem nahezu vollständigen Sample aus den Orten, in denen die mündliche Befragung durchgeführt wurde, vermengt würden. Eine mehr oder weniger bedeutsame Verzerrung im Hinblick auf den Aussageraum würde die Folge sein. Wenn die Ergebnisse aus beiden Grundgesamtheiten auseinanderfallen, werden die Gründe dafür untersucht. Weichen die Ergebnisse aus den beiden Aussageeinheiten nicht voneinander ab, darf davon ausgegangen werden, daß sie ohne Einschränkung für den gesamten Untersuchungsraum gültig sind. Unbedenklich scheint auch, uns bei den Dörfern mit ausschließlich schriftlicher Befragung auf die Meinung der eingegangenen Antworten zu stützen (d. h.: die Meinungen der nicht antwortenden Befragten zu vernachlässigen).

---

[1] Vgl. Abschn. 2. 5.

3. 1. 2. Betriebsgrößen-, Eigentums- und Anbaustruktur

Wie aus Anhang A_1 ersichtlich ist, sind die unteren Betriebsgrößenklassen von 1o bis unter 2o ha und 2o bis unter 3o ha mit 171 bzw. 163 Landwirten am stärksten besetzt. Die landwirtschaftlichen Betriebe von 5 bis unter 1o ha weisen mit einer Anzahl von nur 4o eine relativ geringe Dichte auf. Von den Größenklassen von 3o ha an wird der Besatz geringer, wobei besonders wenig Betriebe (59) 4o bis 5o ha aufweisen im Vergleich zu den mit 95 bzw. 78 Betrieben stärker besetzten unmittelbaren Nachbarklassen. Die großen Betriebe mit über 7o ha sind relativ wenig vorhanden. In der Größenordnung von 7o bis unter 1oo ha sind es 41, über 1oo ha nur 22 Betriebe.

Auffällig ist, daß die größeren landwirtschaftlichen Betriebe ein geringeres Pacht/Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) - Verhältnis aufweisen (Übersicht 4).

Übersicht 4:
Durchschnittliches Pacht/LF-Verhältnis[a] im gesamten Untersuchungsgebiet

Betriebsgrößenklasse	Pacht/LF
5 bis unter 1o ha	o,37
1o bis unter 2o ha	o,4o
2o bis unter 3o ha	o,32
3o bis unter 4o ha	o,26
4o bis unter 5o ha	o,27
5o bis unter 7o ha	o,27
7o bis unter 1oo ha	o,29
über 1oo ha	o,25

a Arithmetisches Mittel der im Anhang A 1 berechneten summierten Pacht/LF Verhältnisse der Teilräume

Die Betriebe bis zu 3o ha haben ein Pacht/LF-Verhältnis im Durchschnitt der Größenklassen zwischen o,32 bis o,4o, während die Betriebe von über 3o bis über

1oo ha zwischen o,25 und o,29 liegen. Offensichtlich haben die Leiter der aus heutiger Sicht noch kleinen landwirtschaftlichen Betriebe vergleichsweise viel Land aus der Menge der aufgelösten kleinsten Betriebe zugepachtet, um den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung zu finden.

Aus der in Anhang A_1 aufgeführten Anbaustruktur ist zu ersehen, daß die Landwirtschaft im Kreis Hildesheim auf einen starken Getreide- und Hackfruchtanbau ausgerichtet ist. Als Hackfrüchte werden fast ausschließlich Zuckerrüben angebaut. Lediglich die Teilräume Innerstetal und Ambergau weisen in den mittleren und unteren Größenklassen einen vergleichsweise hohen Grünlandanteil mit ungefähr 8 bis 17 v. H. auf. Besonders hoch ist der Zuckerrübenanteil mit bis zu 35,1 v. H. in dem fruchtbaren Bördegebiet. Die Zuckerrüben erbringen den höchsten Hektargewinn. Sonderkulturen (zu den Sonderkulturen im weiteren Sinne sind hier auch Raps und Hülsenfrüchte zu rechnen) werden nur vereinzelt betrieben. Auch der Anbau von Ackerfutter als Hauptfrucht ist ohne Bedeutung.

3. 1. 3. Viehhaltung

Für die Diskussion des Ausmaßes der Viehhaltung im Untersuchungsgebiet ist auf die Berücksichtigung der untersten Betriebsgrößenklasse von 5 bis unter 1o ha verzichtet worden. Vielfach werden diese Betriebe im Nebenerwerb geführt. Die Betriebe von 5o bis unter 1oo ha sind dabei für die Interpretation der vorhandenen Viehhaltungsstruktur zusammengefaßt worden. Die oberste Betriebsgrößenklasse über 1oo ha LF scheidet ebenfalls aus der Betrachtung aus. Diese Betriebe sind groß genug, um eine optimale Faktorkombination mit resultierendem ausreichenden Gewinn ohne Viehhaltung zu gewährleisten.

Einbezogen sind Betriebe mit einem Bestand von

mehr als 5 Milchkühen, 5 Mastrindern, 5 Sauen, 1oo Legehennen oder mit einem jährlichen Absatz von mehr als 1o dz Mastschweinen. Im ganz wenigen Betrieben wird eine umfangreiche Geflügelmast sowie ausgedehnte Mutterschafhaltung betrieben. Es werden bewußt nur solche Größenordnungen der Viehhaltung für die Analyse erfaßt, von denen erwartet werden kann, daß sie einen merklichen Einfluß auf die Höhe des Betriebsgewinns ausüben können. In Übersicht 5 können natürlich auch Betriebe mehrmals aufgeführt sein, wenn in ihnen mehrere Tierarten in genügendem Umfang gehalten werden. Die Teilräume Ambergau und Innerstetal bzw. Verdichtungsraum und Nordgemeinden sind hier wegen ihrer ähnlichen Bodenverhältnisse zusammengefaßt worden.

Wie aus Übersicht 5 zu entnehmen ist, ist die Viehhaltung im Landkreis Hildesheim nicht der entscheidende Betriebszweig. Besonders im Teilraum Börde mit den fruchtbarsten Ackerböden Deutschlands spielt sie nur eine untergeordnete Rolle. Milchvieh gibt es nur in etwa einem Viertel der unteren Betriebsgrößen. Die Milchkuhhaltung ist aber dagegen noch recht ausgeprägt in den Teilräumen Innerstetal und Ambergau, die mit Ausnahmen nicht so fruchtbar sind und zum Teil über natürliches Grünland verfügen. Von etwas geringerer Bedeutung ist dieser Betriebszweig in den zusammengefaßten Teilräumen "Verdichtungsraum" und "Nordgemeinden" Tendenziell nimmt die Milchkuhhaltung von den kleineren zu den größeren Betrieben ab. Die kleineren Betriebe sind mehr auf diesen noch recht erfolgreichen Betriebszweig angewiesen. Zudem werden hier die auf die Betriebsfläche bezogenen freien Arbeitskapazitäten gebunden. Die größeren Betriebe erreichen ihre optimale Faktorkombination meistens ohne Viehhaltung. Trotzdem weisen nicht wenige Betriebe in den höheren Größenklassen zahlenmäßig recht starke Mastrinder- und Mastschweinehaltungen auf. Gravierende Unterschiede zwischen den Teilräumen und Betriebsgrößen sind dabei nicht festzustellen

Übersicht 5: Viehhaltung

dieser Übersicht sind alle Betriebe enthalten, die mehr als 5 Milch-
ne, 5 Mastrinder, 5 Sauen, 100 Leghennen zur Zeit der Untersuchung
lten und/oder 10 dz pro Jahr an Mastschweinen verkaufen.

bergau u. nerstetal	Anz.all. Betr.	Milchkühe v.H.	Ø	Mastrinder v.H.	Ø	Sauen v.H.	Ø	Legehennen v.H.	Ø	Mastschweine v.H.	Ø
fer mit dl.Interv.											
-u.20 ha	17	64,7	10,1	11,8	6,0	41,2	25	0,0	-	41,2	27
-u.30 ha	21	61,9	10,6	19,0	17,3	28,6	17,7	0,0	-	33,3	200
-u. 40 ha	16	50,0	15,1	37,5	15,3	37,5	15,0	6,3	2500	37,5	139
-u. 50 ha	5	80,0	15,3	40,0	8,0	20,0	20,7	-	-	40,0	90
-u.100 ha	7	0,0	-	14,3	30,0	42,9	21,7	28,6	5500	28,6	260
fer ohne dl.Interv.	66										
-u. 20 ha	29	48,3	10,1	44,8	10,4	3,4	10,9	3,4	400	44,8	282
-u. 30 ha	32	65,6	12,1	46,9	11,9	25,0	37,8	0,0	+	43,8	63
-u.40 ha	19	47,4	13,4	36,8	16,1	10,5	29,0	5,3	700	26,3	105
-u. 50 ha	20	40,0	22,0	50,0	26,4	25,0	18,6	5,0	200	35,0	272
-u.100 ha	42	23,8	27,7	16,7	31,4	7,1	18,0	0,0	-	23,8	145
fer mit dl.Interv.	142	Börde									
-u. 20 ha	27	25,9	7,0	29,6	10,4	7,4	8,0	0,0	-	40,7	40
-u. 30 ha	22	9,1	6,5	27,3	18,3	18,2	22,3	0,0	-	31,8	105
-u. 40 ha	6	0,0	-	16,7	20,0	0,0	-	16,7	500	-	-
-u.50 ha	0	0,0	-	-	-	0,0	-	-	-	-	-
-u.100 ha	7	0,0	-	57,1	25,5	0,0	-	-	-	28,6	65,0
fer ohne dl.Interv.	62										
-u. 20 ha	58	25,9	6,9	44,8	16,9	10,4	22,5	5,2	387	36,2	36
-u. 30 ha	37	29,7	10,8	45,9	14,9	13,5	22,0	5,4	1375	43,2	119
-u. 40 ha	24	12,5	11,0	33,3	18,9	4,2	9,0	4,2	3000	33,3	514
-u. 50 ha	10	0,0	-	20,0	32,5	30,0	11,0	20,0	1624	40,0	103
-u.100 ha	32	0,0	-	12,5	20,5	3,1	18,0	6,3	200	9,4	1167
fer mit dl.Interv.	161	Verdichtungsraum und Nordgemeinden									
-u. 20 ha	9	33,3	6,7	55,5	7,2	0,0	-	0,0	-	33,3	53
-u. 30 ha	14	28,6	9,5	42,9	13,3	0,0	-	7,1	250	57,1	120
-u. 40 ha	7	28,6	9,0	14,3	14,0	0,0	-	0,0	-	28,6	150
-u. 50 ha	9	22,2	15,0	44,4	17,0	0,0	-	22,2	300	44,4	89
-u.100 ha	10	0,0	-	20,0	25,0	10,0	10,0	0,0	-	30,0	463
	49										

Übersicht 5 Fortsetzung

Verdichtungsraum und Nordgemeinden

Dörfer ohne mündl. Interv.	Anz. all. Betr.	Milchkühe		Mastrinder		Sauen		Legehennen		Mastschweine	
10-u. 20 ha	31	22,6	8,1	32,3	10,0	3,2	12	0,0	-	48,4	5
20-u. 30 ha	37	29,7	10,2	48,6	15,1	10,8	16,5	2,7	150	43,2	11
30-u. 40 ha	23	8,7	12,5	17,4	14,3	13,0	30,0	0,0	-	43,5	10
40-u. 50 ha	15	6,7	30,0	29,0	21,0	26,7	42,5	0,0	-	46,7	18
50-u. 100 ha	43	7,0	23,3	14,0	27,7	7,0	22,0	2,3	200	18,6	28

3. 1. 4. Subjektive Einschätzungen der Kauf- und Pachtmöglichkeiten von Boden

Die Beantwortung der Fragen nach den Kauf- und Pachtmöglichkeiten von landwirtschaftlich nutzbarem Boden gibt einen ersten Einblick über zukünftige Strukturverschiebungen in der Umgebung (allgemein bezogen auf das Dorf) des Befragten. Die dargelegten Meinungen resultieren ja vorwiegend aus der unmittelbaren Kommunikation der Landwirte untereinander im Dorf. Diese Ergebnisse müssen allerdings vorsichtig ausgelegt werden, denn z. B. können alle Landwirte in einem Dorf einen einzigen aufgabewilligen Landwirt meinen, von dem sie Pachtlanderwart Dabei kann sonst die Struktur dort sehr festgefügt sein.

Wie aus Übersicht 6 hervorgeht, glauben 24,5 v. H. der Antwortenden an eine Kauf-, 32,1 v. H. an eine Pachtmöglichkeit. Wenn man bedenkt, daß hierin auch nur geringfügige Verschiebungen enthalten sein können, scheint das nicht sehr viel zu sein. Keine Veränderungen in der Betriebsgrößenstruktur durch Kauf sehen 6o,2 v. H., durch Pacht 54,4 v. H. Der Rest beantwortete diese Frage nicht, bzw. verhielt sich unentschieden.

Bemerkenswert ist, daß auch unter den Teilräumen kaum Unterschiede in den Einschätzungen vorliegen. Es ist doch schon etwas erstaunlich, daß sich die Landwirte im weniger ertragreichen Innerstetal in ihren Urteilen

fast nicht von den Berufskollegen in der fruchtbaren Hildesheimer Börde unterscheiden. Offensichtlich schlägt durch - wie oben ausgeführt -, daß für die Landwirte die gestellte Frage schon dann beantwortet war, wenn nur geringfügige Veränderungen erwartet wurden.

Übersicht 6: Subjektive Einschätzungen der Kauf- und Pachtmöglichkeiten[1]

Nr.	Teilräume	Kaufmöglichkeit ja abs.	ja v.H.	nein abs.	nein v.H.	unentsch. abs.	unentsch. v.H.	Pachtmöglichkeit ja abs.	ja v.H.	nein abs.	nein v.H.	unentsch. abs.	unentsch. v.H.
	Ambergau	12	35,3	15	44,1	7	2o,6	18	52,9	14	41,2	2	5,9
	Ambergau+	14	25,o	32	57,1	1o	17,9	21	37,5	25	44,6	1o	17,9
	Innerstetal	7	21,2	24	72,7	2	6,1	14	42,4	17	51,5	2	6,1
	Innerstetal+	22	23,9	65	7o,7	5	5,4	25	27,2	61	66,3	6	6,5
	Börde	23	34,3	31	46,3	13	19,4	24	35,8	32	47,8	11	16,4
	Börde+	43	23,2	116	62,7	26	14,1	54	29,2	1o2	55,1	29	15,7
	Verdichtungsraum	1o	32,2	2o	64,6	1	3,2	8	25,8	2o	64,5	3	9,7
	Verdichtungsraum+	13	14,4	6o	66,7	17	18,9	25	27,8	53	58,9	12	13,3
	Nordgemd.	5	26,4	7	36,8	7	36,8	1o	52,6	8	42,1	1	5,3
	Nordgemd.+	15	24,2	33	53,2	14	22,6	16	25,8	32	51,6	14	22,6
	Summe	57	31,o	97	52,7	3o	16,3	74	4o,2	91	49,5	19	1o,3
	Summe+	1o7	22,1	3o6	63,1	72	14,8	141	29,1	273	56,3	71	14,6
	Ges.Summe	164	24,5	4o3	6o,2	1o2	15,3	215	32,1	364	54,4	9o	13,5

Etwas tiefere Einsichten können sich einstellen, wenn in den Teilräumen die Dörfer etwas näher betrachtet werden, die aufgrund des mündlichen Interviews vollständig erfaßt werden konnten. Im Ambergau sehen alle Landwirte aus Bockenem, daß sich dort Veränderungen in den Betriebsgrößen ergeben werden. Bockenem, eine

---

[1] Die mit dem Sternchen versehenen Teilräume umfassen in dieser Arbeit die Orte, in denen die Landwirte ausschließlich schriftlich befragt wurden

kleine Stadt mit 4431 Einwohnern[1], ist das Zentrum des Ambergaus. Die Landwirtschaft hat hier nur noch eine relativ geringe Bedeutung. Die Höfe befinden sich meistens in beengter Stadtlage, fast ohne räumliche Ausweitungsmöglichkeiten; die Betriebe sind dort in der Mehrzahl 3o bis 4o ha und darüber groß. Mit zusätzlicher Viehhaltung können diese Betriebe sicherlich in der nächsten Zukunft weiterbestehen. Aufgrund des Minoritätenstatus könnten aber zumindest wohl die Hoferben sich veranlaßt sehen, einen außerlandwirtschaftlichen Beruf zu ergreifen.

In Großrhüden (2172 Einwohner) im Ambergau gibt es überwiegend klein- und mittelbäuerliche Betriebe. Hier verteilt sich die Meinung über die Kauf- und Pachtangebote einigermaßen gleichmäßig. In Störy, einem kleinen Dorf, glaubt von den 6 Landwirten nur einer an Kauf- und Pachtmöglichkeiten. Hier sind die Verhältnisse so überschaubar, daß die Bildung einer relativ zweifelsfreien Meinung möglich ist.

Im "Verdichtungsraum" ist Sarstedt eine Stadt mit 1342o Einwohnern, die stark im Sog von Hannover liegt. Die Landwirtschaft verliert hier, wie ich aus den mündlichen Interviews erfahren konnte, immer mehr an Bedeutung und Beachtung. Mit Landverkäufen in der nächsten Zeit rechnen 85,7 v. H. der Bauern, aber nur 28,6 v. H. glauben daran, daß Land verpachtet wird. In letzter Zeit erfuhr ich aber, daß ein Landwirt, der etwa 25 Jahre alt ist, seinen Hof verpachtet hat und sich umschulen läßt. Landverkäufe werden offensicht-

---

[1] Die Angaben über Einwohnerzahlen beziehen sich jeweils auf die Volkszählung vom 27. 5. 197o. Auf die tabellarische Darstellung der Ergebnisse aus den einzelnen Dörfern wird verzichtet. Die jeweiligen Besonderheiten werden in den Text eingearbeitet.

lich in Zukunft vorwiegend für Bauzwecke erwartet..

In Hasede, nach der Gebietsreform 1974 zur Stadt Hildesheim gehörig, glauben nur 7,7 v. H. an Kauf- und ebenfalls 7,7 v. H. an Pachtmöglichkeiten. Der fruchtbare Boden (und wohl auch die Kenntnis von den Einstellungen der ortsansässigen Landwirte) läßt offenbar die Vorstellung nicht aufkommen, daß angesichts gut erreichbarer Arbeitsplätze in Hildesheim oder Hannover in stärkerem Maß Land verkauft oder verpachtet werden würde.

In Emmerke, einem Ort mit gutem Industriebesatz, heute ebenfalls zu Hildesheim gehörig, gleichen sich die Meinungen zu dieser Frage der Verpachtungsaussichten nahezu aus. Landverkäufe werden hier aber nur von einer Minderheit erwartet..

In der "Hildesheimer Börde" sind die Meinungen in Schellerten am ausgeglichensten. Dort gibt es ein oder zwei Betriebe, die vielleicht in den nächsten Jahren verkaufen wollen. In Hönnersum (525 Einwohner), dessen Landwirte den besten Ackerboden des Bördegebietes, ja der gesamten Bundesrepublik bewirtschaften, glaubt nur einer an Landverkäufe, mit Verpachtungen rechnet niemand. Diese hervorragenden Ackerböden können selbst im Nebenerwerb bei viehloser Wirtschaftsweise bequem und mit gutem Erfolg bewirtschaftet werden.

Völlig voneinander verschiedene Ergebnisse konnten in Wöhle und Söhlde ermittelt werden. Wöhle ist noch fast ein reines Bauerndorf mit vielen kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben (die durchschnittliche Betriebsgröße beträgt dort nur 16,9o ha) mit guten bis sehr guten Ackerstandorten. Jeweils 15,8 v. H. glauben an Kauf- und Pachtmöglichkeiten; 78,9 v. H. rechnen nicht mit Verkäufen, 68,4 v. H. nicht mit Verpachtungen.

Söhlde ist ein großes Dorf mit 2o29 Einwohnern. Es ist bekannt durch seine Kreidewerke, die früher fast ausschließlich von den landwirtschaftlichen Betrieben aus geführt wurden. Heute besteht ein großes Werk mit industrieller Betriebsweise, neben dem die verbliebenen, von Landwirten geführten kleinen Kreidewerke nur schwer mithalten können. In Söhlde gibt es ebenfalls ganz überwiegend kleinere und mittlere Betriebe. Hier glauben 54,2 v. H. der Bauern an Veränderungen durch Verkäufe und 75 v. H. durch Verpachtungen. Jeweils 8,3 v. H. erwarten keine Veränderungen durch Verkauf und Verpachtungen.

Diese Unterschiede zwischen Wöhle und Söhlde sind sicherlich nicht ganz leicht zu begründen. Wöhle ist ein etwas abgelegenes, nahe am Innerstebergland gelegenes Dorf. Die Ablehnungen der mündlichen Interviews waren hier vergleichsweise hoch. Die Menschen schienen mir hier im ganzen in sich gekehrt. Im Laufe des Gesprächs wurden aber auch Wöhler Bauern aufgeschlossener. Der Grund dafür, daß die Söhlder von Anfang an etwas gesprächsbereiter waren, lag wohl nicht zuletzt an der durch die frühe industrielle Verflechtung hervorgerufenen außerlandwirtschaftlichen und außerörtlichen Kommunikation, die zugleich ein Hauptgrund für die größere Veränderungsbereitschaft (Verkäufe, Verpachtungen) sein dürfte.

In Söhlde - etwas am Rande der Börde gelegen - ist der Boden nicht so fruchtbar wie z. B. im zum Verdichtungsraum gehörigen Hasede. Eine Kompensation von relativ starken außerlandwirtschaftlichen Beziehungen durch die Güte des Bodens - wie wir es von Hasede annehmen konnten - findet daher in Söhlde nicht statt. Im Gegenteil, in Söhlde dürften beide Faktoren - industrielle Verflechtung und Bodenqualität - gemeinsam in Richtung auf Veränderungen hinzielen.

Zwischen den Dörfern im Innerstetal und zwischen den beiden Nordgemeinden Ingeln und Wirringen ergaben sich keine bemerkenswerten Unterschiede in der Einschätzung von Betriebsgrößenveränderungen, im Innerstetal insgesamt relativ geringe Verkaufs- und Verpachtungserwartungen.

3. 1. 5. Beabsichtigte Veränderungen der Betriebsgrößen in den nächsten 5 Jahren

Übersicht 7 sagt aus, daß die Bereitschaft der Landwirte, ihren Betrieb aufzugeben, sehr gering ist. In den Betrieben über 3o ha besteht überhaupt keine Neigung zur Auflösung. Lediglich in der untersten Betriebsgrößenklasse zwischen 5 und 1o ha besteht eine nennenswerte Tendenz zur Aufgabe und damit die Möglichkeit zur Zupacht für entwicklungsfähige Höfe. Hier sind es in der Regel ältere Landwirte, die die Altersgrenze erreichen oder ihre Flächen an Berufskollegen zur Aufstockung derer Betriebe verpachten, um die damit verbundene Landabgaberente zu bekommen. Die Kinder dieser Landwirte wollen den Hof der Eltern wegen der geringen Ertragskraft in aller Regel nicht übernehmen. Sie haben bereits einen anderen Beruf ergriffen oder beabsichtigen, dieses noch zu tun.

Etwa zwischen 5o bis 6o v. H. der Betriebsleiter mit Betrieben über 1o ha wünschen ihren Betrieb zu vergrößern, allerdings meistens in der Voraussicht, daß nur zum Teil Realisierungschancen bestehen, wie ich aus den zahlreichen Gesprächen entnehmen konnte, und wie sich aus den Ansichten über Verkaufs- und Verpachtungserwartungen ja ergab. Die Absicht zur Vergrößerung ist in den Betrieben von 3o bis 1oo ha etwas stärker als in den Betrieben von 1o ha bis 3o ha. Eine Erklärung könnte in dem etwas stärkeren Viehbesatz der letzteren liegen, der relativ viel Arbeitseinsatz erfordert. Die mittleren landwirtschaftlichen Produktionsstätten tendieren mehr zur stärkeren Flächenausdehnung und weiten dafür die Veredelung nicht so weit aus (s. Übersicht 5) oder reduzieren bzw. lösen diese sogar ganz auf. Es kann aber auch sein, daß vorhandene Fremdarbeitskräfte, auch bei steigender Viehhaltung durch Bewirtschaftung von mehr Flächen, besser genutzt werden sollen.

Übersicht 7: Beabsichtigte Veränderungen der Betriebsgrößen für das gesamte Untersuchungsgebiet

A. Dörfer ohne mündl. Interviews

Betriebsgröße	Anz. Betr.	Vergröß. abs.	v.H.	Zukauf	Zupacht	Verklein.	Ganzaufgabe abs.	v.H.
5-u. 10 ha	34	1	2,9	-	1	5	4	11,7
10-u. 20 ha	118	44	37,3	11	43	4	3	2,5
20-u. 30 ha	106	56	52,8	16	54	-	5	4,2
30-u. 40 ha	66	39	59,1	12	36	-	-	
40-u. 50 ha	45	36	80,0	12	22	1	-	
50-u. 70 ha	60	37	61,7	10	36	-	-	
70-u.100 ha	35	22	62,9	7	19	-	-	
über 100 ha	22	8	36,4	3	8	-	-	

B. Dörfer mit mündl. Interviews

Betriebsgröße	Anz. Betr.	Vergröß. abs.	v.H.	Zukauf	Zupacht	Verklein.	Ganzaufgabe abs.	v.H.
5-u.10 ha	7	3	42,9	3	2	-	2	28,5
10-u.20 ha	53	22	41,5	5	18	2	1	
20-u.30 ha	50	15	30,0	2	15	-	1	
30-u.40 ha	31	19	61,3	-	19	-	-	
40-u.50 ha	5	3	60,0	1	3	-	-	
50-u.70 ha	14	10	71,4	-	10	-	-	
70-u.100 ha	2	2	100,0	2	2	-	-	
über 100 ha	-	-	-	-	-	-	-	

Nicht wenige Landwirte haben die Frage nach Betriebsvergrößerung, möglicherweise in dem Wissen, diese wegen mangelnden Landangebots nicht verwirklichen zu können, nicht beantwortet, so daß diese Absicht zahlenmäßig nicht voll zum Ausdruck kommt.

Die Erwartung, daß die Landwirte in dem weniger fruchtbaren Teilraum "Innerstetal" mehr zur Betriebsaufgabe neigen, hat sich nicht erfüllt. Es können keine Unterschiede in dieser Frage zwischen den Teilräumen festgestellt werden. Dagegen werden die Vermutungen, daß der Zukauf von Boden als Mittel zur Betriebsvergrößerung gegenüber der Zupacht nur eine geringe Rolle spielt, bestätigt. Das notwendige Kapital dazu kann heute kaum aus den landwirtschaftlichen Betrieben erwirtschaftet werden. So wünschen die Landwirte im allgemeinen auch nur relativ kleine Flächen zu kaufen. Dagegen wollen viele Landwirte an Pachtland unbegrenzt viel dazubekommen.

3. 1. 6. Betriebsaufgabebereitschaft unter Voraussetzungen

In den Betrieben unter 2o ha würden evtl. 38,5 v. H. der Landwirte unter 4o Jahren aus allen Dörfern des Landkreises ihren Betrieb ganz aufgeben, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt wären; dagegen sind es in den Betrieben zwischen 2o und 3o ha nur 26,4 v. H. Dieser Anteil vermindert sich weiter auf 15,3 v. H. der Betriebe zwischen 3o und 4o ha. Die Bereitschaft zur bedingten Betriebsaufgabe ist bei den Bauern über 4o Jahre deutlich geringer. Sie vermindert sich in den jeweiligen Betriebsgrößenklassen von 2o, 6 über 12,7 auf 6,7 v. H. In den Betrieben über 4o ha denkt auch von den Jüngeren kaum jemand an eine mögliche Betriebsaufgabe. Erwartungsgemäß vermindern sich mit wachsender Betriebsgröße und höherem Alter die Anteile der Landwirte, die gegebenenfalls in einen anderen Beruf überwechseln wollen.

Übersicht 8: Betriebsaufgabebereitschaft unter Voraussetzungen[a]

alle Dörfer zusammen

Betr. Größe Altersgrup.	Zahl der Betriebe	Aufgabebereitsch.unt.Voraussetzungen abs.	v. H.
unter 2o ha	2o7	52	25,1
dav.unt.4o J.	52	2o	38,5
dav. b. 4o J.	155	32	2o,6
2o - u. 3o ha	163	27	16,6
dav.unt.4o J.	53	14	26,4
dav.üb. 4o J.	11o	14	12,7
3o - u. 4o ha	99	1o	1o,1
dav.unt.4o J.	39	6	15,3
dav.üb. 4o J.	6o	4	6,7
insges.b.4o ha	469	9o	19,2
dav.unt.4o J.	144	4o	27,8
dav.üb. 4o J.	325	5o	15,4

[a] Die Landwirte über 4o ha zeigten kaum eine Aufgabebereitschaft bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen. Sie wurden daher in der Übersicht nicht berücksichtigt.

Deutlich im Vordergrund steht als Voraussetzung ein gut bezahlter und sicherer außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplatz. Bei den älteren Landwirten ist diese Bedingung sehr oft verbunden mit der Forderung nach einer genügenden Landabgaberente und sicherer Altersversorgung. Der Wunsch nach kostenloser Umschulung wird, auch von den jüngeren Landwirten, relativ wenig genannt. Möglicherweise wird der etwas zeitraubende Umweg über eine fundierte Ausbildung für anspruchsvollere Tätigkeiten gescheut. Die bedingte Bereitschaft zur Betriebsaufgabe wird überwiegend erst dann geäußert, wenn die Rentabilität sehr weit abgesunken ist.

Die hier ausgewiesene Neigung, bei Erfüllung bestimmter Bedingungen oder unter bestimmten Voraussetzungen, besonders bei einem sicheren und gut bezahlten Arbeitsplatz, bei zu geringer Rentabilität des eigenen Betriebes, die Landwirtschaft aufzugeben, dürfte sicherlich ein Indiz dafür sein, daß die Situation, der sich viele Landwirte im Zeichen des Strukturwandels stellen müssen, erkannt ist. Die Spanne vom Erkennen der Lage bis zum tatsächlichen Handeln dürfte aber wohl noch ziemlich weit sein.

In den Gruppendiskussionen, in denen diese Frage auch behandelt wurde, fand sich nur wenig Bereitschaft, den Betrieb aufzugeben und sich einen außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz zu suchen. Für Landwirte über 4o Jahre stellte sich diese Alternative gar nicht. Begründet wurde diese Haltung vor allem mit der geringen Wandlungsfähigkeit des Menschen von einem bestimmten Alter an. Aber auch die jüngeren Landwirte erwägen diesen Schritt kaum als akute Möglichkeit. Voraussetzung ist in jedem Fall eine gut bezahlte Arbeit in der Industrie. Ein etwas unter 4o Jahre alter Landwirt aus einem Dorf mit fruchtbarsten Lößböden mit nur wenig mehr als 5 ha großem, hauptberuflich bewirtschafteten Betrieb sagte, daß er, solange es noch einigermaßen ginge, Landwirt bleiben wolle. Erst wenn er gar nicht mehr zurechtkomme, wolle er etwas anderes machen. Die Betriebsaufgabe, so sagte ein anderer jüngerer Landwirt, sei ein schwerer Entschluß, wenn man von Kind an auf das Berufsziel des Bauern ausgerichtet ist. Ein weiterer Diskussionsteilnehmer sagte aber auch, daß er grundsätzlich etwas anderes anfangen würde, aber im Augenblick keine Notwendigkeit dafür sehe.

Als Ergebnis der Äußerungen in den Gruppendiskussionen zu dieser Frage ist festzustellen, daß sich die aus den schriftlichen Interviews ergebende relativ große Be-

triebsaufgabebereitschaft bei Vorliegen bestimmter Bedingungen sich hier nicht bestätigt hat. Der schriftliche Fragebogen mag von den Landwirten als vergleichsweise unverbindlich angesehen worden sein, auf dem man schon mal, begünstigt durch die sichergestellte Anonymität, eine an sich sehr vage Bereitschaft zur Betriebsaufgabe festhalten konnte; es können Erwägungen zum Ausdruck gebracht werden, die noch nicht aktuell sind. Dagegen umgibt die Gruppendiskussion eine sehr viel stärkere Aktualität, indem etwa Aussagen über eigene Aufgabewilligkeit kundgegeben werden müßten oder solche von anderen behauptet wird. Die soziale Kontrolle der Berufskollegen könnte einmal zur Folge haben, daß man seine Karten nicht aufdecken will. Zum anderen könnte sie bedeuten, daß man nicht zu Kontroversen mit anderen genötigt werden will.

Zusammenfassend muß daher zu diesem Problem gesagt werden, daß nicht damit zu rechnen, bzw. nicht deutlich geworden ist, daß die Landwirte in nennenswertem Umfang in der näheren Zukunft ihre Betriebe aufgeben und außerhalb der Landwirtschaft Einkommen erwerben werden.

3. 1. 7. Überbetriebliche Zusammenarbeit und Gemeinschaftsproduktion

Zwischen den einzelnen Teilräumen und den verschiedenen Betriebsgrößenklassen konnten keine auffälligen zahlenmäßigen Unterschiede hinsichtlich der überbetrieblichen Zusammenarbeit in Form des gemeinsamen Eigentums an Maschinen und/oder des Einsatzes von Maschinen und Arbeitskraft aus Betrieben, in denen diese Produktionsfaktoren nicht genügend ausgelastet werden können, über die Vermittlung des Maschinenrings und der Inanspruchnahme von Lohnunternehmen festgestellt werden. Im Maschinenring werden durch den Geschäftsführer Angebot und Nachfrage nach überbetrieblichem Einsatz von Maschinen und menschlicher Arbeitskraft registriert und zusammengebracht. Die Maschinen bleiben dabei im Eigentum des Landwirts. Der Ring selbst, der ein Zusammenschluß von Landwirten ist, kauft in der Regel keine Maschinen.

Die zahlenmäßigen Anteile derjenigen Landwirte, die überbetrieblich arbeiten, verteilen sich sehr unregelmäßig über die Betriebsgrößenklassen. Die Gesamtanteile sind in den Teilräumen etwa gleich hoch. Aus diesen Gründen wird lediglich das Gesamtergebnis des Untersuchungsgebietes kurz beschrieben. Es läßt sich eigentlich nur sagen, daß die überbetriebliche Zusammenarbeit mit einer durchschnittlichen Beteiligung von ungefähr 35 v. H. der Bauern doch noch nicht so ausgeprägt praktiziert wird, wie man vielleicht hätte annehmen können. Es scheint, daß hier noch einige Rationalisierungsreserven vorhanden sind. Es ließen sich allerdings kaum Absichten bei den Befragten erkennen, über das Bisherige hinaus in gemeinschaftlichen Produktionsformen tätig zu sein.

In Gemeinschaftsställen wird das Vieh noch fast gar nicht gehalten. Die Antworten auf die Frage nach der

Übersicht 9:

Überbetriebliche Zusammenarbeit und Gemeinschaftsproduktion

A. Dörfer ohne mündliche Interviews

Betriebsgröße	Anz. Betr.	Mitglied Maschin. Gemeinschaften		Mitglied im Maschinenring		Gemeins. Feldbewirtschaftung		Arb.d.Lohnunternehm. bzw.Masch.ring	
ha		abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
5 -u. 1o	36	7	19,4	5	13,9	9	25,o	2o	55,6
1o -u. 2o	113	23	2o,4	18	15,9	39	34,5	46	4o,7
2o -u. 3o	1o6	4o	37,7	32	3o,2	45	42,3	34	32,1
3o -u. 4o	69	2o	29,o	28	4o,6	2o	29,o	18	26,1
4o -u. 5o	45	13	28,9	26	57,8	12	26,7	7	15,6
5o -u. 7o	57	14	24,6	32	56,2	12	21,1	18	31,6
7o -u.1oo	36	9	25,o	19	52,8	6	16,7	8	22,2
über 1oo	22	4	18,2	9	4o,9	-	o,o	6	27,3
Summe	484	13o	26,9	169	34,9	143	29,5	157	32,4

B. Dörfer mit mündlichen Interviews

ha	Anz.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
5 -u. 1o	6	4	66,7	-	o,o	3	5o,o	2	39,3
1o -u. 2o	53	28	52,8	14	26,4	17	32,1	19	35,8
2o -u. 3o	57	28	49,1	11	19,3	24	42,1	12	21,1
3o -u. 4o	3o	12	4o,o	19	63,3	1o	33,3	9	3o,o
4o -u. 5o	13	8	61,5	5	38,5	7	53,8	2	15,4
5o -u. 7o	19	4	21,1	13	68,4	7	36,8	4	21,1
7o -u.1oo	6	1	16,7	2	33,3	2	33,3	2	33,3
über 1oo	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe	184	85	46,2	64	34,8	7o	38,o	5o	27,2

Bildung von Betriebsgemeinschaften waren nicht auswertbar. Offensichtlich wurde von den Befragten im schriftlichen Interview der besondere Charakter dieser Gemeinschaftsform, die gemeinschaftliche Gewinnermittlung für den Gesamtbetrieb oder wenigstens für einen oder mehrere Betriebszweige nicht gesehen. Meistens subsumierten sie eine besonders enge Verflechtung im Arbeitsbereich unter diesen Begriff. Diese Aussage konnte ich aus den Gesprächen mit den Landwirten gewinnen. Die Antworten auf die Frage nach der Mitgliedschaft in einem Erzeugerring wurden ebenfalls nicht weiter ausgewertet. Etwa 1o v. H. der Landwirte sind Mitglieder einer solchen Produktionsgemeinschaft. In den meisten Fällen handelt es sich aber um eine Anbaugemeinschaft, der man allein schon dadurch angehört, daß man z. B. eine bestimmte Qualitätsweizensorte anbaut. DieseArtenvon Gemeinschaften stellen aber nur sehr geringe soziale und betriebliche Kontakte unter den Mitgliedern her. Eine besonders intensive Erzeugergemeinschaft ist demgegenüber der Qualitätsferkelring in Großrhüden, dem sich dort sehr viele Bauern angeschlossen haben und der, nach deren Angaben zu urteilen, erfolgreich arbeitet.

Im mündlichen Interview sprachen wir die Beweggründe der Bauern für Ausübung bzw. Ablehnung der gemeinschaftlichen Feldbewirtschaftung an. Es handelt sich um die Vertiefung der Ja- bzw. Nein-Antworten aus der schriftlichen Befragung. Unter dem Begriff der gemeinschaftlichen Feldbewirtschaftung wird die teilweise oder gänzliche Erledigung der Feldarbeiten gemeinsam mit einem Partner verstanden. Die Anbauplanung bleibt dagegen den einzelnen Betriebsinhabern selbst überlassen.

Aus Übersicht 9 ist zu entnehmen, daß etwa ein Drittel der befragten Landwirte irgendeine Form der "gemeinsamen Feldbewirtschaftung" betreiben. Die Diffe-

renz von 8,5 v. H. zwischen den ausschließlich schriftlich und den mündlich befragten Landwirten muß wohl, trotz deren Höhe, auf Zufallsabweichungen zurückgeführt werden, da sich keine sozialökonomischen Gründe als Erklärung für diese Differenz anführen lassen. Auch erhebungspsychologische Gründe werden kaum vorliegen, da die Frage nach der gemeinsamen Feldbewirtschaftung sehr neutral ist, und es eigentlich keinen Grund gibt, in unterschiedlichen Befragungssituationen verschiedene Antworten zu geben.

Die Bauern, die diese Zusammenarbeitsformen ausüben, führen hierfür ganz überwiegend Rationalisierungsgründe an. Sie sprechen von Kostenersparnissen, schnellerer Erledigung der Arbeiten, besonders in Arbeitsspitzen. Die Kostenersparnis drückt sich nach der Meinung der Befragten besonders in der geringeren Anzahl von zu beschaffenden Maschinen aus, die besser ausgelastet werden können. Einige Male wurde zusätzlich auch bemerkt, daß die Frauen nicht mit auf das Feld brauchten, wenn ein Partner da sei.

Die Bauern, die mit nein antworteten, begründeten ihre Haltung etwa zu gleichen Teilen damit, daß alle Maschinen vorhanden seien, oder daß nicht der geeignete Partner da sei. Vielfach ist natürlich der volle Besatz mit Maschinen mit dem Fehlen eines Partners zu erklären und nur zum Teil damit, daß die Bauern lieber alles allein machen wollen. In Einzelfällen kann aber auch das Fehlen des Partners die Schuld dessen sein, dem kein Partner recht ist, und der nur eigenes Geschirr will. Diese Einstellung ist heute jedoch längst nicht mehr so verbreitet wie noch vor 2o Jahren. Die Betriebe müssen für die gemeinsame Arbeit ungefähr zueinander passen. Leistung und Gegenleistung müssen sich einigermaßen ausgleichen, was bei etwa gleich-

großen Betrieben der Fall ist. Gut ineinanderfügen können sich auch ein großer und ein kleiner Betrieb. Der große bringt Überkapazitäten an Maschinen und der kleine die Arbeitskraft des Landwirts in die Gemeinschaft ein. So sind die strikt ablehnenden Antworten sehr selten, es sind etwa sechs bis acht, die vorwiegend von älteren Landwirten abgegeben wurden. Einer von diesen meinte, er wolle nicht vorzeitig dem Kolchos zu Füßen fallen; ein anderer erklärte, der Starke sei am mächtigsten allein. Die stärker ablehnende Haltung in größeren Betrieben wird von den Betriebsleitern mit der Vollauslastung der Arbeitskräfte und Maschinen dort selbst begründet.

Resümée dieser Ausführungen dürfte sein, daß ein guter Teil der Landwirte durchaus die optimale Kombination der Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital durch überbetriebliche Zusammenarbeit anstrebt . Oftmals sind die Strukturen nicht so, daß sich die Belange der einzelnen reibungslos ineinanderfügen. Die deutliche Ablehnung aus nichtökonomischen Gründen ist sehr selten. Da, wo der geignete Partner fehlt, setzt sich langsam der fremdbetriebliche Einsatz über den Maschinenring durch.

3. 1. 8. Altersstruktur der Betriebsinhaber

Übersicht 1o: Altersstruktur der Betriebsinhaber

A. Dörfer ohne mündliche Interviews

ha	Anz. Betr.[1]	Alter der Betriebsinhaber: unt. 2o abs.	v.H.	2o - 3o abs.	v.H.	3o - 4o abs.	v.H.	4o - 5o abs.	v.H.	5o - 65 abs.	v.H.	üb. 65 J. abs.	v.H.
5-u. 1o	36			1	2,8	4	11,1	9	25,o	2o	55,5	1	2,8
1o-u. 2o	113			4	3,5	31	27,4	31	27,4	45	39,9	2	1,8
2o-u. 3o	1o6			8	7,5	32	3o,2	32	3o,2	3o	28,3	4	3,8
3o-u. 4o	69			6	8,7	2o	29,o	26	37,7	17	24,6		
4o-u. 5o	45			1	2,2	14	31,1	14	31,1	16	35,6		
5o-u. 7o	57					21	36,8	14	24,6	16	28,1	6	1o,5
7o-u.1oo	36			3	8,3	14	38,9	9	25,o	6	16,7	4	11,1
üb. 1oo	22					6	27,3	3	13,6	11	5o,o	2	9,1
Summe	484			23	4,8	142	29,3	138	28,5	161	33,3	19	3,9

B. Dörfer mit mündlichen Interviews

5-u. 1o	6							3	5o,o	2	33,3	1	16,7
1o-u. 2o	53	2	3,8	2	3,8	8	15,1	14	26,4	24	45,3	3	5,6
2o-u. 3o	57			3	5,3	1o	17,5	28	49,1	14	24,6	2	3,5
3o-u. 4o	3o			1	3,3	12	4o,o	11	36,7	5	16,7	1	3,3
4o-u. 5o	13					5	38,4	4	3o,8	4	3o,8		
5o-u. 7o	19			1	5,2	9	47,4	4	21,1	5	26,3		
7o-u.1oo	6			1	16,7	1	16,7			2	33,3	2	33,3
üb. 1oo													
Summe	184	2	1,1	8	4,3	45	24,5	64	34,8	56	3o,4	9	4,9

Die nur schriftlich Befragten sind zu 29,3 v. H. 3o bis unter 4o Jahre alt. Etwa in gleicher Höhe besetzt sind die Altersklassen zwischen 4o und 5o sowie 5o und 65 Jahren. Lediglich in der nur schwach besetzten Betriebsgrößenklasse zwischen 5 und unter 1o ha

---

[1] Ein Betriebsinhaber machte keine Altersangabe

sind die 3o bis 4o Jahre alten Betriebsinhaber mit 11,1 v. H. besonders schwach vertreten; bei den mündlich Interviewten sind in dieser Größenklasse überhaupt keine Betriebsinhaber unter 4o Jahren vorhanden. Wegen der geringen Stärke dieser Betriebsgrößenklasse sind diese Werte aber nur beschränkt aussagekräftig In den Dörfern, in denen wir die Landwirte mündlich befragten, waren die Dreißig- bis Vierzigjährigen mit nur 24,5 v. H. relativ schwach vertreten. Hier lassen sich geringe Anzeichen für den einsetzenden Strukturwandel ableiten. Die kleineren Betriebe in den Größenklassen zwischen 1o und 2o sowie 2o und 3o ha, die in der Zukunft wahrscheinlich spätestens mit dem Generationenwechsel nicht mehr bewirtschaftet werden, sind bei den 3o bis 4o Jahre alten Landwirten mit 15,1 v. H. bzw. 17,5 v. H. im Vergleich zu den älteren Landwirten und den größeren Betrieben erheblich geringer besetzt. Wegen der guten Besetzung der entsprechenden Klassen in den Dörfern ohne mündliche Interviews ist diese Aussage aber mit einigen Unsicherheiten behaftet.

Zwanzig- bis dreißigjährige Betriebsinhaber gibt es mit 4,8 v. H. bzw. 4,3 v. H. nur relativ wenig. Die meisten landwirtschaftlich Tätigen übernehmen erst mit etwa 27 bis 29 Jahren den Betrieb von ihrem Vater. Insofern können diese Zahlen keinen Hinweis darüber geben, wieviele der vorgesehenen Hoferben den elterlichen Betrieb übernommen haben, bzw. wieviele von ihnen sich anderen Berufen zugewandt haben könnten.

Aus der die Altersstruktur der befragten Betriebsinhaber wiedergebenden Übersicht 1o ergeben sich insgesamt nur wenige Hinweise, die auf einen verstärkt einsetzenden Strukturwandel in der Landwirtschaft schließen lassen. Wäre dieses der Fall, würde die Altersklasse zwischen 3o und 4o Jahre an der Gesamtzahl der Landwirte gemes-

sen geringer besetzt sein; denn von den jüngeren Landwirten kann man am ehesten annehmen, daß sie ihre Landwirtschaft aufgeben und eine andere Tätigkeit ausüben, bzw. als Hoferbe den Betrieb des Vaters erst gar nicht übernehmen. Nur in den Dörfern mit mündlichen Interviews lassen sich hierzu Tendenzen erkennen.

3. 1. 9. Aufteilung der Arbeit in betriebliche und außerbetriebliche Tätigkeit

Im Zuge des sich vollziehenden Strukturwandels arbeiten Landwirte in außerlandwirtschaftlichen Positionen, ohne die Bewirtschaftung des eigenen Betriebes aufgegeben zu haben. Bleibt das landwirtschaftliche Einkommen höher als das industrielle oder gewerbliche, so handelt es sich nach der Berufsstatistik um einen außerlandwirtschaftlichen Zuerwerb. Ein Betrieb wird im Nebenerwerb bewirtschaftet, wenn der Hauptanteil des Gesamteinkommens der außerbetrieblichen Arbeit entstammt.

Für unsere Analyse wird neben der Differenzierung der Tätigkeiten nach Betriebsgrößen auch eine besondere Herausstellung der Unterschiede in den verschiedenen Altersgruppen in den Betriebsgrößenklassen vorgenommen. Wie erwartet, beschränkt sich der außerbetriebliche Erwerb weitgehend auf die unteren Betriebsgrößenklassen bis zu 3o ha (Anhang A 2). In den größeren Betrieben ist das Einkommen aus der Landwirtschaft allein offensichtlich ausreichend. Außerdem erschwert die Arbeitsbeanspruchung durch den landwirtschaftlichen Betrieb die Aufnahme zusätzlicher Tätigkeiten. Der stärkste Anteil an außerlandwirtschaftlicher Tätigkeit liegt naturgemäß in den Betrieben zwischen 5 und 1o ha vor. Hier überwiegt auch der Nebenerwerb gegenüber dem Zuerwerb. In den Betrieben zwischen 1o und

2o ha ist diese Relation ziemlich ausgeglichen. Insgesamt gehen hier 2o,o v. H. einer außerbetrieblichen Tätigkeit nach gegenüber 63,4 v. H. in der untersten Betriebsgrößenklasse. Die Landwirte mit Betrieben von 2o bis unter 3o ha gehen nur zu 11,o v. H. einem anderen Erwerb nach.

Aus Anhang A 2 geht hervor, daß - besonders in den Größenklassen, für die eine zusätzliche Tätigkeit als typisch gelten kann - die jüngeren landwirtschaftlichen Betriebsleiter prozentual vermehrt ein zweites Einkommen haben, um die landwirtschaftlichen Einkünfte zu ergänzen. Aus der Kombination der Einkommen könnte bei weiterer Verschlechterung der Lage der Landwirtschaft oder nach Konsolidierung der außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit vielleicht der Übergang zum ausschließlich außerlandwirtschaftlichen Erwerb vollzogen werden, soweit genügend vollwertige außerlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten verfügbar sind.

Anhaltspunkte für einen langsam einsetzenden Strukturwandel kann auch die Art der Tätigkeiten, denen die Landwirte zusätzlich nachgehen, liefern. Aus der Zusammenstellung dieser Tätigkeit (nach einer Unterteilung von Landwirten unter und über 4o Jahre) in Anhang B_1 ist ersichtlich, daß mit wenigen Ausnahmen sich die Struktur der Tätigkeitsfelder zwischen den jüngeren und älteren Landwirten kaum unterscheidet. Der Zuerwerb vollzieht sich meistens in Aushilfstätigkeiten und Saisonarbeiten z. B. in der Zuckerfabrik, im Winter im Forst oder als Aushilfsfahrer. Das Spektrum der voll ausgeübten Berufe ist durchaus breit. Es zeigt Tätigkeiten in vielerlei Branchen auf. Die früher oft neben der Landwirtschaft ausgeübten Berufe wie Müller, Schmied und Stellmacher sind nur noch ganz vereinzelt anzutreffen. Die Schmiede ist sehr oft zur Landmaschinen- oder Kraftfahrzeugreparaturwerkstatt ausgebaut

worden, und Stellmacher sind zu Tischlern geworden, wobei aufgrund der Intensivierung in diesen Berufen die Landwirtschaft meistens ganz aufgegeben wurde. Die kleinen Mühlen wurden von den Großmühlen verdrängt.

Da auch von den älteren noch wirtschaftenden Landwirten der außerlandwirtschaftliche Haupterwerb vorwiegend in neuen Berufen ausgeübt wird, kann man diesen Sachverhalt ebenso wie bei den jüngeren als Ausdruck des Strukturwandels betrachten. Dieses wäre nicht möglich, wenn sich die außerlandwirtschaftliche Tätigkeit in den sog. alten, traditionellen Berufen vollziehen würde, die im Zuge der volkswirtschaftlichen Entwicklung an Bedeutung verlieren.

Der geringe Anteil an Landwirten, die ihren Betrieb im Nebenerwerb bewirtschaften (in den Dörfern ohne mündliche Interviews sind es 7,9 v. H., in den Dörfern mit mündlichen Interviews sind es 6,5 v. H., wie aus Anhang A_2 zu entnehmen ist), veranlaßt mich, auf eine besondere Hervorhebung der Meinungen dieser Gruppe von Landwirten in tabellarischer Form zu verzichten. Meine Erfahrungen aus den mündlichen Einzelinterviews und den Gruppendiskussionen unterstützen - vorsichtig ausgedrückt - aber die Hyptohese, daß Nebenerwerbslandwirte im allgemeinen eher Meinungen haben, die sich in den sozialökonomischen Wandel relativ reibungslos einfügen. Darauf wird im Einzelfall an besonderen Stellen noch hinzuweisen sein. Eine detaillierte Erfassung der Meinungsstrukturen von Nebenerwerbslandwirten unter besonderer Berücksichtigung des Vergleichs mit den anderen Landwirten würde dagegen gezieltere Fragen erfordern als sie hier verwendet wurden und insofern den Rahmen dieser Arbeit übersteigen.

5. 2. Beurteilung der Bestehenschancen des eigenen Betriebes durch die hauptberuflichen Landwirte

Die von mir gewählte Differenzierung der befragten Landwirte nach Alters- und Betriebsstruktur stellt statistisch eine Anordnung in Nominalklassen dar. In Nominalklassen werden "Objekte mit den jeweils gleichen interessierenden Merkmalen" zusammengefaßt[1]. Die Nominalklassen werden zu einer Nominalskala geordnet, von der gefordert wird, daß

- die Nominalklassen trennscharf sind (kein Element einer bestimmten Klasse darf zugleich einer anderen angehören)
- die Nominalklassen erschöpfend (vollständig) sind. Jedes Merkmal des interessierenden Objektbereichs, in dieser Arbeit also jeder befragte Landwirt, "muß in eine und nur eine Klasse fallen"[2]

Merkmale in Nominalklassen sind qualitativer Art. Aus ihnen können nicht Mittelwerte und Streuungsmaße berechnet werden, da sie lediglich eine Kategorie des Zählens und der symbolischen Benennung darstellen.

Wird nun der Zusammenhang zwischen den Nominalvariablen Alters- bzw. Betriebsgrößenstruktur und der Struktur der Meinungen zu einer bestimmten Frage geprüft, "wird von sogenannten bivariablen Verteilungen ausgegangen"[3]. Die verschiedenen Nominalklassen der Variablen werden längs einer Mehrfeldertafel (die geringstmögliche Anordnung kann bei 4 Kombinationen in einer Vierfelder-

---

[1] Ritsert, J., Becker, E., Grundzüge sozialwissenschaftlich statistischer Argumentation, Opladen 1971, S. 52

[2] ebenda S. 52

[3] ebenda S. 179

tafel geschehen) in Form einer Matrix aufgereiht (s. Übersicht 11). Die Häufigkeiten der Merkmalsausprägungen in einer Mehrfeldertafel sind annähernd χ^2(Chi^2)-verteilt. Die χ^2-Verteilung ist eine Ableitung aus der Normalverteilung, weil sie von normalverteilten Variablen ausgeht[1].

Im weiteren soll in einigen Fällen der Zusammenhang zwischen den Variablen Alter der Landwirte bzw. Betriebsgrößen und den spezifischen Meinungen durch das χ^2-Modell beschrieben werden. Dazu wird die Nullhypothese (H_o) aufgestellt, daß kein Zusammenhang zwischen diesen Variablen bezüglich der Antworten auf eine Frage besteht. Bei Bestätigung von H_o sind also die Antworten unabhängig von ihrem Alter und der Größe ihres Betriebes. Die Alternativhypothese (H_1) besagt, daß ein Zusammenhang besteht.

Im folgenden werden die Antworten auf vier Fragen an die hauptberuflichen Landwirte, die im besonderen Maße Einstellungen zum Strukturwandel in der Landwirtschaft und zu ihrer Position in diesem Prozeß berühren, analysiert. Glauben die Landwirte, daß durch ihren Betrieb auch in Zukunft noch ein Einkommen erwirtschaftet werden kann, das ihnen die Teilnahme an den allgemeinen Einkommenssteigerungen ermöglicht? Die sektorale Mobilität wird durch die prozentuale Bereitschaft zur Umschulung angesprochen. Die Bereitschaft, den Wohnort zu wechseln, um einen anderen Beruf auszuüben, berührt Aspekte der räumlichen Mobilität. Die Antworten auf die

---

[1] Kriz, J., Statistik in den Sozialwissenschaften, Reinbek 1973, S. 1oo

Frage danach, ob der einzelne Landwirt seine hauptberufliche Tätigkeit zugunsten eines außerlandwirtschaftlichen Erwerbs aufgeben würde, wenn er dort ein höheres Einkommen erzielen könnte, lassen Schlüsse auf die gefühlsmäßige Bindung zum Beruf des Bauern zu.

3. 2. 1. Einschätzung der Frage, ob in Zukunft bei gegebenenfalls durchgeführten Betriebserweiterungen die Einkommen im eigenen Betrieb den allgemeinen Einkommenssteigerungen entsprechen werden

Es könnte vermutet werden, daß die Antworten auf die Frage nach den Einkommen, die in den gegebenenfalls ausgeweiteten landwirtschaftlichen Betrieben in der Zukunft erwirtschaftet werden, von der jetzigen Größe der Betriebe nicht unabhängig ist. Man wird erwarten können, daß die Landwirte mit größeren Betrieben die Zukunftschancen in ihren Betrieben positiver sehen als diejenigen, die auf kleineren Betrieben wirtschaften. Für die statistische Prüfung des Zusammenhangs zwischen den qualitativen Variablen Betriebsgröße und Einkommenserwartungen werden daher die Betriebe unter 1o ha und über 7o ha nicht erfaßt. Wichtig ist aber die Klärung der Frage, ob die dazwischenliegenden Betriebsgrößen einen differenzierenden Einfluß auf die Antworten haben.

"Bei der Teststatistik formuliert man eine Hypothese über Parameter und Verteilungen in der Population und prüft diese Hypothese (meist im Zusammenhang mit einer Alternativhypothese) an einer Stichprobe"[1]. Wir betrachten daher die eingegangenen Antworten als Stichprobe aus der Grundgesamtheit aller Landwirte im Landvolkverband

---

[1] Ritsert, J., Becker, E., a. a. O., S. 145

Hildesheim. Das Erfordernis der Repräsentativität der Stichprobe glaube ich mit der befriedigenden Rücklaufquote der Fragebögen annähernd erfüllen zu können.

Übersicht 11: Anwendung des χ^2-Tests auf den Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Einschätzung der zukünftigen Einkommenschancen im eigenen Betrieb (Dörfer ohne mündliche Befragung)[1]

Antworten	ja			nein			ohne Meinung			
Betr.Größe	fe_i	fb_i	X_i^2	fe_i	fb_i	X_i^2	fe_i	fb_i	X_i^2	Sa
1o-u.2o ha	48,8	39	1,97	23,9	32	2,75	16,3	18	o,18	89
2o-u.3o ha	56,o	57	o,o2	27,4	25	o,21	18,6	2o	o,11	1o2
3o-u.4o ha	35,7	46	2,97	17,4	12	1,68	11,9	7	2,o2	65
4o-u.5o ha	23,o	25	o,17	11,3	9	o,47	7,7	8	o,o1	42
5o-u.7o ha	28,5	25	o,43	14,o	16	o,29	9,5	11	o,24	52
Summe	192	192	5,56	94	94	5,4o	64	64	2,56	35o

Für den Test wird die Null-Hypothese (H_o) aufgestellt, daß kein Zusammenhang zwischen der Größe der Betriebe und den Einschätzungen der Betriebsleiter im Hinblick auf die Teilhabe an den allgemeinen Einkommenssteigerungen bei gegebenenfalls durchgeführten Betriebserweiterungen besteht.

Die Berechnung der Prüfgröße $\sum \chi_i^2 = \sum_{i=1}^{n} (fe_i - fb_i)^2 / fe_i$ wird in einer Mehrfeldertafel vorgenommen (Übersicht 11). Die erwarteten Häufigkeiten fe_i ergeben sich aus der Division des Produktes aus den jeweiligen Spalten- und Zeilensummen durch die Gesamtsumme. Sie sind so definiert, daß die Wahrscheinlichkeit für jede Kombi-

[1] Frage 4 a im schriftlichen Interview: Meinen Sie, daß die ggfs. beabsichtigten Betriebserweiterungen es Ihnen ermöglichen werden, an der allgemeinen Einkommenssteigerung teilzunehmen?

nation der Nominalklassen, in eine bestimmte Zelle zu gelangen, die gleiche ist. In diesem Fall besteht absolut kein Zusammenhang zwischen den Variablen. Mit den fb_i sind die beobachteten Häufigkeiten bezeichnet.

Die Prüfgröße ergibt aus Übersicht 11 einen empirischen χ^2 -Wert von 13,52. Die Tabelle der χ^2-Verteilung zeigt bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von o,o5 und 8 Freiheitsgraden (wegen der vorgegebenen Randsummen ist jeweils eine Häufigkeit in den Spalten- und Zeilensummen derterminiert; daher ergeben sich die Freiheitsgrade aus dem Produkt aus (r - 1) . (s - 1), wobei r die Zeilen und s die Spalten sind) einen χ^2 -Wert von 15,5.

Da der Tafelwert größer ist als der empirische Wert, kann die Nullhypothese, daß kein Zusammenhang zwischen Betriebsgröße (innerhalb von 1o bis unter 7o ha) und Einschätzung der Zukunftsaussichten im eigenen Betrieb besteht, nicht abgelehnt werden, denn kleine χ^2 -Werte bedeuten ja eine gute Übereinstimmung zwischen erwarteter und beobachteter Verteilung[1]. Die Abweichungen der erwarteten von den beobachteten Häufigkeiten können als zufällig angesehen werden.

Die Prüfgröße $\sum_{i=1}^{n}(fe_i - fb_i)^2/fe_i$ ist aber nur dann annähernd χ^2-verteilt, wenn die Anzahl der erwarteten Häufigkeiten genügend groß ist. Eine Faustregel besagt, daß keine fe_i kleiner als 5 sein sollte. Diese Forderung wird manchmal dahingehend abgeschwächt, daß keine fe_i kleiner als 1 und mindestens 75 % der fe_i nicht kleiner als 5 sein sollten[2].

Für die mündlich Befragten kann der χ^2 -Test nicht angewendet werden, da wegen der geringen erwarteten Häufigkeiten auch die abgeschwächte Faustregel nicht zutrifft

---

[1] Kriz, J., a. a. O., S. 159

[2] Kriz, J., a. a. O., S. 157

Besteht die Stichprobe aber aus der Summe der beobachteten Häufigkeiten der ausschließlich schriftlich plus der mündlich befragten Landwirte, so ändert sich das Ergebnis überraschend stark. Der empirische χ^2-Wert von 26,15 übertrifft den Tafelwert von 15,5 recht deutlich. Die Abweichungen der erwarteten von den beobachteten Häufigkeiten können nicht mehr durch den Zufall erklärt werden. Es besteht ein Zusammenhang zwischen den Betriebsgrößen und den Meinungen über die zukünftig im eigenen Betrieb erzielbaren Einkommen. Der Grund für die Unterschiedlichkeit der beiden Ergebnisse liegt, wie aus Übersicht 12 zu ersehen ist, offensichtlich darin, daß bei den mündlich Befragten der Anteil der "ohne Meinung"-Antworten sehr viel kleiner ist. Sozialpsychologisch kann dieser Sachverhalt vielleicht durch eine größere Bereitschaft, im Gespräch mit einem interessierten Dritten, dem Interviewer, der obendrein selbst Landwirt ist, eine deutliche Stellung zu beziehen, erklärt werden. Vielleicht war es aber auch lediglich die Tatsache des Gesprächs selbst, die veranlaßte, eine klare Meinung zu äußern.

Die Stärke des Zusammenhanges kann durch den Kontingenzkoeffizienten C ausgedrückt werden, der für Mehrfeldertafeln anwendbar ist.

$$C = \sqrt{\frac{\chi^2}{\chi^2+n}} = \sqrt{\frac{26,15}{26,15 + 507}} = 0,22$$

Der Kontingenzkoeffizient C kann theoretisch zwischen 0 und + 1,00 liegen. Der maximal mögliche Wert hängt von der Größe der zugrundeliegenden Tafel ab. Nur für quadratische Tafeln kann ein genauer Wert angegeben werden; für rechteckige ist er grob schätzbar[1]. Er beträgt für eine 5 x 3 - Tafel etwa 0,85. Der berechnete Zusammenhang ist also recht schwach.

---

[1] Vgl. dazu Claußß, G., Ebner, H., Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen, Berlin (Ost) 1967, S. 263

Übersicht 12: Einschätzung der Landwirte, ob sie in ihrem Betrieb gegebenenfalls durch Betriebserweiterungen an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen können

a. Dörfer ohne mündl. Interviews

Meinungen	ja		nein		ohne Meinung		
Betriebsgröße	abs	v.H.	abs	v.H.	abs	v.H.	Summe
10-u.20	39	43,8	32	36,0	18	20,2	89
20-u.30	57	55,9	25	24,5	20	19,6	102
30-u.40	46	70,8	12	18,4	7	10,8	65
40-u.50	25	59,5	9	21,4	8	19,1	42
50-u.70	25	48,1	16	30,8	11	21,1	52
Summe	192	54,9	94	26,8	64	18,3	350
5-u.10	1	10,0	5	50,0	4	40,0	10
70-u.100	24	68,6	5	14,3	6	17,1	35
ü. 100	9	45,0	10	50,0	1	5,0	20

b. Dörfer mit mündl. Interviews

Meinungen	ja		nein		ohne Meinung		
Betriebsgröße	abs	v.H.	abs	v.H.	abs	v.H.	Summe
10-u.20	13	31,0	25	59,5	4	9,5	42
20-u.30	26	47,3	22	40,0	7	12,7	55
30-u.40	19	65,5	9	31,0	1	3,5	29
40-u.50	10	83,4	1	8,3	1	8,3	12
50-u.70	14	73,7	3	15,8	2	10,5	19
Summe	82	52,2	60	38,2	15	9,6	157
5-u.10	-	0,0	2	100,0	-	0,0	2
70-u.100	5	83,3	-	0,0	1	16,7	6
ü. 100	-	-	-	-	-	-	-

Der hier durchgeführte χ^2 - Test sagt natürlich noch nichts über das Ausmaß positiver bzw. negativer Stellungnahmen in den Betriebsgrößenklassen aus. Darüber gibt Übersicht 12 Auskunft, in der die prozentualen Anteile von Zustimmung, Ablehnung und Meinungslosigkeit aufgezeigt sind.

Im Durchschnitt der Betriebe von 1o bis unter 7o ha glauben 54,9 v. H. der ausschließlich schriftlich Befragten (bei den mündlich Befragten sind es 52,2 v. H.), daß sie mit ihrem Betrieb gegebenenfalls durch Betriebserweiterungen an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen können, 26,8 v. H. (38,2 v. H.) glauben es nicht und 18,3 v. H. (9,6 v. H.) haben sich zu diesem Problem keine Meinung gebildet. Die eindeutigere Stellungnahme der mündlich interviewten Landwirte hat sich ganz überwiegend in einem sehr verstärkten Anteil von pessimistischen Einschätzungen niedergeschlagen. Das mehr geäußerte Nein mag u. a. vielleicht aus Zweifeln an verfügbaren Zupachtmöglichkeiten herrühren, die in einem Gespräch stärker aktualisiert werden gegenüber der abstrakten Erwägung beim Ausfüllen eines schriftlichen Fragebogens. Der Anteil an Nein-Antworten nimmt tendenziell mit steigender Betriebsgröße ab. In den Größenklassen von 5o bis unter 7o ha und über 1oo ha ergibt sich allerdings bei den ausschließlich schriftlich Befragten ein wieder sehr viel höherer Anteil an Nein-Antworten, der ökonomisch und soziologisch bzw. sozialpsychologisch kaum erklärbar ist. Vielleicht hat dieses unerwartete Ergebnis nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß durch das χ^2 -Modell kein Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Einschätzungen festgestellt werden konnte.

Aufschlußreich bezüglich der Beurteilungsmöglichkeiten der Zukunftschancen durch die Landwirte ist eine Differenzierung der Daten nach Teilräumen. Man wird erwarten können, daß die Landwirte in dem ackerbaulich ungünstigeren Teilraum Innerstetal und vielleicht auch im Ambergau etwas pessimistischer eingestellt sind als im Durch-

Übersicht 13: Einschätzung der Landwirte, ob diese in ihrem Betrieb gegebenenfalls durch Betriebserweiterungen an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen können - unterteilt nach Teilräumen - in Prozent -
Alle Dörfer

Betriebsgröße in ha	Arbergau				Innerstetal				Börde				Verdichtungs-Raum u. Vorortgemeinden				Gesamtes Untersuchungsgebiet			
	Anz	ja	nein	ohne Mein.	Anz	ja	nein	ohne Mein.	Anz	ja	nein	ohne Mein.	Anz	ja	nein	ohne Mein.	Anz	ja	nein	ohne Mein.
0-u.20	14	64,3	35,7	0,0	25	32,0	44,0	24,0	63	33,3	47,6	19,1	29	48,3	37,9	13,8	131	39,7	43,5	16,8
0-u.30	21	57,1	23,8	19,1	30	36,7	46,7	16,6	57	57,9	19,3	22,8	49	55,1	34,7	10,2	157	52,9	29,9	17,2
0-u.40	12	66,7	25,0	8,3	21	66,7	28,5	4,8	30	73,3	16,7	10,0	31	67,7	22,6	9,7	94	69,1	22,4	8,5
0-u.50	12	58,4	33,3	8,3	11	54,5	27,3	18,2	9	66,7	22,2	11,1	22	72,7	4,6	22,7	54	64,8	18,5	16,7
0-u.70	16	43,8	37,5	18,7	11	54,5	36,4	9,1	17	58,8	17,7	23,5	27	59,3	22,2	18,5	71	54,9	26,8	18,3
0-u.100	5	60,0	0,0	40,0	3	100,0	0,0	0,0	15	60,0	13,3	26,7	18	77,8	16,7	5,5	41	70,7	12,2	17,1
. 100	2	50,0	50,0	0,0	9	22,2	77,8	0,0	4	50,0	50,0	0,0	5	80,0	0,0	20,0	20	45,0	50,0	5,0
mme	82	57,3	29,3	13,4	110	45,5	40,9	13,6	195	52,8	28,2	19,0	181	61,9	24,9	13,2	568	54,9	29,8	15,3

schnitt des Untersuchungsraumes. Wie aus Übersicht 13 ersichtlich, sind die Ja-Antworten, die optimistischen Antworten der Landwirte in den Betrieben bis zu 3o ha im Innerstetal in der Tat erheblich geringer als in den übrigen Teilräumen. Positiver Meinung sind 32,o v. H. der Bauern mit Betrieben von 1o bis unter 2o ha (gegenüber dem Durchschnitt von 39,7 v. H.) und 36,7 v. H. mit Betrieben von 2o bis unter 3o ha (52,9 v. H.). Die Ergebnisse aus dem Ambergau liegen etwa auf dem Durchschnitt. Hier sind überraschend die Landwirte mit 5o bis unter 7o ha großen Höfen mit nur 43,8 v. H. Ja-Antworten besonders pessimistisch. Dieser Prozentsatz ist sehr viel kleiner als die Anteile in den kleineren Betrieben in diesem Teilraum. Unerwartet ist andererseits der mit 33,3 v. H. niedrige Anteil der positiven Antworten auf den 1o bis unter 2o ha großen Betrieben im fruchtbarsten Bördegebiet. Diese niedrigen Anteile sind schwer erklärbar (die Möglichkeit von Zufallsabweichungen kann nicht ausgeschlossen werden). Es ist aber sehr gut möglich, daß die oben erwähnten Zupachtschwierigkeiten stärker durchschlagen; denn die Mobilität des Bodens ist bei den besonders fruchtbaren Böden geringer. Die Betriebe sind von einer niedrigeren Schwelle an entwicklungsfähig. Selbst wenn ein außerlandwirtschaftlicher Haupterwerb angestrebt wird oder bereits verwirklicht ist, kann der Betrieb ohne arbeitsmäßige Überlastung viehlos rentabel weiterbewirtschaftet werden.

Die Frage nach den Einschätzungen der zukünftigen Chancen, an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilzunehmen, war wegen ihrer zentralen Stellung Gegenstand des mündlichen Interviews, in dem besonders nach den Gründen für die Meinungen der Landwirte zu diesem Problem gefragt wurde. Auch hier konnte von vornherein angenommen werden, daß die Art der Gründe nicht unabhängig von der Betriebsgröße und vielleicht auch vom Alter der Landwirte ist.

Bei den Antworten der Landwirte in den 1o bis unter 2o ha großen Betrieben überwiegt die Meinung, der Betrieb sei zu klein. Damit verbunden sind Meinungen über die zu schnellen Steigerungen der Kosten, hervorgerufen durch inflationäre Preissteigerungen. Die Anhebungen der Erzeugerpreise entsprächen diesen Preissteigerungen nicht. Von einigen dieser kleineren Landwirte wurden Bemerkungen laut, wie "Landwirtschaft ist sinnlos", "Man verliert den Mut in der Landwirtschaft", "In fünf bis sechs Jahren können wir uns kein Auto mehr kaufen". Einer sagte, daß er vorläufig noch ein gutes Einkommen erwirtschafte, er blicke aber pessimistisch in die Zukunft. Die Optimisten in dieser Betriebsgrößenklasse, die diese Frage mit ja beantworteten, glauben durch Zupacht und stärkere Viehhaltung die Zukunft meistern zu können. "Tüchtigkeit und Weitblick sind maßgebend" äußerte einer der Befragten.

In der Betriebsgrößenklasse zwischen 2o und 3o ha überwiegt mit 47,3 v. H. der Anteil der Optimisten gegenüber 4o,o v. H. der Pessimisten, bei 12,7 v. H. Unentschlossenen. Auch hier glaubt man, durch Zupacht und mehr Viehhaltung den Anschluß an die allgemeine Einkommenssteigerung zu finden. Die Nein-Antworten werden u. a. begründet mit dem Fehlen von Zupachtmöglichkeiten. Die flächenmäßige Erweiterung der Betriebe mache zudem die Anschaffung größerer Schlepper und Landmaschinen notwendig, wodurch die Kosten erhöht würden. In relativ wenigen Fällen meint man, schon so ausgelastet zu sein, daß Zupacht arbeitsmäßig nicht zu realisieren ist.

In den Betriebsgrößenklassen über 3o ha überwiegt eindeutig der Anteil der positiven Antworten. Diese Betriebe werden im ganzen als groß genug erachtet, um auch in Zukunft angemessene Einkommen bei entsprechenden Preisen zu erzielen. Aber die skeptischen Antworten der Bauern in 3o bis 4o ha großen Betrieben machen mit 31,o v. H. doch noch einen relativ großen Anteil aus.

Die Betriebe müßten in Zukunft schon mehr als 5o ha groß sein, so antwortet ein Landwirt. In einigen Jahren gebe es keine Rentabilität mehr, da die Agrarpreise mit den allgemeinen Preissteigerungen nicht mitgingen, die "Produktionsvoraussetzungen" seien zu schlecht, die Kosten stiegen, während die Agrarpreise gleichbleiben würden, sagen andere.

Die optimistischen Landwirte in dieser Betriebsgrößenklasse glauben, durch Zupacht ihren Betrieb auf eine wettbewerbsfähige Größe bringen zu können, wenn die bestehende Betriebsgröße dafür nicht ausreicht. Auch besteht die Neigung, durch überbetrieblichen Einsatz unausgelastete Maschinen- und Arbeitskapazitäten zu nutzen.

In den Betrieben über 4o ha herrscht eine eindeutig positive Grundstimmung. Wenn ein Betrieb zwischen 4o und 5o ha nicht mehr existenzfähig wäre, sähe es ganz schlecht in der Landwirtschaft aus, so meinte einer der Befragten. Diese Betriebe werden offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen als annähernd optimal angesehen. Daher wird wohl erwartet, daß der Staat die notwendigen, die Existenz erhaltenden Rahmenbedingungen schafft. Außerdem vertraut man auf die Fruchtbarkeit der Hildesheimer Böden, die sichere Erträge gewährleisten.

Ein Landwirt auf einem Betrieb zwischen 5o und 7o ha glaubt, durch Vereinfachung des Betriebes Kosten einsparen zu können. Außerdem besteht hier ebenfalls die Absicht, durch laufende Zupacht die optimale Betriebsgröße zu erreichen. Die wenigen Pessimisten meinen, daß der Anschluß an die allgemeine Einkommenssteigerung ohne höhere Erzeugerpreise nicht möglich sei. Zupacht sei ausgeschlossen, da man im Betrieb arbeitsmäßig schon voll ausgelastet sei.

Für manche vielleicht überraschend besteht auch ein Zu-

sammenhang zwischen dem Alter der Landwirte und den Einschätzungen der Chancen, an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen zu können. Dieser Zusammenhang ist etwas unerwartet, weil bei erster Betrachtung des Problems das Einkommen nur von der Größe der Betriebe abhängig zu sein scheint. Das Alter der Betriebsleiter selbst, so könnte man zunächst vermuten, wird, wenn überhaupt, doch nur einen ganz unwesentlichen Einfluß haben, der sich überdies kaum signifikant nachweisen lassen dürfte. Da trotzdem ein signifikanter Zusammenhang besteht, müssen offensichtlich besondere Persönlichkeitseigenschaften mit dem Alter der Landwirte korrespondieren. Für die Prüfung der Hypothese wurden zunächst die Landwirte in den Betrieben zwischen 1o und 4o ha in ihren entsprechenden Altersgruppen aggregiert und dem χ^2 -Test unterzogen (Übersicht 14). Wegen der teilweise schwachen Besetzung der Klassifikationen bei den mündlich Befragten wurden diese für den Test den schriftlich Befragten zugezählt.

Übersicht 14: Zusammenhang zwischen Alter der Landwirte und Einschätzungen der Chancen, an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen zu können - χ^2 -Test - alle Dörfer

Meinungen	ja			nein			ohne Meinung			
Alter	fe_i	fb_i	X^2	fe_i	fb_i	X^2	fe_i	fb_i	X^2	
unt.3o J.	11,o	13	o,36	6,9	7	o,oo	3,1	1	1,42	21
3o - 4oJ.	5o,8	67	5,17	31,7	14	9,88	14,5	16	o,16	97
4o - 5oJ.	69,6	66	o,19	43,5	49	o,7o	19,9	18	o,16	133
üb. 5o J.	68,6	54	3,1	42,9	55	3,41	19,5	22	o,32	131
	2oo	2oo		125			57	57		382

$\sum \chi_i^2 = 24,87$ $\chi^2 (0,95; 6) = 12,6$ (Tafelwert)

$C = o,25$ $C_{max} = o,84$

Der Zusammenhang ist zwar bei einem C-Koeffizienten von o,25 nicht sehr stark, aber es zeigt sich doch deutlich, daß die jüngeren Landwirte ein größeres Zutrauen haben, in ihren Betrieben zukunftsgerechte Einkommen zu erwirtschaften. Dieses ist aus dem klaren Überwiegen der beobachteten Häufigkeiten gegenüber den erwarteten Häufigkeiten bei den Ja-Antworten in den beiden Altersgruppen bis zu 4o Jahren abzulesen. Umgekehrt überwiegen die erwarteten Häufigkeiten bei den Nein-Antworten die beobachteten (wenn auch nur bei den Landwirten zwischen 3o bis unter 4o Jahren). Prozentual ausgedrückt sind 69,1 v. H. der Landwirte zwischen 3o und 4o Jahren und 61,9 % der Landwirte unter 3o Jahren Optimisten gegenüber nur 49,6 v. H. der vierzig- bis fünfzigjährigen und nur 41,2 v. H. der über 5o Jahre alten Landwirte (Übersicht 15). Die älteren Bauern resignieren doch ganz offensichtlich,wohl aufgrund langer Erfahrung mit den Problemen in der Landwirschaft, eher als die jüngeren. Bei ihnen dürfte die Neigung, den Betrieb so auszubauen, daß sie an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen können, nicht mehr so groß sein. Dieses gilt besonders für die Betriebe, die mit dem Generationenwechsel auslaufen. Diese älteren Betriebsleiter machen es noch so lange, wie es geht, und begnügen sich dabei eben mit etwas weniger Einkommen.

Die Jüngeren fangen vielfach erst gar nicht mit der Bewirtschaftung des Hofes an, wenn sie nicht glauben, an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen zu können. Diese Pessimisten sind daher gar nicht in der Grundgesamtheit enthalten gewesen, wodurch der Anteil der Optimisten bei den jüngeren Landwirten von vornherein höher ist als bei den älteren. Andererseits gehen die jüngeren Landwirte wahrscheinlich mit größerem Zutrauen in die eigene Leistungskraft an den Ausbau; sie haben ja auch mehr Zeit vor sich. Nachteilen hinsichtlich der Betriebs-

größe oder anderen den Betriebserfolg beeinträchtigenden Kräften hofft man eher durch die eigene Tüchtigkeit in der langen vor einem liegenden Zeit zu begegnen. Aufkommende Zweifel werden eventuell verdrängt.

Übersicht 15: Zusammenhang zwischen Alter der Landwirte und Einschätzungen der Chancen, an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen zu können - in Prozent - alle Dörfer

	ja		nein		ohne Meinung		
Alter	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	Summe
unt.3o Jahre	13	61,9	7	33,3	1	4,8	21
3o-4o Jahre	67	69,1	14	14,4	16	16,5	97
4o-5o Jahre	66	49,6	49	36,9	18	13,5	133
üb. 5o Jahre	54	41,2	55	42,o	22	16,8	131
Summe	2oo	52,4	125	32,7	57	14,9	382

Die Divergenzen zwischen den jüngeren und älteren Landwirten vermindern sich etwas, wenn auch die Landwirte in den Betrieben von 4o bis zu 7o ha mitbetrachtet werden. Der C-Koeffizient beträgt jetzt nur noch o,21 (auf die tabellarische Darstellung wird hier verzichtet). Bei den größeren Betrieben tritt der altersbedingte Unterschied zwischen Optimisten und Pessimisten in den Hintergrund. Hier ist die Betriebsgröße der entscheidende Faktor. Mit größeren Betrieben rechnen sich auch die älteren Landwirte noch gute Einkommenschancen für die Zukunft aus.

3. 2. 2. Beibehaltung des landwirtschaftlichen Haupterwerbs bei Realisierungsmöglichkeit eines höheren außerlandwirtschaftlichen Einkommens

Man wird von der Hypothese ausgehen können, daß die Einstellung zu der Frage, ob der landwirtschaftliche Haupterwerb auch dann aufrechterhalten wird, wenn ein höheres außerlandwirtschaftliches Einkommen realisiert werden kann, nicht unabhängig vom Alter der hauptberuflich tätigen Landwirte ist; d. h., es mag die Annahme berechtigt sein, daß die jüngeren Landwirte bei geringen Einkommenserwartungen für ihren landwirtschaftlichen Betrieb eher dazu neigen, ihren landwirtschaftlichen Haupterwerb zugunsten einer Tätigkeit mit höherem außerlandwirtschaftlichen Einkommen aufzugeben. Diese Beziehungen können wieder durch einen χ^2 -Test untersucht werden. Wegen der Voraussetzungen des χ^2-Tests bezüglich der Anzahl der erwarteten Häufigkeiten je Kategorie werden einmal die Befragten insgesamt und danach die ausschließlich schriftlich Befragten geprüft. Ausgeschlossen werden wieder diejenigen Landwirte, die auf Betrieben bis 5 ha und über 7o ha wirtschaften. Die Einbeziehung der Betriebe, die in Zukunft eindeutig nicht mehr existenzfähig sein werden, und der Betriebe, die sehr wahrscheinlich auch der nächsten Generation ein gutes Einkommen ermöglichen, würde dazu führen, daß die Analyse der bezüglich des Strukturwandels in naher und weiterer Zukunft besonders zu beachtenden Betriebsgrößen unscharf wird. Im ersten Schritt werden zwar nicht die Betriebsgrößen, sondern die Altersgruppen untersucht, die Meinungen der einzelnen in den verschiedenen Altersgruppen dürften aber nicht unbeeinflußt sein von der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe.

Übersicht 16: Beibehaltung des landwirtschaftlichen Hauptberufes bei Realisierungsmöglichkeit eines höheren außerlandwirtschaftlichen Einkommens - alle Dörfer - Betriebe von 5 bis 7o ha

Meinungen	ja			nein			ohne Meinung			
Alter	fe_i	fb_i	X^2	fe_i	fb_i	X^2	fe_i	fb_i	X^2	Sa
bis 3o	13,7	8	2,37	7,5	12	2,7o	1,8	3	1,44	23
3o- u.4o	85,1	69	3,o5	46,8	6o	3,72	11,1	14	o,76	143
4o- u.5o	98,8	1o3	o,18	54,3	51	o,2o	12,9	12	o,o6	166
5o- u.65	93,4	111	3,32	51,4	37	4,o3	12,9	9	o,84	157
Summe	291	291		16o	16o		38	38		489

Es ergibt sich ein empirischer χ^2 -Wert von 22,67. Der Tafelwert bei fünfprozentiger Irrtumswahrscheinlichkeit $\chi^2(0,95;\ 6$ Freiheitsgrade) ist 12,6. Es besteht demnach ein Zusammenhang zwischen dem Alter der hauptberuflichen Landwirte und der Bereitschaft, den hauptberuflichen Erwerb bei möglichem höheren außerlandwirtschaftlichen Einkommen aufzugeben. In der Übersicht 16 zeigt sich dieses bei den Ja-Antworten in einem Übergewicht der erwarteten gegenüber den beobachteten Häufigkeiten in den Altersgruppen bis 4o Jahre.

Der C - Koeffizient ergibt einen Wert von o,21 bei C_{max} von o,841. Der Zusammenhang ist also nicht besonders stark.

Für die ausschließlich schriftlich befragten Landwirte ergibt sich ein C - Koeffizient von o,26. Die Meinungen der mündlich Interviewten zeigen daher offensichtlich lich einen geringeren Zusammenhang mit dem Alter der Landwirte auf. Die Unterschiede zwischen mündlich und ausschließlich schriftlich Befragten werden in Übersicht 17 durch die prozentualen Anteile deutlich gemacht.

Übersicht 17: Prozentuale Verteilung der Meinungen hinsichtlich der Beibehaltung der hauptberuflichen Bewirtschaftung bei Realisierungsmöglichkeit eines höheren außerlandwirtschaftlichen Einkommens[1]

a) Dörfer ohne mündliche Interviews

Meinungen	ja		nein		ohne Meinung		
Alter	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	Sa
bis 3o	5	31,3	1o	62,5	1	6,2	16
3o- u. 4o	44	42,7	49	47,6	1o	9,7	1o3
4o- u. 5o	73	67,o	28	25,7	8	7,3	1o9
5o- u. 65	75	68,8	27	24,8	7	6,4	1o9
Summe	197	58,5	114	33,8	26	7,7	337

b) Dörfer mit mündlichen Interviews

Meinungen	ja		nein		ohne Meinung		
Alter	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	Sa
bis 3o	3	42,8	2	28,6	2	28,6	7
3o- u. 4o	25	62,5	11	27,5	4	1o,o	4o
4o- u. 5o	3o	52,6	23	4o,4	4	7,o	57
5o- u. 65	36	75,o	1o	2o,8	2	4,2	48
Summe	94	61,8	46	3o,3	12	7,9	152

Bemerkenswert ist zunächst, daß in beiden Übersichten mit steigendem Alter die Anteile derjenigen zunehmen, die ihren Betrieb weiter hauptberuflich bewirtschaften wollen, auch wenn die erreichbaren außerlandwirtschaft-

[1] jeweils ohne Betriebsleiter mit Betrieben unter 5 ha und über 7o ha

lichen Einkommen höher lägen. Dieser Zusammenhang wurde schon in Übersicht 16 durch den χ^2 -Test sichtbar. In den mündlichen Interviews fiel uns auf, daß für die älteren Landwirte diese Frage offenbar zu wenig Realitätsbezug hatte. Ein höheres außerlandwirtschaftliches Einkommen war für die meisten von ihnen sowieso nicht erreichbar. Der Aufforderungscharakter dieser Frage war zu gering, so daß in den Antworten die von jeher starke Bindung des Landwirts an seinen Beruf relativ leicht die Oberhand gewann. Unter dieser Voraussetzung konnte es gar nicht zu einem inneren Konflikt kommen. Auch bei den mündlich befragten jüngeren Landwirten besteht relativ wenig Neigung, zu einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit überzugehen. Verglichen mit den nur schriftlich Befragten fällt vor allem der sehr viel geringere Anteil an Nein-Antworten bei den bis Dreißigjährigen auf. Allerdings weist diese Altersgruppe in der mündlichen Befragung einen so hohen Anteil unentschiedener Antworten auf, daß unentschiedene und Nein-Antworten zusammengenommen immerhin 57,2 % ausmachen. Die sehr starke Verschiebung von den Nein- zu den unentschiedenen Antworten, allein bei den jungen Befragten, fällt um so mehr auf, als sonst in den mündlichen Interviews eher entschiedenere Antworten als bei der schriftlichen Befragung zustandekamen (vgl. Übersicht 12) Das auffällige Ergebnis mag z. T. zufällig sein, z. T. aber auch anzeigen, daß das konkretere und verbindlichere Gespräch die auch bei dieser Altersgruppe vorhandene innere Bindung an Beruf und Betrieb stärker bewußt machte und den rationalen Einschätzungen gegenüberstellte. Möglicherweise mag auch der Rückzug vor der sozialen Kontrolle durch den Interviewer entscheidend gewesen sein.

Alle Altersgruppen zusammengenommen ergibt sich zwischen der schriftlichen und der mündlichen Befragung kaum ein Unterschied. In dem strukturellen Aufbau zeigt sich aber bei den ausschließlich schriftlich Befragten ein eindeutigeres Bild der Meinungen.

Die Prüfung der Beziehung zwischen der Betriebsgröße (ausgeschlossen wieder Betriebe bis 5 und über 7o ha) und den geäußerten Meinungen zu dieser Frage durch den χ^2 -Test ergab keinen Zusammenhang. Dieses Ergebnis entspricht den Ermittlungen von von Auenmüller und Griesbach, bei denen zwischen den Betriebsgrößenklassen 1o-3o ha, 3o-5o ha und über 5o ha keine nennenswerten Unterschiede auftraten[1]. Im Bundesdurchschnitt würden dort 62,7 v. H. ihren Betrieb weiter hauptberuflich bewirtschaften, 22,7 v. H. würden die höher bezahlte Tätigkeit ausüben und 14,4 v. H. machten keine Angaben. Im Vergleich zu von Auenmüller und Griesbach sind bei uns die Meinungslosen - zugunsten der Ausscheidungswilligen - nur halb so stark vertreten.

3. 2. 3. Wohnortwechsel zum Zwecke der Ausübung eines anderen Berufes

Die Bereitschaft, den Wohnort zu wechseln, um einen anderen Beruf ausüben zu können, drücken 11,2 v. H. der schriftlich und 14,3 v. H. der mündlich befragten Landwirte bis zu einem Alter von 4o Jahren aus. Erwartungsgemäß ist die Bereitschaft bei den Älteren sehr viel geringer. Bei den Vierzig- bis Fünfzigjährigen sind es 3,2 v. H. bzw. 6,8 v. H. und bei den Fünfzig- bis Fünfundsechzigjährigen o,7 v. H. bzw. o,o v. H. (Übersicht 18). Für den Strukturwandel sind ganz besonders die Einstellungen der Jüngeren aufschlußreich. Es ist nicht eindeutig zu sagen, ob die für diese festgestellten Anteile relativ hoch oder niedrig sind. Das Zentrum des Untersuchungsgebiets , die Stadt Hildesheim, ist eine

---

[1] von Auenmüller, H. und Griesbach, H., a. a. O., S. 81

mittlere Industriestadt mit relativ guten Beschäftigungsmöglichkeiten für ausscheidende Landwirte. Diese Arbeitsplätze sind vom heimatlichen Wohnort in zumutbaren Zeiten zu erreichen. Ebenso sind die Entfernungen nach Braunschweig vom Ostkreis, nach Hannover vom Nord- und Westkreis und nach Seesen vom Südkreis aus gut zu überwinden. Diese Situation übt sicherlich einen dämpfenden Effekt auf die Umzugswilligkeit aus, die, da zumindest längerfristig wohl genügend Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können, regional gar nicht einmal erwünscht sein würde. Da evtl. erwünschte Arbeitsplätze auch ohne Wegzug an einen anderen Wohnort erreicht werden können, kann offenbar die Bindung an Besitz und Dorf wirksam bleiben. Unter diesen Aspekten dürfte die hier ermittelte Bereitschaft zum Wohnortwechsel für die Ausübung eines anderen Berufes, soweit es die jüngeren Landwirte betrifft, wohl eher als relativ hoch zu bezeichnen sein. Dieses Ergebnis ist als Indiz für eine insgesamt positive Einstellung zum Strukturwandel auszulegen.

Nach dem χ^2 - Test ergab sich ein Zusammenhang zwischen dem Alter der Landwirte und ihren Meinungen zu dieser Frage. Der C - Koeffizient war aber mit o,2o relativ niedrig (C_{max} = o,816). Zwischen den Variablen Betriebsgröße und Meinungen zum Wohnortwechsel wurde durch den Test kein Zusammenhang ermittelt.

Übersicht 18: Bereitschaft zum Wohnortwechsel zwecks Ausübung eines anderen Berufes

a) Dörfer ohne mündliche Interviews

Meinungen	ja		nein		ohne Meinung		
Alter	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	Sa
bis 4o	16	11,2	121	84,6	6	4,2	143
4o- u. 5o	4	3,2	114	97,7	5	4,1	123
5o- u. 65	1	o,7	128	95,5	5	3,8	134
Summe	21	5,3	363	9o,7	16	4,o	4oo

b) Dörfer mit mündlichen Interviews

Meinungen	ja		nein		ohne Meinung		
Alter	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	Sa
bis 4o	7	14,3	41	83,7	1	2,o	49
4o- u. 5o	4	6,8	52	88,1	3	5,1	59
5o- u. 65	o	o,o	5o	98,o	1	2,o	51
Summe	11	6,9	143	89,9	5	3,2	159

[illegible] Mögliche Umschulungsbereitschaft der Landwirte

Bei der Prüfung der Umschulungsbereitschaft erwies sich, daß die Einstellungen der Landwirte zu diesem Problem in Beziehung zu deren Alter stehen. Es stellte sich für die schriftlich Interviewten ein C - Koeffizient von o,18 und für die Gesamtheit ein solcher von o,22 heraus (C_{max} = o,82). Dieser Zusammenhang drückt sich prozentual wie folgt aus (Übersicht 19):

Übersicht 19: Mögliche Umschulungsbereitschaft der Landwirte

a) Dörfer ohne mündliche Interviews

	ja		nein		
Alter	abs.	v.H.	abs.	v.H.	Sa
bis 3o Jahre	4	2o,o	16	8o	2o
3o- u. 4o Jahre	18	14,6	1o5	85,4	123
4o- u. 5o Jahre	8	6,5	115	93,5	123
5o- u. 65 Jahre	6	4,5	127	95,5	133
Summe	36	9,o	363	91,o	349

b) Dörfer mit mündlichen Interviews

Alter	ja abs.	ja v.H.	nein abs.	nein v.H.	Sa
bis 3o Jahre	5	62,5	3	37,5	8
3o- u. 4o Jahre	3	7,3	38	92,7	41
4o- u. 5o Jahre	5	8,5	54	91,5	59
5o- u. 65 Jahre	1	2,o	5o	98,o	51
Summe	14	8,8	145	91,2	159

Wie erwartet, nimmt die Umschulungsbereitschaft mit steigendem Alter ab. Sie beträgt bei den schriftlich Interviewten 2o v. H. für die bis zu 3o Jahre alten Landwirte (die 62,5 v. H. der mündlich Befragten müssen wohl, der geringen Häufigkeit in dieser Klasse wegen, in dieser Höhe als Zufallsabweichung interpretiert werden). Anteile von 2o v. H. oder auch noch von fast 15 v. H. können wohl als hoch bezeichnet werden. Da die gestellte Frage aber lautete, ob die Befragten schon einmal daran gedacht hätten, an einem Umschulungslehrgang teilzunehmen, dürfen prognostische Aussagen nur mit Vorsicht formuliert werden. Vom bloßen Nachdenken bis zur Ausführung scheint es doch ein weiter Weg zu sein. Vom Arbeitsamt wurde mir mitgeteilt, daß sich in den Jahren seit dem Anlaufen der staatlich geförderten Umschulungsmaßnahmen jährlich vielleicht drei bis vier Landwirte dazu entschlossen hätten, von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Viele wechselten allerdings in andere Berufe, ohne sich umschulen zu lassen. Trotz gebotener Vorsicht kann aber gesagt werden, daß die Zahlen aus Übersicht 19 einen Hinweis darüber geben, daß der Strukturwandel in seiner Zwangsläufigkeit von den jüngeren Landwirten erkannt zu werden beginnt.

Die Hypothese, daß die mögliche Bereitschaft zur Umschulung auch von der Betriebsgröße abhängig ist, ist durch den χ^2 -Test ebenfalls bestätigt worden. Bei

fünfprozentigem Signifikanzniveau wurde ein C - Koeffizient von o,24 (jeweils für die schriftlich Interviewten und insgesamt) festgestellt (C_{max}: o,82).

In Übersicht 2o sind die prozentualen Anteile an den bis zu 4o Jahre alten Landwirten, die schon einmal daran gedacht haben, an einem Umschulungslehrgang teilzunehmen, aufgeführt. Mit wachsender Betriebsgröße nimmt offensichtlich die Bereitschaft zur Umschulung in einen anderen Beruf ab. Bemerkenswert ist der deutliche Sprung zwischen den Betrieben bis 2o ha und 2o ha und mehr.

Übersicht 2o: Prozentualer Anteil der bis zu 4o Jahre alten Landwirte, die schon einmal daran gedacht haben, an einem Umschulungslehrgang teilzunehmen -nach Betriebsgrößen-

	Dörfer ohne mündl. Interviews			Dörfer mit mündl. Interviews		
Betriebsgröße	ja			ja		
	abs.	v.H.	insges.	abs.	v.H.	insges.
bis 1o ha	1	1oo	1	-	-	-
1o- u. 2o ha	7	31,8	22	3	37,5	8
2o- u. 3o ha	5	13,2	38	2	16,7	12
3o- u. 4o ha	2	8,o	25	1	7,7	13
über 4o ha	7	12,3	57	2	12,5	16
Summe	22	15,4	143	8	16,3	49

3. 3. Hofnachfolger

Die Zahl der von den Landwirten bereits nominierten Hofnachfolger kann Aufschluß über die Erwartungen der Landwirte und ihrer Kinder hinsichtlich der Stärke des zukünftigen landwirtschaftlichen Strukturwandels geben. Je optimistischer die Betriebsleiter und ihre möglichen Nachfolger in die Zukunft blicken, desto größer wird der Anteil der bestimmten Hofnachfolger sein. Auch zu dieser Frage können wir vermuten, daß besonders die Betriebsgröße von großem Einfluß ist.

Die prozentualen Anteile der benannten Hofnachfolger an der Zahl der Betriebe finden sich in Übersicht 21 unterteilt nach Betriebsgröße und Alter. Die Anzahl der von den unter vierzig Jahre alten Betriebsinhabern vorgesehenen Hofnachfolger ist natürlich noch nicht sehr aussagekräftig, da diese jüngeren Landwirte oft noch gar keine Kinder haben und selbst noch lange auf dem Hof wirtschaften können. Wenn schon Kinder vorhanden sind, sollen sie meistens zunächst einmal die bestmögliche, nicht unbedingt landwirtschaftliche Ausbildung erhalten. Später könne man dann sehen, ob der eigene Betrieb auch dem Nachfolger noch eine gesicherte Existenz bietet, und ob dieser noch Lust zur Landwirtschaft hat; so war der Tenor der Gespräche, die wir mit den Bauern führten. Aus der Übersicht 21 geht aber hervor, daß mit wachsender Betriebsgröße die Anteile der schon bestimmten Hofnachfolger auch bei den bis zu 4o Jahre alten Landwirten ansteigen, und zwar mit einem deutlichen Sprung ab 4o ha (bei den Dörfern ohne mündliches Interview). Der wieder eintretende geringe Rückgang ab 7o ha wird zufällig sein. Bei den älteren Landwirten (ab 4o Jahre) ist erklärlicherweise (die Kinder sind erwachsen oder nahezu erwachsen; man muß schon eher daran denken, daß man nicht mehr unbeschränkt lange den Betrieb leiten kann; soweit man seinen Betrieb

für lebensfähig hält, drängt man darauf, daß eines der Kinder eine landwirtschaftliche Ausbildung erhält) der Anteil der schon bestimmten Hofnachfolger etwa doppelt so hoch wie bei den jüngeren Befragten. Der Zusammenhang zwischen wachsender Betriebsgröße und Anteil der schon bestimmten Hofnachfolger wird bereits ab 3o ha deutlich sichtbar.

Mit dem χ^2 -Modell wurde ein signifikanter Zusammenhang mit einem C - Koeffizienten von o,33 bei den vierzig- bis fünfzigjährigen und o,26 bei den über fünfzigjährigen Bauern ermittelt (C_{max} = o,87; Betriebsleiter der Betriebe ab 1o ha insgesamt). Der abfallende Anteil der Altersgruppe zwischen vierzig und fünfzig Jahren bei den Betrieben zwischen 4o und 5o ha kann wohl als zufällig bezeichnet werden. Der hohe Anteil der Hofnachfolger in den Betriebsgrößenklassen ab 3o ha ist sicherlich ein Zeichen dafür, daß man in diesen Betrieben an eine Infragestellung des eigenen Betriebs durch landwirtschaftlichen Strukturwandel überwiegend nicht denkt. Offensichtlich sind dort die Landwirte und ihre Nachfolger recht zuversichtlich hinsichtlich der betrieblichen Zukunft. Die Leiter der kleineren Betriebe oder aber ihre Kinder betrachten ihre Situation dagegen pessimistischer, wie an dem geringeren Anteil der bereits benannten Hofnachfolger sichtbar wird. Hier wird sehr wahrscheinlich der Strukturwandel, im Zuge des Generationswechsels in den nächsten Jahren, nach und nach zu verstärkten Hofaufgaben führen. Interessant wäre hier eine getrennte Analyse nach den Teilräumen mit den unterschiedlichen Standortbestimmungen. Aber selbst die Zusammenfassung der besseren Ackerbaugebiete Börde, Verdichtungsraum und Nordgemeinden erbringt nicht die für den χ^2 - Test notwendigen Bedingungen hinsichtlich der erwarteten Häufigkeiten. Die Anteilsberechnungen aus dem Urmaterial erbringen ebenfalls keine Ergebnisse, die die Vermutung nahelegen könnten, daß in den acker-

baulich günstigeren Teilräumen relativ mehr Hofnachfolger bestimmt sind. In den Gesprächen wurde deutlich, daß auch dort die Grundeinstellung besteht, die Kinder zunächst entsprechend ihren Fähigkeiten ausbilden zu lassen, d. h. sie nicht von vornherein auf die Hofübernahme festlegen zu wollen.

Übersicht 21: Hofnachfolger

Betriebsgr. u. Alter d. Betriebsinh.	Dörfer ohne mündl. Interv. Hofnachfolger					Dörfer mit mündl. Interv. Hofnachfolger				
	Anz. Betr.	ja abs.	ja v.H.	nein abs.	nein v.H.	Anz. Betr.	ja abs.	ja v.H.	nein abs.	nein v.H.
5- u. 1o ha										
ohn.Altersang.	1			1	1oo					
unt. 4o Jahre	5	1	2o,o	4	8o,o					
4o- u. 5o "	9	4	44,4	5	55,6	3			3	1oo
üb. 5o "	21	12	57,2	9	42,8	3	1	33,3	2	66,7
1o- u. 2o ha										
unt. 4o Jahre	35	5	14,3	3o	85,7	12	2	16,7	1o	8 ,3
4o- u. 5o "	31	12	38,7	19	61,3	14	3	21,4	11	78,6
üb. 5o "	47	29	61,7	18	38,3	27	12	44,4	15	55,6
2o- u. 3o ha										
unt. 4o Jahre	4o	8	2o,o	32	8o,o	13	4	3o,8	9	69,2
4o- u. 5o "	32	13	4o,6	19	59,4	28	11	39,3	17	6o,7
üb. 5o "	34	24	7o,6	1o	41,7	16	1o	62,5	6	37,5
3o- u. 4o ha										
unt. 4o Jahre	26	7	26,9	19	73,1	13	6	46,2	7	53,8
4o- u. 5o "	26	19	73,1	7	26,9	11	6	54,5	5	45,5
üb. 5o "	17	15	88,2	2	11,8	6	5	83,3	1	16,7
4o- u. 5o ha										
unt. 4o Jahre	15	6	4o,o	9	6o,o	5			5	1oo,o
4o- u. 5o "	14	6	42,9	8	57,1	4	4	1oo,o		
üb. 5o "	16	13	81,3	3	23,1	4	4	1oo,o		
5o- u. 7o ha										
ohn.Altersang.	1	1	1oo,o							
unt. 4o Jahre	21	9	42,9	12	57,1	1o	2	2o,o	8	8o,o
4o- u. 5o "	14	12	85,7	2	14,3	4	3	75,o	1	25,o
üb. 5o "	22	18	81,8	4	18,2	5	4	8o,o	1	2o,o
über 7o ha										
unter.4o Jahre	23	9	39,1	14	6o,9	2			2	1oo,o
4o- u. 5o "	12	9	75,o	3	25,o					
üb. 5o "	23	19	82,6	4	17,4	4	3	75,o	1	25,o
Summe	485	251	51,8	234	48,2	184	8o	43,5	1o4	56,5

Besonders auffällig ist in Übersicht 21 noch, daß bei den Dörfern ohne mündliches Interview die Anteile der schon bestimmten Hofnachfolger in der Altersgruppe unter 4o Jahre sich in den Betrieben bis 4o ha sehr stark gegenüber den Anteilen in den Altersgruppen ab 4o Jahre absetzen. Bei den Dörfern mit mündlichem Interview besteht dieser deutliche Unterschied aber erst gegenüber den über 5o Jahre alten Betriebsinhabern. Die Spanne zwischen den beiden jüngeren Altersgruppen ist im letzteren Fall dagegen viel geringer.

Dieser Unterschied zwischen den Dörfern mit und ohne mündliche Befragung geht in erster Linie auf ein abweichendes Antwortverhalten der unter 4o-jährigen in den Betriebsgrößenklassen von 1o bis 4o ha zurück; während nämlich bei allen übrigen Befragten (ältere ebenso wie größere Landwirte) die Anteile der Ja-Antworten in den Dörfern ohne mündliche Interviews höher liegen als in denen mit mündlicher Befragung (man könnte das, soweit nicht unerkannte Zufälligkeiten hereinspielen, als ein vergleichsweise unverbindlicheres Bejahen beim Ausfüllen der Fragebögen gegenüber einem in der Gesprächssituation doch kritischer überlegten und nicht so leicht gefaßten Entschluß zum Ja interpretieren), verhält es sich bei den unter 4o-jährigen von 1o bis 4o ha gerade umgekehrt. Diese Befragten unterscheiden sich also dadurch von den übrigen, daß sie in der relativen Unverbindlichkeit der Fragebogenausfüllung stärker dazu tendieren (wiederum: abgesehen von möglichen Zufälligkeiten), die Frage nach dem verfügbaren Hofnachfolger nicht zu bejahen, dagegen in der Gesprächssituation des mündlichen Interviews sich eher zum Ja zu entschließen. In den Antworten auf den Fragebogen kommt offenbar ein von den jüngeren und kleineren Landwirten entwickeltes Beantwortungs- oder Beurteilungsmuster (eine Beurteilungsschablone) zum Ausdruck, in der die Hofübernahme durch den Hofnachfolger zunächst einmal

für zweifelhaft gehalten wird; in der Gesprächssituation mag die schablonisierte ("bias") Skepsis reduziert werden (so wie sich, umgekehrt, bei den übrigen Befragten eine allzu selbstverständliche Zuversicht in der mündlichen Befragung mindert). Bezeichnend für die ökonomische und agrarstrukturelle Bedingtheit des abweichenden Verhaltens der jüngeren/kleineren Landwirte ist, daß die vergleichsweise Erhöhung ihrer Ja-Anteile bei mündlicher Befragung mit der Größe der Betriebe steigt.

3. 3. 1. Berufliche Tätigkeit der Hofnachfolger über 2o Jahre

In Übersicht 22 ist die Aufteilung der Hofnachfolger über 2o Jahre nach der Art ihrer Tätigkeit vorgenommen worden. Eine Einbeziehung der jüngeren hätte wenig Sinn, da diese zum großen Teil noch Schüler sind. Es ist unterschieden in Hofnachfolger, die hauptberuflich auf dem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb mitarbeiten, und solchen, die einen anderen Beruf ausüben, bzw. noch in der Ausbildung stehen.

Übersicht 22: Berufliche Tätigkeit der Hofnachfolger über 2o Jahre - alle Dörfer -

Betriebsgröße	Hofnachfolger über 2o Jahre	hauptberufliche Mitarbeit ja		nein	
		abs.	v.H.	abs.	v.H.
5- u. 1o ha	1o	1	1o,o	9	9o,o
1o- u. 2o ha	3o	14	46,7	16	53,3
2o- u. 3o ha	29	18	62,1	11	37,9
3o- u. 4o ha	17	13	76,5	4	23,5
4o- u. 5o ha	13	9	69,2	4	3o,8
5o- u. 7o ha	19	8	42,1	11	57,9
7o- u.1oo ha	8	4	5o,o	4	5o,o
über 1oo ha	5	2	4o,o	3	6o,o
Summe	131	69	52,7	62	47,3

Die Erben von Höfen unter 1o ha üben nahezu ausschließlich eine Tätigkeit außerhalb des Betriebes aus. In den Betrieben zwischen 2o und unter 5o ha überwiegt zu etwa zwei Dritteln der Anteil derjenigen Hofnachfolger, die hauptberuflich in dem landwirtschaftlichen Betrieb mitarbeiten, den sie einmal übernehmen sollen und wollen. Unter den Höfen von 1o bis unter 2o ha, 5o und unter 7o ha und über 1oo ha gehen etwas mehr als die

Hälfte der Hofnachfolger hauptberuflich einer außerbetrieblichen Tätigkeit nach oder befinden sich noch in der Ausbildung; in den Betrieben zwischen 7o und unter 1oo ha sind es genau die Hälfte.

Für die zunächst überraschende Feststellung, daß sich in der Beziehung zwischen den Tätigkeiten der Hofnachfolger und der Betriebsgröße ein reversibler Zusammenhang abzeichnet, kann eine Erklärung gefunden werden, wenn man die außerbetrieblich ausgeübten Tätigkeiten betrachtet (Anhang B_2). Es stellt sich dabei heraus, daß die Hoferben der Betriebe über 5o ha zur Hälfte noch auf der Hochschule studieren bzw. Berufe ergriffen haben, für die eine akademische Ausbildung verlangt wird. (Die Art des Studiums wurde in den meisten Fällen leider nicht angegeben). Die andere Hälfte hat insbesondere kaufmännische Berufe ergriffen. Zwei Hofnachfolger sind in anderen landwirtschaftlichen Betrieben tätig. Die Hoferben aus den Betrieben unter 3o ha sind dagegen mehr als zur Hälfte in Berufen tätig, für die der Hauptschulabschluß als Voraussetzung für die Aufnahme der beruflichen Bildung ausreicht bzw. gar kein Schulabschluß gefordert wird. Von den acht nicht im Betrieb tätigen Hofnachfolgern der Betriebe zwischen 3o und 5o ha befinden sich vier im Hochschulstudium, drei sind noch Schüler. Schon hier zeigt sich die Neigung in den größeren Betrieben, die Kinder so gut wie nur möglich und nicht spezifisch auf den Betrieb bezogen ausbilden zu lassen.

In den Großbetrieben des Untersuchungsgebietes bestand schon immer eine stärkere Tendenz, Hoferben und weichenden Erben eine bessere allgemeine und fachliche Ausbildung angedeihen zu lassen. Die volle Mitarbeit der Hofnachfolger im Betrieb setzte dann oft erst mit der Hofübernahme ein. Diese in größerem Umfang anzutreffende, über den landwirtschaftlichen Bereich hinausgehende Ausbildung vermittelt eine größere Einsicht in gesamtwirtschaftliche und -gesellschaftliche Zusammenhänge. Die so ausgebildeten Landwirte füllen oft die Funktion von Meinungsführern aus. So sind z. B. die Leiter von

großen Betrieben anteilmäßig stärker in den landwirtschaftlichen Berufsverbänden und Genossenschaften tätig. Die Arbeit in ihren Betrieben wird auch heute noch, wenn auch in weit geringerem Umfang als früher, von Fremdarbeitskräften und - in den ganz großen Betrieben - auch angestellten Betriebsleitern verrichtet. Der deutlich geringere Anteil hauptberuflich mitarbeitender Hofnachfolger in den Betrieben über 5o ha läßt jedenfalls nicht den Schluß zu, daß diese Betriebe in Zukunft in größerer Anzahl im Zuge des Generationswechsels aufgelöst werden als die mittleren Betriebe. Der Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und hauptberuflicher Mitarbeit der Hofnachfolger auf dem elterlichen Hof als Ausdruck für die Intensität des Strukturwandels kann deshalb sinnvoll nur bis zur Betriebsgröße von 4o ha gelten. Bemerkenswert ist dabei, daß sich die Hofnachfolger in den Betrieben bis 2o ha auf außerlandwirtschaftliche Tätigkeiten konzentrieren und dazu neigen, den landwirtschaftlichen Betrieb im Nebenerwerb weiterzubewirtschaften oder eventuell später zu verpachten oder auch zu verkaufen. Die Betriebe von 2o ha an werden offensichtlich von den meisten Hofnachfolgern als groß genug (wahrscheinlich wird auch mit Zupachtmöglichkeiten gerechnet) für eine Existenzgrundlage angesehen[1].

---

[1] Vgl. Abschnitt 3. 3. 2.

3. 3. 2. Hauptberufliche und nebenberufliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe durch den Hofnachfolger

Zu der Frage, zu welchen Anteilen die designierten Hofnachfolger die zu übernehmenden Betriebe hauptberuflich oder nebenberuflich bewirtschaften wollen, ergab sich, daß auch hier die geäußerten Meinungen nicht unabhängig von der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe sind. Der Kontingenzkoeffizient C weist bei den Hoferben in einem Alter von unter 2o Jahren einen Wert von o,3o (C max. = o,816) auf. Für die Hofnachfolger über 2o Jahre verstärkt sich der Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und ausgedrückten Meinungen auf einen Wert von o,38. Für diesen Test wurden die Betriebe unter 1o ha wiederum ausgeschieden. Alle Betriebe über 3o ha wurden dabei in einer Betriebsgrößenklasse zusammengefaßt.

Übersicht 23: Hauptberufliche und nebenberufliche Bewirtschaftung der Betriebe durch den Hofnachfolger - alle Dörfer -

a) Hofnachfolger unter 2o Jahre

Betriebsgr. i. ha	Anz.	hauptberufl. abs.	v.H.	nebenberufl. abs.	v.H.	unentschieden abs.	v.H.
5-1o	8	o	o,o	3	37,5	5	62,5
1o-2o	33	4	12,1	8	24,3	21	63,6
2o-3o	41	8	19,5	3	7,3	3o	73,2
3o-4o	41	2	4,9	2	4,9	37	9o,2
4o-5o	2o	1o	5o,o	o	o,o	1o	5o,o
5o-7o	3o	14	46,7	2	6,6	14	46,7
7o-1oo	16	8	5o,o	o	o,o	8	5o,o
üb.1oo	11	1	9,1	o	o,o	1o	9o,9
Summe	2oo	47	23,5	18	9,o	135	67,5

b) Hofnachfolger über 2o Jahre

5-1o	1o	1	1o,o	5	5o,o	4	4o,o
1o-2o	3o	1o	33,3	11	36,7	9	3o,o
2o-3o	29	15	51,7	8	27,6	6	2o,7
3o-4o	17	7	41,2	1	5,9	9	52,9
4o-5o	13	7	53,8	o	o,o	6	46,2
5o-7o	19	14	73,6	1	5,3	4	21,1
7o-1oo	8	8	1oo	o	o,o	o	o,o
üb.1oo	5	4	8o,o	o	o,o	1	2o,o
Summe	131	66	5o,4	26	19,8	39	29,8

In Übersicht 23 sind die anteilmäßigen Zahlen aus allen Betriebsgrößenklassen aufgeführt. Zum Zwecke des Verständnisses des durch den Kontingenzkoeffizienten beschriebenen wertmäßigen Zusammenhangs bedarf es einer Analyse der Meinungsstrukturen. Zunächst fällt auf, daß bei den Hofnachfolgern unter 2o Jahren sich ein außerordentlich hoher Anteil des landwirtschaftlichen Nachwuchses noch nicht entschieden hat, ob er den später zu übernehmenden Betrieb hauptberuflich oder nebenberuflich oder gar nicht bewirtschaften wird. Dieser Anteil ist mit über 9o v. H. in den Betriebsgrößenklassen zwischen 3o und 4o ha und über 1oo ha deutlich am größten. Der Anteil in letzterer bekräftigt die im vorigen Abschnitt gemachte Aussage, daß die Erben von großen Betrieben, ungeachtet der Existenzsicherheit dieser Betriebsgrößen, die bestmögliche Ausbildung wählen und evtl. für eine entsprechende außerbetriebliche Berufstätigkeit optieren.[1] Diese Aussage ist auch für den jüngeren Nachwuchs gültig. Er befindet sich weitgehend noch auf Gymnasien, Realschulen, Hochschulen oder in der beruflichen Ausbildung. Während die Jüngeren sich noch kaum über die Art der Bewirtschaftung ihres zukünftigen Betriebes entschieden haben, wollen die Hofnachfolger im Alter über 2o Jahre ihre Betriebe über 5o ha überwiegend hauptberuflich bewirtschaften.

Bei den Erben von Höfen zwischen 1o und 2o ha überwiegt die Absicht, den Betrieb nebenberuflich zu bewirtschaften. Aber auch hier muß die relativ hohe Quote derjenigen beachtet werden, die sich noch nicht entschieden haben (unter- bzw. über 2ojährig 63,6 v. H., bzw. 3o,o v. H.). Trotzdem dürfte hier die Tendenz zur nebenberuflichen Bewirtschaftung vorwiegen.

---

[1] Vgl. Abschnitt 3. 3. 1.

Die Hofnachfolger über 2o Jahren werden ihre Betriebe zwischen 2o und 4o ha wohl mehrheitlich hauptberuflich bewirtschaften, wenn auch der besonders hohe Anteil von Unentschiedenen bei 3o - 5o ha-Betrieben und der zusammengenommen hohe Anteil von Nebenberufs- und unentschiedenen Antworten bei 2o - 3o ha zu vorsichtiger Aussage zwingen. Für den landwirtschaftlichen Nachwuchs unter 2o Jahren kann aber, wegen des großen Anteils von Unentschlossenen, nicht einmal eine solche vorsichtige Aussage aufrechterhalten werden. Die zukünftige mittelfristige gesamtwirtschaftliche Entwicklung dürfte für die Entscheidung der jüngeren Hofnachfolger ein stark mitbestimmender Faktor sein.

3. 3. 3. Eventuelle Auflösung der landwirtschaftlichen Betriebe nach dem Ausscheiden des Betriebsleiters aus der Landwirtschaft

Auch in dieser Frage besteht ein Zusammenhang zwischen der Betriebsgröße und den ausgesprochenen Meinungen. Der Kontingenzkoeffizient C erbringt einen Wert von o,31 für die schriftliche Befragung und o,26 für die mündlichen Interviews (C_{max} = o,816). Der Zusammenhang ist also auch hier nicht besonders stark. Die Betriebe unter 1o ha wurden für den statistischen Test wieder nicht berücksichtigt. Alle Betriebe über 3o ha wurden zu einer Betriebsgrößenklasse zusammengefaßt.

Aus Übersicht 24 a ist deutlich zu erkennen, daß, wie erwartet, mit steigender Betriebsgröße weniger Bauern glauben, daß ihr Betrieb nach ihrem Ausscheiden aus der Landwirtschaft aufgelöst wird. Bei der schriftlichen Befragung liegen die Betriebe bis 3o ha in den Ja-Antworten über dem Durchschnitt aller Betriebe, d. h. über 21,5 v. H.; beim mündlichen Interview liegen dagegen

Übersicht 24 a: Eventuelle Auflösung des Betriebes bei Ausscheiden des Betriebsinhabers aus der Landwirtschaft

a) Dörfer ohne mündliche Interviews

Betriebsgröße in ha	Anzahl	ja		nein		ohne Meinung	
		abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
5 - 10	36	15	41,7	12	33,3	9	25,0
10 - 20	113	40	35,4	37	32,7	36	31,9
20 - 30	106	31	29,2	45	42,5	30	28,3
30 - 40	69	7	10,1	34	49,3	28	40,6
40 - 50	45	4	8,9	20	44,4	21	46,7
50 - 70	57	4	7,0	39	68,4	14	24,6
70 - 100	36	2	5,6	25	69,4	9	25,0
über 100	22	1	4,5	17	77,3	4	18,2
Summe	484	104	21,5	229	47,3	151	31,2

b) Dörfer mit mündlichen Interviews

5 - 10	6	3	50,0	1	16,7	2	33,3
10 - 20	53	21	39,6	13	24,5	19	35,8
20 - 30	57	11	19,3	22	38,6	24	42,1
30 - 40	30	6	20,0	13	43,3	11	36,7
40 - 50	13	1	7,7	8	61,5	4	30,8
50 - 70	19	3	15,8	8	42,1	8	42,1
70 - 100	6	1	16,7	4	66,6	1	16,7
über 100	-	-	-	-	-	-	-
Summe	184	46	25,0	69	37,5	69	37,5

nur die Betriebe bis 2o ha über dem Durchschnitt von 25 v. H. Diese Diskrepanz gleicht sich etwas aus, da im mündlichen Interview in den Ja-Antworten zwischen den Betriebsgrößen 2o bis 3o ha und 3o bis 4o ha mit 19,3 v. H. bzw. 2o,o v. H. kaum Unterschiede bestehen. Im Vergleich dazu fällt in der schriftlichen Befragung der Anteil für die 3o bis 4o ha großen Betriebe gegenüber dem Durchschnitt schon sehr ab. Die kritische Grenze, von der an nur sehr wenige Landwirte glauben, daß ihr Betrieb mit ihrem Ausscheiden aus der Landwirtschaft aufgelöst wird, dürfte daher zwischen 3o und 4o ha liegen. Bei von Auenmüller und Griesbach findet sich dieser kritische Punkt für Niedersachsen/Bremen schon zwischen 2o und 3o ha[1]. Auffällig ist bei uns jedoch der große Anteil an Meinungslosen in den Betrieben zwischen 3o und 5o ha bei der schriftlichen Befragung und zwischen 2o bis 7o ha bei der mündlichen Befragung. Man kann hier von einer Zone starker Ungewißheit über das Schicksal des Betriebs nach Ausscheiden des Betriebsleiters sprechen. Wie aus Übersicht 24 b zu entnehmen ist, rekrutieren sich diese Meinungslosen in den "kritischen" Betrieben zwischen 3o und 4o ha mit 56,2 v. H. besonders aus den Dreißig- bis Vierzigjährigen.

Man hätte eigentlich erwarten können, daß der kritische Punkt im Hildesheimer Raum mit den fruchtbaren Böden und den im Vergleich zu anderen Regionen hohen landwirtschaftlichen Einkommen[2] bei geringeren Betriebsgrößen liegen müßte als dem niedersächsischen Durchschnitt. Offensichtlich schlägt hier der spätere Erhebungstermin (1972 bis 1973 gegenüber 1967 bei von Auenmüller und Griesbach) durch. Die Landwirte werden inzwischen zu klareren Erkenntnissen über Zwangsläufigkeit und Stärke des Strukturwandels in der Landwirtschaft gekommen sein.

---

[1] von Auenmüller, H., Griesbach, H., a. a. O., S. 97

[2] Vgl. Abschnitt 2. 2.

Bemerkenswert ist der relativ niedrige Anteil um 4o v. H. Ja-Antworten in den Betrieben bis 2o ha. Offensichtlich haben in erheblichem Umfang die Hoferben die Absicht, auch nach Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit die Betriebe nebenberuflich weiterzubewirtschaften.

Übersicht 24 b: Eventuelle Auflösung des Betriebes bei Ausscheiden des Betriebsleiters aus der Landwirtschaft - Betriebe zwischen 1o und 4o ha, aufgeteilt nach Altersgruppen insgesamt - alle Dörfer

	Anz. Betr.	ja abs.	ja v.H.	nein abs.	nein v.H.	ohne Meinung abs.	ohne Meinung v.H.
1o -u. 2o ha	166	61	36,8	5o	3o,1	55	33,1
dav.unt. 3o J.	8	1	12,5	1	12,5	6	75,o
" 3o-u.4o J.	39	17	43,6	6	15,4	16	41,o
" 4o-u.5o J.	45	19	42,2	1o	22,2	16	35,6
" über 5oJ.	74	24	32,4	33	44,6	17	23,o
2o -u. 3o ha	163	42	25,8	67	41,1	54	33,1
dav.unt. 3o J.	11	6	54,5	o	o,o	5	45,5
" 3o-u.4o J.	42	13	31,o	13	31,o	16	38,o
" 4o-u.5o J.	6o	13	21,7	25	41,7	22	36,7
" über 5o J.	5o	1o	2o,o	29	58,o	11	22,o
3o -u. 4o ha	99	13	13,1	47	47,5	39	39,4
dav.unt. 3o J.	7	3	42,8	2	28,6	2	28,6
" 3o-u.4o J.	32	3	9,4	11	34,4	18	56,2
" 4o-u.5o J.	37	5	13,5	18	48,7	14	37,8
" über 5o J.	23	2	8,7	16	69,6	5	21,7
Summe	428	116	27,1	164	38,3	148	34,6

Aus Übersicht 24 b, in der die Werte in den Betriebsgrößenklassen zwischen 1o und 4o ha nach dem Alter der Landwirte untergliedert wurden, ist die Tendenz abzulesen, daß (mit Ausnahme der Betriebe von 1o bis 2o ha, bei denen die bis 3o-jährigen ganz überwiegend keine Meinung äußern) die jüngeren Landwirte in höherem Maße daran glauben, daß ihr Betrieb im Zuge des Generationenwechsels aufgelöst wird. Dieser Zusammenhang ist besonders bei den Nein-Antworten deutlich abzulesen, die mit steigendem Alter in allen Größenklassen recht kontinuierlich zunehmen. Die Hoferben der älteren Bauern sind meistens schon bestimmt und haben auch bereits eine landwirtschaftliche Fachausbildung absolviert. Hier ist der Übergang geregelt. Die jüngeren Landwirte dagegen wollen - des Strukturwandels bewußt - neben ihren anderen Kindern auch dem Hoferben eine möglichst gute Ausbildung, die auch eine außerlandwirtschaftliche sein kann, angedeihen lassen[1]. Diese Grundhaltung konnte ich aus den vielen Gesprächen mit den Landwirten aus allen Betriebsgrößen entnehmen. Im Unterschied zu unserer Untersuchung konnten von Auenmüller und Griesbach noch keinen Einfluß des Alters auf die Meinungen zu diesem Problem feststellen. Auch die jüngeren Landwirte dachten damals nicht anders als ihre älteren Berufskollegen[2].

Die Frage der Weiterführung des Betriebes nach dem Ausscheiden des Betriebsleiters durch den Hoferben wurde auch in den Gruppendiskussionen erörtert. Es stellte sich hier heraus, daß von den sich zu diesem Problem äußernden Landwirten mit Betrieben unter 3o ha nur wenige an die Weiterbewirtschaftung des Hofes durch die Kinder glauben. Von den 8 Diskussionsteilnehmern in Adlum, das über den fruchtbarsten Boden in Deutschland verfügt, glaubten z. B. 7 Bauern nicht an die Aufrechterhaltung ihres Betriebes. Die betreffenden Betriebe waren al-

---

[1] Vgl. dazu auch Abschnitt 4. 4. 2.

[2] von Auenmüller, H., Griesbach, H., a. a. O., S. 1oo

le unter 3o ha groß. Aber auch Landwirte mit mittleren Betrieben um 35 bis 4o ha äußerten sich skeptisch. Für die Zukunft wird diese Betriebsgröße von vielen als wahrscheinlich zu klein angesehen. Es kam allerdings auch zum Ausdruck, daß man gern sehen würde, daß der Hof fortbesteht. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen müssen aber dann gegeben sein. Im allgemeinen tendiert man eindeutig dazu, die Entscheidung darüber den Söhnen allein zu überlassen. Trotz aller Bedenken gibt es auch Leiter der mittleren Betriebe, die glauben, daß der Sohn, wenn er sich entschließt weiterzumachen, eine gute Chance hat.

3. 4. Herkunft und Tätigkeit der Ehefrauen der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber

3. 4. 1. Herkunft der Ehefrauen der Betriebsinhaber - alle Dörfer -

Aus Übersicht 25 ist ersichtlich, daß die Ehefrauen der Landwirte zu einem ganz überwiegenden Teil, nämlich mit 78,1 v. H., aus landwirtschaftlichen Höfen stammen. Von den 616 verheirateten oder verwitweten Landwirten beantworteten 59o die Frage nach der Herkunft ihrer Ehefrauen. Auffallend ist ein reversibler Zusammenhang über die Betriebsgrößenklassen hinweg. In den Betrieben zwischen 5 und 1o ha haben 58,3 v. H. der Landwirte Ehefrauen, deren Vater von Beruf Landwirt war. Dieser Anteil steigt auf 88 v. H. in den Betrieben zwischen 4o und 5o ha und sinkt dann wieder ab auf 55,6 v. H. in den Betrieben über 1oo ha.

Die Struktur des Zusammenhangs wird deutlich, wenn wir die Berufe der Nichtlandwirte unter den Vätern der Ehefrauen betrachten[1]. Die Landwirte mit größeren Betrieben über 4o ha sind relativ häufig mit Frauen verheiratet, deren Väter Berufe haben, die in der Schichtungspyramide ziemlich oben stehen, wie Ärzte, Rechtsanwälte,

---

[1] Zur sozialen Schichtung siehe z. B. Bolte, K. M., Sozialer Aufstieg und Abstieg. Eine Untersuchung über Berufsprestige und Berufsmobilität, Stuttgart 1959, insbesondere S. 92
Danach gehören Gutsbesitzer nach einer typisierten Prestigestufung der Berufe in der Einschätzung von Stadtbewohnern zur ersten unter sechs Stufen. Der mittlere Bauer wird noch in der dritten Stufe geführt.

Übersicht 25: Beruf des Vaters der Ehefrauen der Betriebsinhaber

Betriebsgröße in ha	Zahl der Antw.	Landwirt		sonst. Berufe	
		abs.	v.H.	abs.	v.H.
5- u. 1o	36	21	58,3	15	41,7
1o- u. 2o	142	1o7	75,4	35	24,6
2o- u. 3o	147	115	78,2	32	21,8
3o- u. 4o	89	78	87,6	11	12,4
4o- u. 5o	5o	44	88,o	6	12,o
5o- u. 7o	71	57	8o,3	14	19,7
7o- u.1oo	37	29	78,4	8	21,6
über 1oo	18	1o	55,6	8	44,4
Summe	59o	461	78,1	129	21,9

Offiziere, Ingenieure (Anhang B_3) . Bäuerinnen mit Handwerkern als Väter sind hier sehr viel seltener. Dagegen kommen die Ehefrauen von Landwirten mit kleineren Betrieben (unter 4o ha), soweit nicht aus Landwirtsfamilien, bevorzugt aus Handwerkerfamilien. Handwerker stehen in der sozialen Schichtung etwa den mittleren Bauern gleich. Töchter von Vätern, die unselbständig relativ anspruchslose Arbeiten zu verrichten haben, sind nur in den Betrieben unter 2o ha häufiger anzutreffen.

Diese Ausführungen zeigen also, daß Landwirte, die nicht Bauerntöchter geheiratet haben, in der Regel danach streben, eine Frau aus Gesellschaftsschichten zu heiraten, denen sie sich selbst zugehörig fühlen oder die in der sozialen Einschätzung noch höher stehen, wobei aber der soziale Abstand nicht zu groß sein darf.

Es ist bemerkenswert, daß auch die Ausbildung der Betriebsleiter und Hofnachfolger ähnliche Zusammenhänge mit der Betriebsgröße aufweisen[1]. Je größer die Betriebe sind, desto besser ist in der Regel die Ausbildung und umso mehr werden Frauen aus höheren Schichten geheiratet. Betriebsgröße und Qualität der Ausbildung sind wahrscheinlich gleichermaßen bestimmende Faktoren für das Heiratsverhalten.

---

[1] Vgl. dazu Abschn. 3. 5. 1. (Betriebsleiter) und Abschn. 3. 5. 2. bzw. 3. 3. 1. (Hofnachfolger)

3. 4. 2. Tatigkeitsfeld der Ehefrauen der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber

Die Kenntnis über das Tätigkeitsfeld der Ehefrauen der Landwirte gibt Aufschluß über die Notwendigkeit, das betriebliche Einkommen durch die Mitarbeit der Ehefrauen in der Produktion zu erhöhen.

Übersicht 26: Tätigkeitsfeld der Ehefrauen der Betriebsinhaber - alle Dörfer -

Betriebsgröße in ha	Antworten	ausschl. Haushalt		Haushalt Vieh- u. Feldwirtschaft		Haushalt u. Viehwirtsch.		Haushalt u. außerh. des Betriebes		ausschl. außerhalb des Betriebes	
		abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
5- u. 1o	38	5	13,2	23	6o,5	2	5,3	7	18,4	1	2,6
1o- u. 2o	139	23	16,5	85	61,2	19	13,7	1o	7,2	2	1,4
2o- u. 3o	145	44	3o,3	79	54,5	16	11,o	4	2,8	2	1,4
3o- u. 4o	89	46	51,7	29	32,6	1o	11,2	3	3,4	1	1,1
4o- u. 5o	5o	22	44,o	16	32,o	12	24,o	o	o,o	o	o,o
5o- u. 7o	7o	43	61,4	14	2o,o	1o	14,3	3	4,3	o	o,o
7o- u. 1oo	37	3o	81,1	4	1o,8	2	5,4	1	2,7	o	o,o
über 1oo	19	17	89,4	o	o,o	1	5,3	1	5,3	o	o,o
Summe	587	23o	39,2	25o	42,6	72	12,3	29	4,9	6	1,o

Es ist sicherlich für jede Bäuerin wünschenswert, wenn sich ihre Tätigkeit auf den Haushalt beschränken kann. Wie Übersicht 26 aufzeigt, arbeiten aber nur 39,2 v. H. ausschließlich im Haushalt. Zusätzlich zum Haushalt arbeiten 54,9 v. H. in der Viehhaltung und in der Feldwirtschaft, wenn auch wohl in sehr unterschiedlichem Umfang. Außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes sind nur 5,9 v. H. der Ehefrauen beschäftigt.

Innerhalb der einzelnen Betriebsgrößenklassen sind die entsprechenden Anteilswerte erwartungsgemäß sehr unterschiedlich. In den Betrieben zwischen 5 und 1o ha sowie

1o und 2o ha betätigen sich nur 13,2 v. H. bzw. 16,5 v. H. der Ehefrauen ausschließlich im Haushalt. Dagegen gehen hier überdurchschnittlich viele Frauen einer Beschäftigung außerhalb des Betriebes nach: mit 21,o v. H. und 8,6 v. H. In Betrieben dieser Größe ist man auf ein zusätzliches Einkommen ganz besonders angewiesen, wenn man einen angemessenenen Lebensunterhalt bestreiten möchte. Dabei kommt diesen Frauen zugute, daß die Haushalte in den kleineren Betrieben in der Regel auch etwas kleiner sind und die Arbeitskraft der Hausfrau in geringerem Maße binden. Mit steigender Betriebsgröße wächst der Anteil der ausschließlich sich im Haushalt betätigenden Hausfrauen (abgesehen von dem leichten Rückgang in den Betrieben zwischen 4o und 5o ha gegenüber der nächstniedrigeren Größenklasse. Diese Abweichung von der steigenden Tendenz darf wohl, auch wegen des relativ geringen Besatzes dieser Klasse, als zufällig angesehen werden). In den Betrieben zwischen 7o und 1oo ha sowie über 1oo ha arbeiten über 8o v. H. der Frauen nur im Haushalt (81,1 v. H. bzw. 89,4 v. H.)

In Übersicht 27 wurden die Anteile der ausschließlich im Haushalt beschäftigten Bäuerinnen getrennt nach den fruchtbaren Teilräumen Börde, Verdichtungsraum und Nordgemeinden zusammen und den etwas weniger fruchtbaren Gebieten des Ambergaus und des Innerstetals mit dem stärkeren Viehbestand berechnet. Es zeigt sich, daß mit 27,7 v. H. in den ackerbaulich ungünstigeren Teilräumen Ambergau und Innerstetal gegenüber den 44,7 v. H. in den anderen sehr fruchtbaren Teilräumen doch ein erheblich geringerer Anteil der Bäuerinnen sich ausschließlich auf die Tätigkeit im Haushalt beschränkt. Die betriebsnotwendig stärkere Viehhaltung in Ambergau und dem Innerstetal[1] macht es erforderlich, daß ein größerer Teil der

---

[1] Vgl. Abschnitt 3. 1. 3.

Ehefrauen in diesem arbeitsintensiven Wirtschaftszweig mitarbeitet (aber auch die anfallende Feldarbeit dürfte die Ehefrau in Anspruch nehmen, z. B. als zweite Schlepperfahrerin), bzw. daß die traditionelle Beteiligung der Bäuerin an der Arbeit im Viehstall sich erhält (nicht durch die Tendenz zu strikterer Arbeitsteilung abgelöst wird). Der Unterschied ist besonders groß in den Betrieben zwischen 2o und 3o ha. Offensichtlich wird bei dieser Betriebsgröße in den fruchtbareren Teilräumen aufgrund der natürlichen Ertragsfähigkeit des Bodens schon ein Einkommen erwirtschaftet, das die Mitarbeit der Ehefrau nicht unbedingt notwendig macht. Lediglich bei den Betrieben über 7o ha ist kaum ein Unterschied zwischen den Teilräumen erkennbar. Betriebe dieser Größe können auf die Mitarbeit der Ehefrauen der Landwirte generell verzichten. Hiermit könnte auch zusammenhängen, daß die Ehefrauen in den größeren Betrieben zu einem nicht geringen Teil aus nichtbäuerlichen Familien höherer Sozialschichten stammen[1]. Die Differenzen in den Betriebsgrößenklassen bis zu 7o ha sind aber zwischen den beiden räumlichen Abgrenzungen erheblich.

Übersicht 27 : Anteilswerte der ausschließlich im Haushalt beschäftigten Ehefrauen, getrennt nach Teilräumen - alle Dörfer-

Betriebsgröße in ha	Gesamtes Untersuchungsgebiet			Börde, Verd.-raum, Nordgemeinden			Ambergau u. Innerstetal		
	Antworten	ausschl. im Haush.besch. abs.	v.H.	Antworten	ausschl. im Haush.besch. abs.	v.H.	Antworten	ausschl. im Haush.besch. abs.	v.H.
5- u. 1o	38	5	13,2	3o	5	16,7	8	o	o,o
1o- u. 2o	139	23	16,5	1o3	2o	19,4	36	3	8,3
2o- u. 3o	145	44	3o,3	93	38	4o,9	52	6	11,5
3o- u. 4o	89	46	51,7	59	35	59,3	3o	11	36,7
4o- u. 5o	5o	22	44,o	3o	17	56,7	2o	5	25,o
5o- u. 7o	7o	43	61,4	41	29	7o,7	29	14	48,3
7o- u. 1oo	37	3o	81,1	28	22	78,6	9	8	88,9
über 1oo	13	17	89,4	12	11	91,7	7	6	85,7
Summe	587	23o	39,2	396	177	44,7	191	53	27,7

[1] Vgl. Abschn. 3.4.1

3. 5. Berufsausbildung und Betriebsberatung

3. 5. 1. Berufsausbildung der Betriebsleiter

Behandelt wird hier nur die vorhandene Berufsausbildung. Die daneben gestellte Frage nach darüberhinaus beabsichtigter weiterer Fachausbildung wird nicht weiter diskutiert, da sich die Bauern nur zu einem verschwindend geringen Teil durch den Besuch einer Fachschule mit nächsthöherem Niveau weiterbilden wollen.

Das strukturelle Erscheinungsbild der Berufsausbildung der befragten Landwirte ist in Anhang A_3 zusammengestellt. Über keinerlei landwirtschaftliche Fachausbildung verfügen 13,8 v. H. der Bauern. Die Abweichungen in den einzelnen Betriebsgrößenklassen gegenüber diesem Mittel sind aber sehr groß. Mit wachsender Betriebsgröße vermindert sich der Anteil derjenigen, die über keinerlei landwirtschaftliche Fachausbildung verfügen. In den Betrieben zwischen 5 und 1o ha sind es 33,3 v. H., dagegen in den Betrieben über 7o ha nur 1,6 v. H. Wie zu erwarten war, nimmt mit steigendem Alter der Anteil der nicht beruflich ausgebildeten Betriebsleiter in allen Größenklassen generell zu, sieht man einmal von den Diskontinuitäten bei den Betriebsgrößen von 5 bis 1o ha (der hohe Anteil der Dreißig- bis Vierzigjährigen mit 5o,o v. H. geht auf die niedrige Besetzung dieser Untergruppierung zurück) und von 2o bis 3o ha (der Anteil von 9,1 v.H. bei den unter Dreißigjährigen ist ebenfalls durch die niedrige Besetzung beeinflußt) ab. Früher wurden die jungen Hoferben, besonders in den kleineren Betrieben, eben voll und ganz für die Arbeit auf dem Hof, die damals nur sehr wenig vom technischen Fortschritt berührt wurde, gebraucht. Man nahm sich deshalb vielfach nicht die Zeit für eine Fachausbildung in der näher oder wei-

ter gelegenen Stadt. Überdies fehlte vielerorts eine gute Verkehrsverbindung mit dem Ausbildungsort. Auf den größeren noch gut mit Fremdarbeitskräften besetzten Höfen konnte man schon eher auf die Arbeitskraft des Hoferben verzichten.

Die landwirtschaftliche Gehilfenprüfung haben fast die Hälfte (48,3 v. H.) aller Landwirte abgelegt. Diese Form der vorwiegend praktischen, durch theoretischen Unterricht an der Berufsschule begleiteten Ausbildung, während der der landwirtschaftliche Lehrling wenigstens für ein Jahr auf einem zur Lehrlingsausbildung berechtigten Fremdbetrieb verbleiben muß, wurde ziemlich gleichmäßig in Betrieben aller Größen genutzt. Lediglich die Betriebe zwischen 5 und 1o ha sowie zwischen 1o und 2o ha liegen hier mit 21,4 v. H. bzw. 35,7 v. H. unter dem Durchschnitt. Eine Beziehung zwischen Alter der Landwirte und landwirtschaftlicher Lehre dürfte wohl kaum bestehen. Nur die über 5o-jährigen Bauern haben sehr viel seltener die Gehilfenprüfung abgelegt; dieser nach dem Vorbild handwerklicher Lehrlingsausbildung konzipierte Ausbildungsgang wurde in größerem Umfang erst seit dem Ende des letzten Krieges in Anspruch genommen.

Ebenfalls in Anlehnung an das Handwerk wurde in den Angängen der fünfziger Jahre die Möglichkeit geschaffen, die landwirtschaftliche Meisterprüfung abzulegen, deren Voraussetzung in der Regel der Gehilfenbrief ist. Von den befragten Landwirten im Kreisverband Hildesheim des Niedersächsischen Landvolks haben 11,1 v. H. die Meisterprüfung abgelegt. Das Schwergewicht findet sich hier in den größeren Betrieben und den Großbetrieben mit ungefähr 2o v. H. Demgegenüber sind die Leiter, z. B. der Betriebe zwischen 2o und 3o ha, nur zu 4,3 v. H. Landwirtschaftsmeister.

Von den landwirtschaftlichen Fachschulen wurde die "Winterschule" mit 41,o v. H. der befragten Bauern am stärksten besucht. In dieser Schule erlangen die Schüler nach zwei Winterhalbjahren ihren Abschluß. Diese Schulart ist besonders für die kleineren viehstarken Betriebe geeignet, aus denen der Hoferbe in der sehr arbeitsreichen Sommerzeit und in den Anfängen des Herbstes kaum abkömmlich ist. Ohne diese besondere Art der saisonalen Fachschule wäre es wohl vielen dieser Landwirte nicht möglich gewesen, eine theoretische Grundausbildung zu erlangen. So wurde die"Winterschule" auch am stärksten aus den Betrieben zwischen 5 und 4o ha besucht, davon am häufigsten mit 53,5 v. H. von den heutigen Leitern der Betriebe zwischen 3o und 4o ha.

Eine besondere schulische Einrichtung ist die Michelsenschule in Hildesheim. Sie ist in ihrer Art einzigartig in Deutschland. Ihr Unterbau ist ein sechsklassiger Schulzug mit den Klassen 5 - 1o. Nach Abschluß der zehnten Klasse erlangt man die mittlere Reife. Nach weiteren 3 Jahren erreicht man die fachgebundene Hochschulreife, die zum Studium der Landwirtschaft oder ähnlicher Studiengänge, wie z. B. der Naturwissenschaften und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, berechtigt, oder die volle Hochschulreife, die also zum Studium an allen Fakultäten und Fachbereichen an den deutschen Hochschulen führt. Zu der Zeit, als der Verfasser dieser Arbeit die Oberstufe dieser Schule, die dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig eines Gymnasiums entspricht, besuchte, war noch eine Voraussetzung für die Aufnahme eine dreijährige praktische Tätigkeit auf landwirtschaftlichen Betrieben mit der Erlangung des Gehilfenbriefs nach zwei Jahren und anschließender einjähriger Beschäftigung auf einem Fremdbetrieb. Danach erfolgte die Aufnahme in die 11. Klasse, deren Schwerpunkt ganz auf den Landwirtschaftswissen-

schaften lag. Abschluß dieses einjährigen Studiengangs (Höhere Landbauschule) war die Prüfung zum staatlich geprüften Landwirt. Erst danach war man berechtigt, weitere zwei Jahre die gymnasiale Oberstufe mit dem Abschluß der vollen Hochschulreife zu absolvieren.

Staatlich geprüfte Landwirte bekamen später durch Erlaß des Niedersächsischen Kultusministeriums vom 2. 12. 1970 bzw. 18. 6. 1971 die Berechtigung, nach Antrag den Grad des Ingenieurs für Landbau zu führen, um eine Gleichstellung mit den Absolventen der neu geschaffenen dreijährigen landwirtschaftlichen Ingenieurschulen erreichen zu können. Ein solcher Studiengang wurde auch an der Michelsenschule in Hildesheim eingeführt, später aber wieder aufgelöst und in Osnabrück neu eingerichtet.

Wegen der beschriebenen teilweisen Gleichartigkeit der Abschlüsse der höheren Fachschule und der Fachhochschule (Ingenieurschule) ist es sinnvoll, im Anhang diese beiden Rubriken insgesamt zu betrachten[1]. Eine solche Qualifikation haben immerhin 33,9 v. H. der antwortenden Landwirte im Landvolkverband Hildesheim.

Auch die Anzahl der Besucher dieser Schulgattungen steigt mit wachsender Betriebsgröße. In den Betrieben zwischen

---

[1] Die höhere Fachschule (Michelsenschule) ist allerdings auch von den Landwirten angekreuzt worden, die diese Schule nur bis zur 10. Klasse (wo aber auch landwirtschaftliche Fächer gelehrt werden) besucht haben, also die mittlere Reife erlangt, aber nicht nach dreijähriger Praxis die Prüfung zum staatlich geprüften Landwirt abgelegt haben. Eine zahlenmäßige Trennung nach Schulabschlüssen ist daher nicht möglich. Außerdem ist dort auch der Besuch der zweijährigen Landbauschule an der Michelsenschule subsumiert, die einen der mittleren Reife gleichgestellten Abschluß vermittelt.

4o und 7o ha haben 54,8 v. H. und in denen über 1oo ha sogar 75 v. H. diesen Ausbildungsgang durchlaufen.

Die Abiturienten an der Michelsenschule kamen bisher ganz überwiegend aus der Landwirtschaft. Da es sich aber vor allem um zweite und dritte Söhne handelte, den Hof aber fast immer der älteste Sohn übernimmt, hat sich die Anzahl der Abiturienten an dieser Schule nicht in eine entsprechend hohe Anzahl von Akademikern unter den selbständigen Landwirten niedergeschlagen (nur 3 %). Diese Hochschulabgänger konzentrieren sich auf die Betriebe über 7o ha. In großen Betrieben, die einer weitergefaßten Planung und Koordinierung bedürfen, kann ein Hochschulstudium nützlich sein. Trotzdem dürfte als Grund für die Aufnahme eines Hochschulstudiums (meistens das der Landwirtschaftswissenschaften) mehr der Wunsch nach einer gehobenen gesellschaftlichen Stellung vorliegen.

Die Ausführungen in diesem Abschnitt haben gezeigt, daß die fachliche Ausbildung der Landwirte im Landvolkverband Hildesheim, besonders durch die Wirkung der Michelsenschule, als durchaus befriedigend bezeichnet werden kann (wenn auch die für eine Bewertung an sich notwendigen Vergleichszahlen fehlen). Hiermit verbunden ist aber auch eine solide Allgemeinbildung. Beides kann dazu beitragen, daß die Landwirte sich bereitfinden, sich mit den neuen Anforderungen, die von Wirtschaft und Gesellschaft, dem sie umgebenden Sozialsystem, an sie herangetragen werden, auseinanderzusetzen. Eine Betonung der Allgemeinbildung begünstigt, daß sich die verschiedenen Gruppen in der Gesamtgesellschaft stärker einander öffnen. Die Verflechtung der sozialen Felder bzw. sozialen Systeme wird intensiver. Damit wird eine Verminderung des Spannungsgefälles zwischen landwirtschaftlichen Subsystem und dem sozialen Gesamtsystem möglich.

Kontakte mit städtischer Bevölkerung sind im Untersuchungsgebiet überdies wegen der günstigen Verkehrsanbindungen zu den Städten überall relativ leicht herstellbar. Dabei wird eine gute Allgemeinbildung kommunikative Verknüpfungen zwischen Stadt und Land wesentlich erleichtern. Daraus ergeben sich auch Annäherungen in den Bedürfnissen zwischen städtischen und dörflichen Menschen. Einige dieser neuen Bedürfnisse werden allerdings für manche Landwirte nur mit größeren Einkommen zu befriedigen sein. Dieses mag der Anreiz dafür sein, eine zusätzliche Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft anzustreben, die nach Qualität und Einkommen natürlich stark von der Bildung - insbesondere dürften gute betriebswirtschaftliche oder handwerkliche Kenntnisse nützlich sein - abhängt. Solche offensiven Einstellungen lassen dem einzelnen die wirtschaftlichen und psychischen Gefahren, die der sozialökonomische Wandel auslösen kann, als nicht mehr so bedrohlich erscheinen.

Die hier beschriebene Verflechtung ist allerdings im Hildesheimer Raum nur begrenzt verwirklicht, denn über eine nichtlandwirtschaftliche Fachausbildung verfügen bisher nur 5,8 v. H. der befragten Landwirte. Der größte Anteil ist in den kleineren Betrieben zwischen 5 bis 1o ha mit 19,o v. H. und zwischen 1o und 2o ha mit 12,5 v. H. festzustellen. Der Schwerpunkt wird hier in der Handwerks- und Facharbeiterausbildung und in Anlernberufen liegen. Inhaber der größeren Betriebe werden zum Teil ein nichtlandwirtschaftliches Hochschulstudium absolviert haben[1]. Nur drei Befragte beabsichtigen, sich in einem nichtlandwirtschaftlichen Fach ausbilden zu lassen.

---

[1] Vgl. dazu die nichtlandwirtschaftliche Berufsausbildung der Hofnachfolger über 2o Jahre in Abschnitt 3. 5. 2.

3. 5. 2. Vorhandene und beabsichtigte Berufsausbildung der Hofnachfolger

Übersicht 28 gibt einen Überblick über die vorhandene und beabsichtigte Berufsausbildung der Hofnachfolger. Der beabsichtigten Berufsausbildung kommt naturgemäß bei den Hoferben ein sehr großes Gewicht zu, da sie zu einem großen Teil noch in der Ausbildung stehen. Bei

Übersicht 28: Vorhandene und beabsichtigte Berufsausbildung der Hofnachfolger
- alle Dörfer, in Prozent -

Betriebsgröße in ha	Anzahl der Hoferben	Landw. Schule Winterschule vorh.	beabs.	Lehre u. Gehilfenprüfg. vorh.	beabs.	landw. Meisterprüfung vorh.	beabs.
5 - 10	18	11,1	0,0	16,7	0,0	0,0	0,0
10 - 20	63	22,2	1,6	20,6	3,2	0,0	4,8
20 - 30	70	21,4	5,7	31,4	7,1	0,0	5,7
30 - 40	58	8,6	1,7	12,1	10,3	3,4	13,8
40 - 50	33	18,2	0,0	27,3	6,1	6,1	3,0
50 - 70	49	4,1	0,0	34,7	10,2	8,2	10,2
über 70	40	2,5	0,0	25,0	10,0	7,5	5,0
Summe	331	13,6	1,8	24,5	7,3	3,3	6,9

Betriebsgröße in ha	Höhere Fachschule (z.B. Michelsenschule vorh.	beabs.	Fachhochschule ing.grad.agr. vorh.	beabs.	Hochschule vorh.	beabs.	Nichtlandw. Fachausbildung vorh.	beabs.
5 - 10	11,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	11,1	11,1
10 - 20	12,7	4,8	6,3	0,0	0,0	4,8	15,9	7,9
20 - 30	18,6	5,7	0,0	1,4	2,9	4,3	5,7	4,3
30 - 40	12,1	17,3	3,4	1,7	3,4	3,4	5,2	3,4
40 - 50	36,4	0,0	3,0	6,0	0,0	3,0	0,0	3,0
50 - 70	32,6	2,0	14,3	6,1	2,0	8,2	6,1	0,0
über 70	20,0	20,0	15,0	12,5	10,0	17,5	0,0	5,0
Summe	20,0	7,9	6,0	3,6	2,7	6,0	6,0	4,5

Bei den Angaben handelt es sich um Prozentzahlen. Für die Interpretation dieser Zahlen muß allerdings berücksichtigt werden, daß bei jüngeren Hoferben wohl noch nicht so ausgeprägte Vorstellungen im Hinblick auf die Zukunft bestehen. Unter dieser plausiblen Annahme können die an sich wohl recht niedrigen Anteilswerte in Übersicht 28 relativiert werden. Aus diesem Grunde kommt es mir auch nicht so sehr auf die Größe der Prozentzahlen an. Aussagekräftiger scheint mir die quantitative Beziehung zwischen den Häufigkeiten des Besuchs der verschiedenen Schulformen bzw. bei der Gehilfen- und Meisterausbildung (Bildungsstruktur) besonders im Vergleich zu den Betriebsleitern zu sein.

Es ist zunächst festzustellen, daß sich für die vorhandene und beabsichtigte Berufsausbildung auf Fachhochschule und Hochschule zusammen im Durchschnitt aller Betriebsgrößen ein größerer Wert ergibt als für die gleiche (schon absolvierte) Ausbildung bei den Betriebsleitern[1]. Außerdem treibt es vergleichsweise mehr Hoferben zu einer nichtlandwirtschaftlichen Fachausbildung, ganz besonders in den kleineren Betrieben. Diese sollen offensichtlich zunächst von der nächsten Generation nebenberuflich bewirtschaftet werden. Hochschulen bzw. Fachhochschulen (die Annahme, daß die Hoferben bzw. die den Fragebogen ausfüllende Person auch dann eine Angabe gemacht haben, wenn es sich um ein nichtlandwirtschaftliches Studium handelt, ist sicherlich sehr begründet) werden überwiegend, wie auch schon bei den Betriebsleitern, von den zukünftigen Erben der größeren Betriebe in Anspruch genommen. Hier führen ganz klar mit 17,5 v. H. die Betriebe über 7o ha.

---

[1] Noch beabsichtigte weitere Berufsausbildungen der Betriebsleiter wurden wegen ihrer zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit nicht erfaßt (vergl. dazu Abschnitt 3. 5. 1.)

Die Angaben über weniger qualifizierte Ausbildungsgänge liegen dagegen zum Teile erheblich hinter denen der Betriebsleiter zurück, einmal als Umkehrschluß der Aussage, daß die Hofnachfolger eine qualifiziertere Ausbildung aufweisen oder anstreben als die Betriebsleiter. Zum anderen wird eine Person in einer Erhebungssituation, in der nach beabsichtigter Ausbildung gefragt wird, in der Antwort immer etwas höher greifen, als sie tatsächlich glaubt, verwirklichen zu wollen oder zu können. Zum Vergleich mit den Betriebsleitern müssen bei den Hoferben vorhandene und beabsichtigte Berufsausbildung addiert werden. Nur die Meisterprüfung und der Besuch der Michelsenschule ist kaum weniger attraktiv für den landwirtschaftlichen Nachwuchs. Letztere bietet ja vielen Schülern aus den bäuerlichen Familien eine sehr günstige Möglichkeit, jedes gewünschte und erreichbare Ausbildungs- und Berufsziel zu verwirklichen.

3. 5. 3. Landwirtschaftliche Beratung

Angesichts der heute sehr hohen Anforderungen an eine ordnungsgemäße Führung der landwirtschaftlichen Betriebe ist es nicht mit der eigenen Ausbildung von Betriebsleitern und Hoferben getan. Vielmehr bedarf es wesentlicher Hilfen seitens besonderer Beratungsstellen, in der Regel der Versuchs- und Beratungsringe. Besonders auf dem Gebiet der Investitionen und des Pflanzenschutzes sind Stellungnahmen fachlich besonders Ausgebildeter oft unerläßlich. Trotzdem nehmen nur 26,1 v. H. der Landwirte regelmäßig eine Beratung in Anspruch (Übersicht 29); 45,9 v. H. bedienen sich nur manchmal fachmännischer Hilfeleistung und immerhin 28,o v. H. gar nicht. Diese Anteilswerte beziehen sich auf die Anzahl der gegebenen Antworten. Geht man von der wahrscheinlich berechtigten Annahme aus, daß die Landwirte, die diese Frage nicht beantworteten, sich überwiegend gar nicht beraten lassen, erhöht sich der Anteil derjenigen, die ohne sachverständigen Rat wirtschaften, weiter.

Übersicht 29: Anteilsmäßige Inanspruchnahme der landwirtschaftlichen Beratung

- alle Dörfer -

Betriebsgröße in ha	Anz. Betr.	Antworten	regelmäßig abs.	regelmäßig v.H.	manchmal abs.	manchmal v.H.	gar nicht abs.	gar nicht v.H.
5- u.1o	42	4o	2	5,o	18	45,o	2o	5o,o
1o- u.2o	166	156	19	12,2	69	44,2	68	43,6
2o- u.3o	163	156	26	16,7	77	49,3	53	34,o
3o- u.4o	99	94	32	34,o	43	45,8	19	2o,2
4o- u.5o	58	57	23	4o,4	26	45,6	8	14,o
5o- u.7o	76	75	32	42,6	38	5o,7	5	6,7
über 7o	64	61	33	54,1	22	36,1	6	9,8
	668	639	167	26,1	293	45,9	179	28,o

Mit steigender Betriebsgröße erhöht sich der Anteil der Bauern, die sich regelmäßig beraten lassen. Der Zusammenhang zwischen der Betriebsgröße und der Anzahl der Ratsuchenden wird durch einen χ^2-Wert von o,36 ausgedrückt (C_{max} = o,81; die Betriebe unter 1o ha ausgeschlossen). Der Anteil derjenigen, die sich nur manchmal beraten lassen, streut in den einzelnen Betriebsgrößenklassen nur wenig um den durchschnittlichen Gesamtwert von 45,9 v. H. (außer über 7o ha, da hier die Landwirte sich meistens regelmäßig beraten lassen). Von 3o ha an liegt der Anteil der Landwirte, die sich regelmäßig beraten lassen, über dem durchschnittlichen Gesamtwert von 26,1 v.H. So beträgt der Anteil derjenigen, die sich überhaupt (regelmäßig oder manchmal) der landwirtschaftlichen Beratung bedienen, in den Betrieben zwischen 3o und 4o ha immerhin 79,8 v. H. Dieser Anteil erhöht sich in den Betrieben über 5o ha auf über 9o v. H. Dagegen nehmen die Leiter von Betrieben zwischen 1o und 2o ha nur zu 56,4 v. H. die Beratung in irgendeiner Form in Anspruch.

Der χ^2-Test ergab für die Beziehung zwischen dem Alter der Landwirte und der Inanspruchnahme der Beratung keinen Zusammenhang.

Es erwies sich, daß die Leiter der größeren Betriebe auch über die anspruchsvollere fachliche Ausbildung verfügen[1]. Diese begünstigt offenbar die Einsicht, daß man auf den landwirtschaftlichen Beratungsdienst nicht verzichten kann, obwohl man selbst schon über gute theoretische Kenntnisse verfügt. Fundierte theoretische Ausbildung führt offensichtlich verstärkt zu der Meinung, daß fachliches Wissen von Spezialisten sinnvoll in die Praxis des eigenen landwirtschaftlichen Betriebes umgesetzt werden kann. Auch in den mündlichen Interviews wurde diese Beziehung deutlich. Ausbildung verstärkt auch die Kontaktfähigkeit zu den Mitarbeitern der beruflichen Organisationen. Die grundsätzliche Bereitschaft besser ausgebildeter Landwirte zu sozialen Beziehungen über den engeren Kreis hinaus erklärt somit ebenfalls die Tatsache, daß Landwirte mit größeren Betrieben die landwirtschaftliche Beratung besonders stark in Anspruch nehmen.

Die Landwirte in kleineren Betrieben sind nicht in gleichem Maß von der Notwendigkeit der berufsständischen Fachberatung für ihren Betrieb überzeugt. In den mündlichen Einzelgesprächen wurde diese Frage relativ oft ziemlich kurz abgetan. Sie neigen dazu, sich eher durch Gespräche mit Berufskollegen im Dorfe oder über den Landhandel (hier besonders in der Anwendung von Spritz- und Futtermitteln) zu informieren. Objektiv betrachtet kann jedoch landwirtschaftliche Beratung in kleineren Betrieben nicht weniger effektiv sein, zumal diese heute in der Regel stärker diversifiziert sind (relativ starke Viehhaltung) als die zum großen Teil nur Ackerbau betreibenden größeren Betriebe. Die kleineren Landwirte sind noch z. T. von einem größeren Mißtrauen gegenüber der Beratung durchdrungen. In den

---

[1] Vgl. Abschnitt 3. 5. 1.

Gesprächen wurde z. B. manchmal Beratung gleich "Verratung" gesetzt. Sicherlich trägt auch dazu bei, daß die Beratungskräfte nicht ganz unabhängig von der bestehenden Ideologie der berufsständischen Organisationen sind. Aufgrund von Fehleinschätzungen tatsächlich eingetretener ökonomischer Entwicklungen durch die Beratung wurden sicherlich manchmal auch Bauern zu kostspieligen Fehlinvestionen veranlaßt.

3. 6. Zusammenfassung der Ergebnisse aus den dem schriftlichen Interview zugrundeliegenden Fragen und Schlußfolgerungen

Die dem schriftlichen Interview zugrundeliegenden Fragen sollten eine Grundlage liefern für die weitere vertiefende Analyse des Meinungsbildes der Landwirte zum Strukturwandel in der Landwirtschaft. Deshalb wurden neben wenigen Meinungsfragen vorwiegend Faktfragen gestellt. Die in den einzelnen Abschnitten gewonnenen Ergebnisse sollen nun noch einmal im Zusammenhang kurz dargestellt und aus ihnen Schlußfolgerungen gezogen werden.

- Die Landwirte mit weniger günstigen Standortbedingungen und geringeren Betriebsgrößen bemühen sich, solche Nachteile durch verstärkte Viehhaltung zu kompensieren, um die optimale Faktorallokation zu erreichen (Abschn. 3. 1. 3.)

- Es konnten keine Unterschiede zwischen den Teilräumen bezüglich der subjektiven Einschätzungen der Kauf- und Pachtmöglichkeiten der Landwirte festgestellt werden (Übersicht 6). Die Struktur der Orte selbst hat aber Einfluß auf die Antworten zu dieser Frage. In den Kleinstädten Bockenem und Sarstedt (in dieser Stadt wirkt auch die unmittelbare Nähe zum Verdichtungsraum Hannover) rechnen sehr viele Landwirte mit Veränderungen.

  Allgemein kann man sagen, daß die Industrienähe die Meinung, daß sich strukturelle Änderungen in der Landwirtschaft vollziehen werden, begünstigt. Diese kann aus den unterschiedlichen Verkaufs- und Verpachterwartungen abgeleitet werden (vergleiche dazu z. B. den Gegensatz zwischen Söhlde und Wöhle, Abschn. 3. 1. 4.).

- Die Bereitschaft zur Betriebsaufgabe ist sehr gering; auch zwischen den Teilräumen bestehen hier keine Unterschiede. Dagegen ist der Wunsch, den Betrieb, besonders durch Zupacht zu vergrößern, sehr stark (Abschn. 3. 1. 5.). Allerdings würden evtl. 38,5 v. H. der Landwirte unter 4o Jahren

in den Betrieben unter 2o ha ihren Betrieb aufgeben, wenn bestimmte Bedingungen (am meisten wird ein sicherer und gut bezahlter außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplatz genannt) erfüllt wären. Mit wachsender Betriebsgröße vermindert sich dieser Anteil deutlich (Abschn. 3. 1. 6.).

- Überbetriebliche Zusammenarbeit wird von einem großen Teil der Befragten gepflegt, durch ihren Ausbau könnten aber noch weitere Rationalisierungsreserven erschlossen werden (Abschn. 3. 1. 7.)

- Von einer Überalterung der Betriebsinhaber kann wohl noch nicht gesprochen werden. Die Altersstruktur darf als normal bezeichnet werden (Abschn. 3. 1. 8.)

- Unter Zugrundelegung des Kriteriums der Aufteilung der Arbeit in betriebliche und außerbetriebliche Tätigkeit werden Andeutungen (Ansätze) von (zu) Auswirkungen der allgemeinen landwirtschaftlichen Situation auf die Struktur der Hildesheimer Bauernschaft erkennbar. Nicht nur die kleinsten Betriebe, sondern auch die jüngeren landwirtschaftlichen Betriebsleiter haben prozentual vermehrt ein zweites Einkommen aus einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit (Abschn.3.1.9.)

- Etwas über 5o v. H. der Landwirte mit Betrieben zwischen 1o und 7o ha glauben, daß sie mit ihrem Betrieb gegebenenfalls durch Betriebserweiterungen an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen können, wobei die Anteile erwartungsgemäß mit wachsender Betriebsgröße zunehmen. Von den Betriebsgrößen zwischen 3o und 4o ha ab besteht ein deutliches Übergewicht an positiven Zukunftserwartungen. In den weniger fruchtbaren Innerstetal sind die optimistischen Meinungen am geringsten (Übersicht 13). Fehlende Zupachtmöglichkeiten und steigende Kosten bei zu geringen Erhöhungen der Erzeugerpreise sind vor allem der Grund für geringe Zuversicht.

Überraschend erweist sich auch ein Zusammenhnag (C = o.25) zwischen dem Alter der Landwirte und den Einschätzungen der Chancen, an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen zu können. Tendenziell sind - vor allem bei den kleineren Betrieben (1o-4o ha) - die jüngeren Landwirte zuversichtlicher (Abschn. 3. 2. 1.)

- Die hypothetische Frage nach der Beibehaltung des landwirtschaftlichen Hauptberufs bei Bestehen der Möglichkeit, ein höheres Einkommen außerhalb der Landwirtschaft zu erzielen, ergab einen, allerdings mit einem C-Koeffizienten von o,21 nur relativ schwachen Zusammenhang zwischen dem Alter der hauptberuflichen Landwirte und der Bereitschaft zur Betriebsaufgabe. Die jüngeren Landwirte neigen dabei eher zur Betriebsaufgabe. Ein Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Aufgabebereitschaft ergab sich nicht (Abschn. 3. 2. 2.)

- Die jüngeren Landwirte bis 4o Jahre zeigen mit 14,3 v. H. auch die höhere Bereitschaft gegenüber den älteren, den Wohnort zu wechseln zum Zwecke der Ausübung eines anderen Berufes (Abschn. 3. 2. 3.)

- Ähnliche Relationen gelten auch für die Umschulungsbereitschaft (Abschn. 3. 2. 4.) ; höhere Bereitschaft besteht hier bei jüngeren Befragten und bei kleineren Betrieben.

- Besonders bemerkenswert ist der hohe Anteil der schon bestimmten Hofnachfolger über 2o Jahre schon von den 3o ha großen Betrieben an. Dieses ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß diese Betriebe auch in der nächsten Generation noch weiterbewirtschaftet werden. Bei den kleineren Betriebsgrößen (etwa bis 2o ha) wird es wahrscheinlich im Zuge des Generationswechsels zu größeren Betriebsauflösungen kommen. (Abschn. 3. 3.)

- Diese Voraussage läßt sich erhärten, wenn man die Anteile der hauptberuflichen Mitarbeit der Hofnachfolger über 2o Jahre im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern betrachtet. Es zeigt sich, daß die Hofnachfolger von den Betrieben bis zu 2o ha überwiegend hauptberuflich außerhalb der Landwirtschaft tätig sind. Dieses trifft zwar auch für die Betriebe ab 5o ha zu. Diese Hoferben haben aber etwa zur Hälfte akademische Berufe ergriffen oder studieren noch. (Abschn. 3. 3. 1.)

- Trotzdem wollen über Dreiviertel dieser Hofnachfolger mit über 5o ha großen Betrieben hauptberuflich wirtschaften. Bei den kleineren Betrieben überwiegt die Absicht der nebenberuflichen Bewirtschaftung. Betriebe etwa ab 2o ha sollen überwiegend hauptberuflich bewirtschaftet werden. Allerdings ist der Anteil derjenigen, die noch keinen festen Entschluß in dieser Frage gefaßt, haben sehr groß.(Abschn. 3. 3. 2.)

- Ebenfalls von einer Betriebsgröße von 3o ha an glauben nur sehr wenige Landwirte, daß ihr Betrieb nach ihrem Ausscheiden aus der Landwirtschaft aufgelöst wird. Die jüngeren Landwirte mit Betrieben bis 4o ha glauben relativ mehr daran, daß ihr Betrieb mit ihrem Ausscheiden aufgelöst wird. Sie rechnen offensichtlich damit, daß in Zukunft die optimale Betriebsgröße weiter nach oben verschoben ist. (Abschn. 3. 3. 3.)

- Die Ehefrauen der Landwirte stammen noch ganz überwiegend selbst aus der Landwirtschaft. Doch ist festzustellen, daß die Landwirte mit kleineren und die mit den größten Betrieben verhältnismäßig häufig Frauen geheiratet haben, deren Vater Nichtlandwirt ist. Dabei sind es jeweils hauptsächlich Berufe, die der unterschiedlichen Schichtzugehörigkeit der Landwirte entsprechen (Abschn. 3. 4. 1.)

- Die Ehefrauen der Landwirte müssen in den kleineren Betrieben noch relativ mehr in der Feldwirtschaft und in der arbeitsaufwendigen Viehwirtschaft mitarbeiten. Die Ehefrauen in den größeren Betrieben über 50 ha betätigen sich vorwiegend nur im Haushalt. (Abschn. 3. 4. 2.)

- Die Fachausbildung besonders der jüngeren Landwirte und Hofnachfolger kann als gut bezeichnet werden. Sie kann dazu beitragen, ein realistisches Bild über die Situation der Landwirtschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft zu erlangen. (Abschn. 3. 5. 1. und 3. 5. 2.)

- Die Landwirte auf den größeren Betrieben sind theoretisch besser ausgebildet und nehmen auch relativ mehr Fachberatung in Anspruch (Abschn. 3. 5. 3.)

Aus den in den bisherigen Darstellungen angeführten Daten lassen sich folgende globale Schlußfolgerungen ziehen.

Es ist von den Landwirten erkannt worden, daß die Landwirtschaft sich in einem Zustand des permanenten Strukturwandels befindet.

Die Konsequenz aus der Erkenntnis der bestehenden Situation durch die Landwirte ist im allgemeinen nicht die Betriebsaufgabe. Besonders die jüngeren Landwirte und Hofnachfolger in den kleineren Betrieben bis 20 ha streben aber zum Teil ein zusätzliches Einkommen durch eine außerlandwirtschaftliche Tätigkeit im Zu- oder Nebenerwerb an, sofern sich ihnen dazu eine Möglichkeit bietet. Bisher sind Bestrebungen in dieser Richtung aber noch nicht sehr zahlreich. Attraktiver ist der Wunsch, den Betrieb durch Zupacht aufzustocken. Das setzt natürlich voraus, daß Betriebe ganz aufgelöst werden, was aber in der näheren Zukunft nur selten der Fall sein wird.

Die Jüngeren zeigen auch eine stärkere Bereitschaft zur Umschulung und neigen eher zur Betriebsaufgabe, wenn sie

ein höheres Einkommen außerhalb der Landwirtschaft erzielen könnten. Andererseits sind sie aber zuversichtlicher als die Älteren hinsichtlich der Chancen, auf ihren Betrieben an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilnehmen zu können, wenn sie sich erst einmal entschlossen haben weiterzumachen.

Von einer Betriebsgröße von etwa 3o ha an glauben die wirtschaftenden Landwirte und ihre Hofnachfolger überwiegend, daß ihnen der Betrieb auch in Zukunft noch eine gute Existenzgrundlage bietet. In diesen Betrieben sind deutlich mehr Hofnachfolger bestimmt. Diese arbeiten in den Betrieben zwischen 3o und 5o ha auch ganz überwiegend hauptberuflich im elterlichen Betrieb mit und wollen ihren Hof auch nach der Übernahme hauptberuflich bewirtschaften. Die Betriebsleiter sind auch weitgehend davon überzeugt, daß ihre Betriebe nach ihrem Ausscheiden hauptberuflich weiterbewirtschaftet werden.

Der Strukturwandel wird sich, wenn genügend außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, wahrscheinlich im Zuge des Generationswechsels besonders in den Betrieben bis zu 2o oder 3o ha vollziehen. Die Hofnachfolger in diesen kleinen Betrieben sind heute schon überwiegend hauptberuflich in außerlandwirtschaftlichen Berufen tätig. Ungeklärt ist allerdings die Frage, ob die Betriebe im Nebenerwerb weiterbewirtschaftet werden oder ganz aufgelöst werden, so daß die Fläche für die Aufstockung entwicklungsfähiger Betriebe zur Verfügung steht. Es kann aber wohl damit gerechnet werden, daß mit wachsendem Wohlstand der hauptberuflich Ausgeschiedenen sich die Tendenz verstärkt, die Ackerflächen ganz aufzugeben. Wir haben ermitteln können, daß die jüngeren Landwirte mehr an eine Auflösung ihres Betriebes nach ihrem späteren altersbedingten Ausscheiden aus der Landwirtschaft glauben. Offensichtlich rechnen sie mit einem stetigen Anwachsen der Mindestbetriebs-

größe. Man darf davon ausgehen, daß die heute Jüngeren glauben, die Wirtschaftsstruktur befinde sich laufend im Fluß.

Stetiger, weitgehend friktionsloser Strukturwandel kann aber nur dann erfolgen, wenn das Ziel der Vollbeschäftigung wieder erreicht wird. Ohne außerlandwirtschaftliche Erwerbsalternativen bei zumutbarer Entfernung vom Wohnort der Landwirte wird es kaum zu Betriebsaufgaben kommen, bzw. gibt es nicht die Chance einer nebenerwerblichen Bewirtschaftung mancher zu kleinen Betriebe.

4. Ergebnisse der mündlichen Interviews und der Gruppendiskussionen

In den vorigen Kapiteln handelte es sich um die Antworten auf unseren Fragebogen (der in ausgewählten Gemeinden - vgl. Anhang D - auch in den mündlichen Interviews[1] und teilweise auch in den Gruppendiskussionen[2] vorgelegt wurde), d. h. primär um personelle, familiäre und betriebliche Daten sowie Äußerungen der Befragten über bestimmte Verhaltens- oder Reaktionsweisen, aus denen Indizien über deren Einsicht in und zur Anpassung an den landwirtschaftlichen Strukturwandel gewonnen werden sollten. Im folgenden geht es um zusätzliche, unmittelbar auf Meinungen und Einstellungen zielende Fragen, die in den mündlichen Interviews und den Gruppendiskussionen gestellt und erörtert werden konnten. Was bisher als statistischer Zusammenhang zutage trat, soll durch das direkte Ansprechen der Meinungen und Einstellungen in seinem Sinngehalt einsichtig gemacht und, soweit möglich, kausal erklärt werden[3].

Unser Versuch, so die Verflechtung der Werte des agrarischen Subsystems mit Werten der Gesamtgesellschaft zur Erklärung tatsächlichen und potentiellen Wandels herauszuziehen, lehnt sich an Ansätze der agrarsoziologischen Forschung an, wie sie von Loomis und Beegle sowie von

---

[1] Vgl. Abschn. 2. 5. 2.

[2] Vgl. Abschn. 2. 5. 3.

[3] Auch Heidtmann betont die Bedeutung der Erforschung der Einstellungs- und Motivationsstrukturen für die Analyse des Sozialverhaltens der Landwirte. Obwohl aber die sozialpsychologischen Mechanismen des menschlichen Verhaltens bereits weitgehend bekannt seien, fehle es bislang noch an ausreichenden und empirisch ermittelten Ergebnissen über Einstellungen und Verhaltensmuster der Landbevölkerung.

Heidtmann, W., Strukturpolitik und sozialer Wandel, in: Sociologia Ruralis, Zeitschrift der Europäischen Gesellschaft für ländliche Soziologie, Vol. 13, H. 1, Assen 1971, S. 69 ff

Bertrand[1], Sachs[2] und Hofstee[3] vorgeschlagen werden.

Die Einstellungen sind vom jeweiligen Bezugssystem beeinflußte dauerhafte Dispositionen für Orientierungen gegenüber Objekten oder Vorgängen in der Umwelt[4]. Sie können in diesem Zusammenhang als hypothe-

---

[1] Bertrand, A. L., Eine Strukturanalyse unterschiedlicher Muster sozialer Beziehungen (Perspektiven der Rollentheorie für die Landsoziologie, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Jg. 19, Frankfurt/M. 1971, S. 88

deutsche Übers. von: A Structural analysis of Differential Patterns of Social Relations. A Role Theory Perspective for Rural Sociology, in: Rural Sociology, Vol. 33, H. 4. Madison 1968, S. 411 - 423

Loomis und Beegle gehen von dem systemtheoretischen Ansatz aus. Vgl. u. a. Loomis, C. P., Beegle, A. J., Rural Social System, New York 1955, 3. Aufl.

dieselben, Rural Sociolocy, The Strategy of Change, Prentice-Hall, Inc. 1957

Loomis, C. P., Social Organization and Rural Social Change, in: Sociologia Ruralis, Zeitschrift der Europäischen Gesellschaft für ländliche Soziologie, 8 H 3/4, Assen 1968

[2] Sachs, R. E. G., Wirtschafts- und Sozialverhalten von Landwirten, Hannover 1972

[3] Hofstee, E. W., Development and Rural Social Structure in: Sociologia Ruralis, Zeitschrift der Europäischen Gesellschaft für ländliche Soziologie, Vol. 13. H. 3/4 Assen 1968, S. 251

[4] Kretch, P., Crutchfield, R. and Ballachey, E., Individual in society, New York 1962, zit. n. Greenwald et al., Social Psychology, Psychological Foundations of Attitudes, New York 1968, S. 362.

Roth, E., Einstellungen als Determinanten individuellen Verhaltens, Göttingen 1967.

Irle, M., et. al., (Hrsg.), Texte aus der experimentellen Sozialpsychologie, Neuwied 1969,

Newcomb, T. M., Sozialpsychologie, Meisenheim am Glan 1959, S. 95

tische Konstrukte im Sinne der feldtheoretischen Konzeption Lewins betrachtet werden, ohne deren Kenntnis Verhalten nicht erklärt werden kann[1]. Meinungen sind verbalisierte Einstellungen[2].

Die Einstellungen von Landwirten des untersuchten Hildesheimer Gebietes stehen unter dem Einfluß der herkömmlichen Agrargesellschaft wie der immer nachdrücklicher herandrängenden industriegesellschaftlichen Werte. Das spannungenreiche Verhältnis dieser wenigstens partiell dissonanten Wertsysteme läßt bei den befragten Landwirten zwiespältige Einstellungsstrukturen erwarten, die wiederum für die Orientierung gegenüber dem landwirtschaftlichen Strukturwandel von Bedeutung sein müßten.

Die Darstellung der Erörterungen von Meinungen und Einstellungen in Interviews und Gruppendiskussionen sollen in zwei Problemkomplexe gegliedert werden. Der erste umfaßt die Fragen, bei denen die ökonomischen Aspekte im Vordergrund stehen, während im zweiten insbesondere die gesellschaftlichen Bezüge herausgehoben werden. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Variable sind natürlich nicht unabhängig voneinander. Sie beeinflussen sich vielmehr, so daß die Analyse eines Themenkreises die des anderen berührt.

Es ist nicht möglich, die oft anregenden und oft auch niveauvollen Gespräche in ihren Einzelheiten wiederzugeben. Ich beschränke mich daher für das mündliche In-

---

[1] Vgl. Abschn. 2. 3. Siehe dazu auch: Secord, P. F., Bachmann, C. W., Social Psychology, New York, San Francisco, Toronto, London 1964, S. 98

[2] Hartley, E. L., Hartley, R. E., Fundamentals of Social Psychology, 2nd Edition, New York 1955, S. 11. (dtsch. Übers. der 1. Aufl. Grundlagen der Sozialpsychologie Berlin 1955, S. 657

terview auf die Schwerpunkte, die den Kern eines Gesprächs darstellen. Die diesen Sachverhalt wiedergebenden Sätze werden im Anhang aufgelistet. Damit die sich doch unterscheidenden Antworten nicht zu sehr auf bestimmte normierte Meinungen eingeengt sind, werden relativ viele verbale Äußerungen in den Anhang aufgenommen, die in ihrem Sinngehalt aber sehr ähnlich sind. Für die Interpretation im vorliegenden Text wird versucht, die etwa denselben Bereich berührenden Antworten in einen engeren Zusammenhang zu bringen.

Die Teilnahme an den Gruppendiskussionen war recht gut. Nur in zwei der sieben Dörfer, in denen wir die Bauern um Mitwirkung an diesen Diskussionen gebeten haben, war die Resonanz als gering zu bezeichnen. Der Beitrag zur Herauslösung der Einstellungsstrukturen in der Landwirtschaft durch die Gruppendiskussionen ist daher sicherlich bedeutsam und vervollständigt die Resultate der schriftlichen und mündlichen Befragungen.

4..1. Stellungnahmen von Landwirten zur Situation in der Landwirtschaft

Die Frage nach der Beurteilung der Situation in der Landwirtschaft in der Gegenwart und für die Zukunft allgemein und für den betreffenden Ort im besonderen wurde von mir als "Aufhänger" für den Beginn der Gruppendiskussionen verwendet. Hiermit hängen die Forderungen der Landwirte nach geeigneten Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und ökonomischen Bedingungen eng zusammen. Diese Probleme waren im besonderen Gegenstand der Erörterungen bei mündlichen Interviews. Es konnte dabei mit einiger Sicherheit erwartet werden, daß der Schwerpunkt der Forderungen sehr stark auf Erhöhungen der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise liegen würde. Da aber schon des öfteren bei fast allen Produkten aufgrund der Festsetzung von Mindestpreisen periodisch bei bestehendem Agrarpreisniveau Überangebote auf den Markt drückten, muß damit gerechnet werden, daß diese Tendenzen mit der Erhöhung der Erzeugerpreise noch verstärkt werden. Ich stellte daher im mündlichen Interview die Frage nach der Berechtigung von Preiserhöhungen durch die Regierung bzw. den EG-Ministerrat in Brüssel für landwirtschaftliche Produkte, deren Angebot höher liegt als die Nachfrage nach ihnen.

4. 1. 1. Meinungsäußerungen zur allgemeinen Situation der Landwirtschaft[1]

Im folgenden sollen einige Ausschnitte aus den Protokollen über die Gruppendiskussionen wiedergegeben werden, die das allgemeine Stimmungsbild der Landwirte gut charakterisieren.

So sagt A (42 ha, 44 J.)[2], daß sich für ihn die grundlegende Frage stellt, wie sich die Landwirtschaft in der Zukunft orientieren soll. Er rechnet damit, daß es zu einem harten Verdrängungswettbewerb kommen wird.

> Es wird nicht leicht sein, einen Gewinn zu erbringen, wenn wir kein besseres Preis-Kostenverhältnis bekommen. Die Betriebe sind zu klein. Das ist alles relativ. Ich sehe einen scharfen Wettbewerb um Ackerland.

Dieser Landwirt räumt aber auch ein, daß ein tüchtiger Landwirt in der fruchtbaren Hildesheimer Börde immer sein Geld verdienen wird.

Der Verdrängungswettbewerb wirkt sich besonders in sehr hohen Pachtpreisen aus. Der kleinere Landwirt erreicht so oft keine Erhöhung der Rentabilität seines Betriebes durch Zupacht. Der größere Landwirt, der noch einen oder mehrere Schlepperfahrer eingestellt hat, ist eher bereit, einen hohen Pachtpreis zu zahlen, da es für ihn vor allem darauf ankommt, seine vorhandenen Arbeitskräfte einzusetzen.

---

[1] Fragen 1 a und 1 b der Gruppendiskussionen, siehe S. 306

[2] A = Teilnehmer aus Groß Lobke, Sorsum (fruchtbare Böden)
B = Teilnehmer aus Adlum und Harsum (sehr fruchtbare Böden)
C = Teilnehmer aus Hackenstedt, Mechtshausen (weniger fruchtbare Böden)

A (42 ha, 44 J.) bedeutet, daß es sich um einen Landwirt aus Groß Lobke oder Sorsum mit einem Betrieb von 42 ha im Alter von 44 Jahren handelt.
Bei den hier dargestellten Texten haben wir weitgehend die Formulierungen der Diskussionsteilnehmer übernommen.

A (25 ha, 35 J.) meinte zum Verdrängungswettbewerb: Die Solidarität ist auf diesem Gebiet nicht sehr groß. Es wird auch immer härter. Im Rheinland ist das Pachtland knapp, obwohl die Betriebe stückzahlmäßig ganz schnell zurückgegangen sind. Man will einen möglichst großen Ackerbaubetrieb haben und nicht Sklave des Viehs sein. Der Pachtpreis richtet sich nach Angebot und Nachfrage.

A (2o ha, 38 J.) Wir sind kleine Landwirte. Wie das in Zukunft weitergehen soll, das wissen wir nicht. Ich habe nicht den Mut dazu, einen anderen Beruf anzufangen. Mit 2o Jahren geht das noch, auch wenn man viel Vieh hat. Wenn man einmal krank wird, helfen die Nachbarn nur eine gewisse Zeit. Wo kommt dann aber das Geld her? Beim Generationenwechsel werden die jüngeren Landwirte die Höfe nicht übernehmen. Wenn ich heute mit 2o ha im Nebenerwerb arbeite, dann wäre das ein gewaltiger Streß. Ohne Vieh vielleicht; es ist ja auch nicht immer so, daß ich stramm arbeiten muß. Es gibt schon gute Jobs. Ob ich die aber erwische? Keiner von uns hat den Mut, den Beruf des Landwirts ganz an den Nagel zu hängen.

Die starke Belastung des Nebenerwerbslandwirts wird allerdings nicht immer gleich gesehen. So sagt z. B. A (25 ha, 35 J.), daß bei einem Betrieb von 25 ha ohne Viehhaltung nicht viel Arbeit anfalle, wenn man noch etwas über den Maschinenring machen läßt. Die Landwirtschaft im Nebenerwerb bedeute doch zusätzlich eine große Sicherheit. Außerdem mache die Arbeit auf dem Lande nach der Arbeit im außerlandwirtschaftlichen Haupterwerb Spaß.

Ein anderer jüngerer Landwirt, der einen 36 ha großen Betrieb bewirtschaftet, sagt, daß es für ihn sehr schlecht

aussähe, wenn er nicht einen Zuerwerb hätte.

A (1o ha, 39 J.) sagte, daß er schon seit 1o Jahren bei Bosch arbeite. Er müsse da tüchtig arbeiten, wenn er etwas verdienen wolle. Es sei genauso schwer wie in der Landwirtschaft. Da er aber seine Tätigkeit sitzend ausüben könne, sei er abends nicht so kaputt, als wenn er den ganzen Tag auf den Beinen wäre. So könne er seinen Betrieb mit gegenseitiger Hilfe in den Arbeitsspitzen im Nebenerwerb noch gut bewirtschaften. Nebenerwerbslandwirt A (1o ha, 4o J.), der sich im Haupterwerb im Wald als Holzrücker betätigt, fühlt sich dagegen überlastet, zumal er noch - auf besonderen Wunsch seines Vaters - 5 Milchkühe, Jungvieh und Schweine hält. Die Probleme im Nebenerwerb sind offensichtlich vielschichtig und in erster Linie wohl nur vom Einzelfall her zu beurteilen.

A (38 ha, 37 J.) sagt über die Existenzmöglichkeiten auf seinem Hofe: Im Moment habe ich noch ein gutes Einkommen. Aber es wird schlechter; es sei denn, man kann aufstocken. Hier im Dorf sind 38 ha viehlos auf die Dauer keine Grundlage. Im Landkauf sehe ich keine Zukunft. Wer kann das schon bezahlen?

Die Stimmung der Landwirte auf den fruchtbaren Schwarzerdeböden ist grundsätzlich nicht viel anders. B (18 ha, 45 J.) meint, daß "die Sache nicht rosig zu sehen" sei.

Nebenerwerbslandwirt B (1o ha, 32 J.): Die Situation wird für die Landwirte immer schlechter. Die Preise sind gleich geblieben, die Löhne und Kosten sind gestiegen. Durch die Flurbereinigung in unserem Dorf werden zwar Maschinenkosten eingespart, doch eine Erhöhung der Einkommen wird das wohl nicht gebracht haben.

Nebenerwerbslandwirt A (1o ha, 52 J.) sagte, daß er sich unter dem Existenzminimum befinden würde, wenn er heute noch hauptberuflich wirtschaften würde.

B (8o ha, 3o J.): Im Moment ist die Landwirtschaft bei den hiesigen Betriebsgrößen noch rentabel, aber in Zu-

kunft wird es schlechter. Die Investitionen werden steigen, sie müßten aber niedrig gehalten werden. Die Kosten für Düngemittel, Maschinen, ebenso Diesel und Schmierstoffe und auch die Löhne werden steigen. Wenn die Preise für unsere Produkte nicht möglichst bald auch mal stärker angehoben werden, sehe ich eine große Gefahr für mittlere und kleinere Betriebe.

Ein Landwirt mit einem 2o ha großen Betrieb sagte, daß die Qualität des Bodens allein für den Betriebserfolg nicht entscheidend sei. Von B (14 ha, 41 J.) kommt eine Bemerkung, zu der immer stärkeren Heraufsetzung der optimalen Betriebsgröße:

Die Betriebsgrößen werden immer höher gesetzt; irgendwo ist aber auch mal die Grenze der Arbeitskraft. Maschinen kann man immer stärker bauen, die Arbeitskraft nicht.

B (59 ha, 36 J.) meint, daß die großen Betriebe eines Tages allein dastehen. Die kleineren und mittleren Betriebe würden Schiffbruch erleiden.

Diese These, daß ganz besonders die großen Betriebe im Verlauf des Strukturwandels übrigbleiben, wird durch B (33 ha, 63 J.) unterstützt, wenn er sagt, daß Betriebe von 25o Morgen (ca 62,5 ha) auch mal 5o ooo,- DM Gewinn erbringen.

Aus dem ackerbaulich vergleichsweise weniger günstigen Raum C, in dem deshalb auch relativ viehstark gewirtschaftet wird, seien folgende Äußerungen wiedergegeben:

C (5o ha, 4o J.) Die gesunkenen Erzeugerpreise wurden durch betriebswirtschaftliche Vergrößerungen aufgefangen; wir sind jetzt von den Kosten und der Arbeit der Familie her gesehen an dem Punkt angekommen, wo man nicht mehr aufstocken kann. Nur durch viel Arbeit und intensive Betriebshaltung kommt man noch einigermaßen klar. Die Maschinen werden immer teurer, das ist nicht aufzufangen. Eines Tages bleiben die Ländereien brach liegen.

Ein etwas über 3o Jahre alter Landwirt mit einem 1o ha großen Betrieb machte seinem Unmut Luft:

> Die Landwirtschaft ist in den letzten Jahren doch mehr oder weniger für dumm verkauft worden. Die Industrie konnte hohe Preissteigerungen durchsetzen. Der Landwirtschaft mutet man zu, ewig auf dem Niveau von 1956 zu bleiben. Die meisten Maschinen werden saisonmäßig gebraucht. Intensiv werden nur wenige Maschinen genutzt. Ich habe nur durch Veredelung eine Existenzmöglichkeit. Von Urlaub kann man gar nicht sprechen. Wer denkt schon daran, daß Landschaftspflege von den Bauern umsonst gemacht wird? Wenn man sieht, wieviel Leute an der Autobahn gebraucht werden, nur um ein bißchen Grünstreifen in Ordnung zu bringen, wird einem klar, was der Landwirtschaft alles zugemutet wird.

Was können die hier nur auszugsweise angeführten Äußerungen der Bauern zur Analyse der Einstellungsstrukturen in der Landwirtschaft des Untersuchungsgebiets beitragen? Zunächst weisen sie nur auf die aktuellen Probleme von Preis- und Kostenentwicklung, Konkurrenz um Land, Betriebsrationalisierung hin und sprechen von greifbaren Entwicklungstendenzen sowie von Möglichkeiten (vor allem der kleineren Betriebe), sich durch Betriebsvergrößerung oder Übergang zu Veredelungs- oder Nebenerwerbslandwirtschaft zu behaupten. Immerhin enthüllen sie aber mit ihrem Sprechen von den Preis- und Kostenproblemen, daß sie die Anpassung an die Einkommensstandards der Gesamtgesellschaft als Zielsetzung akzeptieren, zugleich zeigen sie aber mit ihren Zweifeln an den Zukunftschancen und an der Anpassung der (offenbar selbstverständlich unterstellten) familiären Arbeitsverfassung an notwendige Betriebsvergrößerungen oder Intensivierungen eine Unsicherheit bezüglich der Zielverwirklichung. Sie bringen in den Bemerkungen über Verdrängungskonkurrenz und begrenzte Solidarität innerhalb der Bauernschaft den Zwiespalt zwischen überkommenen Werten

und deren zweifelhaften Realisierungschancen zum Ausdruck und stellen in konträren Aussagen bezüglich des Übergangs zu nebenberuflicher Landwirtschaft und außerlandwirtschaftlichem Haupterwerb ("keinen Mut zum Verlassen des Berufs"; "Nebenerwerbslandwirtschaft als Sicherung neben dem Haupterwerb und als mit Freude in der freien Zeit ausgeübte Betätigung") die Vielfältigkeit der eine Veränderung beim einzelnen beeinflussenden Impulse dar.

4. 1. 2. Die geforderten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der Landwirtschaft[1]

Wie nicht anders zu erwarten war, spricht sich mit 85,5 v. H. aller mündlich Befragten der ganz überwiegende Teil der Landwirte für eine Erhöhung der Erzeugerpreise als dringendste Maßnahme aus (Übersicht 3o). Dabei stellen sich kaum Unterschiede zwischen den Betriebsgrößen heraus. Lediglich in den Betrieben zwischen 5o und 7o ha sprechen sich nur 41,2 v. H., das sind 7 Landwirte, als zunächst wichtigsten Schritt für andere Maßnahmen aus. Als andere Maßnahmen werden von diesen Befragten genannt: Import und Export von landwirtschaftlichen Produkten müssen besser geregelt werden; als Minimumbedingung darf die Disparität nicht größer werden; Chancengleichheit zu den anderen Ländern der EG muß hergestellt werden; wenn die Preise nicht erhöht werden können, so müssen Steuern und andere Abgaben reduziert werden; allgemeine Preisstabilität bzw. Preisstopp. Ein Landwirt wünscht dreijährige Bilanzierung, um dadurch eine gleichmäßige Steuerzahlung zu erreichen. Dieses sei für einen dynamisch wirtschaftenden Betrieb von entscheidender Bedeutung. Der Betrieb werde dadurch fremdkapitalunabhängiger. Die (wenigen) Leiter der Betriebe zwischen 7o und 1oo ha votieren dagegen zu 1oo v. H. für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Man wird also in dieser Frage von auswertbaren betriebsgrößenbedingten Abweichungen wohl kaum sprechen können trotz der sehr geringen Tendenz zu vermehrten Nennungen "anderer Maßnahmen" zwischen 1o - 3o ha und 3o - 5o ha und einer etwas stärkeren zwischen 3o - 5o und 5o ha und mehr.

Die Forderung zielt allgemein auf "gerechte", "kostengerechte", auf "reelle" Preise. Die landwirtschaftlichen

---

1 Frage 1 des mündlichen Interviews, siehe S. 3o4

Übersicht 3o : Was muß die Regierung tun, um die Lage der Landwirtschaft zu verbessern?

Betriebsgröße in ha	Anzahl Betriebe	Erhöhung der Erzeugerpreise abs.	v. H.	andere Maßnahmen abs.	v. H.
5 - u. 1o	6	5	8o,o	1	2o,o
1o - u. 2o	49	44	89,8	5	1o,2
2o - u. 3o	55	49	89,1	6	1o,9
3o - u. 4o	27	23	85,2	4	14,8
4o - u. 5o	14	12	85,7	2	14,3
5o und mehr	22	15	68,2	7	31,8
Summe	173	148	85,5	25	14,5

Erzeugerpreise sollen mit den allgemeinen Preissteigerungen mithalten. Auf Erhöhungen der Erzeugerpreise könne man bestenfalls dann verzichten, wenn die Bundesregierung das Ziel der allgemeinen Preisstabilität erreichen könnte. Die Inflation führe zu Kostensteigerungen, die bei gleichbleibenden Agrarpreisen von den Betrieben durch Rationalisierungen nicht mehr aufgefangen werden könnten. Früher habe ein Betrieb von etwa 15 ha den weichenden Erben eine Lehrerausbildung zukommen lassen können. Dieses sei heute nicht mehr möglich, so äußerte sich ein Landwirt. Die Vorfahren konnten mit vielen Kindern auf weniger Land als heute leben, obwohl damals weniger geerntet wurde, sagte ein Landwirt mit 9 ha Land. Man möchte, daß die Agrarpreise dynamisiert würden, um die inflationär bedingten Mehrkosten auszugleichen. Es wird auch oft darauf hingewiesen, daß die Getreidepreise vor dem Inkrafttreten der gemeinsamen Marktordnungen in der EWG 1967 in der Bundesrepublik ungefähr um 5 DM für einen Doppelzentner höher lagen. Vielfach wird auch gefordert, daß die Erzeugerpreise so hoch liegen müßten, daß die Bauern ohne Subventionen existieren könnten. Wenn die Löhne in der Wirtschaft um zehn

Prozent steigen, müssen die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um zwei bis drei Prozent erhöht werden, so meinte ein Landwirt mit einem Betrieb zwischen 3o und 4o ha. Ein anderer forderte allerdings eine Erhöhung der Getreidepreise um 1oo Prozent, wahrscheinlich ohne sich in diesem Augenblick klar darüber zu sein, welche enorme Gewinnsteigerung damit verbunden ist. Auch die Tatsache, daß der Zuckerweltmarktpreis über dem EG-Preis liegt, wird erwähnt. (Zur Zeit der Befragung war die Lücke allerdings nicht so groß wie später noch, sie wäre sonst sicherlich die am häufigsten genannte Begründung für die Forderung nach Erhöhung des Agrarpreisniveaus gewesen). Es wird auch deutlich, daß die Landwirte sich sehr dadurch getroffen fühlten, als typische Subventionsempfänger zu gelten. Sie weisen darauf hin, daß es ja kaum noch Subventionen für die Landwirtschaft gebe. Manche anderen Wirtschaftsbereiche würden doch auch subventioniert.

Diese aufgeführten Argumente für eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise wurden von den Landwirten aus Betrieben aller Größen ziemlich gleichmäßig genannt. Wenn die Erzeugerpreise nicht erhöht werden, wird eine Vielzahl der Betriebe nach Meinung der Bauern bald nicht mehr rentabel wirtschaften können. Inflationären Kostensteigerungen könne, nach Meinung der Landwirte, nicht mehr ausschließlich durch betriebliche Rationalisierungsmaßnahmen begegnet werden.

Wenn auch die Anzahl der Landwirte, die sich nicht spontan für Erhöhungen der Erzeugerpreise als vordringlichste Maßnahme derRegierung ausgesprochen haben, relativ gering ist, so ist es doch aufschlußreich, zu erfahren, wo diese Aktivitäten der Regierung sehen möchten. Das stärkste Gewicht wird auf die Schaffung der allgemeinen Preisstabilität gelegt. Diese Landwirte sind offensicht-

lich mit der Rentabilität ihrer Betriebe zufrieden. Sie sehen sie aber gefährdet durch inflationär bedingte Kostensteigerungen. Die anderen vorgetragenen Forderungen sind weitgehend als Substitute für Agrarpreiserhöhungen zu betrachten wie Steuersenkungen bzw. -vereinfachungen, Kreditverbilligungen, finanzielle Unterstützung von Umbauten, Einfuhrbeschränkungen gegenüber Ländern, die nicht Mitglied der EG sind, eine stärkere Durchsetzungskraft der Bundesrepublik in Brüssel, Wegfall der Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EG. Nur noch vereinzelt wird die Forderung nach festen Preisen erhoben: Man könne dann besser kalkulieren und wisse im voraus, was man einnehmen könne. Dieses gilt allerdings im wesentlichen nur für die tierische Produktion, denn die Preise für Getreide und Zucker, den Haupteinnahmequellen der Landwirte im Hildesheimer Raum, sind bereits weitgehend administrativ festgelegt.

Nur ganz wenige Landwirte äußerten die Auffassung, daß die Regierung nichts für die Besserung der landwirtschaftlichen Einkommen tun könne. Ein 52 Jahre alter Haupterwerbslandwirt mit einem 16 ha großen Betrieb meinte, die Regierung könne praktisch nichts machen. Der Industrie würden auch keine gestützten Preise gewährt. Man müsse sich dem Laufe der Zeit beugen. Ein anderer sieht Auswirkungen von Agrarpreiserhöhungen auf die Lohn-Preis-Spirale, die sich schneller drehen würde. Daher könne die Regierung wenig machen. Ein dritter wendet ein, daß die Winterruhe der Landwirte eine Forderung der Landwirte nach höheren Erzeugerpreisen ausschließe.

4. 1. 3. Meinungen der Landwirte bezüglich der Berechtigung von Preiserhöhungen landwirtschaftlicher Produkte, auch wenn bei diesen ein Überangebot vorliegt[1]

Die Agrarmärkte waren bisher recht häufig dadurch gekennzeichnet, daß sich ein Überangebot bei zahlreichen landwirtschaftlichen Produkten einstellte. Der Grund liegt einmal in vom Staat für einige Güter festgesetzten Mindestpreisen. Diese liegen über dem Gleichgewichtspreis und begünstigen damit die Produktion der betreffenden Güter. Andererseits läßt sich diese Ungleichgewichtssituation auf die sehr starke Zunahme der mengenmäßigen Erträge in der Pflanzenproduktion in den Jahren nach dem letzten Kriege zurückführen. Die Abnahmegarantie des Staates bei hohen Preisen veranlaßte die Bauern natürlich nicht, die Produktion einzuschränken, sondern im Gegenteil weiter auszudehnen. Oben haben wir festge-

Übersicht 31: Sollen die Erzeugerpreise auch dann erhöht werden, wenn die landwirtschaftlichen Produkte im Überangebot am Markt vorhanden sind?

Betriebsgröße in ha	Anz. Betr.	ja		beschränkt ja		nein	
		abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
5- u. 1o	4	2	5o,o	2	5o,o	o	o,o
1o- u. 2o	5o	35	7o,o	12	24,o	3	6,o
2o- u. 3o	55	39	7o,9	13	23,6	3	5,5
3o- u. 4o	27	2o	74,1	5	18,5	2	7,4
4o- u. 5o	14	11	78,6	2	14,3	1	7,1
5o- u. 7o	17	13	76,5	4	23,5	o	o,o
7o- u.1oo	5	4	8o,o	1	2o,o	o	o,o
insgesamt	172	124	72,1	39	22,7	9	5,2

1 Frage 2 im mündlichen Interview, siehe S. 3o4

stellt, daß die Bauern weitestgehend die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise als einzig wirksames Mittel ansehen, die Einkommenszuwachsraten der anderen - außerlandwirtschaftlichen - Wirtschaftsbereiche auch in der Landwirtschaft zu erzielen. Aufschlußreich für eine Beurteilung, inwieweit Autarkiedenken oder marktwirtschaftliches Denken bei den Landwirten vorherrscht, ist die Frage, ob auch dann höhere Preise gefordert werden, wenn auf den Märkten Überangebote an landwirtschaftlichen Gütern vorliegen. Aus Übersicht 31 geht hervor, daß mit 72,1 v. H. nahezu drei Viertel der Antwortenden auch in diesem Fall unbedingt Preiserhöhungen verlangen. Zudem setzen sich 22,7 v. H. mit einem eingeschränkten Ja für höhere Preise ein, während nur 5 v. H. der Landwirte glauben, in solcher Situation Preiserhöhungen nicht verlangen zu können. Wie man in Übersicht 31 sieht, verteilen sich die verschiedenen Antworten bei nur leicht höheren Anteilen des unbedingten Ja über 3o ha prozentual ziemlich gleich in allen Betriebsgrößenklassen. Selbst wenn die wenigen Nein-Antworten nur in den Größenklassen von 1o bis 5o ha vorliegen, besteht also zwischen den Meinungen zu diesem Problem und der Betriebsgröße kein beachtenswerter Zusammenhang. Auch das Alter der Landwirte hat keinen Einfluß auf die Einstellung zu dieser Frage.

Als Begründung für die uneingeschränkte Forderung nach höheren Preisen auch bei Überproduktion geben 38 der 172 Landwirte (22,1 v. H.) die allgemeine inflationäre Entwicklung und 35 (2o,3 v. H.) die umfangreichen Einfuhren aus den Drittländern außerhalb der EG als Grund für ihren Anspruch an (Anhang C_1). Acht Landwirte betonen zudem, daß es in Deutschland keine Überproduktion gebe, das übermäßige Angebot komme aus den übrigen EG-Ländern. Die Antworten von elf Landwirten können als sozial motiviert im Sinne eines Erhaltungsanspruchs des Gesellschaftsteils Landwirtschaft interpretiert werden (Gerechtigkeit; soziale Marktwirtschaft; wir müssen davon leben; Dispari-

tät steigt sonst noch mehr; nur geringe Ausweichmöglichkeiten in der Produktion). Die anderen vorgetragenen Argumente verteilen sich auf u. a. die Erwähnung der hungernden Menschen in der Dritten Welt, auf manchmal schnell eintretende Unterangebote sowie die geringe, nur "substanzerhaltende" Ertragsfähigkeit der Investitionen und die Verzerrungen bei den Preisen allgemein. Es wird auch verlangt, daß die Regierung bei Überangeboten Exportsubventionen bei gleichzeitiger Erhöhung der Erzeugerpreise zur Verbilligung der Ausfuhr gewährt.

Die Bauern, die nur eingeschränkt Preiserhöhungen erwarten, führen etwa dieselben Gründe an. Sie betonen allerdings dabei die Problematik solcher Maßnahmen. Es wird anerkannt, daß unsere Wirtschaft exportieren muß, um die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, und es wird dann auch akzeptiert, daß Agrarprodukte aus Drittländern eingeführt werden müssen, weil diese Länder sonst unsere Industrieerzeugnisse nicht bezahlen können. Allerdings sollen die Einfuhren so bemessen sein, daß Betriebe bestimmter Größenordnung weiter bestehen bleiben können. Auch der beschleunigende Einfluß höherer Agrarpreise auf die Lohn-Preis-Spirale wird von diesen Befragten gesehen. Nach Meinung dieser Gruppe darf eine Überproduktion nur zeitweilig durch preispolitische Maßnahmen gestützt werden. Sie befürchten aber, daß eine vollkommen freie Preisregelung durch den Markt die Rentabilität ihrer Betriebe zu sehr beeinträchtigen würde.

Der Anteil derjenigen, die preispolitische Stützungen bei Überangeboten ablehnen, ist so gering, daß man auf die Begründungen im einzelnen eigentlich nicht einzugehen braucht. Aber auch von diesen neun Landwirten sind nicht alle Verfechter einer freien Preisregulierung am Markt. Sie sehen zwar, daß die Preise bei solchen Marktungleichgewichten nicht erhöht werden können, die Preise sollen aber trotzdem angemessen sein. Die

Senkung der Handelsspannen könnte auch dazu beitragen, das Überangebot am Markt zu reduzieren.

Will man die Antworten auf diese Frage mit ihren recht vielschichtigen Begründungen würdigen, so muß davon ausgegangen werden, daß bei den Bauern traditionelles Autarkiedenken und marktwirtschaftliche Orientierungsversuche zusammentreffen. Sicherlich ist es so, daß trotz des eindeutigen Votums für höhere Preise auch bei Überproduktion die meisten Bauern keine grundsätzliche Abneigung gegenüber den Regelungen durch den Markt hegen (auch freie Marktbeziehungen haben ja in der Landwirtschaft ihre historischen Wurzeln; man denke an die Märkte in den zentralen Flecken, wo Vieh, Gemüse, Getreide u. a. ausgetauscht wurden). Im Hintergrund dieser Forderungen steht bei vielen wohl die Sorge um die Existenz auf den auf die Dauer zu kleinen Betrieben. Diese Sorge trägt überwiegend zu der zu beobachtenden Neigung zum Autarkiedenken bei, das besonders in der oftmaligen Betonung der Einfuhren als Ursache für die Überangebote deutlich wird. Von Einfluß ist offenbar auch die mangelnde Fähigkeit oder die geringe Bereitschaft vieler Befragter aufgrund von gesamtwirtschaftlichen Erkenntnsissen zu überlegen, wenn auch das Interesse in den vielen Gesprächen an solchen Erörterungen allgemein recht groß war. Hiermit wird die grundlegende Thematik dieser Arbeit angesprochen, die Frage danach, ob und inwieweit der Strukturwandel erkannt und wie groß die Chance ist, daß die Betroffenen richtige Konsequenzen daraus ziehen. Wenn die Bauern über zu geringe Kenntnis über gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge verfügen, besteht die Gefahr, daß Zwangsläufigkeit und Intensität des Strukturwandels nicht richtig erkannt werden. Dieses kann die Konsequenz haben, daß nicht entwicklungsfähige Betriebe auch mit dem Generationenwechsel noch hauptberuflich bewirtschaftet werden. Durch das neu aufgetauchte Problem der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik kann

diese Tendenz verstärkt werden.

Die Antworten zu dem Problem, ob die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise auch dann erhöht werden sollen, wenn die Märkte durch Überangebote gekennzeichnet sind, lassen sich sinnvoll aufgrund von Leitgesichtspunkten danach unterteilen, inwieweit sie mit dem Marktprinzip verträglich sind oder nicht. Zu diesem Zweck werden die einzelnen Antworten bestimmten Kategorien zugeordnet. Hierbei tritt die Einteilung nach "nein", "beschränkt ja" und "ja" etwas in den Hintergrund. Sie besteht weiter als zusätzliche Gliederung (Übersicht 32 a)

Der Leitgesichtspunkt a ist mit den Prinzipien der Marktwirtschaft vereinbar. In den Nein-Antworten zu a kommt zum Ausdruck, daß Überangebote als Marktungleichgewichte betrachtet werden und daher Preiserhöhungen nicht gerechtfertigt sind, weil dadurch das Marktungleichgewicht noch verstärkt werden würde. Die Befürworter von Preiserhöhungen verweisen auf die inflationäre Entwicklung, die Folge ungleichgewichtiger Zustände der Wirtschaft insgesamt sei, wobei besonders einige Gruppen, insbesondere eben die Landwirtschaft, Einkommenseinbußen hinnehmen müßten . Die durch die Inflation steigenden Kosten bei Konstanz der Erzeugerpreise können tatsächlich manchen Betrieb, der bei gleichgewichtiger wirtschaftlicher Entwicklung entwicklungsfähig sein würde (von den nicht entwicklungsfähigen Betrieben von vornherein ganz abgesehen), unter die Gewinnschwelle drücken, die etwa dem Vergleichslohn entspricht.[1] Dieser Einkommensverschlechterung kann nur durch Einschränkung des privaten Lebensstandards begegnet werden, wenn außerlandwirtschaftliche Erwerbsalternativen nicht gegeben sind. Unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten kann es

---

[1] Vgl. Abschnitt 2. 1. und 2. 2.

Übersicht 32 a: Sind Agrarpreissteigerungen selbst bei Überangebot berechtigt? Einteilung nach Leitgesichtspunkten

	nein		beschr. ja		ja		insg.	in v.H.	
	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.172	v.146[1]
hne Begründung bzw. usweichen	-	-	8	2o,4	18	14,6	26	15,1	-
= wegen inflat. Entw. Marktungleichgew.etc	7	77,8	7	17,9	38	3o,6	52	3o,2	35,6
= da Überangebot aus Einfuhren etc.	-	-	6	15,4	43	34,7	49	28,5	33,5
= weil die Bauern leben müssen Disparität - Soz. Marktw., Gerechtigk. - pol. Preise	1	11,1	-	-	1o	8,1	11	6,4	7,5
= Vorratshaltg. nötig Angebotslücken mögl.	-	-	3	7,7	6	4,8	9	5,2	6,2
= Landschaftsschutz	-	-	2	5,1	-	-	2	1,2	1,4
= Wettbewerbsverzerr., Subv. auch in and. Wirtschaftsbereichen	-	-	4	1o,3	-	-	4	2,3	2,7
c _____	1	11,1	4	1o,3	4	3,2	9	5,2	6,2
c _____	-	-	1	2,6	2	1,6	3	1,8	2,1
d _____	-	-	1	2,6	-	-	1	o,6	o,7
d _____	-	-	2	5,1	2	1,6	4	2,3	2,7
f _____	-	-	1	2,6	1	o,8	2	1,2	1,4
	9	1oo,o	39	1oo,o	124	1oo,o	172	1oo,o	1oo,o

[1] ohne die Befragten, die keine weitere Begründung abgaben bzw. auswichen

daher notwendig sein, seitens der verantwortlichen Stellen auch Preise für Agrarprodukte, die im Überangebot vorhanden sind, zu erhöhen. Solche Maßnahmen kann man als noch mit den Marktprinzip verträglich ansehen. Natürlich wird man nicht jede Preisanhebung bei Überangebot als marktkonform ansehen können. Sie ist nur zu rechtfertigen, wenn sonst etwa als Folge der Inflation gesamtwirtschaftliche Oberziele verletzt würden. Allerdings muß zugestanden werden, daß in diesem Fall die Subsumtion von Forderungen nach Preiserhöhungen unter a einen unbestimmten Anteil an willkürlicher Annahme von Oberzielverletzungen enthält. Leitgesichtspunkt d hängt hiermit eng zusammen. Hohe Kostensteigerungen können auch auf Märkten, für die bisher zuviel produziert wurde, dazu führen, daß wegen mangelnder Rentabilität relativ schnell Angebotslücken entstehen. Der Preispolitik muß es daher vorbehalten sein, solche Marktstörungen zu verhindern. Unter Fall d ist auch als Begründung die angemessene Vorratshaltung subsumiert, die den marktwirtschaftlichen Grundsätzen ebenfalls nicht widerspricht. Aber auch hier ist sicherlich ein gewisser Willküranteil vorhanden.

Als marktkonform können derartige Preiserhöhungen auch angesehen werden, wenn Verzerrungen in der Marktstruktur vorliegen, etwa im Wettbewerb oder im Preissystem (Fall f) und auch wenn im gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Interesse Produktionsfaktoren für bestimmte Zwecke gebunden werden müssen, wie für den Landschaftsschutz, zu dem die Landwirte beitragen können (c).

Die Begründung (b), daß sich das Überangebot aus den Einfuhren ergebe und daher Preiserhöhungen gefordert werden können, widerspricht jedoch den Prinzipien der auf gesamtwirtschaftlicher Wohlfahrtsmaximierung ausgerichteten offenen Marktwirtschaft, denen zufolge Freihandel

die Wohlfahrt einer Gesellschaft erhöht. Im Leitgesichtspunkt b dominiert deutlich das Autarkieelement. Im Vordergrund dieses Denkens steht das Verlangen nach einem sehr hohen Selbstversorgungsgrad. Allerdings verstehen die Befragten überwiegend nicht mehr die Bundesrepublik, sondern die EG als autarken Wirtschaftsraum. Es werden also vorwiegend Einfuhren aus Drittländern abgelehnt. Offen bleibt bei Begründung b allerdings die Frage, inwieweit die Befragten innerhalb einer Schutzzone EG bzw. Bundesrepublik für marktwirtschaftliche Regelungsprinzipien sind oder nicht.

Im Falle c sind die marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten mehr oder weniger verdrängt durch soziale Komponenten. In dieser Argumentation der Befragten sind in stärkerem Maße Wünsche nach Berufsstandserhaltung eingeschlossen. Die Festigung zumindest des gesellschaftlichen status quo ist hier bestimmend. Dieser Forderung sind marktwirtschaftliche Prinzipien strikt untergeordnet.

Die marktinkompatiblen (b) und die auf soziale Komponente basierenden Argumente (c) werden, wie wir erwarten konnten, besonders stark von den Befragten genannt, die ohne Einschränkung für Preiserhöhungen landwirtschaftlicher Produkte auch im Überangebot sind (b, c, bc = 44,4 v. H. dagegen von den mit Einschränkungen für Preiserhöhung votierenden Befragten mit nur 18 v. H.). Diese Kategorie von Bauern tritt deshalb besonders eindeutig für Preiserhöhungen ohne Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge ein, weil ihnen ja die Bestanderhaltung besonders wichtig ist. Die Landwirte, die nur mit Einschränkungen sich für höhere Preise aussprachen, begründen diese Meinung dagegen mit verzerrten Marktstrukturen, der Notwendigkeit zur Vorratshaltung, Verhinderung von Angebotslücken und besonderen Aufgaben wie den Landschaftsschutz (a, d, e, f, ad, af = 46,2 v. H. gegen-

über nur 36,2 v. H. der sich ohne Einschränkung für Preiserhöhungen Aussprechenden). Das Marktprinzip wird von diesen Befragten zwar nicht grundsätzlich abgelehnt, nach ihrer Meinung sind die Störungen im Marktgeschehen aber offensichtlich so groß, daß Preiserhöhungen auch bei Überangebot trotz Bedenken für notwendig gehalten werden.

Die Häufigkeit der von den Befragten vertretenen Leitgesichtspunkte läßt sich auch auf andere Weise herausstellen, wenn man die aus zwei Argumenten bestehenden Leitgesichtspunkte den jeweiligen Einzelleitgesichtspunkten hinzufügt und dann die prozentualen Anteile bezogen auf die 172 bzw. 146 Befragten ausrechnet (Übersicht 32 b).

Übersicht 32 b: Häufigkeit auf ähnlicher Argumentation beruhender Leitgesichtspunkte [1]

		in v.H.[2] v. 172	in v.H.[2] v. 146
ohne Begr. bzw.Ausw.	26	15,1	-
a+ac+ad+af	64	37,2	43,8
b+bc	52	3o,2	35,6
c+ca+cb+cd	27	15,7	18,5
d+da+dc	14	8,1	9,6
e	2	1,2	1,4
f+fa	6	3,5	4,1

Auch hier werden die große Bedeutung der Marktverzerrung durch Inflation usw. einerseits (besonders a = erste Zeile) und die immer noch recht stark vertretenen Autarkietendenzen sichtbar (b = zweite Zeile). Wünsche nach größtmöglicher Erhaltung des Berufsstandes werden ebenfalls deutlich (c = dritte Zeile). Es fällt auf, daß sich

[1] Auf die Untergliederung in ja, beschränkt ja und nein wurde verzichtet

[2] Wegen der Vermischungen ergibt die Summe mehr als 1oo %

einmal nur a und c mit jeweils 3 anderen Einzelgesichtspunkten kombinieren und zum anderen der Anteil von c durch die Kombinationen sich bei weitem am stärksten erhöht (um 145 v. H.). Darüber hinaus ist hervorzuheben, daß die Kombinationen mit c am heterogensten sind: berufsständische Sorgen bzw. Erhaltungssorgen und -ansprüche stehen als Einschlag am häufigsten in verschiedenartigsten Einstellungen.

Im folgenden sollen die Begründungen, die z. B. für die marktwirtschaftliche Orientierung sprechen oder nicht, addiert und der prozentuale Anteil berechnet werden. Es werden folgende Zusammenstellungen vorgenommen.

Übersicht 32 c: Zusammenstellung der Begründung nach markt- bzw. nichtmarktwirtschaftlicher Vereinbarkeit

	abs.	in v.H. v. 172	in v.H. v. 146
1) Mit Marktprinzip grundsätzlich vereinbar a+d+e+f (a, d, e, f, ac, ad, af, dc)	=83	48,3	56,8
2) Nicht mit Marktwirtschaft vereinbar (b) bzw. durch soziale Komponenten begrenzend b+c (b, c, bc, ca, cd)	=76	44,2	52,1
3) Mit gewisser Einschränkung mit dem Marktprinzip vereinbar d+e+f (d, e, f, da, dc, fa + ac)	=31	18,o	21,3

Die Kombinationen ac, dc tauchen in dieser Zusammenstellung sinnvollerweise bei allen drei Gruppierungen auf. Bei diesen Verknüpfungen wird das Marktprinzip zwar grundsätzlich bejaht: es ist aber durch die starke Forderung nach sozialen Korrekturen sehr eingeschränkt.

Es zeigt sich auch bei dieser Übersicht, daß die eher marktwirtschaftlich Orientierten überwiegen. Man könnte vermuten, daß die Landwirte, die die hier gestellte Frage nach Berechtigung von Preiserhöhungen auch bei Vorhandensein von Überangeboten, vorwiegend durch marktwirtschaftliche Überlegungen zu beantworten versuchen, dem landwirtschaftlichen Strukturwandel offener gegenüberstehen als diejenigen, die vorwiegend auf Autarkie- bzw. soziale Argumente zurückgreifen. Man wird die "Marktwirtschaftler" bezüglich der Einsicht in die Zwangsläufigkeiten des Wandels für weiter fortgeschritten halten können.

Die in diesem Abschnitt gewonnenen Ergebnisse sind sicherlich mit einem Unsicherheitsfaktor belastet. Während die 44,2 v. H. Bestandserhaltungs- und Autarkieargumente (Übersicht 32 c, Kategorie 2) im allgemeinen eindeutig nichtmarktwirtschaftlich sind, kann eine gleiche Eindeutigkeit für die 48,3 v. H. marktwirtschaftlich Argumentierenden (Kategorie 1) sicherlich nicht aufgenommen werden. Die Zusammenfassung der Leitgesichtspunkte d, e, f mit a sollte das ganze Gewicht der vorwiegend marktwirtschaftlich orientierten Antworten faßbar machen. Die in dieser Zusammenfassung enthaltene Willkür wird aber durch das gesonderte Ausweisen der Kategorie 3 (d e f) durchschaubar gemacht. Die in diesem Fall gestellte offene Frage ließ ja ohnehin z. T. recht differenzierte Antworten erwarten, die für die Zwecke der Auswertung gestrafft werden mußten. Dadurch wurde gewiß die Vielfältigkeit der Antworten eingeebnet und - fast zwangsläufig - die Schärfe und Eindeutigkeit der in diesem Abschnitt vorgenommenen Abgrenzungen vermindert. Trotzdem erbrachte dieser Komplex erste wichtige Hinweise über die Einstellungsstrukturen bezüglich der Beurteilung des Strukturwandels durch die Befragten.

4. 2. Meinungen zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm[1]

4. 2. 1. Das einzelbetriebliche Fördeungsprogramm

Mit dem einzelbetrieblichen Förderungsprogramm wird ein agrarstruktureller und betriebwirtschaftlicher Erfolg angestrebt[2]. Förderungsmittel werden nur an die Betriebe vergeben, die einen Beitrag für die Erreichung dieser Ziele leisten können. Dabei werden nur die Betriebsleiter unterstützt, die ohne Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln nicht dazu in der Lage wären, durch Rationalisierungsmaßnahmen ihren Betrieb so auszustatten, daß die Einkommen sich der allgemeinen Entwicklung anpassen können. Vergleichsmaßstab ist ein auf der Grundlage der Arbeitsstättenzählung 197o beruhendes regionalisiertes außerlandwirtschaftliches Durchschnittarbeitseinkommen, das, fortgeschrieben mit den nominalen Werten entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung, für die Region Niedersachsen 2o 7oo DM/AK beträgt[3]. Das bundesdurchschnittliche Arbeitseinkommen wird mit 22 ooo DM/AK angegeben. Dieses zu erzielende Sollarbeitseinkommen wird vom Jahr der Antragstellung bis zum Zieljahr gemäß "dem geschätzten Zuwachs des Realeinkommens jährlich um 2 % fortgeschrieben"[4]. Weinschenck und Reisch schlagen als "primäres

---

[1] Frage 3 im mündlichen Interview, siehe S. 3o4

[2] Vgl. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" für den Zeitraum 1975 bis 1978, Bundestagsdrucksache 7/3563 Bonn Godesberg 1975, S. 17 ff

[3] AK = Arbeitskraft

[4] Zu den Kriterien für die einzelbetriebliche Analyse zur Beurteilung der Entwicklungsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe siehe: Köhne, M., Zur Beurteilung der Entwicklungsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe, in: Agrarwirtschaft, Jg. 19, Hannover 197o, H. 9, 285 ff

Kriterium" für die Beurteilung der Entwicklungsfähigkeit der Betriebe statt des Einkommens eine auf einer Tragfähigkeitsberechnung beruhende Zahl von Vollerwerbseinheiten vor. Hiermit sollen die Probleme ausgeglichen werden, die sich aus den regional unterschiedlichen Standortbedingungen und Ausgangsbetriebsgrößenstrukturen ergeben. Wenn am Einkommenskriterium gemessen wird, werden, im Hinblick auf die langfristige Entwicklungsfähigkeit, in günstigen Lagen zu viele Betriebe gefördert, während in Gebieten mit weniger günstigen Bedingungen weniger Betriebe gefördert werden, als für die künftige Entwicklung erforderlich wäre. Für die Bestimmung der Zahl der Vollerwerbseinheiten wird die für die Vollerwerbslandwirtschaft insgesamt verfügbare Fläche sowie die Fläche, die eine Arbeitskraft bei optimaler technischer Ausstattung und gegebenem Produktionsprogramm bewirtschaften kann, ermittelt. Außerdem muß die Zahl der Arbeitskräfte, die in einem Betrieb mindestens vorhanden sein muß, damit die Kostendegression bei Ausdehnung der Produktion annähernd ausgenutzt werden kann, bekannt sein[1]. Dieses Kriterium ist natürlich viel schwerer in die Praxis umzusetzen, als die Orientierung an einem außerlandwirtschaftlichen Arbeitseinkommen.

Gefördert werden landwirtschaftliche Unternehmer, deren landwirtschaftliches Einkommen wenigstens 5o % des Gesamteinkommens beträgt. Außerdem darf die Arbeitszeit außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes die Hälfte der Gesamtarbeitszeit nicht übersteigen. Die Förderungsrichtlinien gelten auch für Pächter, wenn sie über langfristige Verträge, in der Regel 12 Jahre, verfügen. Erreicht der Landwirt in seinem Betrieb bereits das Zielarbeitseinkommen, so hat er keinen Anspruch auf Förderung, es sei denn, daß aufgrund

---

[1] Weinschenck, G., Reisch, E., Das neue Förderungsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: Agarwirtschaft, Jg. 19, H.11, Hannover 197o, S. 349

der bestehenden Betriebsstruktur die Erhaltung dieses Einkommens gefährdet ist. Die Förderung entfällt auch, wenn der Unternehmer und sein Ehegatte "erhebliche" Vermögenswerte besitzen.

Durch die Aufstellung eines Betriebsentwicklungsplans muß der Begünstigte nachweisen, daß er spätestens im vierten Jahr (Zieljahr) nach Beginn der Förderung das festgelegte Arbeitseinkommen erreichen kann. Außerdem ist der begünstigte Landwirt verpflichtet, eine ordnungsgemäße Buchführung einzurichten. Der Betriebsleiter muß weiter seine fachliche Qualifikation durch eine Berufserfahrung von mindestens 3 Jahren nachweisen können. Betriebsleiter, die nach dem 31. Dezember 1953 geboren sind, müssen die Gehilfenprüfung und die Abschlußprüfung an einer landwirtschaftlichen Fachschule mit Erfolg abgelegt haben oder eine vergleichbare Berufsausbildung nachweisen, die sie zur Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes befähigt. Die Förderung wird in der Regel gewährt in Form einer Zinsverbilligung für das gesamte, zum Zwecke der Durchführung der Investitionen aufgenommene Darlehen. Die tatsächliche Zinsbelastung muß für den Unternehmer mindestens 3 % betragen. Die Mindesthöhe des im Betriebsentwicklungsplans auszuweisenden Investitionsvolumens beträgt 2o ooo DM. Investitionen, die insgesamt diesen Wert nicht erreichen, können nicht gefördert werden. Weiter soll vermieden werden, daß der Landwirt das Zielarbeitseinkommen durch übermäßige Arbeitsbelastung erreicht. Im Betriebsentwicklungsplan ist davon auszugehen, daß das vergleichbare Arbeitseinkommen mit nicht mehr als 23oo Std/AK erreicht wird.

Das Verlangen nach einer bestimmten Mindesthöhe der Investitionen entspricht dem im Programm festgelegten Ziel nach einem agrarstrukturellen Erfolg der be-

trieblichen Investitionen. Dieser geht nicht immer mit dem angestrebten betriebswirtschaftlichen Erfolg einher. Die Differenz zwischen volkswirtschaftlichem und betriebswirtschaftlichem Ertrag einer Investition ist im Normalfall um so kleiner, je größer das Volumen einer durch einen einzelnen Entscheidungsträger ausgeführten Investition ist. Die Größe der Investition begünstigt die Höhe von Skalenerträgen, die zu einem Sinken des Kapitalkoeffizienten und damit zu einer höheren Rendite führen. Voraussetzung ist natürlich, daß der Marktabsatz eine kostenminimale Auslastung der geschaffenen Kapazitäten garantiert. Es muß die Kapazität aller anderen Betriebe bei der Prüfung der Förderungswürdigkeit einer bestimmten Investition beachtet werden[1]. Es sollten also nicht solche Projekte gefördert werden, deren Konsequenz Marktüberschüsse bzw. Ausweitung bestehender Marktüberschüsse sind. Da die betriebliche Nutzfläche mittelfristig nur wenig vermehrbar ist, werden die Landwirte die flächenunabhängige tierische Veredelung ausweiten wollen und damit die diesbezüglich schon bestehende starke Tendenz zur Überproduktion noch verstärken. Aufgrund der wünschenswerten Minimierung der Differenz zwischen volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Kosten fordert Köster, daß von alternativen Investitionsobjekten

---

[1] Köster, U., Die wirtschaftspolitische Konsistenz des einzelbetrieblichen Förderungesprogramms, in: Agrarwirtschaft, Jg. 23, H. 1, Hannover 1974, S. 23 ff
Köster gibt eine eingehende Ziel-Mittel-Analyse der im Förderungsprogramm aufgestellten Zielkombination "angestrebter agrarstruktureller Erfolg" und "betriebswirtschaftlicher Erfolg". Die Frage, welche Betriebe in welchen Regionen als entwicklungsfähig zu bezeichnen sind, hängt danach u. a. vom gewünschten Selbstversorgungsgrad ab. Zum Spannungsverhältnis des volkswirtschaftlichen zum betriebswirtschaftlichen Erfolg sagt Köster, daß in der Regel bei größeren Betrieben bzw. Betriebszweigen, günstigeren Standorten und höheren Qualifikationen der Betriebsleiter der volkswirtschaftliche Erfolg über dem betriebswirtschaftlichen liegt. Allerdingskönne dieses nicht a priori festgestellt werden.

vornehmlich diejenigen zu fördern sind, die zu einer Auslastung aller Faktorkapazitäten führen, die eine kurze technische Lebensdauer haben (die Gefahr von Fehlinvestitionen im Zuge möglicherweise auftretenden strukturellen Wandels wird dadurch vermindert - d. Verf.) und eine bestimmte physische Mindestgröße umfassen[1].

Für Landwirte, deren Betriebe nicht als entwicklungsfähig eingeschätzt werden oder die die anderen Voraussetzungen für die Förderungswürdigkeit nicht erfüllen oder auch Alternativmaßnahmen nach dem Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte nicht in Anspruch nehmen können[2], sind Investitionshilfen als Überbrückungsmaßnahmen vorgesehen. Der Antragsteller muß aufgrund eines Überbrückungsplanes nachweisen, daß die Vorhaben für die Weiterführung des Betriebes notwendig sind. Finanzierung shilfen werden auch dann an Landwirte gewährt, wenn die Hoferben nicht entwicklungsfähige Betriebe nebenberuflich bewirtschaften oder ganz aus der Landwirtschaft ausscheiden wollen. Trifft letzteres zu, sind die Betriebsleiter sehr oft gezwungen, ihre an sich nicht entwicklungsfähigen Betriebe weiter zu bewirtschaften. Ohne Investitionen würden diese Landwirte mit ihren Realeinkommen aber zu stark hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleiben. Die Mindestgrenze für das förderungsfähige Investitionsvolumen ist hier mit 5 ooo,- DM bedeutend niedriger. Die Höchstgrenze beträgt 3o ooo,- DM. Dagegen können in entwicklungsfähigen Betrieben Investitionen im Werte bis zu 6oo ooo,- DM zinsverbilligt werden. Die Betriebe, die

---

[1] Köster, a. a. O., S. 27

[2] Hier ist vor allem an das vorzeitige Altersgeld bei frühzeitiger Erwerbsunfähigkeit und an die Landabgaberente, die Leiter kleiner landwirtschaftlicher Betriebe erhalten, wenn sie ihre Flächen zum Zweck der Agrarstrukturverbesserung abgeben, gedacht.
Vgl. dazu im einzelnen: Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte (GAL). Die Landabgaberente wurde eingeführt mit dem Vierten Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte vom 29. 7. 1969 (BGBl.I 1o17)

unter die Überbrückungsmaßnahmen fallen, sind in der Regel kleiner, brauchen also auch nicht so umfangreiche Mittel für z. B. Maschinenbeschaffungen usw. aufzubringen. Andererseits muß wegen der hier besonders großen Gefahr von Fehlinvestitionen die Höchstgrenze drastisch eingeengt werden.

4. 2. 2. Die Meinungen der Befragten zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm

Die Frage nach der Entwicklungsfähigkeit des eigenen Betriebes, die sich gerade heute jeder Landwirt stellen muß, wird im Rahmen des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms nun auch von den zuständigen Behörden gestellt, wenn Förderung beantragt wird. Deren positives oder negatives Urteil entscheidet evtl. auf längere Zeit hinaus über Bestand oder Ausbau des Hofes. Ein negatives Urteil muß zwar noch nicht bedeuten, daß für den Betriebsleiter keine Zukunftschancen bestehen (dieser könnte den Betrieb ja durch Zupacht auf eine entwicklungsfähige Größe bringen); in der Regel dürfte es aber doch ein junger Landwirt schwer haben, auf einem solchen Betrieb Anschluß an die allgemeine Entwicklung der volkswirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommen zu finden. Weitgehend fremdkapitalfinanzierte, nicht zinsverbilligte Investitionen werden sehr wahrscheinlich einen solch niedrigen Kapitalwert aufweisen, daß die Bewirtschaftung des Betriebes, im Vergleich zu den erreichbaren Einkommen aus einer außerlandwirtschaftlichen Beschäftigung, sich nicht lohnen würde. So schien es uns wesentlich, die Meinungen der von uns Befragten zu der vorgesehenen bzw. praktizierten Förderung nur solcher Investitionen kennenzulernen, durch die es den Betriebsleitern gelingt, in ihren Betrieben an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilzunehmen. Die Verteilung der Antworten zeigt Übersicht 33.

Es fällt zunächst auf, daß die jüngeren Landwirte unter 4o Jahren mit 64,2 v. H. zu einem größeren Anteil als die älteren über 4o Jahre (49,6 v. H.) der Meinung sind, daß nur noch Investitionen gefördert werden sollen, die den Betrieb auf längere Zeit in den Stand versetzen, genügend große Einkommen zu erbringen. In allen

Übersicht 33 : Die Meinungen der Befragten zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm

Betriebsgröße in ha	insges.	ja abs.	ja v.H.	nein abs.	nein v.H.	unentschloss. abs.	unentschloss. v.H.
unter 4o Jahre							
5 - u. 1o ha	o	-	-	-	-	-	-
1o - u. 2o ha	12	8	66,7	2	16,7	2	16,7
2o - u. 3o ha	12	8	66,7	2	16,7	2	16,7
3o - u. 4o ha	12	8	66,7	4	33,3	o	o,o
4o - u. 5o ha	5	3	6o,o	2	4o,o	o	o,o
5o - u. 7o ha	1o	6	6o,o	2	2o,o	2	2o,o
7o - u. 1oo ha	2	1	5o,o	1	5o,o	o	o,o
insges.	53	34	64,2	13	24,5	6	11,3
über 4o Jahre							
5 - u. 1o ha	6	2	33,3	3	5o,o	1	16,7
1o - u. 2o ha	38	11	28,9	22	57,9	5	13,2
2o - u. 3o ha	43	22	51,2	13	3o,2	8	18,6
3o - u. 4o ha	15	8	53,4	5	33,3	2	13,3
4o - u. 5o ha	9	7	77,8	1	11,1	1	11,1
5o - u. 7o ha	7	7	1oo,o	o	o,o	o	o,o
7o - u. 1oo ha	3	3	1oo,o	o	o,o	o	o,o
insges.	121	6o	49,6	44	36,4	17	14,o

Betriebsgrößenklassen sind bei den jüngeren Betriebsleitern die Anteile der zustimmenden Antworten nahezu gleich, wenn auch die Größenklassen ab 4o ha geschlossen etwas geringere Zustimmung äußern als die bis 4o ha. Der χ^2 -Test erbrachte auch keinen Zusammenhang zwischen der Betriebsgröße und den ausgedrückten Meinungen. Bei den älteren Landwirten ergab der χ^2 -Test dagegen mit

dem Kontingenzkoeffizienten C = o,385 bei C_{max} = o,786 einen deutlichen Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Einstellungen. Die älteren Bauern mit Betrieben unter 2o ha stimmen nur zu einem knappen Drittel der Förderung ausschließlich rationaler Investitionen zu, die mit Betrieben zwischen 2o und 4o ha zu etwas über die Hälfte. Erst in den Betrieben über 4o ha besteht ein klares Übergewicht der dieser Förderungsbeschränkung positiv gegenüberstehenden Landwirte. Für den χ^2-Test wurden die Betriebe unter 1o ha ausgeschlossen. Um den Bedingungen für die Anwendung des χ^2-Tests zu genügen, wurden die Betriebe über 3o ha zu den Größenklassen 3o bis 5o ha und 5o bis 1oo ha zusammengefaßt. Aus dem gleichen Grunde konnten die Unentschlossenen nicht berücksichtigt werden, wodurch sich der Zusammenhang natürlich verstärkte.

Es wird deutlich, daß die älteren Landwirte mit kleinen Betrieben, für die es außerhalb der Landwirtschaft kaum mehr eine Alternative zu ihrem landwirtschaftlichen Beruf gibt, in der Mehrzahl nicht akzeptieren können, daß der Ausbau ihrer Betriebe nicht förderungswürdig sein soll. Die Situation dieser Landwirte läßt volkswirtschaftlich rationales Denken offenbar nicht zu. Mangelnde Ertragsfähigkeit ihrer Betriebe und fehlende außerlandwirtschaftliche Erwerbsalternativen führen zur Dominanz der Bestandserhaltungsperspektive. Die Antworten der jüngeren Landwirte stützen dagegen die These, daß diese den volkswirtschaftlichen und betrieblichen Erfordernissen in größerem Maße Rechnung tragen. Es überrascht aber doch etwas, daß offensichtlich die jüngeren Bauern auf den kleineren Betrieben, die man wohl auf Dauer nicht als entwicklungsfähig bezeichnen kann, hierzu sogar etwas entschiedener als ihre Altersgenossen auf größeren Höfen neigen. Wir haben doch andererseits festgestellt, daß nur relativ wenige dieser Betriebsleiter die Absicht haben, ihren Beruf aufzugeben oder ihren Betrieb im Ne-

benerwerb zu bewirtschaften[1]. Vermutlich überschätzen vi-
le unter ihnen die zukünftigen Möglichkeiten auf einem
kleineren Hof, oder sie trauen sich zu, durch ihre Tüch-
tigkeit die Entwicklungsfähigkeit ihres Betriebes nachwe-
sen zu können, vielleicht auch in der Hoffnung auf Zupac
möglichkeiten oder ein zusätzliches außerlandwirtschaft-
liches Einkommen. Weitere Aufschlüsse können aus den Be-
gründungen ihrer Einstellungen und den Gruppendiskussion
gezogen werden. Man könnte dabei von der Erwartung ausge
daß die unterschiedlichen Bodenqualitäten, die Lage eini
Dörfer nahe bei Hildesheim sowie eine stärkere Durchset-
zung mit Industrie und Gewerbe im Untersuchungsgebiet ei
Einfluß auf die Einstellung der Landwirte zu dieser Frag
haben. Zur Klärung dieser Hypothese sind die Anteile der
verschiedenen Antworten aus ausgewählten Dörfern in Über-
sicht 34 aufgelistet worden.

Übersicht 34: Anteilsmäßige Aufteilung der Meinungen zur Investitionsförderung in ausgewählten Dörfe

Ort	unter 3o ha						über 3o ha					
	unter 4o J.			über 4o J.			unter 4o J.			über 4o J.		
	ja	nein	unent-schl.	ja	nein	unent-schl.	ja	nein	unent-schl.	ja	nein	unen schl
Großrhüden	3	o	o	5	5	o	3	2	o	2	o	o
Söhlde	1	1	o	6	7	4	1	o	o	2	o	2
Wöhle	3	1	2	4	4	1	1	o	o	2	o	o
Könnersum	3	o	o	3	2	o	2	2	1	1	o	o
Schellerten	-[a]	-	-	6	3	1	1	1	o	-	-	-
Hasede	1	o	1	1	5	2	-	-	-	o	1	1
Emmerke	-	-	-	2	o	o	1	1	1	1	1	2
Wehrstedt/ Lechstedt	2	1	o	4	3	2	1	1	o	1	2	o
Stadt Bockenem	-	-	-	o	1	o	1	2	o	3	1	o
Stadt Sarstedt	o	o	1	-	-	-	3	3	o	5	1	1

a) nicht vertretene Kategorien

1 Vgl. Abschnitt 3. 2. 2.

Zur Auswertung dieser Übersicht fassen wir die angeführten Dörfer und Kleinstädte in den folgenden Gruppierungen zusammen:

A = fruchtbar (Wöhle, Hönnersum, Schellerten, Hasede, Emmerke);

B = nicht fruchtbar/bzw. weniger fruchtbar (Großrhüden, Söhlde, Wehrstedt, Lechstedt);

C = Hildesheimnah und/oder industrialisiert (Söhlde, Hasede, Emmerke, Wehrstedt, Lechstedt);

D = Hildesheimfern usw (Großrhüden, Wöhle, Hönnersum, Schellerten);

SaB = Städte Bockenem und Sarstedt

Das Verhältnis von Zustimmungen zu Ablehnungen je Gruppe	Verhältnis der Gesamtzahl der Antworten zu unentschied. Antw. je Gr.
A = 32:21 = 1,52:1	65:12 = 5,41:1
B = 31:22 = 1,41:1	61: 8 = 7,62:1
C = 24:23 = 1,04:1	62:15 = 4,13:1
D = 39:20 = 1,95:1	64: 5 =12,80:1
alle Dörfer = 63:43 = 1,47:1	126:20 = 6,30:1
SaB = 12: 8 = 1,50:1	22: 2 =11,00:1

Das Verhältnis der Zustimmungen zu den Ablehnungen in den korrespondierenden Dörfergruppen A und B unterscheidet sich nur unwesentlich; offenbar spielt die Fruchtbarkeit des Bodens eine geringere Rolle dafür, als wir erwartet hatten. Dagegen weicht das genannte Verhältnis in Gruppe D recht erheblich von dem in Gruppe C ab: Nur in den Hildesheimfernen, nichtindustrialisierten Dörfern von "D" ist das Übergewicht der Zustimmungen erheblich stärker als im Gesamtdurchschnitt; obendrein ist hier auch der Anteil unentschiedener Antworten wesentlich geringer als in den anderen Dörfergruppen. Da, im Gegensatz dazu, die

Gruppe der Hildesheimnahen und/oder industrialisierten Dörfer ein fast ausgeglichenes Verhältnis von Zustimmungen zu Ablehnungen sowie einen überdurchschnittlichen Anteil an unentschiedenen Antworten ausweist, darf vermutet werden, daß Stadt- bzw. Industrienähe oder -ferne einen wesentlichen Einfluß auf die Stellungnahmen zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm haben. Eine weitere Aufgliederung unseres Materials soll nun die Einflüsse von Bodenqualität und Stadtnähe/Industrialisierung noch deutlicher machen und zu ihrer Erklärung hinführen:

Das Verhältnis von Zustimmungen zu Ablehnungen je Gruppe gegliedert nach Betriebsgröße und Alter der Antwortenden

Gruppe	unter 3o ha	ab 3o ha	unter 4o J.	ab 4o Jahren
A	= 23:15 = 1,53:1	9: 6 = 1,5o:1	12:5 = 2,4o:1	2o:16 = 1,25:1
B	= 21:17 = 1,23:1	1o: 5 = 2,oo:1	11:5 = 2,2o:1	2o:17 = 1,18:1
C	= 17:17 = 1,oo:1	7: 6 = 1,16:1	7:4 = 1,75:1	17:19 = o,89:1
D	= 27:15 = 1,8o:1	12: 5 = 2,4o:1	16:6 = 2,66:1	23:14 = 1,64:1
alle Dörfer	= 44:32 = 1,38:1	19:11 = 1,73:1	23:1o= 2,3o:1	4o:33 = 1,21:1
SaB=	o: 1 = o	12: 7 = 1,71:1	4: 5= o,8o:1	8: 3 = 2,67:1

Nach dieser Aufgliederung erweist sich die Zusammenfassung von "C" und "SaB" als untunlich, da die Ergebnisse von Sarstedt und Bockenem (Ausfall der kleinen Betriebe; von allen anderen Gruppen abweichendes Verhalten bei der Altersgliederung) offenbar durch Faktoren bestimmt sind, die zu stark von denen der Dörfer abweichen.

Wenn wir uns nun auf die Dörfergruppen A, B, C, D beschränken, fällt bei der Gliederung nach Betriebsgrößen auf, daß in den Gruppen "B" und "D" die Zustimmungsan-

teile der kleinen Betriebe recht deutlich hinter denen der großen zurückbleiben, während bei den Gruppen "A" und "C" die Unterscheidung nach Betriebsgrößen unerheblich für die Anteile der Zustimmungen wie der unentschiedenen Antworten ist. Offenbar ist sich bei sehr gutem Boden ("A") auch der kleine Betrieb seiner Chancen einigermaßen sicher und stimmt deswegen dem auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Tüchtigkeit) abhebenden Förderungsprogramm eher zu, als der durch weniger guten Boden benachteiligte ("B"). In "C" beruht die Ausgeglichenheit der Zustimmungen kleiner und großer Betriebe nicht auf einer überdurchschnittlichen Zuversicht der kleinen Betriebe, sondern darauf, daß sich auch die größeren Landwirte nicht allein auf ihre Selbstbehauptungsfähigkeit im Wettbewerb verlassen wollen; eine Erklärung dieser Unsicherheit soll erst im Zusammenhang mit der Betrachtung der Altersgruppengliederung versucht werden.

Die Gliederung nach Altersstufen zeigt insgesamt einen kräftigen Vorsprung der Zustimmungen der jüngeren gegenüber den älteren Landwirten. Dieser Vorsprung ist bei "A", "B", "C" etwa gleich hoch, dagegen bei "D" - aufgrund stärkerer Zustimmungen auch der Älteren - merklich niedriger. Unentschiedene Antworten werden von den Älteren und den Jüngeren in "A" und "D" etwa zu gleichen Teilen gegeben, während sie in "B" und "C" ganz überwiegend von den Älteren kommen. Daß die stadt- und industrieferne Gruppe "D" in allen Beziehungen (klein, groß, jung, alt) die höchsten Zustimmungsanteile sowie den geringsten Anteil unentschiedener Antworten aufweist, könnte darauf zurückgehen, daß, angesichts des Fehlens oder der Schwererreichbarkeit lohnender/attraktiver außerlandwirtschaftlicher Existenzmöglichkeiten, die Notwendigkeit stärker bewußt wird, sich mit den an einen herantretenden Anforderungen planvoll auseinanderzusetzen. Am Gegenpol steht das starke Übergewicht von Ablehnungen

und unentschiedenen Antworten bei den Älteren von Gruppe "C": Daß es gerade die älteren Landwirte (mit größeren wie mit kleineren Betrieben) dieser Dörfergruppe sind, die in besonders hohem Maß Unsicherheit verraten und sich nicht auf ihre Selbstbehauptungsfähigkeit im Wettbewerb verlassen wollen, könnte darauf hindeuten, daß die in Stadtnähe oder bei fortschreitender Industrialisierung beschleunigte Veränderung der dörflichen Strukturen - deren Ablauf die Älteren ja miterlebt haben - als Erschütterung der gewohnten (ansozialisierten) Ordnung und Lebenweise wirkte und Verhaltensunsicherheit nach sich zog. Indizien für derartige Verunsicherungen, und zwar ebenfalls mit charakteristischen Unterschieden zwischen stadtnahen (besonders z. B. Sorsum) und stadtfernen Dörfern, zeigten sich übrigens auch in den Gruppendiskussionen. Daß solche Zweifel die aktive Auseinandersetzung mit den Anforderungen aus dem landwirtschaftlichen Wandel hemmen können, dürfte einleuchten.

Mit Hilfe der Dörfergruppierungen wurden, wenigstens tendenziell, Zusammenhänge zwischen den Einstellungen zum landwirtschaftlichen Wandel greifbar. Ansätze zur Erklärung solcher Tendenzen ergaben sich besonders aus der Gegenüberstellung der Gruppen"C" und "D" sowie "C" und "SaB"; diese Hinweise auf die Bedingtheit der Einstellungen zum Wandel durch die Entwicklung der dörflichen und kleinstädtischen Sozialstrukturen müßten allerdings durch ein Eingehen auf die z. T. beträchtlichen Abweichungen von Dorf zu Dorf ergänzt werden.

Am auffälligsten ist hierbei die starke Ablehnung des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms in Hasede. Dieser Ort verfügt über sehr fruchtbaren Boden. Die starke Ablehnung des Förderungsprogramms könnte mit der zunehmenden Verstädterung Hasedes, dem man bis vor kurzem noch den Charakter eines von Bauernhöfen geprägten Dorfes zusprechen konnte, zusammenhängen. Mit der Verstädte-

rung geht vermutlich ein Gefühl des Verlustes der sozialen und ökonomischen Vorrangstellung im Dorf einher. Diese Hypothese wird insbesondere dadurch gestützt, daß die Ablehnung gerade durch die Älteren ausgesprochen wird. Emmerke ist ähnlich wie Hasede strukturiert. Hier überwiegt aber die Zustimmung zum Förderungsprogramm (allerdings nur, wenn die unentschiedenen Antworten unberücksichtigt bleiben). In Sarstedt dagegen, in dem die Vorrangprobleme schon länger für die Industrialisierung entschieden sind, herrscht bei den größeren Betrieben, die sich gehalten haben, wieder mehr Zustimmung zu volkswirtschaftlich rationaler Förderungspolitik. Konservierende Agrarpolitik führt nach Meinung der Sarstedter Landwirte zur sozialen Isolierung und wird daher von ihnen abgelehnt. Für sie steht die Einbezogenheit in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, speziell in ihrem Ort, im Vordergrund.

Ganz deutlich ist die Zustimmung zum Förderungsprogramm in Hönnersum, das über extrem fruchtbaren Boden verfügt (Ja/Nein-Relation 2,25 : 1). Die Zustimmung ist auch in Wöhle, das am Rande der Hildesheimer Börde liegt und ebenfalls fruchtbare Böden aufweist, groß (2 : 1). Bemerkenswert ist dabei, daß die Betriebsgrößen in Wöhle relativ gering sind. Offensichtlich wird der negative Effekt der Betriebsgröße durch die Fruchtbarkeit des Bodens überkompensiert. In Söhlde dagegen, das wir vorn im direkten Vergleich mit Wöhle betrachteten[1], gibt es zwar mehr Zustimmungen als Ablehnungen des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms, aber die Zahl der unentschiedenen Antworten ist besonders hoch. Die relativ enge industrielle Verflechtung durch die auch von vielen Bauern betriebene Kreidefabrikation hat hier offensichtlich zu keiner besonders aufgeschlossenen Einstellung zur volkswirtschaftlich rationalen land-

---

[1] Vgl. Abschn. 3. 1. 4.

wirtschaftlichen Förderungspolitik geführt. Der Grund mag u. a. darin liegen, daß die Kreidefabrikation mehr und mehr in die Regie industrieller Kreise übergeht, weil die Bauern nicht genügend Kapital zur Ausweitung der Fabriken zur Verfügung haben. Hieraus mag sich eine stärkere Abwehrhaltung entwickelt haben.

In den Dörfern Wehrstedt und Lechstedt sind die Böden nicht besonders fruchtbar. Die Betriebsgrößen sind relativ gering. Diese Faktoren haben dazu geführt, daß die Möglichkeit stärkerer Bindung an Bad Salzdetfurth und Hildesheim wahrgenommen wurde. Die relativ schwache Zustimmung der noch verbleibenden Bauern ist wahrscheinlich ähnlich zu begründen wie die überwiegende Ablehnung des Förderungsprogramms in Hasede.

4. 2. 3. Begründungen

Die jeweilige zustimmende oder ablehnende Haltung oder auch die Unentschlossenheit der Landwirte zu der Frage, ob nur die Betriebe staatlich gefördert werden sollen, in denen die durchgeführten Investitionen den Betriebsleiter in den Stand versetzen, an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilzunehmen, ist durch vielfältige Argumentation belegt worden (Anhang C_2). Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die Spanne zwischen einem Ja oder einem Nein bei den Befragten oft sehr gering war. Dieses hat zur Folge, daß Begründungen für ein Ja bzw. ein Nein oder eine unentschlossene Haltung ähnlich sein können. Dieser Sachverhalt macht es notwendig, neben der oben vorgenommenen deutlichen Abgrenzung zwischen Zustimmung, Ablehnung und Unentschlossenheit eine Unterteilung nach Leitgesichtspunkten vorzunehmen (Übersicht 35). Der besondere Vorteil dieser Zusammenstellung liegt in der Möglichkeit, aufgrund des Gesamtcharakters der zu einem Leitgesichtspunkt zusammengefügten Argumente zu einer Bewertung der zugrundeliegenden Grundeinstellung zu gelangen. So kann man die Meinung, daß Investitionen sich rentieren müssen, wenn sie staatlich gefördert werden sollen, als besonders aufgeschlossene Einstellung bezeichnen (Fall a). Die Bezeichnung "aufgeschlossen" ist hier etwa im Sinne von Einsicht in die Unabwendbarkeit des Strukturwandes zu umschreiben. Diese Kategorie von Bauern ist auch bestrebt, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, wozu gehört, daß auf Dauer nur ertragsfähige Investitionen durchgeführt werden können. Nur diese seien ökonomisch rational und könnten daher staatlich gefördert werden, sieht man einmal von sozialpolitischen Begründungen für Subventionen ab. Eine Einstellung wird man also dann als aufgeschlossen bezeichnen, wenn sie Denkweisen ausdrückt bzw. sich aus ihnen mit großer Wahrscheinlichkeit Verhaltensweisen ergeben, die sich in den sozialökonomischen Wandel relativ reibungslos einfügen.

Übersicht 35 : Einteilung der Meinungen zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm nach Leitgesichtspunkten[1]

Art Leit.-ge.-p.	Landw. un. 4o J. abs.	v.H.	Landwirte über 4o Jahre abs.	(+ Mehrf.arg.)	= zus.	v.H.	Landwirte insgesamt abs.	v.H.
a	1o	21,3	16	(+4)	= 2o	17,1	3o	18,3
b	16	34,o	31	(+4)	= 35	29,9	51	31,1
c	5	1o,6	13	(+3)	= 16	13,7	21	12,8
d	13	27,7	34	(+6)	= 4o	34,2	53	32,3
e	3	6,4	6		6	5,1	9	5,5
	47	1oo,o	1oo	(+17)	= 117	1oo,o	164	1oo,o

Es sind etwa die folgenden Argumente zu Leitgesichtspunkten aggregiert werden.

a = Investitionen müssen sich rentieren, etwas erbringen - aufgeschlossene Einstellung

b = Tüchtigkeit (gut oder ordentlich wirtschaften, Buchführung) geht vor Betriebsgröße als Kriterium - aufgeschlossene, dabei besonders personenbezogene Einstellung

c = Mindestgröße - noch aufgeschlossen, dabei aber beharrendes Moment vorhanden

d = politische bzw. soziale Zielsetzungen (auch Gerechtigkeit durch agrarpolitische Mittel, besonders höhere Preise) - Im Vordergrund steht hier das beharrende Moment

e = keine Zuordnung

[1] Die Befragten, die antworteten ohne Begründung oder einer Begründung auswichen, wurden nicht berücksichtigt. Es sind bei den jüngeren Landwirten 5 und bei den älteren 11

[2] Einige Befragte äußerten mehrere Argumente, die auch verschiedenen Leitgesichtspunkten zuzuordnen waren

Eine aufgeschlossene Einstellung darf man auch unterstellen, wenn die Befragten der Ansicht sind, daß nur tüchtige Landwirte, die ordentlich wirtschaften und ihren Erfolg durch Aufzeichnungen (dieses braucht nicht immer eine ordentliche Buchführung zu sein) nachweisen können, ein Recht haben vom Staat gefördert zu werden (Fall b). Die Tüchtigkeit des Betriebsleiters wird gegenüber der Betriebsgröße als das wichtigere Kriterium für die Mittelvergabe angesehen. Tüchtigkeit und Einsatzbereitschaft sind Eigenschaften, die einen dynamischen Unternehmer auszeichnen. Unternehmer mit solchen Eigenschaften haben die besten Aussichten, die zukünftige Herausforderung zu bestehen.

Die Grenzen zwischen den Fällen c und b wie auch zu a sind fließend. Bei c steht zwar auch die Auffassung im Vordergrund, daß nur rentable Investitionen gefördert werden sollten. Hierin besteht die Gemeinsamheit mit den Leitgesichtspunkten b und a. Grundsätzlich wird bei c davon ausgegangen, daß nur in Betrieben ab einer bestimmten Größe Investitionen rentabel sind. In den Einzelgesprächen wurde aber deutlich, daß diese Mindestgröße nicht zu hoch angesetzt werden darf. Einige Landwirte sprechen von einer Mindestgröße von 25 ha. Im ganzen sind diese Befragten der Meinung, daß die Landwirtschaft sich eigentlich schon fast genug gesundgeschrumpft habe. Besondere Aufgaben wie Umwelt- und Landschaftsschutz, langfristige Ernährungssicherung verlangten, daß nicht zu viele Betriebe aufgegeben werden. Mit dieser Meinung ist vielfach das eigenständige Interesse an der Position der Landwirtschaft innerhalb der Gesamtgesellschaft impliziert.

Im Falle c ist also bei durchaus aufgeschlossener Grundhaltung ein beharrendes Moment eingebunden, geht man von der begründeten These aus, daß ökonomischer und sozialer Wandel auch in der Zukunft weiter fortschreiten werden.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß bei den älteren Landwirten der Fall c relativ stärker (13,7 v. H. in Übersicht 35) vorgetragen wird als bei den jüngeren (1o,6 v. H.). Umgekehrt ist es bei Fall b. Hier überwiegen die Anteile bei den Jüngeren mit 34,o v. H. gegenüber 29,9 v. H. bei den Älteren. Die ersteren glauben also eher mangelnde Betriebsgröße durch besondere Tüchtigkeit ausgleichen zu können. Die letzteren haben diesen Optimismus nicht im gleichen Maße. Mancher ältere Landwirt auf kleinerem Betrieb möchte bis zu seinem Ausscheiden noch ganz gut "über die Runden" kommen und bei notwendigen betrieblichen Neuausstattungen auch vom Staat etwas unterstützt werden.

Im Fall d stehen dagegen beharrende Momente gegenüber der "aufgeschlossenen" Denkweise im Vordergrund. Die Forderung nach staatlicher Unterstützung orientiert sich in erster Linie an politischen bzw. sozialen Zielsetzungen. Hierin spielen Gerechtigkeitsgesichtspunkte eine mitentscheidende Rolle. Ökonomisch-rationale Begründungen treten in den Hintergrund. Die staatliche Subventionierung wird eigentlich nur als Ersatz für die Nichtanhebung der nach Meinung dieser Landwirte zu niedrigen Preise betrachtet und beansprucht. Die Erhöhung der Erzeugerpreise steht als erste Forderung ("reelle", "richtige" Preise) weit voran. Dabei ist man in der Regel nicht bereit, anzuerkennen, daß Preiserhöhungen über den marktwirtschaftlichen Gleichgewichtspreis hinaus ebenfalls - wenn auch kaschierte - Subventionszahlungen sind. Dieses hat natürlich zur Folge, daß mehr Betriebe bestehen bleiben, als es der Fall wäre, wenn sich die Agrarpolitik ganz auf ökonomische Zielsetzungen konzentrieren würde. Die so beschriebenen Bauern sind noch stark von dem alten, hergebrachten Wertsystem geprägt[1]. Für sie

---

1 Vgl. Abschnitt 2. 3.

hat offenbar eine noch relativ stark von bäuerlichen Elementen geprägte Gesellschaft eine ganz besondere Priorität. Eine solchermaßen mitgeprägte Gesellschaft wird von den Betreffenden als schutzwürdig angesehen. Es geht ihnen vor allem um die Bestandserhaltung des Berufsstandes selbst.

Der Fall e nimmt eine unentschiedene Stellung ein. Er beinhaltet vor allem die Meinung, daß die Grenzen bezüglich der Förderungwürdigkeit fließend sein müßten. Diese Landwirte äußerten, daß über die Kriterien für die Förderungswürdigkeit schwer zu entscheiden sei. Die Betriebsgröße sei nicht so sehr entscheidend. Auch in großen Betrieben seien Fehlinvestitionen vorgenommen worden. Als Beispiel wurden große Stallneubauten genannt. Nach deren Errichtung sei aber das Vieh vielfach abgeschafft worden. Jene eher ausweichenden Antworten wurden allerdings ziemlich selten gegeben (6,4 v. H. bzw. 5,1 v. H. bei den jüngeren bzw. älteren Befragten).

Aus Übersicht 35 ist zu entnehmen, daß die jüngeren Landwirte relativ mehr ökonomisch-rationale Argumente zu den Problemen um die einzelbetriebliche Förderung äußerten als die älteren (Fälle a + b: 55,3 v. H. gegenüber 47,o v. H.). Dabei überwiegt in beiden Altersgruppen - besonders deutlich allerdings bei den Jüngeren - die Meinung, daß Tüchtigkeit des Betriebsleiters als Kriterium Vorrang vor der Betriebsgröße haben müßte. (Vergleich b : a; gesamt 31,1 v. H. : 18,3 v. H.) Dem käme etwa der Vorschlag von Roeloffs entgegen, als Kriterium für die Förderungswürdigkeit die nachweisbare Eigenkapitalbildung heranzuziehen, ohne daß das Zieleinkommen unbedingt nach vier Jahren erreicht werden muß[1]. Die Älteren heben die Tüchtigkeit des Betriebsleiters im Ver-

1 Vgl. dazu
Roeloffs, B., Die einzelbetriebliche Förderung in der Diskussion, in: Bauernblatt, Mitteilungsblatt des Bauernverbandes und Organ der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, v. 21. 6. 1975, S. 2187 ff

gleich zu a relativ stärker hervor als die Jüngeren, wie man am Vergleich der jeweiligen Relation b/a sehen kann (Verhältnis a:b Ältere wie 1:1,75; Jüngere wie 1:1,6o). Relativ noch wesentlich stärker dominieren die älteren Landwirte bei der Nennung von Mindestgröße (a:c Ältere wie 1:o,8; Jüngere wie 1:o,49) und politisch-sozialen Zielsetzungen (a:d Ältere wie 1:2,o; Jüngere wie 1:1,3).

Die mit den Leitgesichtspunkten b bis d sukzessive zunehmende Einschränkung der grundsätzlich Befürwortenden der Förderung nur bei rentablen Investitionen in a ist also bei den älteren Bauern jeweils stärker. Vor allem die Leitgesichtspunkte, in denen Beharren oder Bestandserhaltung stärker oder gar beherrschend enthalten ist (c und d), werden von den Älteren signifikant stärker genannt als von den Jüngeren: Zusammengenommen erreichen die Leitgesichtspunkte c und d bei den über 4o-jährigen Befragten einen Anteil von 47,9 % gegenüber nur 38, % bei den bis 4o-Jährigen.

Die Hypothese, daß die jüngeren Befragten sich aufgeschlossener als die Älteren gegenüber der Problematik der einzelbetrieblichen Förderung, durch die die Landwirte auf entwicklungsfähigen Höfen an das allgemeine Einkommensniveau herangeführt werden sollen, aussprechen, hat sich somit bestätigt. Konservierendes Denken tritt bei ihnen offensichtlich in den Hintergrund. Die größere Neigung der Älteren zur Bestandserhaltung, zu bewahrenden Grundeinstellungen dürfte in erster Linie auf ansozialisierte Wertvorstellungen zurückzuführen sein. Der Sozialisationsprozeß, das Heranwachsen in die Gesellschaft vollzog sich für die heute Älteren in einer Zeit, als Standesdenken - die Höfe hatten damals noch viele Fremdarbeitskräfte; der Bauer war also sehr viel mehr Arbeitgeber und Chef, manchmal auch Herr - noch die bei weitem verbreiteste Gesinnung war. Die Landwirtschaft war zu jener Zeit eher ein relativ abgeschlossenes Teilsystem als ein Subsystem der Gesamtgesellschaft. Auch die "Blut-

und Boden"-Ideologie der Nationalsozialisten und die Organisation im Reichsnährstand hat prägend gewirkt. Erwiesenermaßen vollziehen sich Einstellungsänderungen im Alter viel schwieriger als in den früheren Lebensjahren, die bestimmt sind von der Aufnahmebereitschaft für die jeweilig vorherrschenden gesellschaftlichen Werte.

Bei den kleineren Betrieben (Übersichten 35 und 36) sind zusätzlich auch ökonomische Anpassungsschwierigkeiten mitbestimmend für die konservative Grundhaltung der älteren Bauern. Zudem behindert die geringere Ausbildung der Älteren deren berufliche Mobilität. Die Folge ist Festhalten am Betrieb, auch wenn das sog. Vergleichseinkommen nicht erreicht wird. In der Regel verstärken sich dann auch die internalisierten Wertorientierungen[1].

Wie wir erwarten konnten, ist der ökonomisch rationale Leitgesichtspunkt a in den größeren Betrieben häufiger anzutreffen als in den kleineren. Aus Übersicht 36 ist zu ersehen, daß sein prozentualer Anteil mit wachsender Betriebsgröße ansteigt (hierzu paßt der mit wachsender Betriebsgröße ebenfalls steigende Anteil an Ja-Antworten der älteren Landwirte über 4o Jahre in Übersicht 33). Damit korrespondiert der sinkende Anteil an beharrenden Leitgesichtspunkten des Falles d. Im Unterschied zu a ist der ebenfalls als "aufgeschlossen" bezeichnete Leitgesichtspunkt b in den kleineren Betrieben häufiger zu finden. Dieser Tatbestand überrascht nicht, denn bei b gilt ja die Tüchtigkeit desBetriebsleiters vor der Betriebsgröße als entscheidendes Kriterium für die Förderungswürdigkeit. Es ist also verständlich, daß dieses Argument besonders bei den Landwirten anzutreffen ist, deren Betriebe für die an die Entwicklungsfähigkeit gestellten Maßstäbe eigentlich schon zu klein sind und die daher die Tüchtigkeit ihrer Person in die Waagschale werfen. Werden a und b addiert, so besteht offensichtlich

---

[1] Vgl. dazu die beschriebenen sozialen Prozesse in Abschn. 2. 3.

Übersicht 36 : Einteilung der Leitgesichtspunkte zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm nach Betriebsgrößen

Leitges.p.[a]	a		b		c		d		e		
ha	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	Sa.
5- u. 1o	1	12,5	4	5o,o	1	12,5	2	25,o	-	o,o	8
1o- u. 3o	15	15,o	33	35,o	11	11,o	35	35,o	6	6,o	1oo
3o- u. 5o	8	21,6	9	24,3	5	13,5	12	32,5	3	8,1	37
5o- u.1oo	6	31,5	5	26,3	4	21,1	4	21,1	-	o,o	19
Summe	3o	18,3	51	31,1	21	12,8	53	32,3	9	5,5	164

[a] incl. Mehrfachargument

kein Zusammenhang mehr zwischen Betriebsgröße und Leitgesichtspunkten. Der Leitgesichtspunkt c, bei dem die Förderung von einer nicht so hoch angesetzten Mindestbetriebsgröße einsetzen soll, wird mit wachsender Betriebsgröße stärker genannt (sieht man von den 5 bis 1o ha großen Betrieben ab), obwohl man eher einen umgekehrten Zusammenhang hätte vermuten können. Die Beziehung ist aber nicht stark; sie wird wahrscheinlich zufällig sein. Die Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen a, b und c können aber auch Ursache dafür sein.

In den Gruppendiskussionen zeigte sich ebenfalls ein vielschichtiges Bild in der Beurteilung der existentiell so bedeutsamen Frage der Förderungswürdigkeit. Einige dazu geäußerte Meinungen seien hier auszugsweise wiedergegeben.

A (25 ha, 35 J.) Eine gesunde Auslese muß in jedem Beruf sein. Das haben wir in der Landwirtschaft bisher noch nie gehabt. Vor diese Situation sind wir

nach dem Krieg zum ersten Mal gestellt worden. Dieser Landwirt stellt die traditionelle Sonderstellung der Landwirtschaft besonders deutlich in Frage.

Die Nebenerwerbslandwirte B (1o ha, 32 J.) und B (1o ha, 52 J.) befürworten gesamtwirtschaftliche Ausrichtungen.

B (1o ha, 32 J.) Wenn man Geld haben will, muß ein Betriebsentwicklungsplan vorgelegt werden. Der Staat hat das Recht, sich zu vergewissern, ob das Geld gezielt eingesetzt wird. Diese Maßnahme ist durchaus richtig.

B (1o ha, 52 J.) Wenn ich z. B. einen Mähdrescher kaufen wollte, würde ich mich selbst schädigen. Wenn der Antrag nun gewährt wurde, säßen da oben Idioten. Das muß von Fall zu Fall beurteilt werden und nicht pauschal. Wenn einer eine neue Maschine hat, muß der Nachbar auch eine habe. So war es früher. Das ist doch dummer Stolz.

C (27 ha, 48 J.) Es war in der Vergangenheit zu leicht, an Gelder heranzukommen. Diese neue Norm ist nicht verkehrt. Für die Betriebe, die am Leben bleiben sollen, ist es richtig. Es müssen Betriebe ausscheiden, wenn die bleibenden ein ausreichendes Einkommen haben sollen.

A (38 ha, 37 J.) Irgendwo wird ein Schlußstrich gezogen. Wenn wir unter gleichen Voraussetzungen arbeiten sollen, dann müssen auch Zahlen auf den Tisch gelegt werden. Der zu erwartende Gewinn muß ausschlaggebend sein. Das hängt nicht mit der Betriebsgröße zusammen.

A (25 ha, 44 J.) Leistungsfähige Betriebe müssen gefördert werden. Ich kenne einen 2o-ha-Betriebe, der seinen Kuhstall in einen Schweinestall umbaut. Mit einer AK sind da 5oo Schweine zu mästen. Bei dieser Veredelung ist es durchaus richtig zu fördern, auch mit 2o ha Land.

Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang auch die Aufteilung vieler Domänen vor einigen Jahren durch die niedersächsische Landesregierung in nach heutigen Ansprüchen schon fast zu kleine Einzelbetriebe. Dies ist ein deutlicher Hinweis, daß Betriebe, um ertragsfähige Investitionen zu ermöglichen, groß genug sein sollen.

A (42 ha, 44 J.) Ich habe diese Förderungen ausgenutzt und meinen Stall ausgebaut. Ich hatte dabei den Eindruck, als wenn der Staat zu großzügig war, nicht nur bei mir, auch bei anderen. Man sollte die Förderung jedoch nicht an die Fläche binden. Um beim Modell des 12-ha-Betriebs zu bleiben: der hat z. B. 1oo Schweine seit 1o Jahren mit Erfolg. Wenn der Landwirt sagt, dieses Einkommen reicht mir nicht und aufstocken will, müßte der Berater sagen: "Dieser Mann kann das!"

(Also keine Abhängigkeit von der Betriebsgröße, sondern von der Tüchtigkeit)

A (38 ha, 39 J.) Die Betriebsgröße ist nicht allein entscheidend. Kleinere Betriebe kommen an die Förderungsgrenze gar nicht heran, obwohl die Betriebsinhaber fleißig sind. Größere können drauflos wirtschaften und geben vielleicht in ein paar Jahren auf. Ich müßte einen Betriebsentwicklungsplan vorlegen, wenn ich Gelder bekommen möchte. Ich kann doch aber nicht die Anschaffungen in den nächsten 5 Jahren übersehen. Das kann auch keine Regierung überblicken.

C (47 ha, 3o J.) Ich halte die Förderungsrichtlinien nicht für gerechtfertigt. Da möchte einer Investitionen vornehmen, vielleicht Schweinehaltung. Der würde auf dem Weg der Zinsverbilligung das notwendige billige Kapital aufnehmen können.

(Also Ablehnung der Betriebsgröße als Kriterium, da Schweinehaltung unabhängig von der Betriebsgröße ist.)

C (18 ha, 58 J.) mästet Schweine auf primitiver Ausstattungsbasis. Die Herren von der Landwirtschaftskammer hätten ihm gesagt, er müsse intensiv mästen, wenn er Förderungsmittel bekommen wolle. Er könne seinen Stall aber nicht für große Summen umbauen. Dann werde er seines Lebens nicht mehr froh. Dieser Landwirt fürchtet das Risiko einer auf hohem Fremdkapital basierenden Investition. Er sieht offenbar einen Widerspruch darin, daß er eine für seinen 18 ha großen Betrieb sehr hohe Schuldensumme aufnehmen muß, ehe er staatliche Gelder bekommen könnte. Er sagte, es sei nicht richtig, daß den Kleinen die Chancen genommen werden.

Es wird auch darauf hingewiesen, daß man nicht übersehen könne, was die Zukunft bringen werde. Besonders die Veredelungsproduktion stoße schnell an vom Markt gesetzte Grenzen. Dadurch bestände die Gefahr von Fehlinvestitionen.

Auch Bedenken im Hinblick auf die langfristige Ernährungssicherung werden geäußert.

C (47 ha, 3o J.) Liegt es im Interesse des Staates, die Gesellschaft so zu verändern? Die Ernährung der Bevölkerung könnte vielleicht nicht mehr gewährleistet werden.

Hiermit ist gemeint, daß die Förderungspolitik des Staates dazu führen könnte, daß es in Zukunft gemessen an dem Ziel der Ernährungssicherung zu wenig Beschäftigte auf zu großen spezialisierten Betrieben gibt. Engpässe in der Versorgung wären möglich (Erwähnt sei dazu z. B. der Rückgang des Kartoffelanbaus mit der Folge exorbitant hoher Kartoffelpreise 1975 und 1976). Ein anderer Landwirt zieht daraufhin Parallelen zur plötzlich aufgetretenen Energiekrise.

Gesellschaftspolitisch negative Folgen befürchtet auch C (49 ha, 37 J.), der sagt, daß die Landwirte durch die

Verminderung der Betriebszahl in die Ecke gedrängt werden.

Kritisch äußert sich auch B (25 ha, 35 J.): Diejenigen werden unterstützt, die schon viel haben. Den anderen geht es im Verhältnis dazu doch zu schlecht. Aber wie soll man alle gleich behandeln? Das vom Landwirtschaftsministerium angegebene Pro-Kopf-Einkommen ergibt doch ein ganz schiefes Bild. Das Einkommen wird geteilt, weil es viele Landwirte gibt. Wie viele mit einem ganz geringen Einkommen auskommen müssen, wird nicht gesagt, weil es auch welche mit sehr hohem Einkommen gibt. Was vom Staat kommt, ist nicht sozial und nicht gerecht. Ich halte es nicht für richtig, daß Landwirte verschieden hohe Zinsen bezahlen müssen. Wer vom Staat Geld bekommt, braucht nur 4 Prozent, andere müssen 9 Prozent zahlen. Im Vergleich dazu hat ein ungelernter Arbeiter immer noch einen guten Verdienst. Gäbe es Zinsverbilligung für alle, könnten alle ein ausreichendes Einkommen haben.

Ein größerer Landwirt B (75 ha, 4o J.) sagt jedoch deutlich: Wenn man weiß, der geht unter, denn soll man gleich sagen, es hat keinen Sinn, soviel hineinzustecken. Geholfen wird dem Mann mit diesen Mitteln doch nicht.

Mit dieser Zusammenstellung von Diskussionsbeiträgen konnte ein Stimmungsbild vermittelt werden, das die oben abgeleiteten Zusammenhänge bezüglich der Einstellungen zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm abrundet. Die wenigen geäußerten Meinungen lassen es natürlich nicht zu, Beziehungen zwischen den Variablen wie Alter und Betriebsgröße zu den spezifischen Einstellungen abzuleiten. Es hat zustimmende wie ablehnende Äußerungen von Landwirten verschiedenen Alters und verschiedener Betriebsgröße gegeben. Einerseits ist man wohl der Ansicht, daß eigentlich nur rentable Investitionen ge-

fördert werden sollten, befürchtet dabei aber doch zum Teil volkswirtschaftliche Schwierigkeiten etwa bei der Sicherstellung der Ernährung - zumindest auf Einzelmärkten - zu vom Verbraucher annehmbaren Preisen, wenn nur wenige große Betriebe bestehen bleiben. Mit letzterem Argument hängt z. T. noch zusammen das Autarkiedenken und der Standeserhaltungsanspruch: Die Betriebsgröße als Kriterium für die Förderungswürdigkeit erscheint von daher als bedenklich. Es wird dabei aber wohl nicht immer bedacht, daß kleinere Betriebe, die geringe Fläche durch stärkere Intensivviehhaltung ausgleichen wollen, erst u. U. hohes Fremdkapital aufnehmen müssen, ehe sie einen Anspruch auf staatliche Zuschüsse haben. Die Mindesthöhe der aufzunehmenden Kreditsumme beträgt 2o.ooo,- M. Dieses ist dann viel, wenn der Hof vor der geplanten Investition schon relativ hoch verschuldet ist. Außerdem ist die im allgemeinen hohe Kapitalintensität bei der Viehhaltung ein Risiko. Durch diese Umstände wird die Betriebsgröße, obwohl vom Gesetzgeber nicht als Kriterium explicit herausgestellt, doch in den Mittelpunkt der Überlegungen gerückt. Nach Meinung einiger Diskutanten wäre dieses aber nicht sozial und widerspräche ihren Gerechtigkeitsvorstellungen. Daß aber die Betriebsgröße für die Entwicklungsfähigkeit der Betriebe ein sehr wichtiger Faktor ist, wird durch eine Untersuchung von Harms bekräftigt[1]. Dieser Autor kommt aufgrund einer Analyse der landwirtschaftlichen Standortfaktoren (gesamtwirtschaftliche und natürliche Verhältnisse, Produktionsumfang und -organisation wie Qualifikation der Betriebsleiter zu dem Ergebnis, daß nur 2o,9 v. H. der Betriebe im Landkreis Hildesheim entwicklungsfähig sind. Aus seiner Untersuchung über die Entwicklungschancen in allen Landkreisen ergibt sich u. a., daß die größeren

---

[1] Harms, O., Abgrenzung und ökonomische Charakterisierung der Regionen Niedersachsens im Hinblick auf die zukünftige agrarische Entwicklung, Hannover 1975, S. 148

Betriebe die besseren Entwicklungschancen aufweisen. Bezieht man den numerischen Wert von 2o,9 v. H. auf unsere Arbeit und geht man davon aus, daß die größeren Betriebe auch die größere Entwicklungsfähigkeit aufweisen, so ergibt sich, daß die entwicklungsfähigen Betriebe erst ab 5o ha beginnen. Selbst, wenn man diese Schwelle als zu hoch ansieht, so wird man doch annehmen können, daß - vorsichtig aufgedrückt - Betriebe unter 3o ha vom Potential her gesehen auf mittlere Sicht zu klein sind.

4. 3. Kooperationsbereitschaft[1]

4. 3. 1. Sozialökonomische Aspekte betrieblicher Kooperationen

Die im Fragebogen gestellte Frage nach der Mitgliedschaft in Betriebsgemeinschaften war von den Befragten nicht richtig verstanden worden und daher nicht auswertbar[2]. Wegen der noch sehr geringen Verbreitung dieser Gemeinschaftsformen beschränkten wir uns darauf, die Problematik betrieblicher Kooperationen ausschließlich in den Gruppeninterviews (d. h. nicht in Einzelinterviews) zu erörtern. Über die verschiedenen Arten überbetrieblicher Zusammenarbeit ist bisher eine große Zahl von Veröffentlichungen erschienen. Es ist aber nicht beabsichtigt, eine kritische Würdigung dieser Studien im einzelnen vorzunehmen; die Diskussion mit den Bauern über diese Thematik sollte vielmehr dazu beitragen, weiteren Aufschluß über ihre grundsätzliche Einstellung zu den Fragen zu liefern, die im Rahmen der Verflechtung zwischen dem Subsystem Landwirtschaft und der Industriegesellschaft von Bedeutung sind.

Der Begriff Kooperation wird von Vasthoff als das "Eingehen vertraglicher Bindungen zwischen selbständigen Unternehmen" definiert. Dabei müssen diese vertraglichen Bindungen Struktur und Organisation der beteiligten Betriebe beeinflussen[3]. Als weitere Voraussetzung nennt Vasthoff die periodische Wiederkehr der vertraglichen Leistungen[4]. Unter den Begriff der Kooperation fallen also nicht einmalige Leistungen, selbst wenn Struktur und Organisation der Betriebe grundlegend

---

[1] Frage 3 der Gruppendiskussionen, siehe S. 305

[2] Vgl. Abschnitt 3. 1. 7.

[3] Vasthoff, J., Kooperation im Produktionsbereich der Landwirtschaft. Agrarwirtschaft, SH 20, Hannover 1966, S. 2

[4] ebenda S. 6

verändert würden. Die Intensität der Kooperation ist sehr unterschiedlich. Sie steigert sich z. B. von Erzeugergemeinschaften über das gemeinsame Eigentum an Maschinen, die Nutzung von durch den Maschinenring zur Verfügung gestellten freien Maschinenkapazitäten, die Ausgliederung von Teilbetriebsgemeinschaften bis zur vollen Fusion von Betrieben[1]. Die beiden letzteren Organisationsformen beinhalten in der Regel auch gemeinsame Gewinnermittlung.

Bis in die Anfänge der sechziger Jahre wurde von der Bundesregierung und den landwirtschaftlichen Verbänden das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes heraus-

---

[1] Vgl. dazu u. a.:
Brandes, W., Entwicklungsmöglichkeiten der Formen überbetrieblicher Zusammenarbeit in der landwirtschaftlichen Produktion, in: Agrarwirtschaft, Jg. 16, H. 2 Hannover 1967, S. 41 ff
Köhne, M., Neue Formen der Entwicklung größerer Betriebseinheiten, in: Agrarwirtschaft, Jg. 18, H. 4, Hannover 1969, S. 114 ff
Schmidt-Volkmar, A., Intensität und Formen der Zusammenarbeit im landwirtschaftlichen Produktionsbereich und ihre Bedeutung für das Leitbild vom landwirtschaftlichen Betrieb - dargestellt am Beispiel Frankreich -, in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 45, H. 4, Hamburg und Berlin 1967, S. 7o1 ff
Schmidt-Volkmar verwendet den Begriff Kooperation nur für die niedrigste Intensitätsstufe überbetrieblicher Zusammenarbeit. Betriebszweiggemeinschaften und Fusionen sind für ihn Teilintegrationen bzw. Vollintegrationen. Wir schließen uns Vasthoff an, der die Begriffe Kooperation und Integration als synonym betrachtet (Vasthoff, a. a. O. S. 6)

Weiter sei genannt ein Aufsatz von Otzen, in dem der Verfasser anhand von theoretischen Fallstudien das betriebliche Wachstum von Kooperationen untersucht.
Otzen, U., Begrenztes betriebliches Wachstum bei Fusion, in: Berichte über Landwirtschaft, NF Bd. 51, H. 3, Hamburg und Berlin 1973, S. 49o ff
Andreae, B., Für und Wider Betriebsfusionen, Auswertung einer Umfrage bei 258 nordwestdeutschen Landwirten in: Berichte über Landwirtschaft, NF, Bd. 5o H. 3, Hamburg und Berlin 1972, S. 828 ff

gestellt. Dieses geschah wohl zum Teil als Reaktion auf die erzwungene Kollektivierung der landwirtschaftlichen Betriebe in der DDR. Man glaubte, daß der bäuerliche Familienbetrieb eine Bastion sei gegenüber dem möglichen Aufkommen kollektivistischer Tendenzen in der Gesellschaft. Vor allem aber war der bäuerliche Familienbetrieb - bei allen seinen Wandlungen und zu beachtenden Differenzierungen - die in Deutschland traditionell vorherrschende, von der bäuerlichen Bevölkerung verinnerlichte Form des selbständigen landwirtschaftlichen Betriebs. Als bestimmendes Merkmal der sozialen und ökonomischen Strukturierung ländlicher Gebiete wurden er und seine Auswirkungen auf die Landwirtschaft nur zögernd in Frage gestellt. Erst die aktualisierte Einsicht in die Zwangsläufigkeit landwirtschaftlichen Strukturwandels in der Gegenwart hat es zu intensiverer und breiterer Diskussion jenes Leitbildes kommen lassen. Nach Schlotter verfügt der Familienbetrieb gegenüber dem Viel-AK-Betrieb über eine geringere Anpassungselastizität an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die sich in einem stetigen Ansteigen des außerlandwirtschaftlichen Vergleichslohns manifestiert. Viel-AK-Betriebe sind eher in der Lage, zum Erreichen des davonlaufenden Vergleichslohns die dazu erforderliche Änderung des Produktionsfaktoreneinsatzes vorzunehmen. Betriebliche Umdispositionen sind vor allem begrenzt makroökonomisch durch Absatzschranken und mikroökonomisch durch die Konstanz bzw. unzureichende Mobilität der Produktionsfaktoren und durch die hohen Kosten, die bei Veränderungen der Faktorkombinationen entstehen[1]. Der landwirtschaftliche

---

[1] Schlotter, H.-G., unter Mitarbeit von K. Sattler, Raumordnungs- und agrarpolitische Ziele in der landwirtschaftlichen Raumplanung, in: Grundlagen und Methoden der landwirtschaftlichen Raumplanung, Hannover 1969 S. 41

Betrieb könnte sich anpassen durch Kapitalaufstockung, Arbeitsabstockung und/oder Bodenaufstockung. Eine Kapitalaufstockung ist im wesentlichen nur möglich durch Ausdehnung der Veredelungsproduktion, der aber makroökonomische Absatzschranken gesetzt sind. Die Betriebsvergrößerung durch Zupacht von Boden ist nur möglich, wenn in genügendem Maß Betriebe aufgelöst werden. Es kann aber nicht erwartet werden, daß dieses in absehbarer Zeit im Hildesheimer Raum geschehen wird. In der Regel dürfte daher für die ökonomische Anpassung an höhere außerlandwirtschaftliche Einkommen nur die Arbeitsabstockung übrigbleiben. Während ein Viel-AK-Betrieb dazu eine Fremdarbeitskraft entlassen kann, wird in einem Familienbetrieb, der als Arbeitskräfte den Betriebsleiter und seine Ehefrau aufweist (von mithelfenden Altenteilern und Kindern sei abgesehen) eine Arbeitsabstockung nur schwer möglich sein. Der Betriebsleiter könnte eventuell einen außerlandwirtschaftlichen Zuerwerb suchen oder sogar einen Haupterwerb und seinen Hof dann im Nebenerwerb bewirtschaften. Seine Frau könnte ebenfalls eine Halbtagsbeschäftigung außerhalb des Betriebes aufnehmen. Solche Schritte mögen vielleicht einhergehen mit einer innerbetrieblichen Abstockung, etwa durch Abschaffung von Vieh, Rückgabe von Pachtland. Solche Maßnahmen bedeuten gleichzeitig eine betriebliche Arbeitsabstockung zugunsten außerbetrieblicher Arbeitsaufstockung mit dem Ziel, den Gesamterlös zu vermehren.

Die Aufnahme außerlandwirtschaftlicher Tätigkeiten wird aber sehr oft nicht möglich sein, da nicht zu jeder Zeit und an jedem von dem Wohnorte des Landwirts in angemessener Zeit erreichbaren Ort genügend Arbeitsplätze bereitstehen werden[1]. Da in diesem Fall eine betriebliche

---

[1] Im Februar 1974, als wir die Gruppendiskussionen durchführten, konnte man in der Bundesrepublik noch von Vollbeschäftigung sprechen. Im industriellen Hildesheimer Raum haben damals sicherlich noch genügend Arbeitsplätze zur Verfügung gestanden.

Arbeitsabstockung bei gleichzeitiger außerbetrieblicher Beschäftigung zur Steigerung des Gewinns nicht möglich ist, bliebe nur eine Arbeitsaufstockung bei mehr Boden und/oder Vieh. Wenn der Betriebsleiter aber bisher schon voll ausgelastet war, so kann zusätzliche dauerhafte Mehrarbeit zu gesundheitlichen Schäden führen. Das Handeln verantwortungsbewußter Politiker und Berufsorganisationen muß darauf gerichtet sein, Auswege zu finden zur Vermeidung solcher kritischer Lagen.

Als Ausweg ist neben einem schon recht gut funktionierenden Betriebshelfersystem die engere betriebliche Kooperation in die Diskussion eingebracht und auch schon in einigen Fällen in der Bundesrepublik erprobt worden. Die wirtschaftlichen Erfolge von Kooperationen in Form von Teilbetriebsgemeinschaften oder Vollfusionen sind bisher unterschiedlich gewesen. Die dazu erschienenen Veröffentlichungen sind zahlreich[1], können hier

---

[1] Folgende empirische Studien seien zu dieser Problematik genannt:
Wesche, R., Empirische Analyse der Organisationsformen sowie der ökonomischen Voraussetzungen und Auswirkungen kapitalverflechtender Kooperation landwirtschaftlicher Betriebe - Eine Untersuchung von 37 Betriebszweig- und Betriebsgemeinschaften in Niedersachsen - Agrarwirtschaft, SH 5o, Hannover 1973

Barthelmä, K.-L., Strukturelle Auswirkungen der neuen Kooperationsformen im Erzeugungsbereich der deutschen Landwirtschaft, Diss. 1973

Stuhler, E. A., Einkommensverbesserung durch Kooperation in: Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch, 48. Jg. SH 1/1971, München, S. 1o7 ff

Köbke, U., Landwirtschaftliche Kooperation in Theorie und Praxis, Bonner Hefte für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Stuttgart 1972

Köbke versucht zudem eine differenzierte soziologische Interpretation der Ergebnisse auf der Basis systemtheoretischer Ansätze im Sinne von Parsons und Loomis.

allerdings nicht eingehender behandelt werden. Wenn der betriebswirtschaftliche Gewinn eines kooperativen Viel-AK-Betriebes die Summe aus den Gewinnen der vorherigen Einzelwirtschaften übersteigen soll, so wird in der Regel allerdings auch eine Arbeitsabstockung notwendig sein. Ein oder mehrere Landwirte werden eine außerlandwirtschaftliche Beschäftigung aufnehmen müssen und daneben Gewinnanteile aus der Einbeziehung ihres Landes in die Kooperation ausbezahlt bekommen. Dieses kann ebenfalls nur dann geschehen, wenn außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze vorhanden sind. Die Schwierigkeit kann auch darin bestehen, daß niemand bereit ist, einen Arbeitsplatz außerhalb der Landwirtschaft einzunehmen.

Im Gegensatz zu den recht zahlreich vorliegenden empirischen Arbeiten zum wirtschaftlichen Erfolg von Kooperationen, liegen noch kaum empirische Arbeiten über die Bereitschaft der Landwirte zur Kooperation vor. Eine größere Studie ist von Ziche zu dieser Frage erstellt worden[1]. Dieser Autor hat 148o in der bayerischen Landwirtschaft tätige Personen und 11oo Schüler und Schülerinnen bayerischer Landwirtschaftsschulen befragt. Es zeigte sich, daß die Schüler alle Formen der Kooperation positiver betrachten als die in Landwirtschaftsbetrieben Tätigen. Bei diesen Letztgenannten zeichnet sich eine mit zunehmendem Alter größere Abneigung gegenüber Kooperationen ab. Es stellt sich weiter heraus, daß die Landwirte mit fundierter Fachausbildung eine freundlichere Haltung zur Kooperation auf allen Intensitätsstufen einnehmen.

Im folgenden Abschnitt sollen einige Bemerkungen der Diskussionsteilnehmer zu den Problemen um betriebliche Kooperationen dargelegt werden, die Einblicke in Einstellungen zu dieser für die doch bisher sehr auf Selb-

---

1 Ziche, J., Die Bereitschaft zur Kooperation, Ergebnisse einer Befragung der landwirtschaftlichen Bevölkerung Bayerns, in: Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch, 48. Jg. Sonderheft 1/1971 München, S. 138 ff, siehe dazu auch Andreae, B., a. a. O.

ständigkeit bedachten Landwirte beinahe revolutionierenden neuen betrieblichen Wirtschaftsform vermitteln sollen. In den Diskussionen wurden besonders die mit diesen engeren Kooperationen zusammenhängenden sozialen Fragen von den teilnehmenden Landwirten angeschnitten, während die ökonomischen Zusammenhänge etwas in den Hintergrund traten.

4. 3. 2. Kooperationsbereitschaft der Landwirte im Hildesheimer Untersuchungsgebiet

Betriebszweig- und Betriebsgemeinschaften sind auch im Bereich des Hildesheimer Landvolkverbandes noch sehr selten. Mir selbst ist nur eine von einigen Landwirten aus einem Dorf des Landkreises kooperativ betriebene Schweinemast bekannt, die den Charakter eines überbetrieblichen Teilzusammenschlusses hat. Gemeinsames Eigentum an Maschinen und gemeinsame Feldbewirtschaftung sind dagegen ein vielfach praktiziertes Mittel zur betrieblichen Kostensenkung und besseren Arbeitsteilung[1]. Auch ad hoc gegründete Gemeinschaften zum verbilligten Einkauf von Produktionsmitteln, besonders von Dünge- und Spritzmitteln, sind nicht mehr so selten[2]. An eine langfristig festgelegte und verpflichtende Ausgliederung von Betriebszweigen denken die Landwirte aber noch kaum. Allerdings ist auch zu dieser Frage eine differenziertere Betrachtungsweise nötig, als aus den Ergebnissen der Gruppendiskussionen gefolgert werden kann.

Zunächst seien Bemerkungen zweier Teilnehmer an den Gruppendiskussionen angeführt, die versuchten,

---

[1] Vgl. Abschnitt 3. 1. 7.

[2] Der hier verwendete Begriff Gemeinschaft entspricht nicht dem Gemeinschafts-, sondern dem Gesellschaftsbegriff von Tönnies

die grundsätzliche Problematik der Kooperation darzulegen.

B (8oha, 3o J.): Die Selbständigkeit ist bei den Landwirten das A und O. Was ist sinnvoller, 2o ooo DM zu haben und dabei unselbständig zu sein oder 1o ooo DM und Selbständigkeit? Wenn in einem 4o-ha-Betrieb die Fremdarbeitskraft ausscheidet, kann es trotzdem laufen, wenn bei Arbeitsspitzen Kleinbetriebsinhaber mit einspringen. Diese hätten dann auch keine Maschinenkosten mehr. (Bei dem Beispiel des 4o-ha-Betriebes handelt es sich allerdings um eine losere Form der Zusammenarbeit mit getrennter Gewinnermittlung)

B (38 ha, 31 J.) Jeder neigt zur Freiheit. Darum wird der enge Zusammenschluß aufgeschoben. Die Not ist noch nicht da, weil wir besten Boden haben. Höfe von 15 bis 2o ha sind noch gesund. In Zukunft wird es schwieriger, dann kommen wir zum Zusammenschluß, auch Betriebe von 75 ha. Es gehört ein bißchen Überwindung dazu, bis sich drei Landwirte einigen können. Die Freiheit wird ein bißchen aufgegeben. Das hat nur Sinn, wenn der einzelne ein höheres Einkommen hat.

Diese beiden Landwirte haben den grundlegenden Konflikt angesprochen, dem jeder Landwirt, der an enge überbetriebliche Zusammenarbeit mit Partnern in Form von Teil- oder Vollfusionen denkt, ausgesetzt sein wird, den Konflikt, ein großes Maß an Selbständigkeit und Freiheit aufzugeben zugunsten eines höheren Einkommens durch die Beteiligung in einer Kooperation. Freiheit und Selbständigkeit haben in der herkömmlichen Agrargesellschaft einen hohen Stellenwert gehabt und das Handeln der Bauern normativ stark geprägt. Der Übergang zu betrieblichen Kooperationen bedeutet die Abkehr von diesen Normen in ihrer eingespielten und ver-

innerlichten Form und die Zuwendung zu neuen Normen bzw. Normverständnissen, die eine stärkere Anpassungsfähigkeit an die Partner und die neuen wirtschaftlichen und arbeitsorganisatorischen Vorbedingungen eines engen überbetrieblichen Zusammenschlusses erfordern.

Dieser Normenkonflikt wird z. B. in der Äußerung von B (31 ha, 37 J.) deutlich, der die Eigenart der Bauern anspricht und betont, daß niemand für den anderen gern arbeiten möchte. Der Bauer müsse sicher sein, daß er für jede erbrachte Leistung von dem Partner eine Gegenleistung bekommt. Aus dieser Äußerung spricht das Mißtrauen, daß es sich einige Kooperationsmitglieder zum Nachteil anderer bequem machen.

Assoziationen an die kollektivistische Wirtschaftsweise in den Ostblockstaaten werden durch die Äußerungen von C (17 ha, 63 J.) und C (49 ha, 37 J.) geweckt, die mit der engen Kooperation den Anfang der Kolchose befürchten.

Einige Diskussionsteilnehmer erkennen, daß, wie wir oben ausgeführt haben, die Ertragsfähigkeit der Kooperation gegenüber der der Summe der Einzelbetriebe nur dann entscheidend steigt, wenn einige der bisher selbständigen Landwirte ganz aus der Landwirtschaft ausscheiden und einen Arbeitsplatz in Industrie- oder Dienstleistungssektor besetzen. Hier wird ein ernstes psychologisches Problem gesehen

B (8o ha, 3o J.) Wenn drei Bauern kooperieren wollen und einer davon ausscheiden soll, ist das psychologisch schwierig

B (18 ha, 45 J.) Die Zusammenarbeit mit Maschinen geht noch gut. Wenn aber einer bei einer Kooperation ausscheiden muß, wird es schwierig. Jeder müßte sich erst damit abfinden.

Die psychischen Hemmnisse werden auch von B (1o ha, 32 J.) genannt. Alte Landwirte könnten kaum noch umdenken. Koope-

rationen könnten daher nur über den Generationenwechsel geschehen.

> B (25ha,35 J.): Wenn viehlos gewirtschaftet wird, müssen von fünf Mann drei ausscheiden, oder es muß ein zusätzlicher Betriebszweig aufgenommen werden, damit man ein höheres Einkommen erzielt.

Die Aufnahme eines zusätzlichen Betriebszweigs kann aber, wie wir oben ausgeführt haben, an makroökonomische Absatzschranken stoßen. Auch B (25 ha, 35 J.) ist der Meinung, daß Kooperationen nur dann mehr Gewinn erbringen, wenn die Fläche vergrößert werden kann. Müsse stattdessen der Viehbestand vergrößert werden, so setze dieses erst kostspielige Investitionen voraus. Der Gewinn aus diesen Investitionen könne aber nicht sicher genug vorausgesehen werden..Ähnlich argumentiert C (8 ha, 53 J.):

> Gemeinsame Kuhställe müssen dann gebaut werden. Wenn der Staat einen halben Kuhstall hinstellt, geht das an. Aber wenn man nicht an die Gelder herankommt? Es ist nicht gesagt, daß es gut geht, wenn das mehrere zusammen machen.

Die Schwierigkeit der Festlegung von Leistung und Gegenleistung und das notwendige menschliche Verständnis wird von C (5o ha, 4o J.) geäußert:

> Die volle Kooperation geht nur bei mehreren gleich großen Betrieben, wenn die Betriebsleiter im gleichen Alter sind und sich gut verstehen.

Es ist bei der Auswertung dieser eher eine negative Einstellung ausdrückenden Antworten hervorzuheben, daß Antworten von Landwirten unterschiedlichsten Alters mit ebenfalls sehr verschiedenen Betriebsgrößen gegeben worden sind. Altersspezifische und betriebsgrößenbedingte unterschiedliche Intensität negativer Einstellung zur Kooperation lassen sich hier nicht ableiten

Die Bauern eines der Dörfer, in denen wir diskutierten, waren zu einer Informationsfahrt nach Beckdorf[1] gefahren, das allgemein als Muster für eine betriebliche Vollfusion gilt. Einige Bemerkungen der beteiligten Landwirte sollen hierzu angeführt werden.

A (42 ha, 44 J.) sieht die Arbeitsverteilung in Kornlingen so, daß in Zukunft sich die Tätigkeit der einzelnen Mitglieder ganz auf bestimmte Betriebszweige, etwa den Milchviehstall, die Schweinemast oder die Feldwirtschaft konzentriert.

A (25 ha, 35 J.): So super ist es nicht. Wir sollten es begrüßen, daß sie dort den Mut haben. Wir können alle davon lernen. Durch den Zusammenschluß will man die Einseitigkeit der Einzelbetriebe verhindern. Wenn man sich arbeitsmäßig verzettelt, ist es wie früher. Die Frage ist, welche Form der Kooperation man findet. Kornlingen ist nur ein Beispiel.

A (38 ha, 37 J.) stellt den Unterschied zwischen den Begriffen Partnerschaft und Kooperation heraus. Partnerschaft sei äußerst einfach, Kooperation bedeute dagegen immer eine enge Verflechtung. Eine Partnerschaft sei relativ zwanglos, aus einer Kooperation komme aber niemand heraus.

Die sehr enge Bindung, der die einzelnen Mitglieder einer Kooperation unterliegen und vor allem die Tatsache, daß es fast unmöglich ist, aus einer Kooperation wieder auszuscheiden und auf dem eigenen Betrieb dann wieder von vorn anzufangen, scheinen mir einige der vorrangigsten Gründe dafür zu sein, daß die Idee von Teilfusionen und besonders von Vollfusionen bisher noch nicht richtig Fuß fassen konnte. Ein Neubeginn auf dem eigenen Betrieb ist wegen der hohen Anfangsinvestitionen kaum möglich.

---

[1] Beckdorf in der Stader Geest. In diesem Dorf haben sich fast alle Landwirte zu einer Vollfusion zusammengeschlossen, genannt Kornlingen.

Die Ungewißheit darüber, ob der betriebswirtschaftliche Erfolg auch tatsächlich eintritt, ist ein weiterer Grund für die noch große Skepsis und die Neigung, die losere partnerschaftliche Zusammenarbeit in ihren vielfältigen Formen auszuüben.

Trotzdem setzen sich die Landwirte im Hildesheimer Raum offensichtlich teilweise neben den Nachteilen auch mit den Vorteilen von betrieblichen Zusammenschlüssen auseinander, denn es sind auch positive Meinungen geäußert worden.

Im viehstärkeren Südkreis wird die Möglichkeit, Urlaub machen zu können, hervorgehoben.

C (17 ha, 63 J.) Unter Gleichgesinnten könnte eine Kooperation möglich sein. Wenn 2 bis 3 Betriebe zusammenarbeiten, kann auch mal einer ausspannen und Urlaub machen.

C (27 ha, 48 J.) Zwei Familien könnten eine gemeinsame Milchviehhaltung haben. Das ist ein Vorteil in Bezug auf Urlaub.

Eine eindeutig positive Meinung spricht B(59 ha, 36 J.) aus: Wenn das menschliche Problem "hinhaut", bin ich für Teilzusammenschlüsse. Da werden weniger Maschinen gebraucht. Wenn drei Betriebe zusammen sind, wird der Maschinenpark für jeden auch kleiner. Besser wäre es noch, wenn es zu einem richtigen Zusammenschluß käme, "verschiedene Betriebe in einen Pott". Es sollte wie Kornlingen sein. Wie es im einzelnen gemacht wird, muß man überlegen und ausprobieren. Wenn wir so weitermurksen, ist bald auch der beste Betrieb kaputt.

In einem weiteren Beitrag zur Diskussion weist dieser Teilnehmer auf eine engere überbetriebliche Zusammenarbeitsform von sieben Einzelbetrieben im Dinklar hin, die allgemein "Rote Rübe" genannt wird (Rot in Assoziation

zur Farbe kollektivistischer Agrarwirtschaftsform im kommunistischen Ostblock). Da würde richtig gerechnet. Einer kommandiere und könne die Leute vernünftig einteilen.

B (33 ha, 63 J.) sagt, daß er jetzt im Alter schon für einen Teilzusammenschluß sei.
Nebenerwerbslandwirt B (1o ha, 32 J.) sieht allerdings das Alter eher als Hemmnis für das Zustandekommen von engen Kooperationen an. Alte Landwirte könnten hier kaum noch umdenken. So etwas könne nur über den Generationenwechsel entstehen.

A (25 ha, 33 J.) hält eine weitergehende Kooperation auf örtlicher Basis für denkbar. Von einigen anderen Diskussionsteilnehmern wurden Bemerkungen laut wie "es liegt etwas drin, wenn man alles zusammen macht", "theoretisch wäre das schon richtig", "da ist Geld zu sparen", "ökonomisch ist etwas drin; wenn ich den Treckerbestand sehe .." oder "gemeinsame Schweinehaltung müßte möglich sein".

Auch bei eher positiven Einschätzungen lassen sich keine Alters- bzw. betriebsgrößenbedingten Einflüsse feststellen. Um Maschinen einzusparen braucht man allerdings nicht eine enge Kooperation einzugehen. Hierzu genügt eine losere Maschinengemeinschaft oder die Inanspruchnahme eines Maschinenringes. Das Argument, daß man bestimmte Kosten auch bei loserem Zusammengehen in gleicher Höhe einsparen kann, ist von den Teilnehmern an den Gruppendiskussionen sicherlich nicht immer gleich bedacht worden, da sich das Gespräch ja an der engen Kooperation orientierte. Eine positive Beurteilung durch einen Landwirt bedeutet noch lange nicht, daß dieser, wenn die Situation es gebieten sollte, tatsächlich eine Kooperation mit Berufskollegen eingeht. Für den ganz überwiegenden Teil der Landwirte dürfte der Schritt von der Erkenntnis, daß die enge Kooperation Vorteile bringen würde, bis zur tatsächlichen Realisierung noch weit sein. Mit Sachs können wir sagen, daß die Kooperations-

bereitschaft Ausdruck eines permanenten Lernprozesses ist, vor allem über die Mitwirkung in losen Arbeitsgemeinschaften mit resultierender positiver Erfahrung und einer verstärkten Bereitschaft auch zu festeren Zusammenschlüssen zu gelangen[1]. Dabei könnte die Frage bestehen, ob es sich mehr um einen individuellen Lernprozeß handelt, wobei eventuell mit zunehmendem Alter verstärkte innere Widerstände auftreten können oder mehr um einen gruppenweisen Lernprozeß im Sinne eines Akzeptabelwerdens neuer Grundeinstellungen in der Bauernschaft.

Die eigene Erfahrung aufgrund der relativ engen Berührung besonders mit den Landwirten in meinem Heimatdorf Lühnde läßt mich vermuten, daß sich Lernprozesse bei den Landwirten vorrangig durch Kommunikation mit sozialen Umwelteinflüssen der verschiedensten Ebenen vollziehen. Genant seien hier u. a. Kontakte mit den Bauern und anderen Bevolkerungsgruppen im Dorf, Einflüsse durch das Fernsehen, persönliche Teilhabe am politischen und sozialen Zeitgeschehen, Vorträge durch Fachwissenschaftler, Aktivitäten von Verbandsführern.

Individuell wird der Lernprozeß so weit sein, als soziale Einflüsse immer durch die Person des Landwirts selbst verarbeitet werden müssen (im Rahmen des Persönlichkeitssystems im Sinne Parsons', bzw. des psychischen Lebensraums Lewins). Die Lernprozesse vollziehen sich gruppenweise, indem - wie ich aus beobachtetem Verhalten schließen möchte - durch soziale Umwelteinflüsse bewirkte Änderungen von Grundeinstellungen sich im sozialen Feld bei den Landwirten interpersonal relativ gleichmäßig vollziehen.

---

[1] Sachs, R., Integrationsfähigkeit der Landwirtschaft als Bildungsproblem. Soziologische Aspekte; Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, (Hrsg.) Agrarsoziale Gesellschaft, Göttingen, Heft 69, Hannover 1974, S. 24

In dieser Weise dürften sich auch die Lernprozesse im Hinblick auf engere Kooperationsformen, als sie im allgemeinen bisher in losen Arbeitsgemeinschaften praktiziert wurden, abwickeln. Auch die heute vielfach praktizierten Formen loser Zusammenarbeit sind ja erst in jüngerer Zeit akzeptiert worden, während noch die Vätergeneration sie strikt ablehnte. Voraussetzung für intensivere Zusammenarbeit wird aber natürlich immer ein erwarteter ökonomischer Erfolg sein. Es ist zu vermuten, daß der kollektive Charakter im Lernprozeß überwiegen wird. Die Absicht zu Formen enger Verflechtung mehrerer Betriebe wird wohl nur über vielfältige, auf das Ziel gerichtete gruppeninterne Diskussionen zur Verwirklichung führen können. Auf der anderen Seite ist aber auch ein solches Verfahren nur möglich, wenn wenigstens ein Landwirt im Wege eines verstärkt individuell geprägten Lernprozesses zum Meinungsführer wird. Ohne pionierartige Aktivitäten werden enge Kooperationen sich kaum durchsetzen lassen.

4. 4. Das soziale Verhältnis der bäuerlichen Bevölkerung zu den anderen Teilen der Gesellschaft

Nachdem in den bisherigen Abschnitten vor allem Meinungen über die wirtschaftliche Situation sowie über die Maßnahmen zu ihrer Verbesserung oder Stabilisierung interpretiert und zuletzt die Kooperationsantriebe und -hemmnisse bzw. der Grad der Bereitschaft zu Kooperationen zwischen Betrieben innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung des Untersuchungsgebietes behandelt wurden, wollen wir uns nun den Äußerungen der Befragten über die sozialen Beziehungen zur Gesellschaft als ganzer und zu den nichtbäuerlichen Bevölkerungsteilen zuwenden. Obwohl die Ergebnisse aus relativ engen (dichten) Kontakten des Verfassers mit den befragten Personen in Form des mündlichen Einzelinterviews bzw. dem Gruppengespräch gewonnen wurden, liegt der Schwerpunkt der Interpretation wenigstens zunächst darauf, das Verhältnis der landwirtschaftlichen Bevölkerungsteils zu den anderen Gruppen und Schichten in unserer von Industrie und Dienstleistungssektor bestimmten Gesellschaft makrosoziologisch zu umreißen.

Im Mittelpunkt steht die grundsätzliche Frage nach der subjektiven Bewertung der Stellung der Landwirtschaft als sozialen Subsystems in der Gesamtgesellschaft durch die Befragten. Die Einstellung des einzelnen kann auf einer kontinuierlichen, qualitativen Skala an einer bestimmten Stelle gedanklich festgelegt werden. Die Endpunkte einer solchen Skala werden einmal durch die Einstellung bezeichnet, die Landwirtschaft sei völlig unabhängig[1], bzw. habe einen Anspruch auf eigengesetz-

[1] In diesem Fall hätten wir es mit der Denkfigur einer reinen und statischen Agrargesellschaft zu tun. Vgl. dazu Abschnitt [illegible].

liche Entwicklung gegenüber der Gesamtgesellschaft: diese habe die Eigenständigkeit der Landwirtschaft zu achten; zum anderen durch die Einstellung, die Landwirtschaft habe sich vollkommen in das sie umgreifende Wirtschafts- und Sozialsystem einzufügen, d. h. auch, sie habe sich z. B. in einer Marktwirtschaft zu bewähren, ohne für sich Ausnahmen von den Gesetzen der Marktwirtschaft reklamieren zu dürfen. Die tatsächliche Einstellung des einzelnen Befragten und der Befragten insgesamt liegt irgendwo zwischen diesen Endpunkten auf der Skala, die hier natürlich nur als gedankliches Hilfsinstrument zum besseren Verständnis der sozialen Standorte der Landwirtschaft angesehen werden soll.

Als Hilfe zur Bestimmung des sozialen Standortes der befragten Landwirte können uns zunächst die Meinungsäußerungen über die Anpassung an die Erfordernisse der Gesamtgesellschaft (Abschnitt 4. 4. 1.) über den Wert der allgemeinen Bildung für die Kinder der Befragten (4. 4. 2.), sowie über die vieldiskutierten Fragen eines neuen Bodenrechts (4. 4. 3.) dienen, Äußerungen zu Fragen also, deren erste direkt die Auffassungen der Befragten zu Art und Grad der Einfügung in die Gesamtgesellschaft und ihren Wandel zur Diskussion stellt, deren zweite die Einstellungen zu einem besonders wichtigen Integrationsverhalten faßbar macht und deren dritte - die ja den Kern bäuerlicher Interessen berührt - als Kontrolle der Anpassungsaussagen fungieren könnte. Auf der anderen Seite sollen die Diskussionsergebnisse beleuchtet werden, die sich auf das Verhältnis der bäuerlichen zur nichtbäuerlichen Bevölkerung (bzw. zu den nichtlandwirtschaftlichen Erwerbstätigen) der untersuchten Dörfer und/oder des Hildesheimer Raumes beziehen. Gerade hier wird die Vertrautheit des Verfassers mit dem örtlichen Verhältnissen ergänzend eingesetzt werden müssen.

4. 4. 1. Meinungen zur Notwendigkeit der Einordnung und Anpassung der Landwirte in/an die Gesamtgesellschaft[1]

In Anhang C_3 sind die Antworten auf die Frage nach der Beurteilung der relativen Stellung der Landwirtschaft in der Gesamtgesellschaft aufgeführt. Dabei wurde für die einzelnen Betriebsgrößenklassen und die Altersgruppen eine Unterscheidung nach deutlich bejahender, eingeschränkt bejahender und vorwiegend ablehnender Einstellung zur Integrationsnotwendigkeit der Landwirtschaft in das übergreifende soziale System unternommen. Hierbei kann es sich aber nicht um eine strenge Untergliederung der abgegebenen Meinungen handeln. Die Antworten waren immerhin so differenziert, daß ein gewisses Maß an Willkür bei der Zuordnung der Antworten nicht ganz zu vermeiden war. Dieses muß bei der Interpretation der Übersicht37 bedacht werden. Die Gliederung der Antworten aus Anhang C_3 wurde etwa nach folgenden Gesichtspunkten vorgenommen:

Gruppe I (positive Einstellung): für Anpassung bzw. Einordnung; Zwangsläufige Anpassung bzw. Einordnung; nicht gegen Reduzierung der landwirtwirtschaftlichen Bevölkerung

Gruppe II (eingeschränkt positive Einstellung): für Anpassung/Einordnung, aber Landwirtschaft hat gewisse Eigenarten, die bewahrt werden sollen; besondere Aufgaben zu erfüllen
für Anpassung, aber die Landwirtschaft verdient doch Schutz und Achtung.
Anpassung mit Einschränkung
Gegen weitere Reduzierung der landwirtschaftlichen Bevölkerung
"vernünftige"Preise', was sich dann aussondert, ist normaler Strukturwandel usw.

1 Frage 5 im mündlichen Interview, siehe S. 304

Gruppe III (negative Einstellung):
bedingt abgeschlossener Stand;
abgeschlossener Stand, Landwirtschaft ist "Kern" des Volkes, Stand von Eigengewicht bzw. Eigenwert, Bauern im Bestand schützen durch bessere Preise

Übersicht 37 : Anteilsmäßige Aufteilung der Meinungen zur Notwendigkeit der Einordnung und Anpassung der Landwirte in die Gesamtgesellschaft

a)

Betriebsgröße		I positive Einstellung		II eingeschr. positive Einstellg.		III negative Einstellung		insges.
ha	Alter	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	
5 - u. 1o	über 4o J.	2	33,3	4	66,7	-	-	6
1o - u. 3o	unter 4o J.	9	37,5	1o	41,7	5	2o,8	24
	über 4o J.	31	38,3	42	51,9	8	9,9	81
3o - u. 5o	unter 4o J.	8	38,9	8	41,2	1	5,9	17
	über 4o J.	6	25,o	14	58,3	4	16,7	24
5o - u.1oo	unter 4o J.	8	66,7	4	33,3	o	o,o	12
	über 4o J.	6	6o,o	3	3o,o	1	1o,o	1o
insges.	unter 4o J.	25	47,2	22	41,5	6	11,3	53
	über 4o J.	45	37,2	63	52,1	13	1o,7	121
Summe		7o	4o,2	85	48,9	19	1o,9	174

Nur wenige der befragten Landwirte äußerten die Meinung, daß die Bauern noch einen geschlossenen Stand darstellen, der unberührt von den Veränderungen der Gesamtgesellschaft bleiben kann. Nahezu 9o % der Bauern halten "Anpassung" ("Einordnung" in irgendeinem Ausmaß) für unumgänglich oder bejahen sie gar, während nur bei rund 1o % Vorstellungen von Eigenbedeutung, -wert, -gewicht

bei einer besonderen ständisch abgeschlossenen Position in der Gesellschaft dominieren (Übersicht 37). Von der großen Mehrheit "positiver" und "eingeschränkt positiver" Antworten spricht sich etwas weniger als die Hälfte uneingeschränkt für die Anpassung aus, wobei einfache Willensäußerungen ("ich bin für Anpassung ...") vor Begründungen aus ökonomischer Zwangsläufigkeit, der man sich - ob man will oder nicht - fügen muß, und - zahlenmäßig schwächer - vor ausdrücklichen Ablehnungen einer ständischen Abgeschlossenheit rangieren. Die "eingeschränkt positiven" Antworten halten offenbar auch die "Anpassung" für unvermeidlich oder bejahen sie z. T. sogar ausdrücklich; aber sie wollen sich ihr nur unter Bedingungen (Schutz, Achtung) oder begrenzt fügen. Begrenzt werden soll dabei vor allem (am häufigsten) die weitere Reduzierung des Anteils der landwirtschaftlichen Bevölkerung, wie überhaupt (selbst unter den uneingeschränkt positiven Voten) "Anpassung" offenbar in starkem Maße quantitativ verstanden wird ("Reduzierung" oder nicht; wobei "Reduzierung als Gegensatz zu einer irgendwie garantierten Bestandserhaltung steht). Mit wachsender Betriebsgröße erhöht sich der Anteil der besonders integrationsbereiten Landwirte. Die Jüngeren siedeln sich etwas stärker in Gruppe I an (47,2 v. H.), während die Älteren in Gruppe II dominieren (52,1 v. H.). Die Anteile negativer Einstellung sind in beiden Altersgruppen etwa gleich. Dieses Ergebnis entspricht unserer Erwartung, daß die Jüngeren der Anpassung der Landwirtschaft an die Gesamtgesellschaft tendenziell vorbehaltloser gegenüberstehen. Wegen der schwierigen Abgrenzung zwischen den Gruppen I und II in Einzelfällen muß dieses Ergebnis allerdings mit etwas Vorsicht betrachtet werden. Ein statistisch signifikanter Zusammenhang dürfte daraus wohl nicht interpretiert werden können.

Die Begründungen der Einstellungen sind im Detail in Anhang C_3 aufgeführt. Die Darstellung ist deswegen et-

was breit ausgelegt, weil eine zu strenge Zusammenfassung die Vielfalt der Antworten, durch die erst das richtige Verständnis für die Breite der Argumentationen gewonnen werden kann, verdecken würde. Der Sinn der offenen Fragen im mündlichen Interview ist es ja gerade, den Befragten zu stimulieren, für ihn persönlich besonders wichtige Aspekte eines Problems in das Gespräch einzubringen[1].

Trotzdem lassen sich die Antworten auf einige wenige grundlegende Gesichtspunkte einengen. Die bei aller positiven Grundeinstellung zur Einordnung und Anpassung doch skeptischen Landwirte (eingeschränkt positive Einstellung) begründen ihre Zurückhaltung vor allem mit den Aufgaben für Ernährung, Umweltschutz und Landschaftspflege. Für die Erfüllung dieser Funktionen müsse ein bestimmter Mindestbestand an landwirtschaftlicher Bevölkerung, der nicht wesentlich unter dem gegenwärtigen Anteil liegen dürfe, aufrechterhalten bleiben. Neben diesen Begründungen aus Funktionen der Landwirte stehen Hinweise auf die Gesellschaftspolitik (gleicher Anspruch auf Schutz oder Hilfe wie andere gesellschaftliche Gruppen) oder auf befürchtete gesellschaftliche Schäden, die leider allerdings nicht genau faßbar werden. Trotz aller Bejahung des gesellschaftlichen Wandels oder seiner Hinnahme besteht offensichtlich der Wunsch nach Aufrechterhaltung einiger stabilisierender Schutzfunktionen. Die recht häufig genannte Funktion des Umweltschutzes und der Landschaftspflege, Problembereiche, die erst kürzere Zeit vor der Erhebung besonders intensiv in das Bewußtsein der Bevölkerung eingedrungen waren, dürften mindestens auch als gern aufgegriffenes Argument für eine weitestmögliche Bewahrung der vorhandenen Strukturen willkommen gewesen sein, ebenso die Hinweise darauf, daß nicht nur die Landwirtschaft, son-

---

1 Vgl. Abschnitt 2. 5. 2.

dern bestimmte Industrien, wie die Kohle, durch vielfältige Schutzmaßnahmen vor dem Wettbewerb geschützt werden. Die Notwendigkeit zur Anpassung und Einordnung wird zwar gesehen und hingenommen (wenn auch wohl nicht gern), aber der Landwirtschaft wird ein bestimmter Eigenwert zugesprochen, der Schutzmaßnahmen rechtfertigt.

Die Gruppe von Bauern, die sich deutlich positiv zur Integration äußerten, sehen die Gründe im wesentlichen in den technisch und biologisch begründeten Produktivitätssteigerungen. Diese haben zu der Konsequenz geführt, daß in vielen Betrieben bis zu einer Größe von etwa 35 ha im Hildesheimer Raum die Betriebsleiter nicht ausgelastet sind. Eine zu starke Ausdehnung der Veredelungsproduktion zur Auslastung freier Arbeitskapazitäten würde an gesamtwirtschaftliche Absatzschranken stoßen[1]. So wird auch die ökonomische Zwangsläufigkeit der Gesundschrumpfung betont. Kleinere Betriebe müßten ausscheiden, damit die größeren aufstocken könnten. Neben die ökonomischen treten aber auch Argumente, die das Verhältnis der Bauern zu anderen gesellschaftlichen Gruppen unmittelbar ansprechen: ein paar Landwirte drücken sie in z. T. drastischen Sätzen aus, wie "Ich habe etwas gegen die alte grüne Front", "die Landwirte sollen auf dem Teppich bleiben", "die Nase nicht so hoch tragen" oder "ein Beruf wie jeder andere". Ständische Abkapselung würde zum Gettodasein für die Landwirte führen, sagte ein anderer.

Soweit Gründe für die eher negativen Einstellungen angegeben werden, sind sie ganz überwiegend gesellschaftspolitischer Art. Trotzdem sind aber auch hier ähnliche Äußerungen wie "die Bauern sind Kern eines gesunden Volkes" auf ganz wenige Einzelfälle beschränkt.

---

1 Vgl. Abschnitt 4. 3. 1.

Die Problematik der Integration der Landwirte in die Gesamtgesellschaft wurde auch in den Gruppendiskussionen behandelt. Auf die Frage, ob die Teilnehmer den sich vollziehenden Strukturwandel volkswirtschaftlich und gesellschaftlich für richtig ansehen, wurde überraschend wenig eingegangen. Das wird zum Teil daran liegen, daß das hier angeschnittene Problem auch in der Diskussion der anderen Themenbereiche behandelt wurde. Betont wurde von einigen Landwirten, daß die Energiekrise (die erst nach der Zeit der mündlichen Befragungen eintrat) den Menschen auch potentielle Gefahren durch eine Ernährungskrise wieder greifbarer gemacht habe. Einige Landwirte waren aber der Meinung, daß sich der Strukturwandel doch mit dem Generationenwechsel vollziehe. Der Nachwuchs sehe keinen Reiz mehr in der Landwirtschaft. Auch möchten die jungen Mädchen heute kaum mehr einen Landwirt heiraten, äußerten ein paar Diskussionsteilnehmer. Selbst die Bauerntöchter suchten mehr und mehr ihre Ehepartner außerhalb der Landwirtschaft.

Die Diskussionsbeiträge zur Problematik des sozialökonomischen Strukturwandels in der Landwirtschaft mit seinen Folgen zumindest partieller Notwendigkeit zur Anpassung und Einordnung sowohl in das übergeordnete System der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft als auch in eine nicht mehr primär bäuerliche lokale oder regionale Umwelt zeigen besonders deutlich, daß das soziale Subsystem Landwirtschaft in Bewegung geraten ist. Allerdings vollzieht sich die Veränderung der sozialen Werte wie der Wandel der Einstellungsstrukturen langsam. Die Bauern sehen ein, daß man sich anpassen muß; die Mehrzahl der Landwirte ist aber davon überzeigt, daß die Landwirtschaft auch heute noch Eigenwert besitzt und sich daher nicht vollständig an die allgemeinen Verhaltensweisen in der Gesamtgesellschaft angleichen soll.

Bezogen auf das AGIL-Schema Parsons[1], kann daher gesagt werden, daß die L-Funktion (latent pattern maintenance) bei den Befragten beachtlich bleibt. Bemühungen, überkommene agrarische Muster zu bewahren (zumindest latent), sind auch weiterhin in der bäuerlichen Bevölkerung vorhanden. Bei aller grundsätzlicher Bejahung von mehr oder weniger zwangsläufigen Veränderungen in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zu den anderen Teilen der Gesellschaft in Richtung engerer Einbindungen dringen doch Argumente für eine besondere Stellung der Landwirtschaft durch.[2] Die Erwartung, daß die älteren letzteres stärker hervorheben als die jüngeren Landwirte, konnte bestätigt werden. Die Zielfunktion G muß als diffus bezeichnet werden mit Tendenzen zur Stabilisierung in Richtung auf das gesamtgesellschaftliche Wertsystem. Der gemeinsame Wertebereich von landwirtschaftlichem Subsystem und gesamtgesellschaftlichem Sozialsystem vergrößert sich. Zur Kontrollfunktion A und zur systembewahrend wirkenden Integrationsfunktion kann gesagt werden, daß die Bauernschaft im Raum Hildesheim noch über genügend traditionale Elemente verfügt, die trotz verstärkter Hinwendung nach außen gemeinsame und absondernde Bewußtseinsinhalte aufrechterhalten. Gruppeninterne Situationskontrolle und innere Integrationskraft sind also noch vorhanden. Die strukturale Verflochtenheit der Landwirtschaft mit den den wirtschaftlichen Strukturwandel bestimmenden außerlandwirtschaftlichen Sektoren ist aber größer geworden. Die schrittweisen Veränderungen der Denkstrukturen und Einstellungen ermöglichen, nach Meinung der Befragten, vor allem mit dem Generationenwechsel auch eine Verminderung der ano-

---

1 Vgl. Abschnitt 2. 3.

2 Dies kommt besonders auch in den Meinungen zu den Erzeugerpreiserhöhungen (Abschn. 4. 1. 3.) zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm (Abschn. 4. 2. 3.) und zur Kooperationsbereitschaft (Abschn. 4. 3. 2.) zum Ausdruck.

Übersicht 38 : Einschätzung der Landwirtschaft nach ihrer Bedeutung gegenüber den anderen Gesellschaftsteilen[1]

Betriebsgröße ha	Alter	wichtiger		gleichgeordnet		untergeordnet		Sa
		abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	
5- u. 10	unt. 40 J.	-	-	-	-	-	-	-
	üb. 40 J.	o	o,o	6	100,o	o	o,o	6
10- u. 30	unt. 40 J.	3	12,o	2o	8o,o	2	8,o	25
	üb. 40 J.	9	11,3	68	85,o	3	3,7	8o
30- u. 50	unt. 40 J.	2	11,7	14	82,4	1	5,9	17
	üb. 40 J.	4	16,7	2o	83,3	o	o,o	24
50- u. 100	unt. 40 J.	1	8,3	11	91,7	o	o,o	12
	üb. 40 J.	2	2o,o	8	8o,o	o	o,o	1o
insgesamt	unt. 40 J.	6	11,1	45	83,3	3	5,6	54
	üb. 40 J.	15	12,5	1o2	85,o	3	2,5	12o
Summe	beide Altersgruppen	21	12,1	147	84,5	6	3,4	174

mischen Spannungen und werden wahrscheinlich zu weiteren Entkrampfungen im Verhältnis zwischen Bauern und den anderen Mitgliedern der Gesellschaft führen. Die These, daß die Bauern heute stärker bereit sind, Werte der sie umgebenden Gesamtgesellschaft zu übernehmen, wird auch durch die Feststellung gestützt, daß nur 12,1 v. H. aller befragten Landwirte die Landwirtschaft für wichtiger halten als andere Teile der Gesellschaft (Übersicht 38). Würde man sich noch in der Art einer "grünen Front" zu den Werten früherer Agrargesellschaften bekennen, hätten wahrscheinlich mehr Landwirte die im Vergleich zu anderen Gesellschaftsteilen bzw. -systemen besondere Be-

1 Frage 5 im mündlichen Interview; siehe S. 3o4

deutung (Eigengesetzlichkeit und -wert) der Landwirtschaft hervorgehoben. Von den Befragten sind aber 84,5 v. H. der Meinung, daß die Landwirtschaft anderen Gesellschaftsteilen gleichgeordnet sei, 3,4 v. H. neigen sogar dazu, ihr eine geringere Bedeutung zuzusprechen. Abgesehen von der letztgenannten Aussage (bezüglich der auch Interpretationsschwierigkeiten bestehen) sind dabei die Meinungsstrukturen in den einzelnen Betriebsgrößenklassen und den beiden Altersgruppen ziemlich gleich, wie an den geringen Abweichungen gegenüber den Gesamtdurchschnitt zu ersehen ist.

Die in den Gruppendiskussionen gestellte Frage nach den sozialen Beziehungen der bäuerlichen Bevölkerung zu den anderen sozialen Schichten in den Dörfern ergab ebenfalls, daß Spannungen geringer und das Verständnis für den jeweils anderen größer geworden sind.

Wohl der größte Teil der kleineren und mittleren Dörfer im Landkreis Hildesheim-Marienburg war noch in den ersten Nachkriegsjahren recht deutlich von den Bauern mit ihren Familien bestimmt. Daneben hatten die Handwerker ein starkes Gewicht in der sozialen Stellung und der kommunalpolitischen Mitgestaltung im Dorf. In den größeren Ortschaften mit vielleicht über 1ooo Einwohnern war aber auch besonders auf Grund der intensiven wirtschaftlichen Verflechtung innerhalb des Raumes und zum Hannoverschen Verdichtungsgebiet die Arbeitnehmerschaft zahlenmäßig stark vertreten. Vor allem in den evangelischen Randgemeinden des Landkreises wirkte sich dieses Kräfteverhältnis in entsprechenden Mehrheitsverhältnissen in den Gemeinderäten aus, während in den zentralen Gemeinden mit ihrer vorwiegend katholischen Bevölkerung bis heute noch meistens Bauern, Handwerker,

Geschäftsleute und mittlere Angestellte am stärksten vertreten sind. (s. Karte 4, S. 222)

Die vielgepriesene Harmonie dörflichen Lebens in der vorindustriellen Zeit der reinen Agrargesellschaft hat es in Wahrheit nie gegeben[1]. Auch damals war das zwischenmenschliche Leben nicht frei von sozialen Spannungen. Entsprechend unseren Ausführungen über die Agrargesellschaft[2] konnte man aber das Dorf als relativ abgeschlossene sozialökonomische Einheit betrachten. Der bäuerliche Lebensbereich mußte allerdings Funktionen abgeben und hat neue hinzugenommen als Ergebnis arbeitsteiliger Wirtschaft und Gesellschaft. Morgen sieht daher auch für die Dorfgemeinde und ihre Menschen den Weg zur Bildungsgesellschaft[3]. Neundörfer nennt in diesem Zusammenhang die industrialisierten Landräume eine "Avantgarte"[4]. Schon 1954 stellten Wurzbacher und Mayntz-Pflaum in einer empi-

---

[1] So hat Kötter die Dorfharmonie als "einen historischen Irrtum" bezeichnet und bezieht sich dabei auf Linde, der vor allem die halb- und unterbäuerliche Schicht nennt, die wegen ihrer mangelhaften Existenzgrundlage nicht in die Gemeinde integriert war. Linde, H., Zur sozialökonomischen Situation des deutschen Dorfes, in: Das Dorf. Gestalt und Aufgaben ländlichen Zusammenlebens, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, H. 2, Hannover 1954, S. 1o
Kötter, H., Die Gemeinde in der ländlichen Soziologie in: R. König (Hrsg.), Soziologie der Gemeinde, Köln u. Opladen 1966, S. 19, siehe auch dazu den Hinweis von Planck. Dieser führt aus, daß sich die friedliche Dorfidylle aus der Nähe gesehen oft als Schauplatz intimer Fehden, gemeiner Intrigen oder heftiger Positionskämpfe erwiesen hat. Planck, U., Die Landgemeinde, Hildesheim 1971, S. 7

[2] Vgl. Abschnitt 2. 3.

[3] Morgen, H., a. a. O., S. 167

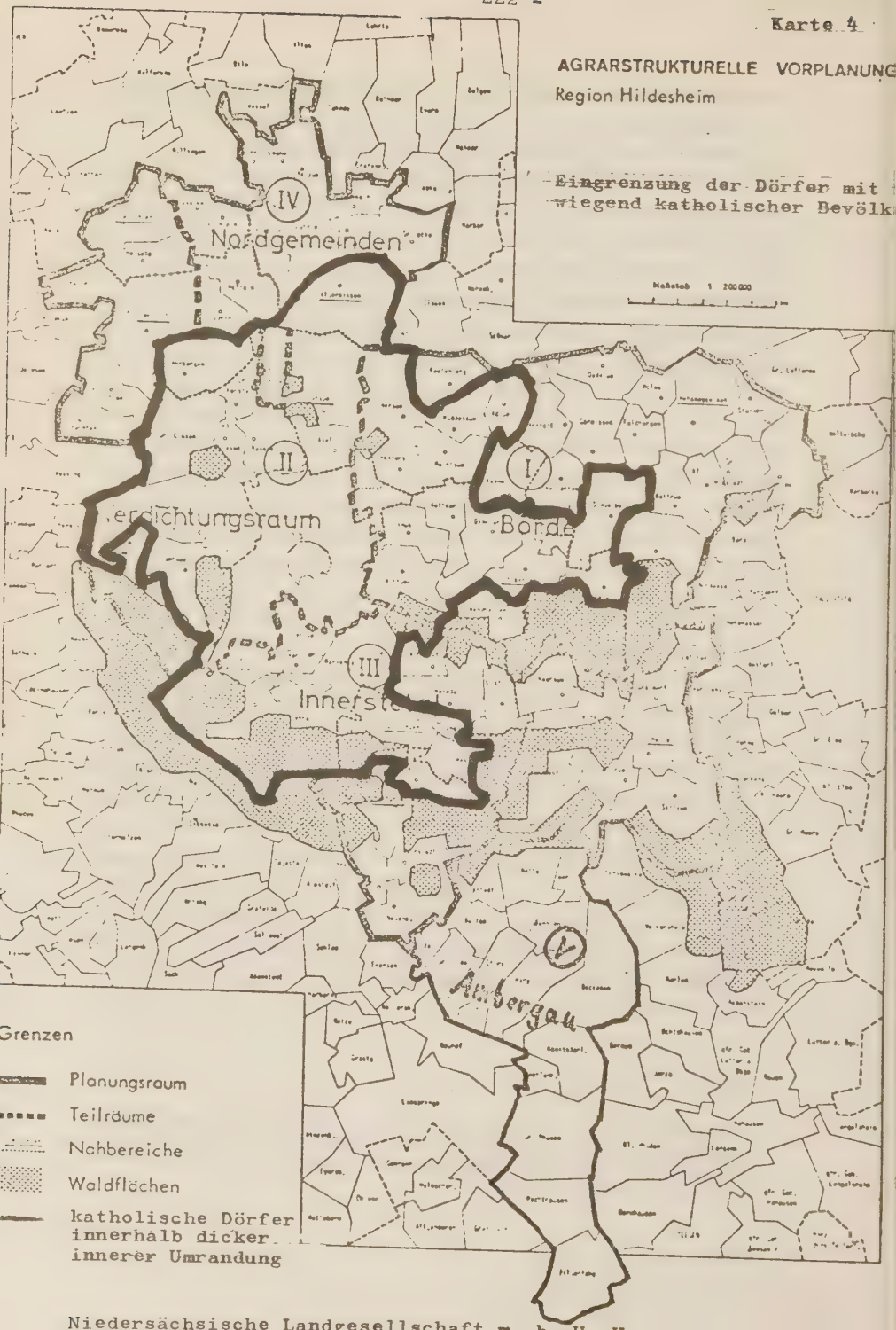
[4] Neundörfer, L., Das Dorf-Produktionsstätte oder Lebensraum, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Veröffentl. der Agrarsozialen Gesellschaft e. V., Göttingen 196o, S. 17

Karte 4

AGRARSTRUKTURELLE VORPLANUNG
Region Hildesheim

Eingrenzung der Dörfer mit
wiegend katholischer Bevölk

Maßstab 1 : 200 000



Niedersächsische Landgesellschaft

rischen Studie einen vielfältigen Differenzierungsprozeß fest, ausgelöst vorwiegend durch Verkehrsaufschließung und Industrialisierung[1].

Die heutigen Einstellungen der Bauern zu ihren nichtbäuerlichen Mitbewohnern in den Dörfern konkretisieren sich bei den Gruppendiskussionen in folgenden Äußerungen. Nebenerwerbslandwirt B (1o ha, 52 J.) bezeichnet das Verhältnis der Bauern zu den nichtbäuerlichen sozialen Schichten als gut. In Adlum stellt man für die Kommunalwahl eine Einheitsliste mit Vertretern aller sozialen Gruppen auf. Dieses beruhige die ganze Situation im Ort. C (47 ha, 3o J.) ist der Meinung, daß die nichtbäuerlichen Dorfbewohner unter sich vielleicht manchmal noch sagten, daß die Bauern nichts taugen. Aber das trete nicht offen zutage. Der Grund für den Abbau der Spannungen liegt nach Meinung dieses jungen Landwirts in dem starken Anwachsen der Einkommen der unselbstständig Beschäftigten. Man habe somit eigentlich keinen Grund mehr, auf die Bauern neidisch zu sein. Raum für Spannungen sei kaum noch gegeben. C (18 ha, 58 J.) glaubt, daß das gute Verhältnis zwischen den sozialen Gruppen in Hackenstedt damit zusammenhänge, daß Väter und Großväter der heute zur Stadt pendelnden Berufstätigen noch recht eng mit der Landwirtschaft verbunden waren. Die soziale Struktur hätte sich erst durch die Zuwanderung der Vertriebenen stärker verändert. Vor dem Kriege hätten alle Einwohner Grundbesitz, Häuser und etwas Land gehabt, was zur Erweiterung des Verständnisses zwischen den Dorfbewohnern beigetragen habe.

Die gelungene soziale Integration der Vertriebenen wird

---

[1] Wurzbacher, G., unter Mitarbeit von R. Mayntz-Pflaum u. a., Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart 1954, S. 28

auch von A (25 ha, 33 J.) hervorgehoben. Der Grund für das gute Verhältnis zwischen den sozialen Gruppen in seinem Dorf (Sorsum) sieht aber auch er darin, daß sich dort nicht sehr viele Fremde angesiedelt hätten. Wenn in Sorsum Hochhäuser gebaut worden wären wie in Ochtersum (durch Hildesheim eingemeindeter Stadtrandort), wären die Beziehungen sicherlich anders. In Ochtersum, heute räumlich wegen der großen Bautätigkeit fast ganz an Hildesheim angeknüpft, besteht aber offensichtlich ein größeres Eigendasein der sozialen Siedlungsgruppen Altdorf und Neusiedlung (was ich allerdings nur aus relativ entfernter Anschauung beurteilen kann).

Wenn auch die Gegensätze zwischen der landwirtschaftlichen Bevölkerung und anderen sozialen Gruppen im Dorf zum Teil erheblich geringer geworden sind (wie durch die Aussagen der Diskutanten in allen Orten bestätigt wurde), so wird man doch nicht sagen können, daß die sozialen Abstände ganz verschwunden sind. Die emotionale Abneigung gegen die Bauern käme vor allem aus der Stadt bzw. den Stadtrandgebieten, sagte C (27 ha, 48 J.). Hier habe man die starke Abhängigkeit in der Nahrumgsversorgung von Bauern im Krieg nicht vergessen. Ohne Zweifel ist es richtig, daß die mehr oder weniger hungernden Stadtbewohner bzw. die aus der durch Bombenangriffe zerstörten Stadt Hildesheim Evakuierten von manchem Bauern damals nicht besonders freundlich und hilfsbereit behandelt wurden. Selbst wenn es Einzelfälle waren, so mögen diese Erlebnisse sich doch tief, wenn auch vielleicht eher latent, im Bewußtsein einiger Stadtbewohner niedergeschlagen haben. Auch sonst hat offenbar in früheren Zeiten das Verhalten der damals dominierenden Bauern gegenüber den anderen Dorfbewohnern nicht immer zum gegenseitigen Verständnis beigetragen, vielmehr zum Entstehen noch nachwirkender Spannungen geführt. A (25 ha, 35 J.) meint geradezu, die heutigen Bauern hätten ein schlechtes Erbe angetreten, es müsse

Haß abgebaut werden. Mehrere andere bringen das mangelnde Verständnis von Nichtlandwirten für die Landwirtschaft, bzw. für die Bauern z. B. mit der "an die Grenzen des Erträglichen gehenden Belästigung" durch unbekümmerte Straßen- und Wegeverschmutzung beim täglichen Viehtrieb (Kühe, Schafe, Schweine) oder beim Sauerblatt- oder Mistfahren in Verbindung. Zwar habe sich inzwischen das Verhalten der Bauern geändert (Mechtshausen), aber man müsse sich fragen, ob die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung jetzt nicht noch weitergehende Ansprüche stellen werde, so daß man "Besen nicht mehr aus der Hand" werde legen können.

Viele Nichtlandwirte in den Dörfern sollen noch der Meinung sein, daß die Bauern viel Geld hätten. C (29 ha, 51 J.): "Die (anderen Dorfbewohner) glauben, wir schwimmen im Geld". C (47 ha, 3o J.): "Bauer = reicher Bauer".

Diese Vorstellung scheint noch aus der Zeit zu stammen, in der ein tüchtiger Bauer eine ganze Getreideernte während des Jahres auf dem Kornboden liegen hatte, also die Zahlungsfähigkeit des Betriebes nicht von den Einnahmen aus dem laufenden Jahr abhing.

Auch im Hinblick auf die Einschätzung der bäuerlichen Arbeitsbelastung seitens der nichtbäuerlichen Dorfbewohner wirken z. T. offenbar Bilder aus früheren Zeiten (etwa das der älteren Landwirte auf größeren Betrieben, die früher nicht viel selbst arbeiteten) nach. Die heute vorwiegende Einschätzung, in der einerseits die starke Belastung der Landwirte in den Arbeitsspitzen anerkannt und gewürdigt, andererseits aber auch auf die ruhige Winterzeit, besonders in den viehlosen Betrieben hingewiesen wird, wird in dem folgenden Gespräch während einer Gruppendiskussion gut gekennzeichnet:

C (27 ha, 48 J.) Es wird anerkannt, daß hart gearbeitet wird. Arbeitsmäßig will keiner mit uns tauschen.
C (47 ha, 3o J.) Das wird allgemein nicht so gesehen, vielleicht nur bei Nachbarn. Im Winter allerdings hört man: Ihr habt Bauernsonntag.
C (18 ha, 58 J.) Sie haben nicht ganz unrecht.
C (28 ha, 53 J.) Viehbetriebe haben immer Arbeit.
C (49 ha, 37 J.) Wenn man die Stunden zusammenzählt, haben wir mehr als die 4o-Stunden-Woche.

Die zitierten Diskussionsbeiträge zeigen recht deutlich, wie stark noch in einer nahen - von den Diskussionsteilnehmern erfahrenen - Vergangenheit die Spannungen zwischen bäuerlichen und anderen Dorfbewohnern des Untersuchungsgebiets waren und welche Rolle dabei das Selbstwertgefühl der Bauern spielte (Groß Lobke: "Die Bauern haben sich aufgespielt") Die Diskussionsteilnehmer betonen die Verminderung der Spannungen und die Notwendigkeit, zu gegenseitiger Verständigung zu gelangen (Harsum: "Wenn wir uns abkapseln, sehe ich ganz düster") Wichtig sind ihre Hinweise darauf, wie die Spannungsminderung mit dem Strukturwandel zusammenhängt (Einkommensausgleich, wachsender industrieller Erwerb, Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe und Arbeitskräfte und im Zusammenhang damit, Verlust der bäuerlichen Dominanz nebst Verhaltensänderungen. Hinzu kommen die erwähnten, je Dorf verschiedenen Probleme der Integration der Vertriebenen und des Verhältnisses von Pendlern zu Bauern), dann aber auch die Aussagen über das gegenseitige Verständnis der Gruppen sowie über das Selbstverständnis der Bauern.

Die z. T. kontroversen Aussagen zum gegenseitigen und eigenen Verständnis sind insofern von besonderem Interesse, als in ihnen die schon erkannten Grundeinstellungen - die beharrende gegenüber der für den fortschreitenden Wandel aufgeschlossenen - in eigentümlicher Weise zu-

sammentreffen: Aufgeschlossenheit gegenüber dem Strukturwandel äußert sich nicht nur in der selbstkritischen Auseinandersetzung mit den ererbten Spannungen und früher üblichen Verhaltensweisen (man fragt sich, wie einen die anderen sehen, Groß Lobke), sondern auch in den Versuchen, sich selbst zu analysieren und zu beurteilen (Übermechnisierung aus dummem Bauernstolz, Harsum; alles für die Maschinen, Groß Lobke; keine Kooperationsfolgerungen, Groß Lobke; Frauenproblem, Mechtshausen; Argumentationsdefizit, Hackenstedt; usw.), u. a. im Vergleich mit anderen Gruppen (z. B. den Nebenerwerbslandwirten, die nicht nur an die Maschinen denken, Groß Lobke; z. B. auch in einigen Würdigungen der Arbeits- und Lebenssituation von Arbeitern, Sorsum, Mechtshausen). Demgegenüber zeigt sich hier die Grundeinstellung des Beharrens vor allem in Klagen über eigene Benachteiligungen, bei denen Klischees (Menschen zweiter Klasse, Sorsum) und verkürzte Einsichten in die Situation der anderen (Sorsum; Mechtshausen) die analytische Bemühung in den Hintergrund treten lassen. Der Strukturwandel, der den Einfluß der landwirtschaftlichen Bevölkerung (Hackenstedt; Adlum) abnehmen läßt, erscheint als Fehlentwicklung, die die Landwirte gegenüber den anderen benachteiligt (am krassesten Sorsum) und weiter zu belasten droht (vgl. oben: weitergehende Ansprüche der übrigen Bevölkerung an die Straßensäuberung); auch Erscheinungen wie das Unverständnis der Bevölkerung für Lage oder Bedürfnisse der Bauern (Sorsum; Hackenstedt), ihre Quasi-Undankbarkeit (nur in Notzeiten an Landwirtschaft erinnert, Sorsum) scheinen dem Wandel angelastet zu werden.

Die vor allem von dieser Betrachtungsweise ausgehenden Hemmungen für eine Entfaltung offener Beziehungen zwischen den dörflichen Gruppen, bzw. für das Verstehen der jeweils anderen Gruppen nebst ihren sich wandelnden Positionen, dürften auf der Hand liegen. Der Lernprozeß, mit dessen Hilfe diese Hemmungen (Hindernisse)

überwindbar gemacht werden könnten, ist, wie die Gegenposition einer dem Wandel gegenüber aufgeschlossenen Grundeinstellung erkennen läßt, aber immerhin angelaufen.

4. 4. 2. Meinungen zur allgemeinen Bildung für die Kinder der Landwirte[1]

Soweit Morgen zugestimmt werden kann, daß unsere Gesellschaft insgesamt in Zukunft sich in Richtung auf eine Bildungsgesellschaft verändert[2], wäre es wichtig zu wissen, wie die Landwirte auf eine solche Entwicklung vorbereitet sind. Man darf wohl annehmen, daß die Einordnung des agrarischen Gesellschaftsteils in die Gesamtgesellschaft unter relativ geringen Konflikten abliefe, wenn die Entwicklung hin auf eine Bildungsgesellschaft in der Landwirtschaft mitvollzogen würde. Insofern ist dieser Abschnitt nur eine notwendige Vervollständigung des vorherigen.

In der Bundesrepublik besuchten bisher, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil[3], weniger Kinder von Bauern weiterführende Schulen und Hochschulen. Leider gibt es keine Statistiken über die soziale Herkunft der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen. Dieses gilt sowohl für den Bund, das Land Niedersachsen als auch den Landkreis Hildesheim. Für die wissenschaftlichen Hochschulen ist eine ausgewertete Erhebung vom Wintersemester 1966/67 vorhan-

---

[1] Frage 6 bei den Gruppendiskussionen, siehe S. 305

[2] Morgen, H., Die Dorfgemeinde als soziologisch bestimmter Standort, in: Sozialökonomische Aufgaben der Landwirtschaft in unserer Zeit, Festschrift für Max Rolfes, Darmstadt 1964, S. 167

[3] Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung betrug nach Volkszählung 1970 4,7 v. H. Berechnet nach: Stat. Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Vz vom 27. Mai 1970, H. 15, Bevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt und Beteiligung am Erwerbsleben, Stuttgart und Mainz 1974, S. 22, Der Anteil der Erwerbstätigen der Landwirtschaft ist höher, weil die mithelfenden Familienangehörigen meistens als Vollerwerbstätige gezählt werden (Vgl. Abschnitt 2. 2.)

den, wonach Kinder von selbständigen Landwirten und Bauern einen Anteil von nur 2,6 v. H. an den deutschen Studierenden ausmachten[1]. Für die allgemeinbildenden Schulen sei auf das in Übersicht 39 dargestellte Ergebnis des Mikrozensus Juli 1972 hingewiesen[2]. Der prozentuale Anteil der Schüler, deren Vater selbständiger Landwirt ist, beträgt nur 3,9 v. H. aller Gymnasialschüler. Dagegen sind es bei der Realschule 5,3 v. H. und bei der Grund- bzw. Hauptschule 5,8 v. H. Zum Vergleich sei erwähnt, daß nur noch, abgesehen von den Nichterwerbstätigen, die Kinder von gelernten Arbeitern und Facharbeitern sowie der sonstigen Arbeiter mit höherer Qualität der Schule jeweils sinkende Anteile verzeichnen. Bei den sonstigen Selbständigen, Beamten und Angestellten erweist sich ein umgekehrter Zusammenhang. Die Anteile steigen mit höherem Niveau der weiterführenden Schulen[3]. Für den Landkreis Hildesheim mag die Bildungssituation der Landwirte aus ökonomischen Gründen und auch darum besser sein, weil für diesen Raum neben den Gymnasien und Realschulen die Michelsenschule zur Verfügung steht, auf deren besondere Bedeutung gerade für die Vermittlung von Berufs- und Allgemeinbildung an Landwirte und Hofnachfolger oben hingewiesen wurde[4].

---

1 "Wirtschaft und Statistik" 1971, H. 5, S. 249

2 Vgl. dazu auch: Görs, D., Soziale Herkunft der Schüler und Ungleichheit der Bildungschancen. Daten und Fakten zur Sozialstruktur im Bildungswesen, in: WSI Mitteilungen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf 1975, S. 233 ff

3 Planck, U., Landjugend im sozialen Wandel, München 1970. Büscher, K., Bildungsstruktur und Bildungsplanung, in: Berichte über Landwirtschaft, N. F. Bd. 45. Hamburg und Berlin 1965, S. 503 ff. Büscher ist der Meinung, daß in den kleineren landwirtschaftlichen Betrieben die geistige Arbeit noch häufig als eine "Art Spielerei oder gesellschaftlicher Luxus" angesehen werde. (S. 508)

4 Vgl. Abschnitt 3. 5. 1

Die in den mündlichen Interviews oft ausgesprochene Meinung, daß die Kinder in Zukunft eine ihren Fähigkeiten gemäße Allgemeinausbildung erfahren sollten, war auch Grundtenor der Diskussionsbeiträge in den Gruppendiskussionen zu dieser Frage. Die Tendenz, zunächst einmal den Schwerpunkt auf eine gründliche Allgemeinausbildung zu legen, sei heute in fast allen Familien vorhanden, sagte ein junger, sehr aufgeschlossener Landwirt. Früher sei es in allererster Linie auf die Vermittlung des praktischen und theoretischen Rüstzeugs des landwirtschaftlichen Fachs angekommen. Heute müsse man dagegen den Kindern die Chance geben, mittels einer stärkeren Betonung der Allgemeinbildung auch evtl. in sichere und lohnende außerlandwirtschaftliche Berufe hineinzukommen oder sich für landwirtschaftliche Beru-

Übersicht 39:

Schüler an allgemeinbildenden Schulen nach beruflicher Stellung des Familienvorstandes[1])

- Ergebnis des Mikrozensus Juli 1972

Schulgattung	Geschlecht des Schülers	Schüler insgesamt		Berufliche Stellung des Familienvorstandes						
				Selbständiger Landwirt Mithelfender Familienangehöriger	Sonstiger Selbständiger	Beamter/ Richter	Angestellter	Gelernter und Facharbeiter	Sonstiger Arbeiter	Nichterwerbstätiger ohne Angabe
		1 000	%							
				Insgesamt						
Grund-/Hauptschule	männlich	3 598	100	5,6	9,0	7,6	20,0	26,8	24,1	4,8
	weiblich	3 341	100	6,0	8,8	7,1	19,8	27,4	25,5	5,5
	zusammen	6 937	100	5,8	8,9	7,4	19,9	26,1	24,8	5,1
Realschule . .	männlich	511	100	(3,3)	14,7	10,0	23,5	25,6	18,2	(4,7)
	weiblich	567	100	(7,1)	14,8	10,1	25,6	22,6	15,9	(4,1)
	zusammen	1 078	100	5,3	14,7	10,0	24,6	24,0	17,0	(4,4)
Gymnasium . .	männlich	855	100	(3,9)	18,6	17,3	37,2	12,6	6,0	(4,4)
	weiblich	648	100	(4,0)	21,5	17,6	36,1	11,0	(4,6)	(5,2)
	zusammen	1 503	100	3,9	19,8	17,4	36,7	11,9	5,4	4,8
Insgesamt . .	männlich	4 962	100	5,1	11,2	9,6	23,3	25,7	20,4	4,7
	weiblich	4 556	100	5,8	11,4	8,9	22,9	24,4	21,3	5,3
	zusammen	9 518	100	5,4	11,3	9,3	23,1	25,1	20,8	5,0
				darunter 10- bis unter 15jährige Schüler						
Grund- Hauptschule	männlich	1 804	100	6,9	7,5	5,9	14,5	30,2	29,1	6,0
	weiblich	1 533	100	6,8	7,0	4,5	14,9	29,2	30,4	7,0
	zusammen	3 137	100	6,9	7,3	5,2	14,7	29,7	29,8	6,5
Realschule . . .	männlich	333	100	(3,9)	(14,1)	(9,0)	22,2	25,2	21,0	(4,5)
	weiblich	376	100	(7,2)	14,1	(9,8)	23,4	25,3	16,0	(3,2)
	zusammen	709	100	(5,6)	14,1	9,4	24,5	25,2	18,3	(3,8)
Gymnasium . . .	männlich	447	100	(3,1)	18,8	16,1	40,5	13,9	(5,6)	(2,2)
	weiblich	382	100	(4,2)	22,0	17,3	35,9	(12,0)	(5,2)	(3,4)
	zusammen	829	100	(3,6)	20,1	16,6	38,4	13,0	(5,4)	(2,8)
Zusammen . .	männlich	2 384	100	5,6	10,5	8,2	20,5	28,4	23,5	5,1
	weiblich	2 291	100	6,4	10,7	7,5	20,0	25,7	23,9	5,8
	zusammen	4 675	100	6,1	10,6	7,9	20,2	26,1	23,7	5,4

[1]) Zahlenangaben, die aus weniger als 50 erfaßten Fällen berechnet wurden, sind wegen eines möglichen Stichprobenfehlers in Klammern ( ) gesetzt

Quelle WiSta, H. 5/74, S. 336.

fe höher (umfassender) zu qualifizieren. Es sei nicht notwendig, daß für solche Zwecke immer das Abitur gemacht werde, aber auf jeden Fall wichtig seien volks- und betriebswirtschaftliche Kenntnisse. Zur Bestätigung seien folgende Meinungen aus den Gruppendiskussionen angeführt. Der bildungsmäßige Abstand wird besonders

von C (47 ha, 3o J.) hervorgehoben: Es ist ein Zwang vorhanden, sich der allgemeinen Entwicklung in der Bildung anzupassen. Es gibt immer mehr Leute außerhalb der Landwirtschaft, die gut argumentieren können. Die sind dann in allen Gremien. In einer Versammlung muß man sich doch erst einmal überwinden zu reden. Andere stecken vom Beruf her darin. Wenn wir uns nicht bemühen, werden wir gesellschaftlich absinken. Wenn man bei Wahlversammlungen seine Argumente anbringen will, ist man im Nachteil, weil man sich nicht ausreichend informieren konnte.

B (34 ha, 49 J.) Bildung für meine Kinder und Großkinder kommt an erster Stelle.

A (42 ha, 44 J.) Von den Schülern, die jetzt zur Schule kommen, wird nur ein Teil den Volksschulabschluß machen; ein kleiner Teil wird das Abitur erreichen. Wenn jemand Kinder hat, die das Abitur schaffen können, da gibt es keinen Landwirt, der das nicht wollte. Aber wer Abitur hat, wird der noch praktizierender Landwirt sein wollen? Wenn beide, Vater und Sohn, Landwirte sind, wird er wohl doch auf das Abitur verzichten. In meinem Bekanntenkreis besteht die Tendenz, die Kinder sollten viel lernen. Allerdings sollte man die Kinder nicht treiben und überfordern.

B (1o ha, 32 J., Nebenerwerb) Es ist klar, daß die Kinder eine möglichst gute Ausbildung erhalten sollten.

A (1o ha, 39 J., Nebenerwerb) Wenn man dem Kind heute die Chance zur Bildung nicht gibt, ist es "hinten dran".

B (25 ha, 35 J.) Eine gute Ausbildung ist die beste Kapitalanlage.

C (8 ha, 53 J.) Was in den Kindern drinsteckt, soll auf alle Fälle gefördert werden. Landwirte müssen heute eine gute betriebswirtschaftliche Ausbildung haben.

C (5o ha, 4o J.) Unbedingt so viel wie möglich lernen.

C (6 ha, 6o J.) Landwirte müssen von allem eine Ahnung haben.

A (67 ha, 49 J.) Alle müssen eine gute Ausbildung haben, auch die, die in der Landwirtschaft bleiben.

A (67 ha, 49 J.) Der Beste aus der Familie soll Landwirt werden. Erzwingen kann ich es allerdings nicht. Ein landwirtschaftliches Studium ist nicht notwendig, aber eine gründliche praktische und theoretische Ausbildung, handwerklich und auch Buchführung. Nicht Diplom-Landwirt, aber so vielseitig wie möglich sollten die Landwirte von morgen sein.

Einige Landwirte meinten, daß das Abitur für den Hofnachfolger nicht richtig sei; denn sie würden dann wohl nicht in der Landwirtschaft bleiben.

C (8 ha, 53 J.) Wenn Landwirte so viel können, gehen sie doch in die Industrie.

B (6 ha, 6o J.) Abitur ist für den Landwirt nicht das Entscheidende. Auf den Gymnasien fallen die landwirtschaftlichen Fächer doch an die Seite. Außerdem, wer im Betrieb bleibt, der braucht doch keine Fremdsprachen.

Die Diskussionen zu der Bildungsthematik können sicherlich kaum mehr als ein Stimmungsbild der Landwirte im Untersuchungsgebiet vermitteln. Trotzdem darf mit einiger Sicherheit behauptet werden, daß die bäuerlichen Familien offen und aufnahmebereit sind für die Anforderungen, die in unserer heutigen Gesellschaft an sie herangetragen werden. Es ist richtig, wenn Büscher

schreibt, daß die innere Einstellung zur Bildung und ihrer Bedeutung der wichtigste Grund für den Bildungsabstand der Landwirte zu anderen Gruppen in unserer Gesellschaft ist.[1] Eine bejahende Einstellung zur Bedeutung der allgemeinen wie der umfassenden beruflichen Bildung gibt Anlaß zu erwarten, daß der Bildungsabstand zwischen der bäuerlichen Bevölkerung zu anderen Gesellschaftsgruppen kleiner wird. Im Kreis Hildesheim dürften die Aussichten dafür aufgrund des Wirkens der Michelsenschule und den in den Gruppendiskussionen festgestellten positiven Einstellungen besonders günstig sein.

---

[1] Büscher, a. a. O., S. 508

4. 4. 3. Meinungen der Landwirte zu Änderungen des Bodenrechts[1]

Es ist nicht beabsichtigt, an dieser Stelle grundsätzlich über eine bestmögliche Ausgestaltung des Bodenrechts zu diskutieren. Intention dieses Abschnitts ist es lediglich, über die Einstellung der Landwirte zu dieser kontroversen Thematik weitere Informationen über die Integrationsfähigkeit der Landwirte im Hildesheimer Raum zu gewinnen. Denn bei Fragen einer Reform des Bodenrechts handelt es sich ja um ein Thema, das, angesichts der mannigfaltigen Anforderungen der Gesellschaft, Land für Wohnbauten, Schulen, Kindergärten, Straßen, Industrieansiedlungen usw. zur Verfügung zu stellen, die Landwirte unmittelbar und in ihren zentralen Interessen betrifft.

Im Bodenrecht treffen sich zwei widerstrebende Ansprüche. Auf der einen Seite steht der Anspruch der Grundbesitzer, mit ihrem Eigentum beliebig verfahren zu können, den Boden also auch zu dem höchsten erzielbaren Preis, den der Markt zuläßt, zu verkaufen (sanktioniert durch § 9o3 BGB und Art. 14 (1) GG. Andererseits ist das Eigentum nach Art. 14 (2) GG sozialpflichtig[2]. So kann nach Art. 14 (3) GG gegen Entschädigung enteignet werden, wenn das Gemeinwohl es erfordert. Die Bindung des Eigentums an die Sozialpflichtigkeit spielt besonders bei Boden eine große Rolle, da dieser quantitativ nicht vermehrbar ist. Das entscheidende gesellschaftliche Problem liegt darin, so ist jedenfalls die Meinung eines großen Teils der sich mit Änderungen des Bodenrechts auseinandersetzenden Bevölkerung, daß Bodenwertsteigerungen nicht dem Eigentümer zustehen, sondern der öffentlichen Hand, wenn durch deren Maßnahmen (Planung, Infra-

---

[1] Frage 6 im mündlichen Interview, siehe S.

[2] Vgl. etwa: Nawroth, E., Das Bodenrecht im Spannungsfeld zwischen Individual- und Sozialfunktion des Eigentums, in: Die neue Ordnung, Jg. 24, Paderborn 197o S. 146 ff

strukturmaßnahmen usw.) die Bodenpreissteigerungen erst ausgelöst würden. Da dieser Vermögenszuwachs für den Eigentümer unverdient sei, müsse er durch staatliche Maßnahmen abgeschöpft werden. Außerdem sollen überhöhte Preissteigerungen gebremst werden (die aktuelle Diskussion ist ja im wesentlichen durch die Höhe und das Tempo der Preissteigerungen in Ballungsräumen und im Zusammenhang mit Sanierungsmaßnahmen vor allem in Großstädten bzw. Grosstadtkernen aufgekommen). Die Eigentümer neigen dagegen aus verständlichem Interesse der Meinung zu, daß Vermögensgewinne aufgrund der Knappheit des Bodens in einer freien Marktwirtschaft natürlich seien und damit auch dem Grundbesitzer selbst zuständen. In größeren Verdichtungsräumen wird man der Planung der Kommune ein besonders hohes Gewicht beimessen, da ohne sie eine ordnungsmäßige Bebauung nicht möglich wäre und dort außerdem ja auch die anstoßerregenden Bodenpreissteigerungen wegen der hohen Nachfrage und des begrenzten Angebots entstanden sind. Darüber hinaus müssen erhebliche Finanzierungsmittel für den Ausbau der umfangreichen notwendigen Infrastruktur aufgebracht werden[1].

---

[1] Zur Ausgestaltung des Bodenrechts siehe im einzelnen z. B. bei: Ernst, W., Bodeneigentum und Bodenrecht, in: Bodenordnung und Bodenpolitik, Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Bd. 78, Münster 1972, S. 11
Thoss, R., Aufgaben der Bodenordnung zur Sicherstellung des Flächenbedarfs der Gesellschaft, in: Funktionswandel des Bodens, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen. (Hrsg) Agrarsoziale Gesellschaft e.V. Göttingen, H. 71 Hannover 1974, S. 96 ff
Pfeiffer, U., Ansätze für eine bodenpolitische Konzeption, in: Bodenordnung und Bodenpolitik, Beiträge und Untersuchungen des Institus für Siedlungs- u. Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Bd. 78, Münster 1972, S. 5o ff
Etwas mehr aus der Sicht der Landwirtschaft ist der Beitrag von: Henjes, H., Das Baulandproblem aus der Sicht der Landwirtschaft, in: Bodenordnung und Bodenpolitik, Beiträge u. Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- u. Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Bd. 78, Münster 1972, S. 1o9 ff.

Die meisten der befragten Landwirte aus dem Hildesheimer Untersuchungsraum waren verständlicherweise über die gesellschaftliche Problematik und den Stand der Diskussion im Hinblick auf Änderungen des Bodenrechts nicht im einzelnen informiert. Aus diesem Grunde hatte gerade die Befragung zu diesem Komplex verstärkt den Charakter eines Dialogs, in dessen Verlauf die verschiedenen Aspekte erst deutlich wurden. Im folgenden soll der Grundtenor in der Meinung der Befragten zur Bodenrechtsreform an verschiedenen Antworten herausgearbeitet werden. Dabei bedeutet die Hervorhebung bestimmter Antworten nicht, daß nur der Teil der Landwirte die Meinung vertritt, der die betreffende Antwort abgegeben hat. Die Komplexität der geplanten Novellierung des Bodenrechts veranlaßt zu der Vermutung, daß viele der Befragten auch Einstellungen vertreten, die sie nicht - etwa wegen Inkompetenz - äußerten. Es kann angenommen werden, daß sie sich auch Meinungen anderer aus den Einzelinterviews zu eigen machen würden, wenn sie genügend Einblick in die gesamte Materie hätten. Das Ziel dieses Abschnitts ist es, einen Gesamtzusammenhang abzuleiten, der aber zwangsläufig nur lose Konturen haben kann.

Mehr als die Hälfte der Bauern kam zunächst auf die Spekulation zu sprechen, die auch von diesen abgelehnt wurde (Anhang C_4). Von vielen wurde aber auch darauf hingewiesen, daß auch die Kommunen mit Grundstücken spekulierten. Auch dieses müsse dann verhindert werden. Spekulationsgewinne sollen nach Meinung der Befragten abgeschöpft werden. Landwirte selbst beteiligten sich kaum an Spekulationen. Verantwortlich werden dafür vor allem Makler und Siedlungsgesellschaften gemacht. Diese von den Befragten geäußerte Meinung dürfte in den stadtnahen Gemeinden nicht ganz zutreffen. Hier beteiligen sich sicherlich auch Landwirte an der Bodenspekulation.

Bodenspekulation ist an sich nichts Verwerfliches, wenn deren Ergebnis die Preissteigerung ist, die der gewan-

delten Nutzungsfähigkeit des Bodens entspricht. Zudem unterliegt der Spekulationsgewinn der Einkommenssteuer. "Bodenspekulanten im üblen Sinn des Wortes" sind aber diejenigen, die sich in "Erwartung steigender Preise untätig verhalten und durch dieses ihr spekulatives Zuwarten, d. h. Nichtstun, das Angebot an Boden verknappen und eben dadurch die erwarteten Preissteigerungen herbeiführen oder jedenfalls verstärken"[1].

Von der Höhe des zu erzielenden Preises für Bauland erwarten die Befragten wenigstens den dreifachen Preis für Ackerland. Die Höchstsummen, die in den Ballungsgebieten für Bauland an viele Landwirte gezahlt wurden, wurden von nicht wenigen der Befragten spontan als nicht gerechtfertigt angesehen. Es besteht überwiegend die Meinung, daß in den größeren Städten Änderungen des Bodenrechts notwendig sind, damit eine ordnungsmäßige Bebauung möglich ist. In den kleineren und mittleren Orten, die den unmittelbaren Lebensbereich der Bauern darstellen, sieht man oft keine Veranlassung hierfür. Bezeichnend dafür, daß die Baulandpreise wenigstens in den etwas weiter von den größeren Städten, wie Hannover oder Hildesheim, gelegenen Dörfern nicht als zu hoch angeschen werden könnten, sei, so wurde des öfteren argumentiert, daß ein Quadratmeter Fußbodenbelag in einem Neubau erheblich teurer sei als ein Quadratmeter Bauland. Stärkere Einwirkungsrechte derGemeinde über z. B. eine differenzierte Grundsteuer oder die bestehende Form des Vorkaufsrechts hinaus wie die Festlegung einer Preisobergrenze, vollkommene Abschöpfung des Bodenwertzuwachses oder gar die Kommunalisierung bebauungsfähigen Bodens, die als kalte Sozialisierung bezeichnet wird,

---

[1] vNell-Breuning, O. , Bodenwertzuwachsbesteuerung, Köln 1972, S. 1o f

Übersicht 4o a: Zusammenstellung der Meinungen zum Bodenrecht

		abs.	in v.H. v. 174	in v.H.[1] v. 155
o. M.	= keine Meinung oder Ausweichen	18	1o,3	
a	= gegen Spekulation	34	19,5	21,8
b	= gegen Spekulationen auch der Gemeinden	21	12,1	13,5
c	= gegen Spek., aber Preis für Bauern muß hoch genug sein	16	9,2	1o,3
d	= gegen Spek., aber nicht Eigentumsfeindlichkeit, Enteignung, Sozialisierung	16	9,2	1o,3
e	= unnötig in kleinen Gemeinden	13	7,5	8,3
f	= marktbestimmter Bodenpreis	5	2,9	3,2
g	= gegen neues Bodenrecht	9	5,2	5,8
ab	———	1	o,6	o,6
ad	———	8	4,6	5,1
ae	———	16	9,2	1o,3
cd	———	1	o,6	o,6
ce	———	1	o,6	o,6
df	———	2	1,1	1,2
		174	1oo,o	1oo,o

werden meistens abgelehnt. Grundsätzlich sind aber die Bauern der Meinung, daß die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Bebauung von den Kommunen durch ein sinnvolles Bauplanungsrecht geschaffen werden müssen. Sie sind auch bereit, dafür Opfer zu bringen. Sinnvoll sind aber nach Meinung der meisten Befragten nur Maßnahmen, die ihren Zweck erfüllen, ohne daß dabei das Primat des Privateigentums in Frage gestellt werde. Die Bereitschaft,

[1] ausgeschlossen o. M.

Übersicht 4o b: Nach Grundeinstellungen zusammengefaßte Leitgesichtspunkte zu einem neuen Bodenrecht

		v.H.[1] von 174	v.H.[1] von 156
a+b(a,b,ab,ad,ae)	= 8o	46,o	51,3
c+d+e(c,d,e,ad,ae,cd,cg,df)	= 86	49,4	55,1
f+g(f,g,cg,df)	= 3o	17,2	19,2

196

a+b = im Vordergrund: Zustimmung zu einer Reform

c+d+e = im Vordergrund: ein lösungsbedürftiges gesellschaftliches Problem wird zwar anerkannt; die Zustimmung zu einer bodenrechtlichen Lösung ist aber stark eingeschränkt; d = Befürchtung gefährdeten Eigentumsrechts, c = Benachteiligung bäuerlicher Interessen, e = nur dort bodenrechtliche Lösung, wo es eben notwendig ist.

f+g = im Vordergrund: Ablehnung: Nichterkennen oder -anerkennen eines bodenrechtlichen Problems

sich gegenüber der Gesellschaft durch ein den Sachzwängen angemessenes Angebot von Boden zu "vernünftigen" Preisen zu verpflichten, wurde von den Befragten bzw. den Teilnehmern an den Gruppendiskussionen zu einem großen Teil ausgesprochen. Es sei aber Sorge zu tragen, daß von ihnen für ungerechtfertigt gehaltene, über das

[1] Die Summe der ausgewiesenen Prozentanteile überschreitet 1oo % wegen der Überschneidungen.

eigentliche Ziel hinausgehende Eingriffe durch den Staat unterbleiben.

Die von den Befragten abgegebenen Meinungen aus Anhang C_4 können wieder systematisch nach Leitgesichtspunkten geordnet werden, die hier in der Frage nach der Einstellung zu Bodenrechtsänderungen aber fließender sind, was aus den relativ vielen Überschneidungen geschlossen werden kann. (Übersicht 4o a und 4o b)

Aus Übersicht 4o b kann entnommen werden, daß 46,o v. H. der befragten Landwirte eine Zustimmung zu einer von den Befragten nicht im einzelnen bestimmbaren Bodenrechtsreform äußern. Sie wendeten sich gegen die Bodenspekulation; sehr viele Landwirte fügten aber auch spontan hinzu, daß auch die Gemeinden nicht spekulieren dürften (zur Gruppierung der einzelnen Argumente siehe Übersicht 4o a).

Eine andere mit 49,4 v. H. stark vertretene Meinung wendet sich zwar auch gegen die Spekulation; das gültige Bodenrecht wird als lösungsbedürftiges gesellschaftliches Problem anerkannt. Die Zustimmung zur bodenrechtlichen Lösung ist aber nur eingeschränkt. Es werden Befürchtungen wegen gefährdeter Eigentumsrechte (d) laut, oder die bäuerliche Interessenlage scheint den Bauern bedroht, weil sie zu niedrige Baulandpreise aufgrund der Reform fürchten (c). Die Formulierung "in kleinen und mittleren Gemeinden nicht notwendig" (e) erweckt demgegenüber den Anschein, als werde die bodenrechtliche Lösung voll anerkannt, wo es eben notwendig ist. Faktisch könnte sie allerdings von den Antwortenden so gemeint sein wie in "c". Die Bedrohung der eigenen Interessenlage führt zu Abwehrreaktionen, die die Befragten zu der Antwort veranlassen, daß negative Auswirkungen in den kleineren Orten, in denen noch relativ viel Bauland angeboten wird, nicht auftreten können. Der dort erzielbare Baulandpreis wird als angemessen betrachtet. Eine

mögliche Begrenzung nach oben wird als ungerechtfertigt empfunden. Das grundsätzlich lösungsbedürftige bodenrechtliche Problem wird also gesehen, aber die Lösungsbedürftigkeit wird - so oder so begründet - offenbar auf die bekanntgewordenen, vor allem großstädtischen Mängel und Auswüchse beschränkt.

Bei der dritten Gruppe überwiegt eindeutig die Ablehnung bodenrechtlicher Änderungen, oder ein lösungsbedürftiges Problem wird gar nicht wahrgenommen (f+g = 17,2 v. H.).

Die Interpretation dieser Zusammenstellung ist nicht problemlos. Das liegt vor allem an der doch recht großen Unkenntnis bei den Landwirten bezüglich der einzelnen Vorschläge zur Bodenrechtsreform bei den Befragten. Es war nicht immer möglich, diese Materie bis ins Detail gehend zu klären. Die Grenzen zwischen den in den Übersichten 4o a und 4o b aufgenommenen Gruppierungen müssen daher zwangsläufig unscharf und die Überschneidungen zwischen den drei Grundeinstellungen außerordentlich hoch (ein Viertel der Meinungsäußerungen) bleiben. Der Gesamtzusammenhang läßt sich aber doch in groben Zügen umreißen.

Die hohen Anteile der Antworten, die Änderungen des Bodenrechts im Grundsatz zustimmen (außer a und b auch die eingeschränkten Zustimmungen c, d, e) sowie andererseits der niedrige Anteil der Ablehnungen (f und g) berechtigen zu der Schlußfolgerung, daß die Hildesheimer Bauern diesen Fragen im ganzen relativ offen gegenüberstehen. Sie halten es wohl grundsätzlich für richtig, daß gewisse Opfer erbracht werden, wenn es das Gemeinwohl erfordert. Angesichts des Gewichtes der mittleren Grundeinstellung von Tab. 4o b (eingeschränkte Zustimmung; das relative Gewicht dieser Mittelposition würde sich weiter erhöhen, wenn wir die faktischen Einschrän-

kungen von Zustimmung - ad, ae - oder Ablehnung - cg, df - aus den Grundeinstellungen "Zustimmung" und "Ablehnung" herausnähmen) kann es allerdings nicht bei diesen Aussagen bleiben. Einmal fällt die Skepsis gegenüber der Schaffung von Instrumenten staatlicher oder auch kommunaler Einflußnahmen auf, vor allem wenn man von ihnen die materielle Aushöhlung des Eigentums befürchtet (so vor allem in d und c, auch g und evtl. b, aber - wie die Gespräche deutlich machten - durchaus auch über die Grenzen dieser Leitgesichtspunkte hinaus). Zum anderen ist darauf hinzuweisen, wie (besonders deutlich in c und d, aber auch in e mindestens mitenthalten) die grundsätzliche Zustimmung zu Bodenrechtsreformen sich mit entschiedener Wahrung eigener Interessen verbindet. Die mittlere Grundeinstellung der "eingeschränkten Zustimmung" bringt sowohl mit dem in ihr enthaltenen Mißtrauen gegen staatliche Eingriffsmöglichkeiten als auch mit ihrer Betonung bäuerlich-dörflicher Interessenwahrung zum Ausdruck, daß zwar nur eine relativ kleine Minderheit der Befragten sich von den gesamtgesellschaftlich diskutierten Fragen distanziert, daß aber die gegenüber solchen Fragen offene Mehrheit der Antwortenden durchaus nicht darauf verzichtet, an ihrer dörflich-bäuerlichen Eigenständigkeit und an der Bestandswahrung festzuhalten. Aus den Antworten läßt sich insgesamt die Forderung an den Gesetzgeber ableiten, genau zu prüfen, was als Gemeinwohl dem Schutz des privaten Eigentums und schutzwürdigen Interessen übergeordnet werden solle.

4. 5. Zusammenfassung der Ergebnisse des mündlichen Interviews und der Gruppendiskussionen

Es stellte sich heraus, daß die Zielorientierung der Landwirte insgesamt uneindeutig ist. Die Bauern unter einer Betriebsgröße von etwa 3o bis 35 ha befürchten, daß sie in der Zukunft Schwierigkeiten haben werden zu bestehen. Diese Betriebe werden auf die Dauer als zu klein angesehen. Bevor man jedoch daran denkt, den Betrieb aufzugeben und einem außerlandwirtschaftlichen Erwerb nachzugehen, sollen zunächst alle Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden (4. 1. 1.).

Dieser Absicht zum Verbleiben, trotz erheblicher Zweifel an den wirtschaftlichen Chancen, entspricht, daß Steigerungen der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im Grunde als das Hauptmittel des Staates angesehen werden, die Lage der einzelnen Landwirte zu verbessern. Diese Forderung wird von 85 v. H. (Übersicht 3o) der Befragten erhoben und umschrieben, besonders mit dem Verlangen nach "gerechten", "kostengerechten" oder "reellen" Preisen. Erst von einer Betriebsgröße von 5o ha an scheinen sich Forderungen nach anderen Maßnahmen tendenziell etwas zu verstärken (4. 1. 2.).

Auch in den Fällen, in denen für landwirtschaftliche Produkte am Markt ein Überangebot vorhanden ist und der Staat, wegen der Abnahmegarantie - zu Mindestpreisen -, zum Teil hohe Aufwendungen für die staatliche Lagerhaltung aufbringen muß, halten nahezu drei Viertel der Bauern Preiserhöhungen für angebracht (bzw. gerechtfertigt). Weitere 22,7 v. H. sehen die marktwirtschaftlichen Bedenken, halten aber doch Preiserhöhungen wegen der Rentabilität der Betriebe für notwendig. Nur 5,2 v. H. glauben, in solcher Situation Preiserhöhungen nicht verlangen zu können. Alter und Betriebsgröße haben keinen Einfluß auf das Maß der Einstellung zu die-

ser Frage. Offensichtlich besteht hier ein Konflikt zwischen traditionellem Bestandswahrungs- oder Autarkiedenken und marktwirtschaftlichen Orientierungsversuchen. Sicherlich besteht heute in der Regel keine grundsätzliche Abneigung gegenüber den Regulierungen des Marktes. Wichtigste Ursache für die Forderungen nach Preiserhöhungen auch bei Überangebot ist gewiß die Sorge um die Existenz. Sie schwächt die Bereitschaft, aufgrund von gesamtwirtschaftlichen Erkenntnissen zu denken; denn durch solche Überlegungen könnte man zu für die Existenzsicherheit des Betriebes ungünstigen Urteilen kommen. Die Aufgliederung der Begründungen nach Leitgesichtspunkten ergab, daß 48,3 v. H. (bzw. 56,8 v. H. derjenigen, die eine Begründung abgegeben haben) der befragten Landwirte mit dem Marktprinzip vereinbare Argumente verwandten; 18,o v. H. davon (21,3 v. H.) waren allerdings nur mit Einschränkung mit dem Marktprinzip vereinbar (Übersicht 32 c). Diese insgesamt positive Einstellung fast der Hälfte der Befragten oder sogar einer Mehrheit der mit Begründungen Antwortenden zu marktwirtschaftlicher Argumentation erlaubt zu vermuten, daß sich die Landwirte im Hildesheimer Raum mit dem kontinuierlichen sozialen Wandel in einer offenen Gesellschaft auseinandersetzen und - mit den aus dem Ergebnis erschließbaren Einschränkungen - zur Anpassung an die marktwirtschaftlich geordnete Gesamtgesellschaft bereit sind (4. 1. 3.).

Nach dem einzelbetrieblichen Förderungsprogramm dürfte eine große Zahl der Betriebe im Hildesheimer Raum als nicht entwicklungsfähig zu betrachten sein. Die jüngeren Landwirte unter 4o Jahren neigen mit 64,2 v. H. etwas mehr der Ansicht zu, daß nur noch Investitionen gefördert werden sollten, die den Betrieb in die Lage versetzen, langfristig der gewerblichen Wirtschaft vergleichbare Einkommen zu erbringen. Die Betriebsgröße zeigte nur bei den älteren Landwirten über 4o Jahre einen Einfluß auf die Einstellung zu diesem Problem. Erst in den Betrieben über 4o ha ergibt sich bei dieser Altersgruppe ein klares Übergewicht zugunsten der Meinung, daß nur lohnende Investitionen staatlicherseits gefördert werden sollten. Der Gemeindevergleich (S. 174 ff.) bestätigte insgesamt - mit Ausnahme der Kleinstädte - die stärkere Zustimmungsneigung der jüngeren gegenüber den älteren Befragten, während beim Betriebsgrößenvergleich differenzierende Einflüsse von Bodenfruchtbarkeit und Stadtnähe durchschlugen, d. h. den Zustimmungsvorsprung der größeren Betriebe z. T. gänzlich einebneten. Vergleichende Betrachtungen einzelner Gemeinden (besonders Hasede, Sarstedt) ergaben Hinweise auf die Bedingtheit der Zustimmungsneigung von den Sozialstrukturen der einzelnen Gemeinde (4. 2. 2.).

Die jüngeren Landwirte der kleineren Betriebe verbinden ihre vorwiegend positive Einstellung zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm damit, daß sie nicht die Betriebsgröße, sondern die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit des Betriebsleiters als entscheidendes Kriterium für die Vergabe der Förderungsmittel (allerdings bei Einhaltung einer bestimmten Mindestgröße) bezeichnen. Aufgrund der Aufteilung der Begründungen nach Leitgesichtspunkten ergibt sich ebenfalls, daß die jüngeren in stärkerem Maß als die älte-

ren Befragten eine ökonomisch rationale Einstellung zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm haben. Von den Befragten insgesamt nehmen 49,4 v. H. eine aufgeschlossene Einstellung ein - vgl. die Argumente a und b in Übersicht 35 (4. 2. 3.).

Die Einstellungen zu Kooperationen sind noch nicht völlig abgeklärt. Wir haben festgestellt, daß Kooperationen nur bei bestimmten einzel- und gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen und Konstellationen Vorteile gegenüber der herkömmlichen einzelbetrieblichen Wirtschaftsweise erbringen (4. 3. 1.). Die Hildesheimer Landwirte lehnen zwar Kooperationen über die bisherigen losen Arbeits- und Maschinengemeinschaften hinaus nicht grundsätzlich ab, ob und wieweit es aber in näherer oder auch weiterer Zukunft zu engeren Kooperationen kommt, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Wachsende Kooperationsbereitschaft ist Ausdruck permanenter Lernprozesse, deren Intensität und konsequente Weiterführung wir im Augenblick noch nicht genau bestimmen können (4. 3. 2.).

Nahezu alle Bauern sind sich darüber im klaren, daß die Landwirtschaft sich in das sie umgebende gesamtgesellschaftliche System mehr oder weniger vollständig einordnen muß. Nur rund 1o % der Befragten tendieren zur Bewahrung bäuerlich-ständischer Eigenständigkeit, aber auch von diesen wird nur ausnahmsweise eine volle Abgeschlossenheit vertreten. Von den Befragten äußern rd. 4o % eine uneingeschränkt positive Einstellung zur Einordnung in die Gesamtgesellschaft (Übersicht 37); jüngere Landwirte und Landwirte mit größeren Betrieben neigen überdurchschnittlich stark zu dieser Einstellung. Eine eingeschränkt positive Einstellung zur Einordnung vertraten 48,9 v. H. Obwohl sich der gemeinsame Wertebereich von agrarischem Subsystem und Gesamtgesellschaft zukünftig noch mehr erweitern wird, sollen nach Meinung dieser Befragtengruppe der besonderen Art bäuerlicher Lebensauffassung inhärente Werte und Verhaltensweisen in Grenzen bestehen bleiben. Während also die große

Mehrheit der befragten Landwirte eine Anpassung grundsätzlich als notwendig erachtet oder gar wünscht, betont doch mehr als die Hälfte dieser Mehrheit Eigenwerte der Landwirtschaft und hält deren vollkommene Integrierbarkeit für zweifelhaft.

Indizien für eine Vergrößerung des gemeinsamen Wertbereichs können darin erblickt werden, daß Aufgeschlossenheit gegenüber dem Wandel, selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Position im Dorf und Bemühungen um ein Verstehen zwischen Landwirten und Nichtlandwirten in den Diskussionsbeiträgen deutlich zur Geltung kommen. Ebenso deutlich wird allerdings, daß der hier eingeleitete Lernprozeß noch längst nicht abgeschlossen ist, und daß den Bemühungen um gegenseitiges Verständnis wirksame Hemmnisse von der Grundeinstellung des Beharrens und Bewahrens her entgegenstehen (4. 4. 1.).

Die Landwirte messen heute der allgemeinen Bildung für ihre Hoferben und die anderen Kinder eine große Bedeutung bei. Auch diese Feststellung weist in Richtung der Verringerung des sozialen Abstandes zwischen Bauern und Gesamtgesellschaft (4. 4. 2.).

Unter den Stellungnahmen zu Änderungen des Bodenrechts überwiegen die Zustimmungen bei weitem, allerdings werden davon mehr als die Hälfte in irgendeiner Weise eingeschränkt. Die relative Offenheit gegenüber den anstehenden Problemen und die prinzipielle Bereitschaft zu Opfern im Dienst des Gemeinwohls werden durch den Gedanken des Schutzes des Privateigentums sowie durch das Mißtrauen gegen zu weit gehende staatliche Reglementierung begrenzt (4. 4. 3.).

Wir hatten oben versucht, die Einstellungen der Befragten zu vier Fragen, nämlich zu Preiserhöhungen bei Überangebot, zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm, zur Einordnung der Landwirtschaft in die Gesamtgesell-

schaft und zu Änderungen des Bodenrechts quantitativ zu erfassen. Nun soll abschließend versucht werden, die 4 Ergebnisse miteinander zu vergleichen (nicht zuzuordnende Antworten ausgeschlossen):

	positiv (marktwirt.-konforme Argumente)	mittlere Posit. (eingeschränkt marktwirtschafts-konforme Argumente)	negativ (nicht konforme Argumente)	Summe der Argumente [1]
Preiserhöhung [2] Übersicht 32 c	43,7 %	16,3 %	4o,o %	1oo %
Förderungsprogramm [3] Übersicht 35	52,3 %	13,5 %	34,2 %	1oo %

	positiv (für gesell. Einordnung)	mittlere Posit. (eingeschränkt für Einordnung)	negativ (für Nicht-einordnung)	
Einordnung Landw. in Gesellschaft Übersicht 37	4o,2 %	48,9 %	1o,9 %	1oo %
Bodenrecht [4] Übersicht 4o b	4o,8 %	43,9 %	15,3 %	1oo %

1) Um vergleichen zu können (jeweils 1oo %), mußten die Überschneidungen in den Übersichten 32 c, 35 und 4o b aufgelöst werden. Dadurch ergeben sich von jenen drei Übersichten abweichende %-Zahlen für die positiven, mittleren und negativen Argumente.

2) Bezugsmenge = 19o.

3) Bezugsmenge = 155 (ohne "e")

4) Bezugsmenge = 196

Beim Vergleich der Ergebnisse fällt zunächst der insgesamt relativ konsistente Anteil der "positiven" Antwor-

ten auf, dann aber der Unterschied der Einstellungsverteilungen, einerseits bei den ökonomischen Fragen, andererseits bei den Fragen zur Gesellschaftseinordnung. Während bei dem ersteren Fragenpaar den positiven Antworten fast gleichstarke (Preiserhöhung) oder jedenfalls starke negative Argumentationen gegenüberstehen, dagegen die mittleren Positionen schwach besetzt sind, überflügeln beim letzteren Fragenpaar die mittleren Positionen sogar die positiven Antworten; die negativen Antworten sind hier nur sehr schwach besetzt. Zur Interpretation dieses Unterschiedes könnte man vermuten, daß die stärkere Polarisierung bei den vorgelegten wirtschaftlichen Fragen auf deren vergleichsweise höhere Aktualität für die Befragten hindeutet; die besonders starke Besetzung der negativen Positionen bei der Frage "Preiserhöhung" könnte dahingehend interpretiert werden, daß dies auch im Alltag, im Hinblick auf bäuerliche Bestandserhaltung, diskutierte Thema besonders geeignet ist, quasiständische Argumentationen auszulösen, damit aber auch deren Reichweite sichtbar zu machen. Der niedrigere Anteil negativer Antworten zur Frage "Förderungs rogramm" zeigt dann wohl eine der wesentlichen Begrenzungen jener Reichweite: Bei diesem Problem, das nicht alle in gleichem Maß trifft, vor allem nicht die "Tüchtigen" und die größeren Betriebe, scheinen sich die Argumente für Bestandserhaltung zu Appellen für den Schutz der Chancenschwachen, bzw. zu Appellen der Chancenschwachen für ihren Schutz, zu reduzieren.

Daß bei der ersten Frage zur Gesellschaftseinordnung die mittlere Position (eingeschränkte Zustimmung/Nichtzustimmung) am stärksten hervortritt, mag in der Tat z. T. auf der weitgefaßten Fragestellung beruhen, andererseits ist diese Einstellungsverteilung gewiß auch darauf zurückzuführen, daß das Thema die ganze Auseinandersetzung mit dem fortschreitenden strukturellen Wandel und den eigenen Traditionen einbezieht. Verwunderlich ist danach eher der besonders geringe Anteil negativer

Voten; der sehr hohe Anteil nach beiden Seiten eingeschränkter Stellungnahmen bleibt aber wichtig, da er den Umfang des im Verhältnis zu Tradition und Wandel noch nicht endgültig Entschiedenen abzuschätzen erlaubt.

Nun zur Frage nach Änderungen des Bodenrechts: Im Vergleich mit der eben besprochenen Einordnungsfrage ist die mittlere Position etwas schwächer, die negative dafür etwas stärker (mittlere und negative Einstellungen zusammengenommen liegen übrigens in diesen beiden Fragen etwa gleich hoch - 59,8 % und 59,2 % - , bemerkenswerterweise weist die Frage "Preiserhöhung" diesbezüglich einen kaum niedrigeren Prozentsatz aus - 56,3 %) besetzt. Wieweit von einem Zusammenhang zwischen schwacher Aktualität (das Bodenrechtsproblem gilt . , wie oben gesagt, weitgehend als ein städtisches oder gar großstädtisches) und hohem Anteil der mittleren Position gesprochen werden kann, ist zweifelhaft. Eher könnte man vielleicht sogar meinen, daß der Anteil der positiven Antworten mit einer gewissen Unverbindlichkeit einhergeht (ein städtisches, einen nicht direkt betreffendes Problem sollte gelöst werden!), während dann die Befürchtung einer Anwendung auch aufs Dorf, d. h. eine nachträgliche Aktualisierung der Frage, zu den eingeschränkten Zustimmungen wie zu den negativen Voten führt.

5. Sozialtheoretische Schlußanalyse

Diese Untersuchung hat eine Fülle von Teilergebnissen hervorgebracht. Schon bei deren Interpretation wurden in starkem Maße Aspekte betont, die das Verhältnis der Landwirtschaft zur Gesamtgesellschaft in einem übergreifenden Zusammenhang betrafen. Die Landwirtschaft als soziales Subsystem befindet sich heute in einem Zustand der erzwungenen Anpassung und Einordnung in die Gesamtgesellschaft, der - abgesehen von politisch-sozialen Ursachen - vor allem ökonomisch-technisch ausgelöst wurde. Auch tiefgreifende Störungen des wirtschaftlichen Ablaufs wie die derzeitige starke Rezession können den Prozeß des sozialen Wandels, dem die Landwirtschaft im Sog der Veränderungen der Gesamtgesellschaft ausgesetzt ist, nur verzögern, aber nicht aufhalten. Durch die Rezession wird zwar zur Zeit die Aufnahmebereitschaft und -fähigkeit von Industrie- und Dienstleistungssektor für sich freisetzende Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft stark vermindert. Die strukturale Verflochtenheit ist kurzfristig geringer geworden, auf mittel- und langfristige Sicht werden sich aber aufgrund des sich auch weiterhin vollziehenden technischen Fortschritts die Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft an die strukturellen Verhältnisse in der Landwirtschaft wieder vermehren.

Das Grundproblem unserer Arbeit war es, herauszufinden, wie die Menschen in der Landwirtschaft des Landkreises Hildesheim-Marienburg und der kreisfreien Stadt Hildesheim sich auf diese Anforderungen vorbereitet haben. Sozialer Wandel impliziert Änderungen der Verhaltensstrukturen, die, meistens - wie auch in unserem Fall - ausgelöst durch exogene Einflüsse, endogen bestimmt werden durch Veränderungen der Einstellungen, in der

Regel hervorgerufen durch Wechsel der Bezugssysteme. Diese können als Gesamtheit der funktionalen Wechselbeziehungen, die eine Person mit Objekten hat, bezeichnet werden. Mit Veränderungen von Zielorientierungen - bei unseren Landwirten der Wunsch nach Erreichen des Vergleichseinkommens, Zeit für Urlaubsreisen, größere Achtung in der Gesellschaft usw. - verändert sich auch der kognitive Komplex der für die Person gültigen Normen. Damit vollzieht sich das soziale Handeln der Person in einem veränderten Bezugsrahmen. Solchermaßen hervorgerufener sozialer Wandel wird immer unter äußeren und inneren Konflikten geschehen.

Wenn wir uns an das Lewinsche Schema[1] von den drei Stadien (über die Veränderung der Denkstruktur, die Modifizierung der Werte und die resultierende motorische Aktion zu einem neuen Gleichgewicht) dieses Prozesses anschließen, so hätten wir zu prüfen, wieweit die untersuchte - konkrete - Entwicklung diesem Modell entspricht.

Die Denkstruktur befindet sich offenbar in einem Prozeß der laufenden Veränderung. Die gewisse Stabilität des Denkens im Sinn konservativen Beharrens, wie sie in empirischen Untersuchungen in den ersten Nachkriegsjahren noch festgestellt wurde[2], ist nicht mehr vorherrschend. Eher wird man mit van Deenen der Meinung sein, daß sich "deutliche Entwicklungen zu fortschrittsoffenen Verhaltens- und Meinungsstrukturen und eine zunehmende Objektivierung der Einstellungen und Urteile in Anerkennung pluralistischer Wertsysteme" zeigen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung

---

[1] Lewin, K., Die Lösung sozialer Konflikte, 3. Aufl. Bad Nauheim, S. 96

[2] Mangold a. a. O., Pollock a. a. O.

rung integriere sich zunehmend in die moderne Industriegesellschaft[1]. (Allerdings wird man "Fortschritt" und "Objektivierung" nicht im Sinne einer vollständigen Übernahme der Werte der die Bauernschaft umgreifenden Gesamtgesellschaft verstehen können. Es besteht durchaus der Wunsch nach einem Freiraum für bäuerliche Lebensweise, zur Herausstellung von Eigenwert.)

Wir konnten diese Einstellung - allerdings in Abstufungen - bei der Mehrzahl der Landwirte jeder Betriebsgröße und jeden Alters feststellen. Zu einigen Fragen ergaben sich zwar Zusammenhänge zwischen dem Alter der Landwirte und der spezifischen Einstellung; diese waren aber überwiegend schwach.

Wie zu vermuten,waren die jüngeren Landwirte im Prinzip eher bereit, einen außerlandwirtschaftlichen Erwerb aufzunehmen. Diese stärkere Bereitschaft zur Nutzung gebotener Alternativen beschleunigt die Veränderung der Denkstruktur und ist zugleich deren durch Lernprozesse erworbene Voraussetzung. Aber die positive Einschätzung der allgemeinen Bildung für die Kinder und Großkinder sowie die größere Verständnisbereitschaft für andere soziale Gruppen und die Meinung, die Landwirtschaft müsse sich in die Gesamtgesellschaft einordnen, sind wichtige Indizien für eine aufgeschlossene Denkweise auch bei den älteren Landwirten. Es könnte durchaus sein, daß die offensichtliche Veränderungsneigung der jüngeren Generation die Älteren beeindruckt und ihre diesbezüglichen Einstellungen beeinflußt hat. Zwischen Betriebsgröße und Einstellung zu den verschiedenen Einzelfragen konnten öfters Korrelationen festgestellt werden; aber diese Beziehungen erwiesen sich als nicht stark. Der feldtheoretisch feststellbare Differenziertheitsgrad innerhalt der untersuchten bäuerlichen Bevölkerungsgruppe ist also relativ gering.

---

[1] Van Deenen, B., Wandel im Verhalten, in den Einstellungen und Meinungen westdeutscher Landwirte zu Beruf, Familie u. Gesellschaft. Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik u. Agrarsoziologie, Bonn 1971, S. 193 .

Der neuen Bestimmtheit des Denkens, der Öffnung für neue Erkenntnisse ist auch die Modifizierung des Wertsystems gefolgt. Der gemeinsame Wertebereich von Landwirtschaft und Gesamtgesellschaft hat sich vergrößert. In der Sprache Parsons ist die Werterhaltungsfunktion gestört. Sie wird erst dann wieder Aussicht haben, sich zu stabilisieren, wenn die Landwirtschaft, das landwirtschaftliche Subsystem, sich auf eine neue Zielfunktion hinorientiert.

Ökonomische Zielsetzungen der Wirtschaftsunternehmen wie z. B. die Gewinnmaximierung besitzen auch in der Landwirtschaft heute einen sehr hohen Stellenwert. In der Wirtschaft gilt der Gewinn als Ausleseprinzip, aber der Landwirtschaft wird außerdem noch von vielen Bauern auch in Zukunft ein besonderer (schutzwürdiger) Eigenwert zugemessen. Dies hat zur Folge, daß die Chance, selbständiger Landwirt zu sein, gegenüber der Möglichkeit, in anderen Wirtschaftszweigen mehr Geld zu verdienen, noch recht hoch bewertet wird[1]. Eine totale Abkehr von der Landwirtschaft, etwa durch den Verkauf des Eigentums, wird nach dem derzeitigen Einstellungsbild auch in Zukunft die überwiegend nur (unter dem Gefühl, dazu gezwungen zu sein) zögernd oder gar widerwillig akzeptierte Ausnahme bleiben. Häufig werden allerdings

---

[1] Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine vergleichende Studie der Agrarsozialen Gesellschaft über die Gebiete Östlicher Oberpfälzer Wald, Westeifel sowie Raum Wolfsburg. Die Gegebenheiten in unserem Untersuchungsgebiet entsprechen etwa denen im Raum Wolfsburg. Es gibt dort mehr entwicklungswillige Betriebsinhaber, als Vollerwerbsbetriebe nach der vorgenommenen Tragfähigkeitsberechnung zu entwickeln wären. In den beiden anderen, landwirtschaftlich wenig ertragreichen Gebieten wird dagegen eine starke Hinwendung zur Nebenerwerbslandwirtschaft gesehen.

Riemann, F. u. a., Landwirtschaftliche Entwicklungstendenzen in Räumen mit unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur, Materialsammlung der Agrarsozialen Gesellschaft 104, Göttingen 1971

auch Einstellungsveränderungen, die durch die Unterschiede zwischen den Generationen angezeigt scheinen, erwartet oder gar als realisiert angesehen. Die verschärften gesamtwirtschaftlichen Schwierigkeiten würden am ehesten darauf hinwirken, daß in Zukunft nicht mehr entwicklungsfähige Betriebe vor allem im Zuge des Generationenwechsels aufgegeben werden.

Sollten sich die realen Betriebsgewinne in der Landwirtschaft vermindern, womit zu rechnen ist, da, gemessen am dynamischen volkswirtschaftlichen Gleichgewicht die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebe sich nicht schnell genug vollziehen wird und die administrierten landwirtschaftlichen Erzeugerpreise wahrscheinlich nur unter massivem Druck durch die Berufsverbände begrenzt angehoben werden, wird es wahrscheinlich zu verstärkten anomischen Spannungen kommen. Das dritte Stadium Lewins, die motorische Aktion, der Schritt zur voll angenommenen Einordnung bei Aufrechterhaltung wichtiger eigenständiger Funktionen (etwa Sicherstellung eines bestimmten Selbstversorgungsgrades, Landschaftspflege), bleibt daher ungewiß. Es ist zu vermuten, daß zumindest Konflikte latenter Art[1] in stärkerem Maße bestehen bleiben.

---

[1] Zum latenten sozialen Konflikt siehe im einzelnen bei Buchholz, E. W., Ideologie und latenter sozialer Konflikt, Stuttgart 1968. Buchholz begründet seine begriffliche Studie paradigmatisch am "Bauerntum" als einer gesellschaftlichen Gruppierung.

Anhang A 1 - Die Betriebsstruktur der Teilräume im Vergleich (Durchschnittswerte)

Die Anbaustruktur wird durch Prozentzahlen wiedergegeben.

Betriebsgrößenklasse 5 bis unter 10 ha

Teilraum	Anz. Betr.	LN[1]	Eigentum	Pachtland	Pacht/LN	Getreide	Hackfrüchte	Feldfutterbau	Sonderkulturen	Grünland
mbergau	0									
mbergau*[2]	3	9,07	8,14	0,9[illegible]	0,10	67,2	11,8	[illegible],7	-	16,[illegible]
nnerstetal	1	6,00	1,00	5,00	0,83	58,3	20,8	4,2	-	16,7
nnerstetal*	3	6,86	4,03	2,83	0,41	53,5	12,1	1,2	2,2	31,0
örde	5	7,81	6,33	1,48	0,19	68,0	32,0	-	-	-
örde*	25	7,80	5,28	2,52	0,32	65,7	32,4	0,1	0,8	1,0
erd.-raum	0									
erd.-raum*	1	5,83	4,14	1,69	0,29	68,3	31,7	-	-	-
ordgemeinden	0									
ordgemeinden*	2	8,06	4,14	3,92	0,49	53,6	28,8	2,2	1,[illegible]	14,[illegible]
	40									
		Betriebsgrößenklasse 10 bis unter 20 ha								
mbergau	8	17,55	14,54	3,01	0,17	63,2	17,8	-	-	19,0
mbergau*	9	14,33	10,82	3,51	0,25	64,6	18,8	3,9	-	12,9
nnerstetal	9	15,52	9,72	5,80	-	70,4	19,3	0,4	-	9,9
nnerstetal*	20	13,74	7,30	6,44	0,47	66,6	23,8	2,2	1,2	6,2
örde	27	14,36	9,28	5,08	0,35	68,6	29,2	0,2	-	2,0
örde*	58	13,82	9,33	4,49	0,33	67,2	30,6	0,2	-	2,0
erd.-raum	6	13,82	9,57	4,25	0,31	68,6	30,5	-	-	0,9
erd.-raum*	23	15,25	8,91	6,34	0,42	66,8	28,5	0,3	0,6	3,8
ordgemeinden	3	16,17	-	16,17	1,00	68,1	24,2	0,2	-	7,7
ordgemeinden*	8	14,28	10,50	3,78	0,26	69,1	27,0	0,5	-	3,4
	171									

1 Abk. LN = Landwirtschaftliche Nutzfläche in ha

2 Die Teilraumbezeichnung mit * bedeutet, daß es sich um die Dörfer ohne mündliche Interviews handelt

Fortsetzung Anhang A 1

Betriebsgrößenklasse 20 bis unter 30 ha

Teilraum	Anz. LN Betr.	Eigentum	Pachtland	Pacht/LN	Getreide	Hackfrüchte	Akkerfutter	Sonderkultur	Grünland
Ambergau	9	23,76	18,28	5,48	0,23	64,9	20,7	-	-	14,4
Ambergau*	13	23,73	16,07	7,66	0,32	61,6	18,4	1,7	1,6	16,7
Innerstetal	12	24,30[1]	13,24[1]	11,06[1]	0,46	68,1	21,2	-	-	10,7
Innerstetal*	19	24,02	17,49	6,54	0,27	65,4	24,8	0,9	0,1	8,8
Börde	22	24,34	14,91	9,43	0,39	68,0	31,4	-	-	0,6
Börde*	37	23,72	15,78	7,94	0,33	61,2	35,1	0,3	1,9	1,5
Verd.-raum	10	24,77	17,53	7,24	0,29	63,1	30,7	-	4,4	1,8
Verd.-raum*	20	24,69	17,66	7,03	0,28	67,3	29,3	0,7	-	2,7
Nordgemeinden	4	24,31	15,37	8,94	0,37	71,8	26,2	1,0	-	1,0
Nordgemeinden*	17	23,62	16,53	7,09	0,30	68,3	29,4	0,4	0,3	1,6
	163									

Betriebsgrößenklasse 30 bis unter 40 ha

Ambergau	7	34,40	15,75	18,65	0,54	64,2	18,9	-	-	16,9
Ambergau*	6	34,18	29,89	4,29	0,13	67,1	23,4	1,7	-	7,8
Innerstetal	9	32,75	22,26	10,49	0,32	70,9	24,8	-	-	4,3
Innerstetal*	13	33,49	28,16	5,33	0,16	69,7	23,6	-	-	6,7
Börde	6	31,67	21,17	10,50	0,33	70,0	29,8	-	-	0,2
Börde*	24	33,70	24,83	8,87	0,26	63,1	32,8	-	0,1	-
Verd.-raum	5	33,95	22,99	10,96	0,32	68,6	28,9	-	-	2,5
Verd.-raum*	11	33,58	28,94	4,64	0,14	65,3	33,4	-	0,1	1,2
Nordgemeinden	2	33,68	26,85	6,83	0,20	77,0	23,0	-	-	-
Nordgemeinden*	12	32,92	27,63	5,29	0,16	68,5	28,9	-	-	2,6
	95									

[1] Diese Zahlen sind der Durchschnitt von nur 11 Betrieben.

Fortsetzung Anhang A 1

Betriebsgrößenklasse 40 bis unter 50 ha

Teilraum	Anz. Betr.	LN	Eigentum	Pachtland	Pacht/LN	Getreide	Hackfrüchte	Ackerfutter	Sonderkultur	Grünland
Ambergau	5	43,70	33,20	10,50	0,24	69,1	17,6	-	1,4	11,9
Ambergau*	8	44,38	31,36	13,02	0,29	63,4	23,5	0,1	0,7	12,3
Innerstetal	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Innerstetal*	12	45,43	34,56	10,87	0,24	65,6	27,8	0,1	-	6,5
Börde	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Börde*	10	42,76	30,66	12,10	0,28	65,9	32,6	-	-	1,5
Verd.-raum	5	45,08	30,20	14,88	0,33	67,9	25,9	-	3,1	3,1
Verd.-raum*	6	43,34	36,37	6,97	0,16	65,8	31,9	-	1,5	0,8
Nordgemeinden	4	45,95	33,72	12,23	0,36	66,1	30,7	-	-	3,2
Nordgemeinden*	9	42,85	30,32	12,53	0,29	69,6	29,3	0,6	-	0,5
	59									

Betriebsgrößenklasse 50 bis unter 70 ha

Ambergau	3	55,17	27,50	27,67	0,50	73,7	23,6	-	-	2,7
Ambergau*	12	56,95	49,08	7,87	0,14	67,0	27,0	0,2	1,0	4,8
Innerstetal	2	60,79	55,16	6,63	0,09	64,2	35,8	-	-	-
Innerstetal*	14	54,58	32,86	21,72	0,40	64,8	26,5	-	2,5	6,2
Börde	7	53,93	42,93	11,00	0,20	68,8	30,7	-	-	0,5
Börde*	11	53,89	39,09	14,96	0,28	62,5	32,0	-	3,9	1,6
Verd.-raum	3	53,67	21,33	32,34	0,60	72,1	23,0	3,7	-	1,2
Verd.-raum*	14	53,67	46,82	6,85	0,13	68,7	31,0	-	-	0,3
Nordgemeinden	3	55,25	50,25	5,0	0,09	70,6	27,7	-	-	1,7
Nordgemeinden*	9	57,41	40,18	17,23	0,30	65,1	33,1	-	-	1,8
	78									

Fortsetzung Anhang A 1

Betriebsgrößenklasse 70 bis unter 100 ha

Teilraum	Anz. Betr.	LN	Eigentum	Pachtland	Pacht/LN	Getreide	Hackfrüchte	Ackerfutter	Sonderkultur	Grü
Ambergau	2	72,0	52,0	26,0	0,33	73,4	26,6	-	-	-
Ambergau*	3	84,58	72,08	5,50	0,07	65,5	27,2	1,6	-	5,7
Innerstetal	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Innerstetal*	3	88,29	38,59	49,70	0,56	64,3	22,6	0,3	5,7	7,1
Börde	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Börde*	14	79,71	79,03	0,68	0,01	64,3	32,5	-	2,5	0,7
Verd.-raum	2	75,0	43,50	31,5	0,42	71,3	27,4	-	-	1,3
Verd.-raum*	12	76,59	45,51	31,08	0,41	64,2	31,4	-	2,3	2,1
Nordgemeinden	2	74,50	57,50	17,0	0,23	76,5	23,5	-	-	-
Nordgemeinden*	3	77,33	55,67	21,66	0,28	66,0	27,2	-	-	6,8
	41									

Betriebsgrößenklasse über 100 ha

Ambergau	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ambergau*	2	117,50	102,50	15,00	0,13	60,8	27,7	-	8,5	3,0
Innerstetal	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Innerstetal*	8	195,08	104,50	90,58	0,46	62,1	26,3	2,1	5,5	4,0
Börde	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Börde*	7	119,48	72,0	47,48	0,40	69,1	26,8	-	1,9	2,2
Verd.-raum	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verd.-raum*	3	108,33	89,08	19,25	0,18	64,0	23,1	-	9,8	3,1
Nordgemeinden	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordgemeinden*	2	120,0	107,5	12,5	0,10	69,2	30,4	-	-	0,4
	22									

Anhang A 2 - Aufteilung der Arbeit im eigenen Betrieb bzw. außerhalb des eigenen Betriebes

Dörfer ohne mündl. Interviews

ha	Alter	Anz. Betr.	ausschließl. eig.Betrieb abs.	v.H.	überwiegend eig.Betrieb abs.	v.H.	überwiegend außerhalb abs.	v.H.
5 bis	ohn.Ang.	1			1			
u. 10	u. 20							
	20 - 30	1			1	100,0		
	30 - 40	4			2	50,0	2	50,0
	40 - 50	9	3	33,3	1	11,1	5	55,6
	50 - 65	20	9	45,0	3	15,0	8	40,0
	über 65	1	1	100,0				
10 bis	u. 20							
u. 20	20 - 30	5	1	20,0	1	20,0	3	60,0
	30 - 40	30	17	56,7	6	20,0	7	23,3
	40 - 50	31	21	67,8	5	16,1	5	16,1
	50 - 65	45	39	86,7	4	8,9	2	4,4
	über 65	2	2	100,0				
20 bis	u. 20							
u. 30	20 - 30	8	5	62,5	2	25,0	1	12,5
	30 - 40	32	30	93,8	2	6,2		
	40 - 50	32	30	93,8	2	6,2		
	50 - 65	30	29	96,7	1	3,3		
	über 65	4	4	100,0				
30 bis	u. 20							
u. 40	20 - 30	6	6	100,0				
	30 - 40	20	17	85,0	2	10,0	1	5,0
	40 - 50	26	22	84,6	2	7,7	2	7,7
	50 - 65	17	17	100,0				
	über 65							
40 bis	u. 20							
u. 50	20 - 30	1	1	100,0				
	30 - 40	14	13	92,9	1	7,1		
	40 - 50	13	12	92,3	1	7,7		
	50 - 65	16	16	100,0				
	über 65							
50 bis	u. 20							
u. 70	20 - 30							
	30 - 40	21	19	90,5	2	9,5		
	40 - 50	14	13	92,9	1	7,1		
	50 - 65	16	15	93,7	1	6,3		
	über 65	6	6	100,0				
70 bis	u. 20							
u.100	20 - 30	3	2	66,7	1	33,3		
	30 - 40	14	13	92,9			1	7,1
	40 - 50	18	18	100,0				
	50 - 65	6	6	100,0				
	über 65	4	4	100,0				
über	u. 20							
100	20 - 30							
	30 - 40	6	5	83,3			1	16,7
	40 - 50	3	2	66,7	1	33,3		
	50 - 60	11	7	63,6	3	27,3	1	9,1
	über 65	2	2	100,0				
Summe		492	407	82,7	46	9,4	39	7,9

Dörfer mit mündl. Interviews

ha	Alter	Anz. Betr.	ausschließl. eig.Betrieb abs.	v.H.	überwiegend eig.Betrieb abs.	v.H.	überwiegend außerhalb abs.	v.H.
5 bis	u. 20							
u. 10	20 - 30							
	30 - 40							
	40 - 50	3	2	66,7			1	33,3
	50 - 65	2			1	50,0	1	50,0
	über 65	1			1	100,0		
10 bis	u. 20	2			2	100,0		
u. 20	20 - 30	2					2	100,0
	30 - 40	8	4	50,0	2	25,0	2	25,0
	40 - 50	14	10	71,4	2	14,3	2	14,3
	50 - 65	24[1]	20	87,0	3	13,0		
	über 65	3	3	100,0				
20 bis	u. 20							
u. 30	20 - 30	3	2	66,7	1	33,3		
	30 - 40	10	8	80,0	1	10,0	1	10,0
	40 - 50	28	24	85,7	3	10,7	1	3,6
	50 - 65	14	11	78,6	3	21,4		
	über 65	2	2	100,0				
30 bis	u. 20							
u. 40	20 - 30	1	1	100,0				
	30 - 40	12	12	100,0				
	40 - 50	11	8	72,7	2	18,2	1	9,1
	50 - 65	5	5	100,0				
	über 65	1	1	100,0				
40 bis	u. 20							
u. 50	20 - 30							
	30 - 40	5	4	80,0			1	20,0
	40 - 50	5	5	100,0				
	50 - 65	5	4	80,0	1	20,0		
	über 65							
50 bis	u. 20							
u. 70	20 - 30	1	1	100,0				
	30 - 40	9	9	100,0				
	40 - 50	3	3	100,0				
	50 - 65	4	4	100,0				
	über 65							
70 bis	u. 20							
u.100	20 - 30	1	1	100,0				
	30 - 40	1	1	100,0				
	40 - 50							
	50 - 65	2	1	50,0	1	50,0		
	über 65	2	2	100,0				
über	u. 20							
100	20 - 30							
	30 - 40							
	40 - 50							
	50 - 65							
	über 65							
Summe		184	148	80,9	23	12,6	12	6,5

[1] Ein Befragter dieser Gruppe machte keine Angaben

Anhang A3 : Berufsausbildung der Betriebsleiter

- alle Dörfer -

Betriebs-größe in ha u. Alter d. Betr.Inh.	Anz. Betr.	keine Fach-ausbildg.		Landw.-(Winter-) Schule		Lehre u. Gehilfen-prüfung		Landw. Meister-prüfung	
		abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
5 - 10	142	14	33,3	17	40,5	0	21,4	1	2,4
davon									
o.A.ang.	1	1							
u. 30 J.	1			1	100,0				
30-40	4	2	50,0						
40-50	12	2	16,7	6	50,0	6	50,0	1	8,3
üb.50	24	9	37,5	10	41,7	3	12,5		
10 - 20	166	46	27,7	72	43,4	55	33,7	4	2,4
davon									
u. 30 J.	8			6	75,0	4	50,0		
30-40	39	4	10,3	22	56,4	22	56,4	2	5,1
40-50	45	8	17,8	22	48,9	19	42,2	2	4,4
üb.50	74	34	45,9	22	29,7	11	14,9		
20 - 30	153	18	11,7	83	54,2	89	58,3	7	4,6
davon									
u. 30 J.	11	1	9,1	6	54,5	4	36,4	1	9,1
30-40	42	1	2,4	25	59,5	28	66,7	1	2,4
40-50	60	2	3,3	32	53,3	40	66,7	4	6,7
üb.50	50	15	30,0	20	40,0	10	20,0	1	2,0
30 - 40	99	7	7,1	53	53,5	53	53,5	10	10,1
davon									
u. 30 J.	7			4	57,1	5	71,4	1	14,3
30-40	32			17	53,1	28	87,5	2	6,3
40-50	37	3	8,1	21	56,8	23	62,2	10	62,2
üb.50	23	4	17,4	11	47,8	7	30,4	5	21,7
40 - 70	135	5	3,7	38	28,1	81	60,0	30	22,2
davon									
o.A.ang.	1			1		1			
u. 30 J.	2			1	50,0	2	100,0		
30-40	49			14	28,6	38	77,6	9	18,4
40-50	36	1	2,8	13	36,1	26	72,2	12	33,3
üb.50	47	4	8,5	9	19,1	14	29,8	9	19,1
über 70	54	1	1,8	11	17,5	33	60,0	17	31,5
davon									
u. 30 J.	4			1	25,0				
30-40	21	1	4,8	4	19,0	12	57,1	5	23,8
40-50	12			3	25,0	9	75,0	4	33,3
üb.50	27			3	11,1	11	40,7	5	18,5
Summe	669	92	13,8	274	41,0	323	48,3	74	11,1

höh.Fachschule (Michelsensch.)		Fachhochschule ing.agr.		Hochschule		nichtlandw. Fachausbildung		nichtlandw. Fachausbildung beabs.	
abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
3	7,1	0	0,0	0	0,0	8	19,0		
1	100,0								
						1	25,0		
						4	33,3		
2	8,3					3	12,5		
25	14,5	0	0,0	0	0,0	7	4,2		
1	12,5					1	12,5	1	
7	17,9								
9	20,0					4	8,9		
7	9,5					2	2,7		
35	22,1	5	3,1	2	1,2	7	4,3		
2	18,2	2	18,2			1	9,1	1	
13	31,0	1	2,4	1	2,4	1	2,4		
11	18,3	2	3,3			1	1,7		
10	20,0			1	2,0	4	8,0		
36	34,3	3	3,0	2	2,0	7	7,1		
3	42,9			1	14,3				
15	46,9	3	9,4	1	3,2	4	12,5		
11	29,7					2	5,4		
5	21,7					1	4,3		
55	48,1	9	5,7	4	3,0	6	4,4		
		1	50,0						
31	63,3	7	14,3			3	6,1		
12	33,3			1	2,8	1	2,8	1	
22	46,8	1	2,1	3	6,4	2	4,3		
31	48,4	17	26,6	12	18,8	4	6,3		
1	25,0	1	25,0	1	25,0				
13	61,9	8	38,1	2	9,5	2	9,5		
6	38,1	3	25,0	3	25,0	1	8,3		
11	40,7	5	18,5	6	22,2	1	3,7		
103	28,8	34	5,1	20	3,0	39	5,8	3	

Anhang B_1

Art der außerbetrieblichen Tätigkeiten

(alle Dörfer)

a. Landwirte unter 4o Jahre

1. Betriebsgrößen 5 bis unter 2o ha

Tätigkeit überwiegend im eigenen Betrieb		Tätigkeit überwiegend außerhalb des eigenen Betriebes	
Forstarbeiter	: 2	Bundesbahnarbeiter	: 1
LKW-Fahrer	: 2	Maschinenschlosser	: 2
Schlepperausliefern	: 1	Werkzeugmacher	: 2
im Nachbarbetrieb angestellt	: 1	kaufmännische Tätigk.	: 2
Arbeiten im Winter beim Tischler	: 1	Postangestellter	: 1
Zuckerfabrikarbeiter	: 1	Stapelfahrer	: 1
Aushilfe beim Zimmermann	: 1	Molkereiangestellter	: 1
Kohlenhandel, Heizöl	: 1	Lagerist	: 1
Baumaschinenschlosser	: 1	Schachtmeister	: 1
Betriebshelfer	: 1	Verwaltungsangestellter	: 1
Kaufmann	: 1	eigene Gastwirtschaft	: 1
Student an PH	: 1	Kraftfahrer	: 1
		Landhandelskaufmann	: 1
insgesamt	:14	insgesamt	:16

2. Betriebsgrößen 2o bis unter 4o ha

Tätigkeit überwiegend im eigenen Betrieb		Tätigkeit überwiegend außerhalb des eigenen Betriebes	
LKW-Fahrer	2	Zuckerfabrikarbeiter	1
Milchfahren	1	Gastronomie	1
Forstarbeiten	1	Wissenschaftlicher Mitarbeiter	1
Hagelschätzer	1		
Arbeiten in größeren landw. Betrieben	1	insgesamt	3
Hausschlachter	1		
Handelsvertreter	1		
insgesamt	8		

3. Betriebsgrößen 4o bis 7o ha

Forstarbeiten	2	Schachtmeister	1
Bürgermeister und Gemeindedirektor	1		
insgesamt	3		

4. Betriebsgrößen über 7o ha

Vermietung von Gewerberäumen	1	Forstwirt	1
		Kaufmännische Tätigkeit	1
		insgesamt	2

b. Landwirte über 4o Jahre

1. Betriebsgrößen 5 bis 2o ha

Tätigkeit überwiegend im eigenen Betrieb		Tätigkeit überwiegend außerhalb des eigenen Betriebes	
eigene Stellmacherei	3	Arbeiter	7
Forstarbeiten	2	eigene Gastwirtschaft	2
eigene Gastwirtschaft	2	Kaufmann	1
Holzfahren	2	Kraftfahrer	1
Aushilfsfahrer	1	Krankenschwester	1
Hausschlachter	1	Prüfer	1
Bauhelfer	1	Antennenwerk	1
Metallgießerei	1	Verwaltungsangestellter	1
Lagerarbeiter	1	Finanzamt	1
Strohhandel	1	Betonfacharbeiter	1
Kohlen- und Ferkerhandel	1	Auftragsbearbeiter	1
Sprengmeister und Feuerwerker	1	Bankangestellter	1
Gemeindedirektor	1	Versuchstechniker	1
Gartenbau und Friedhofskunst	1	Gärtner bei einer Behörde	1
keine Angaben	1	Angestellter	1
		Lagerverwalter	1
		Straßenverkehrsamt	1
insgesamt	2o	insgesamt	24

2. Betriebsgrößen 2o bis 4o ha

Tätigkeit überwiegend im eigenen Betrieb		Tätigkeit überwiegend außerhalb des eigenen Betriebes	
eigene Gastwirtschaft	2	Landmaschinenschlosser	1
eigenes Kreidewerk	2	Versicherung	1
Forstarbeiten	1	Mietshäuser	1
Landmaschinenschlosser	1	eigenes Hotel	1
Lohnschroten und Futtermittelhandel	1		
Müllabfuhrverband	1	insgesamt	4
gelegentliche Fuhren	1		
Hagelschätzer	1		
Versicherung	1		
Gemeindedirektor	1		
Geschäftsführer im Maschinenring	1		
insgesamt	13		

3. Betriebsgrößen 4o bis 7o ha

Forstarbeiten	2	- - - - -	
Arbeiten in einer Baumschule	1		
Gemeindedirektor	1		
insgesamt	4		

4. Betriebsgrößen über 7o ha

Hagelschätzer	1	selbständiger Kaufmann	1
Forstverwalter	1		
Bankgewerbe	1		
landwirtschaftliche Kooperation	1		
insgesamt	4		

Anhang: B_2

Die außerlandwirtschaftlichen Berufe der Hofnachfolger über 2o Jahre - alle Dörfer -

a. Betriebsgrößen unter 3o ha

keine Angaben	: 1
Arbeiter	: 5
Landmaschinenschlosser	: 4
Kraftfahrer	: 4
Landwirt in anderen Betrieben	: 2
Waldarbeiter	: 1
Mechaniker	: 1
Maschinenschlosser	: 1
Kfz.-Schlosser	: 1
Gabelstaplerfahrer	: 1
Tischler	: 1
Soldat	: 1
Feuerwehrmann	: 1
Datenverarbeiter	: 1
Großhandelskaufmann	: 2
Landwirtschaftsinspektor(ing.agr)	1
Vermessungstechniker	: 1
Sparkassenangestellter	: 1
Schüler	: 1
Student	: 2
Einrichter	: 1
Berater in der Düngemittel-industrie	: 1
Sachbearbeiter	: 1
insgesamt	:36

b. Betriebsgrößen zwischen 3o und 5o ha

Postbeamter	:	1
Schüler	:	3
Student	:	3
Doktorand (Dipl. Kaufmann)	:	1
insgesamt	:	8

c. Betriebsgrößen über 5o ha

keine Angaben	:	2
Landwirt in anderen Betrieben	:	2
Grohandelskaufmann	:	1
Bankkaufmann	:	1
Kaufmann	:	1
landwirtschaftlicher Ringleiter	:	1
Hausfrau	:	1
Diplom-Landwirt	:	1
Student	:	7
insgesamt	:	18

Anhang: B_3

Berufe der Väter von den Ehefrauen der Landwirte

- alle Dörfer -

Unter 2o ha		2o - 4o ha	
Arbeiter	: 4	Arbeiter	: 2
Landarbeiter	: 3	Landarbeiter	: 1
Bergmann	: 3	Maurer	: 1
Maurer	: 1	Melker	: 1
Handwerker	: 16	Bergmann	: 1
Straßenwärter	: 2	Schäfermeister	: 1
Gärtner	: 1	LKW-Fahrer	: 1
Gutsinspektor	: 1	Rottenmeister	: 1
Bundesbahnarbeiter	: 1	Gärtner	: 1
Bundesbahnbeamter	: 1	Lokomotivführer	: 2
Beamter	: 1	Handwerker	: 15
Postbeamter	: 1	Postverwalter	: 1
Bürogehilfe	: 1	Schachtmeister	: 1
Gastwirt	: 1	Viehkaufmann	: 1
Lagermeister	: 1	Kaufmann	: 4
Kaufmann	: 2	Angestellter	: 1
Mühlenbesitzer	: 1	Offizier	: 1
Bauunternehmer	: 2	Fabrikant	: 2
Lehrer	: 3	Lehrer	: 1
Rektor	: 1	Rechtsanwalt	: 1
Studienrat	: 1	Arzt	: 1
Landgerichtsrat	: 1	Zahnarzt	: 1
insgesamt	: 49	insgesamt	: 43

40 - 70 ha

Schlepperfahrer	:	1
Brenner	:	1
Elektromonteur	:	1
Handwerker	:	2
Lohnbuchhalter	:	1
Kaufmann	:	2
Holzhändler	:	1
Angestellter	:	2
Zollinspektor	:	1
Lehrer	:	2
Arzt	:	1
Rechtsanwalt	:	2
Dipl. Ingenieur	:	1
insgesamt	:	18

über 70 ha

Straßenwärter	:	1
Handwerker	:	2
Kaufmann	:	6
Offizier	:	1
Redakteur	:	1
Ingenieur	:	2
Bankdirektor	:	1
Lehrer	:	1
Oberlandwirtschaftsrat	:	1
insgesamt	:	16

Anhang: C_1

Frage 2 im mündlichen Interview

Halten Sie Preiserhöhungen durch die Regierung für landwirtschaftliche Produkte, deren Angebot höher liegt als ihre Nachfrage, für berechtigt?

Antwort: ja: 124

Begründungen:

a	Wegen der inflationären Entwicklung (Hierin sind einbezogen Begründungen wie ständige Kostensteigerungen, es wird alles teurer, Löhne steigen jedes Jahr usw.)	38
a c	Die Regierung soll bei Überangeboten Exportsubventionen gewähren	2
a c	Die Invesitionen sind im wesentlichen nur substanzerhaltend, nicht gewinnmehrend	1
a c	Die Industrie erzeugt oft auch Überproduktionen und erhöht trotzdem die Preise	1
a f	Wegen der Preisverzerrungen allgemein	1
b	Das Überangebot kommt vor allem durch Einfuhren aus dem Ausland zustande (gemeint sind in der Regel Drittländer außerhalb der EG)	35
b	Das Überangebot ergibt sich durch die EG, in Deutschland gibt es kein Überangebot	8
b c	Preiserhöhungen auch bei Überangebot, dann aber auch Kontingentierung	1
b c	Die Produktion ist nicht zu hoch, sie muß eben von der Regierung besser gesteuert werden	1
c	Die Bauern müssen von den Einnahmen aus dem Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte leben; sie können die Produktion nicht so schnell umstellen	3
		91

c	Die Disparität der landwirtschaftlichen Einkommen zu denen in den anderen Wirtschaftsbereichen würde sonst noch größer werden	2
c	Wir haben eine soziale Marktwirtschaft	1
c	Das sagt mir der Gerechtigkeitssinn	1
c	Die Preise in der Wirtschaft sind politisch bedingt verzerrt	1
c	Als Landwirt muß ich für ja stimmen	1
c	Die Industrie bekommt auch Wirtschaftshilfe	1
c d	Es sind kaum Überangebote vorhanden; viele Menschen in der Welt hungern	2
d	Eine gewisse Vorratshaltung muß gegeben sein	2
d	Die Angebotslücke kommt schneller als man glaubt	2
d	Zum Beispiel muß die Milchproduktion bezuschußt werden, sonst geht die Produktion von Milch und Rindfleisch zu stark zurück	1
d	Es gibt auch Zeiten, in denen das Angebot gering ist	1
	Je mehr Geld die Landwirte haben, desto konkurrenzfähiger sind sie	1
	Auf alle Fälle	1
	Ohne weitere Begründung	16
		124

Antwort: beschränkt ja: 39

Begründungen:

a	Preiserhöhungen auch bei Überangebot wegen der allgemeinen Inflation	3
a	Preiserhöhungen nützen nichts, wenn die Produkte nicht abgesetzt werden können	1

a	Die Regierung müßte stabile Preise schaffen, die etwa den Marktausgleich bringen, das dürfte aber schwer sein	2
a	Man kann nicht wild drauflos produzieren	1
a c	Überproduktion ist natürlich problematisch	2
a c	Die Preise für Agrarprodukte dürfen nicht zu hoch liegen, um sozial Schwache nicht zu benachteiligen	1
a c	Die Erzeugerpreise müßten aus Kostengründen steigen, wegen der dadurch sich verstärkenden Lohn-Preis-Spirale wird es aber nicht gehen	1
a d	Wir sind ein Industriestaat und müssen ausführen. Einige landwirtschaftliche Betriebe müssen aber bestehen bleiben	1
a f	Die Ursache des Überangebots liegt in falscher Lenkung; ich bin durchaus für die Marktwirtschaft	1
b	Das Überangebot ergibt sich durch Einfuhren	6
b c	Exporte sollen dann subventioniert werden	1
c d	Angebot und Nachfrage regeln zwar den Preis, aber starke Preisrückgänge können die Betriebe in die Verlustzone bringen, dann werden kostspielige Investitionen unrentabel	1
c d	Wegen der Rentabilität der Betriebe muß die Überproduktion zeitweise in Kauf genommen werden und von der Regierung gestützt werden	1
d	Es kann schnell zu Rückgängen im Angebot und damit zur Unterversorgung kommen	2
d	Die Bauern können sich dem Markt nicht so genau anpassen	1
e	Wegen der Aufgaben des Landschaftschutzes müssen die Erzeugerpreise auch bei Überangebot gestützt werden	2
		27

f	Die EG-Wettbewerbsverzerrungen in allen Wirtschaftsbereichen müssen erst aufgehoben werden; dann sollen Angebot und Nachfrage den Preis regeln	2
f	Wir haben keine vollkommenen freie Marktwirtschaft	1
f	Ebenso wie die Wirtschaft subventioniert wird (z. B. Kohle), können die Landwirte auch subventioniert werden. Das ist natürlich kein Dauerzustand	1
o.M.	Die Frage ist nicht mit klarem Ja oder Nein zu beantworten	1
	Ohne weitere Begründung	7
	Insgesamt	39

Antwort: nein: 9

Begründungen

a	Die Preise müssen dem Markt angepaßt, aber angemessen sein	2
a	Würden die Preise auch beim Überangebot erhöht, käme es zu sehr starken Marktungleichgewichten	1
a	Die Handelsspannen müssen reduziert werden. Wo das Angebot zu hoch ist, können die Preise nicht einfach erhöht werden	2
a	Ich bin grundsätzlich marktwirtschaftlich orientiert	1
a	Das Angebot müßte dann tendenziell zurückgehen	1
a c	Ich bin für allgemeine Preisstabilität	1
c	Die Preise für Endverbraucher dürfen nicht steigen	1
		9

Anhang C_2

Frage 3:

Halten Sie es für vertretbar, daß nur noch die Betriebe staatlich gefördert werden, von denen erwartet werden kann, daß sie durch diese Maßnahmen einen Gewinn erbringen, der den Betriebsleiter in den Stand versetzt, an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilzunehmen (Erhaltungssubventionen sind ausgeschlossen)?

ja nein unentschlossen

Begründungen

Betriebsgrößenklasse 5 bis unter 1o ha
Landwirte über 4o Jahre:

Ja: 2

a Das Gießkannenprinzip war nichts 1

c b d Eine Mindestgröße als Voraussetzung für eine Förderung ist schon notwendig. Im wesentlichen kommt es auf den Betriebsleiter an, der aber vernünftige Preise haben soll 1

2

Nein: 3

b In den großenBetrieben werden dann oft Ställe gebaut, die danach, weil die Haltung sich nicht mehr lohnt, leerstehen 1

b Es wäre ungerecht; auf guten Böden ist auch in kleinen Betrieben etwas zu machen (es wird befürchtet, daß die Verwaltung zu sehr die Betriebsgröße als entscheidendes Kriterium in Anspruch nimmt) 1

b Große Betriebe werden oft nicht mit der Arbeit fertig 1

3

Unentschlossen: 1

d Mittleren Betrieben ohne Nebeneinkünfte steht auch Förderung zu 1

Betriebsgrößenklasse 1o bis unter 3o ha

Landwirte unter 4o Jahre:

Ja: 16

Ohne nähere Begründung 2

a Investitionen müssen sich rentieren 2

a Die Betriebsstruktur würde verbessert werden 1

b Die Betriebsgröße ist allein nicht entscheidend 3

b Es sollen nur Betriebe gefördert werden, die nachweisen, daß ordentlich gewirtschaftet wird 2

b Der Landwirt muß nachweisen, daß er ordentlich wirtschaftet, dabei ist die Betriebsgröße nicht entscheidend 1

b Auch tüchtige Nebenerwerbslandwirte sollten gefördert werden, da diese gezwungen sind, woanders zu arbeiten 1

c Es sollte nicht jeder kleine Betrieb gefördert werden, der Hofnachfolger soll eine nicht landwirtschaftliche Ausbildung wählen 1

d Im ganzen sollen statt staatlicher Förderung bessere Preise gewährt werden (staatliche Förderung für rentable Investitionen wird zwar bejaht, aber der Befragte sieht sie eher als Ersatz für zu geringe Preise an) 1

e Die Grenzen für die Förderungswürdigkeit müssen fließend sein 1

e Ja, aber kurzfristig gesehen ist über das Kriterium schwer zu entscheiden 1

16

Nein: 4

b	Im kleineren Betrieb kann auch rentabel gewirtschaftet werden, besonders durch Zusammenschlüsse	1
b	Die Großbetriebe sind stärker verschuldet	1
d	Der Bauer soll reele Preise bekommen, wenn er arbeitet. Die Schrumpfung durch den Staat ist nicht richtig	1
d	Die Industrie wird auch subventioniert	1
		4

Unentschlossen: 4

b	Es werden heute die falschen Betriebe unterstützt. Betriebe, die bis jetzt gut gewirtschaftet haben, müssen in Zukunft unterstützt werden	1
d	Ja, aber es wäre besser, statt Subventionen "richtige" Preise zu gewähren	2
e	Problem der Grenzziehung, es gibt auch große Betriebe, die krank sind	1
		4

Landwirte über 4o Jahre:

Ja: 33

	Ohne nähere Begründung	5
a	Die Investitionen müssen sich rentieren	5
a	Unrentable Betriebe mit jungen Betriebsleitern nicht fördern	1
a	Ablehnung des Gießkannenprinzips	2
a	Ich bin nicht für Erhaltungssubventionen; nur rentbale Investitionen sollen gefördert werden	1
b	Die Betriebsgröße ist nicht entscheidend	4
b	Nur die gut wirtschaftenden, nicht die verschuldeten Landwirte sollen gefördert werden	2
b	An sich ja, aber die großen Betriebe bekommen Geld und gehen dann oft pleite	1
b	Bei Buchführung	1
b	Die Qualität der Betriebsleiter ist entscheidend; Betriebe gleicher Größe weisen große Disparität in den Einkommen auf	1
c	Man sollte die Wahrheit sagen, daß die und die Betriebe werden aufhören müssen	1
c	Der Betrieb muß sich schon selbst tragen können	1
c	Das ist konsequent; kleine Betriebe sollten grundsätzlich nicht gefördert werden	1
c	Wer nicht existieren kann, muß aufhören	1
c	Die kleinen Betriebe werden sowie in Zukunft nebenberuflich bewirtschaftet	1
c d	Unter 25 ha hat die Förderung wenig Sinn; die kleinen Betriebe sollen aber nicht ganz untergehen, aus Eigeninteresse an der Position der Landwirtschaft	1
c d	Die kleinen Betriebe müssen aber zum Teil weitermachen wegen der Aufgaben des Umweltschutzes	1
d	Betriebsleiter, die unter der Förderungsgrenze liegen, sollen aber keine Not leiden	1
d	Statt Subventionen höhere Preise; es werden viele Betriebe gefördert, die es nicht wert sind	1
e	Es besteht die Schwierigkeit der Grenzziehung, auch die Großen können Fehlinvestitionen machen (z. B. Stallbauten)	1
		33

Nein: 35

	Ohne nähere Begründung:	2
a	Die Förderungsgrenze ist zu hoch; sie müßte bei 15.ooo,- DM liegen	1
a	Für rentable Investitionen; wenn kein Gewinn mehr erwirtschaftet wird, soll der Betrieb aufgelöst werden	1
b	Die Betriebsgröße ist nicht entscheidend	6
b	Auch gut geführte Nebenerwerbslandwirte fördern (sagt ein Haupterwerbslandwirt)	1
B	Die Großbetriebe sind anfälliger als die Mittelbetriebe	1
b	In den kleinen Betrieben wird gearbeitet, die großen Bauern stecken die Förderungsgelder ein	1
b	Die kleinen Betriebe sind oft gesunder als die großen	1
b	Die Großen werden gefördert und scheiden dann oft aus oder geben den geförderten Betriebszweig auf. Diejenigen, die keine Gewinne mehr erwirtschaften, scheiden sowieso aus	1
c	Kleinstbetriebe sollten allerdings nicht gefördert werden	1
d	Die kleinen Betriebe müssen auch gefördert werden; Ertl sagte, daß zu viele Bauern zu schnell die Landwirtschaft verlassen	2
d	Die kleinen Betriebe scheiden sowieso aus durch den Generationswechsel; darum sollte man die auf diesen für die Zukunft zu kleinen Betrieben Wirtschaftenden noch fördern	1
d	Keine Subventionen, dafür korrekte Preise	1
d	Die großen Betriebe hatten früher nicht mehr Gewinn als die kleineren, das wird sich aber ändern. Man sollte die kleinen Betriebe nicht ganz abschreiben.	1
d	Wegen der hohen Preissteigerungen müssen auch die kleinen Betriebe gefördert werden	1
d	Alle oder keiner	1
d	Das würde den Sozialismus begünstigen	1
d	Alle Betriebe müssen unterstützt werden	1o
d	Für ältere Landwirte sind besonders die Sozialsubventionen wichtig	1
		35

Unentschlossen: 13

a d	Vollkommen unrentabele Betriebe natürlich nicht fördern; doch nicht durch politische Maßnahmen die Landwirtschaft dezimieren. Die Entwurzelung ist nicht gut	1
b	Betriebe mit Investitionsplan, aber ohne Buchführung auch fördern	1
b	Jetzige Schätzungslandwirte könnten bei Buchführung mehr Steuern bezahlen als zur Zeit	1
b d	Die Qualität des Betriebsleiters ist entscheidend. Aus staatsbürgerlichen Aspekten müssen die Maßnahmen für alle gelten	1
c	Kleinere Betriebe ab 25 ha sollten auch gefördert werden	2
d	Ein Landwirt, der voll arbeitet, müßte auch existentiell gesichert sein	1
d	Die Anforderungen sind zu hoch geschraubt	1
d	Darauf kann ich nichts sagen. Staatliche Förderungsmittel sind Almosen, stattdessen höhere Preise	1
d	Keine Subventionen, dafür "richtige" Preise	1
d	Die Großen haben oft mehr Schulden, man sollte es über die Preise machen	1
e	Es ist schwer, eine Grenze zu ziehen	2
		13

Betriebsgrößenklasse 3o bis unter 5o ha

Landwirte unter 4o Jahre: 17 Landwirte

Ja: 11

	Ohne nähere Begründung	2
a	Die Betriebsgröße ist entscheidend	1
a	Die Investitionen müssen etwas erbringen	1
a	Eine sinnlose Förderung ist nicht vertretbar	1
b	Die Betriebsgröße ist aber nicht das entscheidende Kriterium für die Förderung; es kommt ganz besonders auf den Betriebsleiter an	4
d	Es müssen aber auch sozial begründete Subventionen gegeben werden	1
	Nebenerwerbslandwirte sollen nicht gefördert werden	1
		11

Nein: 6

c	Es ist nicht erstrebenswert, nur flächenmäßig große Betriebe zu fördern	1
c	Es kämen dann nur Betriebe von über 4oo Morgen in Frage	1
d	Die Betriebe müssen im großen und ganzen erhalten bleiben	1
d	Auch kleinere Betriebe haben etwas übrig und sollten gefördert werden	1
d	Die kleineren Betriebe müssen unbedingt erhalten bleiben; da wird besser gewirtschaftet	1
d	Entweder alle oder keiner	1
		6

Unentschlossen zu dieser Frage war niemand

Landwirte über 4o Jahre: 24

Ja: 15

	Ohne nähere Begründung	2
a	Die Investitionen müssen sich rentieren	2
a	Kranke Betriebe dürfen nicht subventioniert werden	1
a	Unrentable Betriebe müssen aufhören	1
b	Kriterium ist nicht die Betriebsgröße, sondern Tüchtigkeit und Erfolg des Betriebsleiters	3
b	Buchführungsbetriebe mit entsprechendem Gewinn sollen gefördert werden	1
c	Große Maschinen sind nur in großen Betrieben wirtschaftlich, sonst in Gemeinschaftseigentum	1
c	Es ist schon richtig, Investitionen erst von einer bestimmten Betriebsgröße an zu fördern, die Landwirtschaft hat sich aber schon genug gesund geschrumpft	1
c	Die Kleinen kriegen sowieso nichts	1
d	Ich bin gegen Subventionen eingestellt	1
e	Es ist schwierig, eine Grenze zu finden; sie wird nicht allein von der Betriebsgröße bestimmt	1
		15

Nein: 5

d	Alle Betriebe fördern	2
d	Viele Landwirte haben wegen ihres Alters keine Ausweichmöglichkeiten mehr; nach dem Krieg wurde immer der Familienbetrieb herausgestellt	1
d	Das ganze System liegt etwas schief	1
d	Ich bin an sich Gegner staatlicher Förderung; es muß über die Preise gemacht werden	1
		5

Unentschlossen: 4

a d	Kostendeckende Preise sind besser als Subventionen; Betriebe, die nichts erbringen, sollten aber nicht gefördert werden	1
b	Die Richtlinien sind zu dirgistisch, doch das Gießkannenprinzip ist auch nicht das Wahre	1
e	Das Problem ist zu vielschichtig und daher schwierig zu beantworten	2
		4

Betriebsgrößenklasse 5o bis unter 1oo ha

Landwirte unter 4o Jahre: 12

Ja: 7

a	Die Investitionen müssen sich rentieren	3
a	Es ist nicht richtig, wenn Betriebe gefördert werden, die in den nächsten Jahren nebenberuflich bewirtschaftet werden	1
b	Betriebe fördern, die Buchführung machen und entsprechenden Gewinn nachweisen	1
c	Die Betriebsgröße ist nicht allein entscheidend	1
c	Nur Landwirte fördern, die auch bleiben. Das Problem wird sich von selbst lösen	1
		7

Nein: 3

b	Die Kleinen, die oft besser wirtschaften und mehr arbeiten, müssen auch gefördert werden	1
d	Vernünftige Preise sind wichtiger als Anpassungssubventionen	1
d	Solange die Landwirte noch einen einigermaßen hohen Gewinn erwirtschaften und dabei zufrieden sind, sollte man sie auch fördern (Gewinn liegt hier unter der vom Gesetz gezogenen Grenze, also liegt hier Gerechtigkeitsvorstellung vor)	1
		3

Unentschlossen: 2

	Ohne nähere Begründung	1
d	Diese Frage ist von einem Berufskollegen mit ehrlichem Gewissen schwer zu beantworten. Die Förderung unrentabler Betriebe ist zwar eine Fehlinvestition, aber sozial und menschlich gerecht	1
		2

Landwirte über 4o Jahre: 1o

Ja: 9

	Ohne nähere Begründung	1
a b	Ja, doch gesunde Betriebe mit einem Einkommen unter der Förderungsgrenze , die sollten auch gefördert werden	1
a b	Nur gesunde und rentable Betriebe können bestehen	1
b	Die Betriebe müssen Rechenschaft ablegen, ob sie förderungswürdig sind	1
c	Wenn es so weiter geht, kann man Investitionen in kleinen Betrieben nicht mehr fördern	1
c	Nur Vollerwerbsbetriebe etwa ab 2o ha fördern	1
d	Die Schaffung von größeren Betrieben ist aber nicht alleiniges Dogma. Das wäre sozialpolitisch ungerecht	1
	Die ganze Umstrukturierung ist ein Generationsproblem	1
	Ja, mit Einschränkung	1
		9

Nein: 0

Unentschlossen: 1

	Ohne nähere Begründung	1

Anhang C_3

Frage 4 im mündlichen Interview

Sehen Sie in den Bauern mehr einen in sich geschlossenen Stand, der in seinem Bestand geschützt werden sollte, oder mehr einen Gesellschaftsteil, der bestimmte Funktionen zum Wohl der Gesamtgesellschaft zu erfüllen hat, sich diesen Funktionen also unterordnen und anpassen muß?

Begründungen:

Betriebsgrößenklasse 5 bis unter 1o ha:

Landwirte über 4o Jahre: 6

I	Die Landwirtschaft ist kein abgeschlossener Stand; weiterer Abgang ist nicht zu vermeiden	1
I	Einordnung aufgrund ökonomischer Umwältung	1
II	Ich bin für Anpassung, doch sind die Aufgaben der Landwirtschaft für den Umweltschutz zu bedenken. Sonst müßte der Staat dafür sorgen	1
II	Die Landwirtschaft ist kein abgeschlossener Stand; sie hat aber besondere Eigenarten. Eine weitere Reduzierung der landwirtschaftlichen Bevölkerung wäre schädlich	1
II	Eine weitere Reduzierung der landwirtschaftlichen Bevölkerung wäre nicht zu vertreten	1
II	Man sollte den augenblicklichen Bestand schützen, da eines Tages sonst Land liegen bleibt	1

Betriebsgrößenklasse 1o bis unter 3o ha:

Landwirte unter 4o Jahre: 24

I	Ich bin für Anpassung	4
I	Der Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung ergibt sich von allein durch die Produktivitätssteigerungen	1
i	Weitere Reduzierung der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist nicht schädlich	1

I	Schrumpfung in der Landwirtschaft ist nicht aufzuhalten. Einige Betriebe müssen ausscheiden, damit andere aufstocken können	1
I	Ich bin für Anpassung, die Landwirtschaft hat keibesonderen Eigenwert; der Tüchtige wird sich schon durchsetzen	1
I	Der Beruf des Bauern ist ein Beruf wie jeder andere	1
II	Ich bin für Anpassung, aber bis zu einem gewissen Grade soll die Landwirtschaft geschützt werden	2
II	Die Landwirtschaft soll als Naturschutzpfleger etwas geschützt werden	1
II	Anpassung ist notwendig, Betriebe ab 2o ha sollten aber bestehen bleiben	1
II	Ich bin für Einordnung, aber die Landwirtschaft soll zahlenmäßig geschützt werden	1
II	Die Landwirtschaft soll im allgemeinen geschützt werden, aber nicht unbedingt zahlenmäßig	1
II	Die Bauern sind kein abgeschlossener Stand , viel weniger dürfen es aber nicht sein, da sonst die Arbeit nicht zu bewältigen ist. Ich bin nicht für vollkommene Anpassung	1
II	Der jetzige Bestand muß geschützt werden wegen der Ernährungssicherung	3
III	Die Landwirtschaft soll im Bestand geschützt werden durch angemessene Preise	1
III	Die Bauern sind ein bedingt abgeschbssener Gesellschaftsteil, der Funktionen zum Wohl der Gesamtgesellschaft ausübt	1
III	Die Landwirtschaft ist eher ein Stand, der geschützt werden sollte	1
III	Ich bin nicht für Einordnung; die Eigeninitiative soll nicht behindert werden	1
III	Die Landwirtschaft ist wirtschaftliche und soziologisch ein Stand, der Eigengewicht hat	1

Landwirte über 4o Jahre: 81

I	Ich bin für Anpassung bzw. Einordnung	17
I	Die Ernährung wäre auch bei weiterer Reduzierung der Landwirtschaft gesichert	2
I	Es wird zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf 3 % kommen; Schäden befürchte ich nicht	1
I	Die Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist ohne Schaden, solange es nicht zu politischen Krisen kommt	1

I	Ich bin für Einordnung, weil es die Marktlage der landwirtschaftlichen Produkte erfordert	1
I	Die ökonomischen Verhältnisse zwingen zu Veränderungen	2
I	Die Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung ergibt sich von selbst	1
I	Ich bin für Anpassung. Die Angehörigen aller Gruppen sitzen im selben Boot; die Landwirtschaft soll zahlenmäßig nicht geschützt werden	1
I	Der Bestand soll nicht künstlich geschützt werden	1
I	Der landwirtschaftliche Betrieb ist ein Gewerbebetrieb wie jeder andere auch. Wer mit dem Betrieb nicht zurechtkommt, soll aufhören	1
I	Die Bauern können sich letztlich selbst behaupten, sie brauchen nicht geschützt zu werden	1
I	Der Trend geht zu wenigen Bauern	1
I	Keine Betriebe künstlich am Leben erhalten	1
I	Es werden noch mehr Landwirte aufgeben	1
I	Ich bin für Gesundschrumpfung	1
I	Weiterer zahlenmäßiger Rückgang ist problemlos und ungefährlich, der Strukturwandel soll sich mit dem Generationenwechsel auslaufen	2
II	Die Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung kommt von selbst; es wäre aber schade, wenn die Landwirtschaft zugrunde ginge	1
II	Ich sehe ein, daß kleine Betriebe ausscheiden müssen, bin aber nicht glücklich darüber	1
II	Anpassung ist nötig, aber ein bestimmter Mindestbestand sollte bestehen bleiben	1
II	Anpassung ist nötig, Landwirtschaft hat aber ein gewisses Eigenrecht	2
II	Der bestehende Anteil müßte gehalten werden	9
II	Ein Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf z. B. 3 v. H. wäre nicht gut, sonst wäre die Ernährung gefährdet	2
II	Die Landwirtschaft ist kein abgeschlossener Stand; die Industrie wird aber auch geschützt durch Zölle	1
II	Die Landwirtschaft soll nicht besonders geschützt werden, aber die Bauern üssen in die Lage versetzt werden, sich selbst zu erhalten	1
II	Die Verminderung der Landwirte geht reichlich schnell vor sich	2

II	Es sollen nicht mehr Landwirte aufhören, sonst werden wir vom Ausland abhängig	3
II	Ich bin für Einordnung in die Gesellschaft; die Bauern sind aber durchaus Grundlagen der Gesellschaft	1
II	Etwas anpassen schon, aber nicht unterbuttern lassen	1
II	Die Landwirtschaft ist kein abgeschlossener Stand, sollte aber zahlenmäßig etwas geschützt werden	1
II	Ich bin für eine gewisse Anpassung, etwas muß die Landwirtschaft aber schon geschützt werden	1
II	Wegen der Landschaftspflege sollten nicht mehr Bauern ausscheiden	2
II	Landwirtschaft ist immer notwendig aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen	1
II	Es geht nicht mit ausschließlich 1oo-ha-Betrieben	1
II	Die Landwirtschaft soll sich nicht abkapseln, soll aber auch entsprechend berücksichtigt werden	1
II	Die landwirtschaftliche Bevölkerung soll nicht weiter absinken, sie erfüllt Funktionen zum Wohl der Gesellschaft	1
II	Ich bin im Prinzip für Einordnung; wegen der Sicherheit der Ernährungslage besteht aber eine gewisse Berechtigung für die Betrachtung als abgeschlossener Gesellschaftsteil	1
II	Ich bin für Anpassung, die Landwirtschaft muß aber ein bißchen in Ehren gehalten werden; der Bauer wird heute nicht mehr geachtet	2
II	Ein bestimmter Anteil der bäuerlichen Bevölkerung, der nur wenig unter dem augenblicklichen liegt, soll gehalten werden	1
II	Wegen Ernährung und Umweltschutz gewissen Bestand halten, aber nicht abkapseln	3
II	Ich bin für Anpassung, die Bauern sind ein Teil der Gesellschaft, der Bauer kämpft aber mit dem Rücken zur Wand. Es sollen möglichst viele bleiben	1
II	Die weitere Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung wäre nicht nötig, wenn es bessere Preise gäbe	1
III	Ich bin für mehr Stützung der Bauern vom Staat	2
III	Die Bauern sind mehr ein geschlossener Stand, der geschützt werden sollte	1
III	Die Landwirtschaft soll subventioniert werden wie die Ruhrkohle	1

III In jeden gesunden Staat gehört eine gesunde Landwirtschaft 1

III Wir müssen uns schon etwas absetzen, weil wir vom Staat schlecht behandelt werden, die breite Masse kennt uns doch gar nicht mehr; wir werden nicht geachtet 1

III Es wäre besser, wenn etwas mehr Landwirte verblieben 1

III Die Bauern sind Kern eines gesunden Volkes; es herrscht zur Zeit Panikstimmung im Aufgeben von Betrieben 1

Betriebsgrößenklasse 3o bis unter 5o ha

Landwirte unter 4o Jahre: 17

I Der Bestand an bäuerlicher Bevölkerung baut sich von selbst ab, sie braucht nicht geschützt zu werden 2

I Einordnung, wir haben genauso Rechte und Pflichten wie andere Gesellschaftsteile auch 2

I Die Strukturveränderungen bringen es mit sich, daß die bäuerliche Bevölkerung weiter abnimmt 2

I In vielen Betrieben (bis 4o ha) ist der Landwirt nicht ausgelastet. Flächengröße von mindestens 5o ha ist anzustreben 1

I Der Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung bedeutet keinen Nachteil für die Gesellschaft 1

II Ich habe etwas gegen die alte grüne Front, die Landwirtschaft hat aber auch etwas Eigenwert 1

II Anpassung, aber die Landwirtschaft hat Eigenwert bei Pflichten gegenüber Staat und Gesellschaft 1

II Ich bin grundsätzlich für Anpassung, die landwirtschaftliche Bevölkerung darf aber nicht sehr viel weiter reduziert werden 1

II Weiterer Rückgang der Landwirtschaft ist nicht zu vertreten, eine gewisse Anpassung muß aber durchgeführt werden 1

II Weiterer Rückgang ist nicht zu vermeiden, aber ein gesunder Prozentsatz soll für die Versorgung erhalten bleiben 1

II Vernünftige Preise; was sich dann aussondert, ist normaler Strukturwandel 1

II Wegen des Umweltschutzes (Sauerstoffproduktion) und der Ernährung sollen die Bauern nicht sehr viel weiter im Bevölkerungsanteil absinken 2

III	Keine Einordnung, die Familienbetriebe müssen erhalten bleiben	1

Landwirte über 4o Jahre: 24

I	Einordnung	3
I	Die Aufgaben der Landwirtschaft können auch durch weniger Landwirte erfüllt werden	1
I	Anpassung, das ist doch ganz logisch	1
I	Wir können die Nase nicht mehr so hoch tragen	1
II	Ich bin für Anpassung, eine weitere Abnahme der Landwirte wäre aber problematisch (Ernährungskrise, Problem des Umweltschutzes)	6
II	Anpassung, doch eine Struktur nur mit Großbetrieben ist nicht vorteilhaft	1
II	Anpassung, ein gewisser Eigenwert der Landwirtschaft ist aber vorhanden	1
II	Anpassung, aber nicht Unterordnung. Der Rückgang wird weitergehen, was gesellschaftlich, aber nicht wegen der Ernährung, schädlich ist	1
II	Die Reduzierung der Bauern erfolgt durch staatliche Maßnahmen; die Bauern haben als Industriearbeiter eine gute Arbeitsmoral	1
II	Kein abgeschlossener Stand; wichtig ist die Kommunikation mit anderen Gruppen. Die Landwirtschaft hat aber besondere Funktionen, ein gewisser Bestand, der nicht zu hoch zu sein braucht, muß aber gewahrt bleiben	1
II	Kein abgeschlossener Bestand. Die Landwirtschaft darf zahlenmäßig nicht weiter zurückgehen, da sie dann in der Gesellschaft nicht mehr beachtet wird	1
II	Die Landwirtschaft ist ein Gesellschaftsteil, der sich nicht absondern soll. Ich habe aber gewisse Bedenken gegen einen weiteren Rückgang	2
III	Die Landwirtschaft soll kein Gesellschaftsteil sein, der für billige Ernährung zu sorgen hat	1
III	Ich setze die Gewichte mehr in Richtung auf den geschützten Bestand	1
III	Wer jetzt noch in der Landwirtschaft ist, soll bleiben	2

Betriebsgrößenklasse 5o bis unter 1oo ha

Landwirte unter 4o Jahre: 12

I	Ich bin für Einordnung	3
I	Die Verminderung der bäuerlichen Bevölkerung bringt keine negativen Folgen für die Gesamtgesellschaft	1
I	Die Grenze des vertretbaren Rückgangs der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist schwierig abzuschätzen	1
I	Abkapselung würde zum Gettodasein führen	1
I	Die Bauern sollen auf dem Teppich bleiben, besonders in einer Stadt wie Sarstedt ist das notwendig	1
I	Die weitere Verminderung der Landwirte ist zwangsläufig; im Hildesheimer Raum wird es jedoch langsamer gehen	1
II	Anpassung ist notwendig, aber bei weiterer Reduzierung der Landwirte kann es zu Schwierigkeiten kommen	1
II	Gesellschaftspolitisch wäre es besser, wenn der derzeitige Bestand bliebe. Der Trend geht aber dahin, daß immer mehr Landwirte ausscheiden	1
II	Wir wollen an der Gesellschaft teilhaben; weitere Verminderung der Landwirte ist jedoch nicht problemlos	1
II	Die Landwirtschaft braucht nicht geschützt zu werden, wenn es korrekte Preise gibt	1

Landwirte über 4o Jahre: 1o

I	Einordnung muß sein	3
I	Jugendliche Landwirte sind aufgeschlossen, wir müssen uns anpassen	1
I	Die zahlenmäßige Anpassung ist nicht zu verhindern	1
I	Es muß zur Bereinigung kommen; gesunde und rentable Betriebe können auf Dauer bestehen	1
II	Die Landwirtschaft ist kein abgeschlossener Stand; die Bauern sollen zahlenmäßig aber etwas geschützt werden	1
II	Die Landwirtschaft hat kein Recht auf Sonderstellung, soll aber doch einigermaßen gut bezahlt werden	1

II Die Bauern sind kein abgeschlossener Bestand, aber ich bin gegen eine weitere Verminderung der landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung 1

III Die Landwirte sind der wichtigste Gesellschaftsteil, bei einem Anteil von nur 4 v. H. kann es zu Schwierigkeiten kommen 1

Anhang C_4

Frage 6 im mündlichen Interview:

Erläutern Sie bitte kurz, wie Sie zu einem neuen Bodenrecht stehen?

a) in den Städten

b) in den kleineren und mittleren Gemeinden

Antworten:

-	Es haben sich noch keine deutliche Meinung gebildet:	17
a	Spekulanten sollen bekämpft werden:	25
b	Ich bin gegen die Spekulation, aber auch gegen die der Kommunen:	16
c	Gegner der Spekulation, der Bauer soll aber seinen Preis für das Bauland bekommen. Der Preis sollte wenigstens so hoch sein, daß die dreifache Fläche an Ackerland dafür gekauft werden kann:	14
b	Die Spekulation der Kommunen wird abgelehnt:	3
d	Ich bin gegen die Spekulation; aber es darf kein Eingriff in das Eigentumsrecht über Art. 14oo hinaus geschehen:	1
c	Ich bin gegen die Spekulation der Makler und Kommunen. Der Landwirt soll aber einen guten Preis für Bauland erzielen können, da er dann mehr Ackerland zur notwendigen Aufstokkung des Betriebes kaufen kann:	1
d	Die Spekulation sollte bekämpft werden; ich bin aber gegen ein neues Bodenrecht, da es die kalte Sozialisierung bedeuten würde:	3
a	Ich bin gegen die Spekulation. Die Landwirte waren nie Spekulanten. Die Baulandpreise werden durch Makler und Siedlungsgesellschaften hochgetrieben:	3
b	Die Spekulationsgewinne sollen abgeschöpft werden, ich bin aber grundsätzlich gegen das Diktat der Kommunen bzw. gegen die Kommunalisierung:	2
d	Ich bin gegen die Spekulation; es darf aber keine brutale, unterpreisliche Enteignung geben:	1

d Gegner der Spekulation, es bestehen aber Bedenken gegen eine zu schnelle Enteignung; außerdem spielt der Bodenpreis im Verhältnis zu den gesamten Baupreisen keine Rolle: 3

a e Die Höchstsummen für Bauland in den Ballungsgebieten halte ich für nicht ganz gerechtfertigt: 16

a Es sollen reelle, aber nicht so ungeheuer hohe Baulandpreise gezahlt werden: 3

a b Es ist nicht richtig, auch nicht in den kleineren und mittleren Gemeinden, daß utopische Baulandpreise gezahlt werden. Problematisch ist aber die Festsetzung von Richtwerten durch die Gemeinden: 1

d Die Baulandpreise müßten vielleicht etwas gedämpft werden, das Eigentum muß aber gewahrt bleiben: 2

e In den Städten ist vielleicht ein neues Bodenrecht nötig (es muß aber vorsichtig gehandhabt werden), nicht aber in den Dörfern: 11

e Kein neues Bodenrecht in den mittleren und kleineren Gemeinden: 2

a Ich bin nicht grundsätzlich gegen die Abschöpfung der Planungsgewinne: 1

f Gewisse Zugeständnisse müssen wir schon machen. Geordnete Bebauungspläne müssen sichergestellt werden können. Der Bodenpreis soll aber auch durch den Markt geregelt werden: 1

a d Grundbesitz innerhalb von Sanierungsgebieten soll zur Verfügung gestellt werden; der Eigentümer soll aber entsprechend bezahlt werden: 1

a d In bestimmten Fällen ist eine schnellere Enteignung vertretbar (Sanierung von Städten); im allgemeinen sollte man damit aber vorsichtig umgehen: 7

c d Der Bauer sollte vor zu schneller Enteignung geschützt werden. Besonders triftige Gründe für eine schnellere Enteignung liegen nur bei Baumaßnahmen zum Wohle der Allgemeinheit vor: 1

c g	Die Grundbesitzer sollen ihr Land nicht zu billig abgeben:	2
a	Gewisse Veränderungen im Bodenrecht sind wohl zu vertreten:	1
g	Ich bin skeptisch, Bauland müßte entsprechend bezahlt werden (vielleicht im Verhältnis Ackerland zu Bauland von 1 : 3):	11
f	Ich bin für ortsübliche Preise, der Boden muß bereitgestellt werden, wenn es nötig ist (z.B. für Industrieansiedlung):	2
c	Ich bin skeptisch. Der Bauer muß entschieden mehr für das Bauland bekommen als nur den Ackerpreis; denn er bringt ein Opfer:	1
f	Im ganzen bin ich skeptisch. Angebot und Nachfrage regeln auch den Preis für Grund und Boden:	1
d f	Ein Quadratmeter Fußboden ist teurer als ein Quadratmeter Bauland; das neue Bodenrecht würde eine Gefahr für das Eigentum bedeuten:	2
d	Die Eigentümer müssen weitgehende Rechte am Grund und Boden behalten:	2
g	Der Bauer muß am Planungsgewinn beteiligt werden:	1
g	Das Bauerwartungsland darf nicht mit Steuern belegt werden:	1
g	Ich lehne die Bodenwertzuwachssteuer ab:	1
c g	Nicht realisierte Wertsteigerungsgewinne sollen nicht besteuert werden; das würde den Bauern kaputt machen:	1
a	Wer für teures Geld Bauland verkauft, sollte auch dafür Steuern bezahlen:	1
f	Schärfere Maßnahmen sind nicht notwendig; die bisher gültigen Vorkaufsrechte der Gemeinden reichen aus:	1
d	Ein neues Bodenrecht wäre der erste Schritt zur Sozialisierung:	3
-	Die schleichende Inflation führt dazu, daß man sich an das Land, das bleibenden Wert darstellt, klammert:	1
d	Das neue Bodenrecht beinhaltet Enteignungen, die nicht Art 14 GG entsprechen. Bei extremen Fällen von Starrsinn, wo nicht verkauft wird, soll der Staat aber eingreifen können:	1
g	Kein neues Bodenrecht:	6

Anhang D

Liste der für Einzelinterviews bzw. Gruppendiskussionen ausgewählten Dörfer mit Anzahl der Einwohner[1] und Vollbeschäftigten in der Landwirtschaft (ohne Haushaltstätigkeiten)[2]

1	2	3	4
Dörfer	Einwohner	Vollbeschäftigte	Sp. 3 in Prozent von Sp. 2
A. Einzelinterv.			
Bördegebiet I			
Hönnersum	525	9	1,71
Schellerten	12o8	16	1,32
Söhlde	2o29	24	1,18
Wöhle	374	26	6,96
Verdichtungsraum II			
Emmerke	182o	17	o,93
Hasede	1o82	14	1,29
Sarstedt	1342o	11	o,o8
Innerstetal III			
Hockeln	212	4	1,89
Lechstedt	343	7	2,o4
Söhre	1152	1o	o,87
Sottrum	818	12	1,47
Nordgemeinden IV			
Ingeln	62o	11	1,77
Wirringen	273	7	2,56
Ambergau V			
Bockenem	4431	22	o,5o
Großrhüden	2172	37	1,7o
Störy	297	1o	3,37

[1] Amtliches Gemeindeverzeichnis a. a. O. S. 75 f

[2] Gemeindestatistik Niedersachsen 197o, a. a. O. S. 84 ff

1	2	3	4
B Gruppen-diskussionen			
Adlum I	56o	24	4,29
Harsum I	3852	27	o,7o
Öttbergen I	1136	18	1,58
Sorsum II	1973	26	1,32
Hackenstedt III	534	11	2,o6
Großlobke IV	755	23	3,o5
Mechtshausen V	479	32	6,68

FRAGEN AN DEN BETRIEBSINHABER

I. In welchem Ort liegt Ihr Betrieb? .....

II. Betriebsgröße:

1. Ist die Hofstelle (Wohn- u. Wirtschaftsgebäude) Ihr Eigentum?
   ja ... nein ...
2. Summe der selbstbewirtschafteten LN ..... ha, davon Eigentum .... ha
   gepachtet ..... ha, Waldfläche ..... ha, verpachtete LN ..... ha
3. Besteht in Ihrer Umgebung die Möglichkeit, Land zu kaufen oder zu pachten? kaufen: ja ... nein ..., pachten: ja ... nein ...
4. Beabsichtigen Sie, innerhalb der nächsten 5 Jahre die Größe Ihres Betriebes zu verändern? ja ... nein ...
   Falls ja: a) Der Betrieb soll vergrößert werden um ..... ha
   davon: durch Zukauf von ca ..... ha
   durch Zupacht von ca ..... ha
   b) Der Betrieb soll verkleinert werden um ..... ha
   davon: durch Verkauf von ca ..... ha
   durch Verpachtung von ca ..... ha
   durch Rückgabe von Pachtland von ca ..... ha
   c) Die landw. Nutzfläche soll ganz abgegeben werden:
   davon: durch Verkauf von ca ..... ha
   durch Verpachtung von ca ..... ha
   durch Rückgabe von Pachtland von ca ..... ha

Die Beantwortung der Fragen unter 4.) ist unbedingt notwendig, damit die zukünftigen Strukturverschiebungen erfaßt werden können.

5. Unter welchen Voraussetzungen wären Sie bereit, den Betrieb ganz aufzugeben? .....

III. Wohn- und Wirtschaftsgebäude

1. Beabsichtigen Sie, innerhalb der nächsten 5 Jahre an den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden Veränderungen vorzunehmen? ja ... nein ...
   Falls ja: Welche Veränderungen sind in welchem Jahr beabsichtigt? (Falls das Jahr noch nicht feststeht, bitte nur anzukreuzen.)

Gebäudetyp	Umbau ohne Erweiterung	Umbau mit Erweiterung	Neubau alter Standort	Neubau Aussiedlung
Wohngebäude				
Stallungen				
sonstige Wirtschaftsgebäude				

Falls nein: Wenn keine Veränderungen geplant sind, weil Ihre Hofstelle nicht ausbaufähig ist: Würden Sie den jetzt von Ihnen bewirtschafteten Betrieb abgeben, um in der gleichen Gemeinde oder woanders einen entwicklungsfähigen Betrieb zu übernehmen? ja ... nein ...

IV. Betriebsorganisation

1. Geben Sie in der folgenden Aufstellung bitte an, wie die landwirtschaftliche Nutzfläche heute genutzt wird, welches Vieh Sie halten und welche Veränderungen Sie künftig vornehmen wollen.

Nutzungsart/ Viehart	heutiger Stand ha/Stück	beabsichtigte Veränderungen: erweitern um ha/Stück	einschränken um ha/Stück	ganz einstellen
Getreidefläche				
Hackfruchtfl.				
Ackerfutterfl.				
Sonderkulturen				
Grünland				
Milchkühe				
Mastrinder				
Sauen u. Eber				
Legehennen				
Mastgeflügel				
Mastschweine dz je Jahr				

V. Überbetriebliche Zusammenarbeit

1. In welchem der genannten Zusammenschlüsse sind Sie bereits Mitglied, oder beabsichtigen Sie, künftig Mitglied zu werden?

Art	bin Mitglied	beabs. Mitgl. zu werd.	will ausscheiden
Maschinengemeinsch.			
Maschinenring			
Erzeugergemeinsch. (z. B. Ferkelring)			

Lassen Sie auch Arbeiten durch Lohnunternehmen durchführen? .....

Sind diese Mitglied des Maschinenringes? ja ... nein ...

Welche Arbeiten lassen Sie durchführen? .....

2. Betreiben Sie mit anderen Landwirten gemeinsam eine der folgenden Gemeinschaftsproduktionen, oder beabsichtigen Sie, das künftig zu tun?
   a) gemeinsame Feldbewirtschaftung

      bereits verwirklicht? ja ... nein ... beabsichtigt? ja ... nein ...
   b) Viehhaltung in Gemeinschaftsställen

      bereits verwirklicht? ja ... nein ... beabsichtigt? ja ... nein ...

3. Haben Sie mit Nachbarn eine Betriebsgemeinschaft gebildet?

   ja ..., nein ... Beabsichtigen Sie es zu tun? ja ... nein ...

VI. Arbeitsverfassung

1. Betriebsinhaber: Alter ... Jahre; männlich ... weiblich ...

   Familienstand: verh. ... ledig ...

   arbeiten Sie a) ausschließl. im eigenen Betrieb? ja ... nein ...

   b) überwiegend im eigenen Betrieb? ja ... nein ...

   falls ja: Welche außerbetriebliche Tätigkeit üben Sie zusätzlich aus? .....

c) überwiegend außerhalb des eigenen Betriebes? ja ... nein ...

Welche außerbetriebliche Tätigkeit üben Sie aus? .....

2. Arbeitet Ihr Ehegatte
   a) ausschließl. im Betrieb (einschließl. Haushalt)? ja ... nein ...
   b) überwiegend im Betrieb (einschließl. Haushalt)? ja ... nein ...
   falls ja: Welche außerbetriebliche Tätigkeit wird ausgeübt?
   .....
   c) überwiegend außerhalb Ihres Betriebes? ja ... nein ...
   falls ja: Welche außerbetriebliche Tätigkeit wird ausgeübt?
   .....

3. Arbeiten außer Ihnen und Ihrem Ehegatten noch Familienangehörige unter 65 Jahren
   a) ausschließlich in Ihrem Betrieb?
   Wieviel männliche? .... Wieviel weibliche? ....
   b) überwiegend in Ihrem Betrieb?
   Wieviel männliche? .... Wieviel weibliche? ....
   c) überwiegend außerhalb Ihres Betriebes?
   Wieviel männliche? .... Wieviel weibliche? ....
   d) Wieviel Fremdarbeitskräfte sind in Ihrem Betrieb tätig?
   Vollarbeitskraft .... Teilarbeitskraft ....

4. Folgende Fragen nur beantworten, wenn Sie hauptberuflicher Landwirt sind.
   a) Meinen Sie, daß die ggfs beabsichtigten Betriebserweiterungen es Ihnen ermöglichen werden, an der allgemeinen Einkommenssteigerun teilzunehmen? ja .... nein ....
   b) Würden Sie auch dann hauptberuflicher Landwirt bleiben, wenn Sie außerhalb der Landwirtschaft ein höheres Einkommen erzielen könnten? ja .... nein ....
   c) Würden Sie eventuell Ihren Wohnort wechseln, um einen anderen Beruf ausüben zu können? ja .... nein ....
   d) Haben Sie schon daran gedacht, an einem Umschulungslehrgang für einen anderen Beruf teilzunehmen? ja .... nein ....

VII. Hofnachfolger:

1. Steht ein Nachfolger für den Betriebsinhaber schon fest? ja ... nein ...
Wenn ja: WelcherArt ist das Verwandtschaftsverhältnis zu Ihnen?
..... Wie alt ist er oder sie? .... Jahre
Arbeitet er oder sie in Ihrem landw. Betrieb hauptberuflich mit? ....
Übt er oder sie einen anderen Beruf aus? ja .... nein ....
Welcher Beruf wird ausgeübt? .....
Wie wird der Hoferbe den Hof voraussichtlich bewirtschaften?
hauptberuflich? ... nebenberuflich? ... steht noch nicht fest? ....

2. Wird derBetrieb bei Ihrem Ausscheiden aus der Landwirtschaft eventuell aufgelöst? ja .... nein ....

VIII. Ausbildung

Welche Fachausbildung haben der Betriebsinhaber, sein Ehegatte und der voraussichtliche Erbe bereits erfahren und welche soll künftig noch erworben werden?

Fachausbildung	Betriebsinhaber vorhanden	Betriebsinhaber beabsichtigt	Ehegatte vorhanden	Ehegatte beabsichtigt	Hoferbe vorhanden	Hoferbe beabsichtigt
keine spezielle Fachausbildung						
Landwirtschaftsschule (Wintersch.)						
Lehre und Gehilfenprüfung						
land- od. hauswirtschaftl. Meister						
höhere Fachschule z. B. Michelsenschule						
Fachhochschule (ing. grad. agr.)						
Hochschule						
nichtlandwirtschaftl. Fachausbildung						

IX. Buchführung und Beratung

1. Sind Sie zur Buchführung verpflichtet? ja .... nein ....
2. Haben Sie Buchführung, ohne für steuerliche Zwecke dazu verpflichtet zu sein? ja .... nein ....
3. Machen Sie nur regelmäßige Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben? ja .... nein ....
4. Nehmen Sie landwirtschaftliche Beratung in Anspruch?
   regelmäßig .... manchmal .... gar nicht ....

X. Fragen an die Ehefrauen der Betriebsinhaber

1. Welchen Beruf hatte Ihr Vater .....
2. Wo sind Sie tätig? a) ausschließlich Hauswirtschaft ....
   b) Hauswirtschaft und Viehwirtschaft ....
   c) Hauswirtschaft, Viehwirtschaft und Feldwirtschaft ....
   d) ausschließlich Viehwirtschaft und Feldwirtschaft ....
   e) Hauswirtschaft und außerhalb des landwirtschaftl. Betriebes erwerbstätig ....
   f) ausschließlich außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes erwerbstätig .....

Kord Rautenberg
Landwirt

3ool Lühnde, den 16 Januar 1973
Am Brink 3o

Zusätzliche Fragen zum Fragebogen vom Februar 1972

In dem Zeitraum zwischen Februar und Mai 1972 ist Ihnen von mir ein Fragebogen zugesandt worden, durch den im Rahmen einer Doktorarbeit die Einstellung der Landwirte zu ihren Problemen erforscht werden sollte.

Haben Sie diesen Fragebogen ausgefüllt und an mich zurückgeschickt?

ja ...., nein ....

Wenn ja, warum haben Sie den Fragebogen zurückgeschickt?
Geben Sie bitte alle Gründe an.

Wenn nein, warum haben Sie ihn nicht ausgefüllt?
Geben Sie bitte alle Gründe an.

zu V. Überbetriebliche Zusammenarbeit

2. Betreiben Sie mit anderen Landwirten gemeinsam eine der folgenden Gemeinschaftsproduktionen, oder beabsichtigen Sie, das künftig zu tun? Geben Sie bitte alle Gründe an.

a) gemeinsame Feldbewirtschaftung ja ...., nein ....

b) Viehhaltung in Gemeinschaftsställen ja ...., nein ....

c) Zusammenschluß von Betrieben zwecks gemeinsamer Bewirtschaftung
ja ...., nein ....

zu VI 4. nur für hauptberufliche Landwirte

a) Meinen Sie, daß die ggfs beabsichtigten Betriebserweiterungen es Ihnen ermöglichen werden, an der allgemeinen Einkommenssteigerung teilzunehmen?
ja ...., nein .... Geben Sie bitte Gründe an

---

1. Welche Maßnahmen müßte Ihrer Meinung nach die Regierung unternehmen, um die Landwirtschaft im allgemeinen und Sie in Ihrem Betrieb im besonderen an der allgemeinen Einkommenssteigerung teilnehmen zu lassen?

2. Halten Sie Preiserhöhungen durch die Regierung für landw. Produkte, deren Angebot höher liegt als ihre Nachfrage für berechtigt?
ja ...., nein ...., beschränkt ja ....

3. Halten Sie es für vertretbar, daß nur noch die Betriebe staatlich gefördert werden, von denen erwartet werden kann, daß sie durch diese Maßnahmen einen Gewinn erbringen, der den Betriebsleiter in in den Stand versetzt, an den allgemeinen Einkommenssteigerungen teilzunehmen (Erhaltungssubventionen sind ausgeschlossen)?
ja .... , nein .... (Begründung)

4. Sehen Sie in den Bauern gesellschaftlich mehr einen in sich abgeschlossenen Stand, der in seinem Bestand geschützt werden sollte, oder mehr einen Gesellschaftsteil, der bestimmte Funktionen zum Wohl der Gesamtgesellschaft zu erfüllen hat, sich diesen Funktionen also unterordnen und anpassen muß. (Begründung)

5. Halten Sie die Landwirtschaft für wichtiger als andere Teile der Wirtschaft und Gesellschaft, ist sie diesen gleichgeordnet oder etwa untergeordnet? (Begründung)

6. Schildern Sie bitte kurz, wie Sie zu einem neuen Bodenrecht stehen?
a) in den Städten

b) in den kleineren bis mittleren Gemeinden

FRAGEN ZUR GRUPPENDISKUSSION MIT LANDWIRTEN AUS AUSGEWÄHLTEN DÖRFERN IM LANDKREIS HILDESHEIM-MARIENBURG, DURCHGEFÜHRT IM WINTER 1974.

(1a) Wie beurteilen Sie die Situation der Landwirtschaft in der Gegenwart und für die Zukunft, einmal allgemein und zum anderen speziell in Ihrem Ort ?

(1b) Was müßte von der Regierung für die Landwirtschaft in Ihrem Ort getan werden ?

(2) Was halten Sie von der Politik des Bundesministers für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, nach der nur die Betriebe gefördert werden sollen, von denen erwartet werden kann, daß aus ihnen durch die gezielten Hilfen ein, gemessen an vergleichbaren Einkommen in Industrie und Dienstleistungsbereich, ausreichendes Einkommen erwirtschaftet werden kann ?

(3) Wie stehen Sie zur betrieblichen Kooperation, zum vollkommenen oder Teilzusammenschluß von Betrieben ?

(4) Halten Sie den sich vollziehenden Strukturwandel in der Landwirtschaft volkswirtschaftlich und gesellschaftlich für richtig ?

(5) Wie sehen Sie die Beziehung zu außerlandwirtschaftlichen Schichten in Ihrem Dorf ?

(6) Welchen Stellenwert geben Sie der allgemeinen Bildung für Ihre Kinder bzw. Großkinder ?

(7) Unter welchen Umständen wären Sie bereit, Ihren landwirtschaftlichen Haupterwerb aufzugeben ?

Glauben Sie, daß Ihr Hof auch in der nächsten Generation noch hauptberuflich bewirtschaftet wird ?

Literaturverzeichnis

Abel, W., Agrarpolitik, 3. Auflage, Göttingen 1967, S. 51

Agrarbericht 1976, Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 7/4680

Materialband (einschließlich Buchführungsergebnisse zum Agrarbericht 1976, Bundestagsdrucksache 7/4681

Agrarstrukturelle Vorplanung Region Hildesheim, durchgeführt von: Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover 1969

Andreae, Für und Wider Betriebsfusionen, Auswertung einer Umfrage bei 258 nordwestdeutschen Landwirten, in: Berichte über Landwirtschaft, NF, Bd. 50, H. 3, Hamburg und Berlin 1972, S. 828 - 852

Atteslander, P., Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin 1969

v. Auenmüller, H., Griesbach, H., Beabsichtigte Strukturveränderungen in der Landwirtschaft, Materialsammlung der Agrarsozialen Gesellschaft, Göttingen 1970

Barthelmä, K.-L., Strukturelle Auswirkungen der neuen Kooperationsformen im Erzeugungsbereich der deutschen Landwirtschaft, Diss. Heidelberg 1973

Bertrand, A. L., A Structural Analysis of Differential Pattern of Social Relations: A Role Theory Perspective for Rural Sociology, in: Rural Sociology, Vol. 33, Madison 1933, Nr. 4, S. 411 - 423

deutsch: Eine Strukturanalyse unterschiedlicher Muster sozialer Beziehungen (Perspektiven der Rollentheorie für die Landsoziologie), in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Jg. 19, H 1, Frankfurt-Main 1971, S. 78 - 89

Biehl, D., Hußmann, E., Schnyder, S., Zur regionalen Einkommensverteilung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Die Weltwirtschaft, H. 1, Tübingen 1972, S. 64 - 78

Bolte, K. M., Sozialer Aufstieg und Abstieg. Eine Untersuchung über Berufsprestige und Berufsmobilität, Stuttgart 1959

Brandes, W., Entwicklungsmöglichkeiten der Formen überbetrieblicher Zusammenarbeit in der landwirtschaftlichen Produktion, in: Agrarwirtschaft, Jg. 16, H. 2, Hannover 1967, S. 41 - 48

Buchholz, E. W., Ideologie und latenter sozialer Konflikt, Göttinger Abhandlungen zur Soziologie, Bd. 15, Stuttgart 1968

Büscher, K. Bildungsstruktur und Bildungsplanung des Landes und der Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft, NF, Bd. 43, H. 3, Hamburg und Berlin 1965, S. 5o3 - 539

Clauß, G., Ebner, H., Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen, Berlin (Ost) 1967

van Deenen, B., Wandel im Verhalten in den Einstellungen und Meinungen westdeutscher Landwirte zu Beruf, Familie und Gesellschaft. Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Bonn 1971

Ernst, W., Bodeneigentum und Bodenrecht, in: Bodenordnung und Bodenpolitik, Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Bd. 78, Münster 1972, S. 11 - 31

Fels, G., Schatz, K. - W., Wolter, F., Der Zusammenhang zwischen Produktionsstruktur und Entwicklungsniveau - Versuch einer Strukturprognose für die westdeutsche Wirtschaft, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 1o6, H. 1, Tübingen 1971, S. 24o - 278

Friedrichs, J., Methoden empirischer Sozialforschung, Hamburg 1973

Fürstenberg, F., Sozialstruktur als Schlüsselbegriff der Gesellschaftsanalyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln und Opladen 1966, S. 439 - 453

Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte (GAL) vom 29. 7. 1969 (BGBl. I 1o17)

Görs, D., Soziale Herkunft der Schüler und Ungleichheit der Bildungschancen, in: WSI Mitteilungen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Düsseldorf 1975, S. 233 - 245

Harms, O., Abgrenzung und ökonomische Charakterisierung der Regionen Niedersachsens im Hinblick auf die zukünftige agrirische Entwicklung, Agrarwirtschaft, S. H. 6o, Hannover 1975

Hartley, E. L., Hartley, R. E., Fundamentals of Social Psychology, 2nd Edition, New York 1955, S. 11 (dtsch) Übers. der 1. Aufl. Grundlagen der Sozialpsychologie, Berlin 1955

Heidhues, Th., Anpassungsdruck in der Landwirtschaft - ein Prozeß ohne Ende? Göttingen 1972

Heidhues, Th., Tangermann, S., Der Einfluß von wirtschaftlichem Wachstum, Inflation und Währungspolitik auf die Landwirtschaft unter EWG-Bedingungen, in: Agrarwirtschaft, Jg. 21 H. 6, Hannover 1972, S. 173 - 182

Heidtmann, W., Strukturpolitik und sozialer Wandel, in: Sociologia Ruralis, Vol. 13, No. 1, Assen 1973, S. 69 - 87

Heintz. P., Ein soziologisches Paradigma der Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas, Stuttgart 1962

Henjes, H., Das Baulandproblem aus der Sicht der Landwirtschaft, in: Bodenordnung und Bodenpolitik. Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Bd. 78, Münster 1972, S. 1o9 - 121

Hofstee, E. W., Development and Rural Social Structure, in: Sociologia Ruralis, Assen 1968, S. 24o - 255

Irle, M., et. al., Texte aus der experimentellen Sozialpsychologie, Neuwied 1969

Köbke, U., Landwirtschaftliche Kooperation in Theorie und Praxis, Bonner Hefte für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Stuttgart 1972

Köhne, M., Neue Formen der Entwicklung größerer Betriebseinheiten, in: Agrarwirtschaft, Jg. 18 H. 4, Hannover 1969, S. 114 - 121

Köhne, M. Zur Beurteilung der Entwicklungsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe, in: Agrarwirtschaft, Jg. 19, H. 9, Hannover 197o, S. 285 - 297

Köster, U., Die wirtschaftspolitische Konsistenz des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms, in: Agrarwirtschaft, Jg. 23, H. 1, Hannover 1974, S. 23 - 33

Kötter, H., Die Gemeinde in der ländlichen Soziologie, in: R. König (Hrsg.), Soziologie der Gemeinde, Köln und Opladen 1966, S. 12 - 25

Kretch, P., Crutchfield, R., and Ballachey, E., Individual in society, New York 1962, zit. n. Greenwald et al., Social Psychology, Psychological Foundations of Attitudes, New York 1968, S. 362 ff

Kriz, J., Statistik in den Sozialwissenschaften, Hamburg 1973

Lewin, K., Feldtheorie in den Sozialwissenschaften, Bern und Stuttgart 1967

Lewin, K., Die Lösung sozialer Konflikte, 3. Aufl., Bad Nauheim 1968

Linde, H., Zur sozialökonomischen Situation des deutschen Dorfes, in: Das Dorf. Gestalt und Aufgaben ländlichen Zusammenlebens, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Hannover 1954

Loomis, C. P., Social Organization and Rural Change, in: Sociologia Ruralis, Vol. 8 Assen 1968

Loomis, C. P., Beegle, A. J., Rural Social Systems, 3. Aufl., New York 1955

Loomis, C. P., Beegle, A. J., Rural Sociology. The Strategy of Change, Prentice-Hall, Inc., Englewood Cliffs, N. J. 1957

Mangold, W., Gruppendiskussionen, in R. König (Hrsg.) Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. I. Stuttgart 1962, S. 2o9 - 225

Mayntz, R., Holm, K. Hübner, P., Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie, Köln und Opladen 1969

Meinhold, K., Mählmann, A., Möglichkeiten und Grenzen der staatlichen Förderung des Strukturwandels im Bereich der Agrarwirtschaft, in: Kieler Milchwirtschaftliche Forschungsberichte, Veröffentl. der Bundesanstalt für Milchforschung, Kiel, Bd. 24, H. 4, Hildesheim 1972, S. 372 - 385

Merton, R. K., Social Theory and Social Structure, Enlarged Edition, Toronto 1968

Mey, Harald, Studien zur Anwendung des Feldbegriffs in den Sozialwissenschaften, München 1965

Morgen, H., Die Dorfgemeinde als soziologisch bestimmter Standort, in: Sozialökonomische Aufgaben der Landwirtschaft in unserer Zeit, Festschrift für Max Rolfes, Wiesbaden 1964, S. 163 - 18o

v. Nell-Breuning, O., Bodenwertzuwachsbesteuerung, Köln 1972

Neundörfer, L., Das Dorf - Produktionsstätte oder Lebensraum, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Veröffentl. der Agrarsozialen Gesellschaft e. V., H. 31 Göttingen 196o, S. 5 - 2o

Newcomb, T. M., Sozialpsychologie, Meisenheim am Glan 1959

Otzen, U., Begrenztes betriebliches Wachstum bei Fusion, in: Berichte über Landwirtschaft, NF, Bd 51, H. 3 Hamburg und Berlin 1973, S. 49o - 5o3

Parsons, T., Einige Grundzüge der allgemeinen Theorie des Handelns,in: H. Hartmann (Hrsg.), Moderne amerikanische Soziologie, Stuttgart 1967, S. 153 - 172

Parsons, T., Shils, E. A., Values, Motives, and Systems of Action, New York and Evanston, S. 45 - 275

Pfeiffer, U., Ansätze für eine bodenpolitische Konzeption, in: Bodenordnung und Bodenpolitik, Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Bd. 78, Münster 1972, S. 1o9 - 121

Planck, U., Die Landgemeinde, Hildesheim 1971

Planck, U., Landjugend im sozialen Wandel, München 197o

Pollock, F., Gruppenexperiment, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1955

dazu Böhm, F., Vorwort zu Pollock, F., Gruppenexperiment

Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" für den Zeitraum 1975 bis 1978, Bundestagsdrucksache 8/3563, Bonn - Bad Godesberg 1975

Riemann, F. u. a., Landwirtschaftliche Entwicklungstendenzen in Räumen mit unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur, Materialsammlung der ASG 1o4, Göttingen 1971

Riesman, D., Die einsame Masse (The lonely Crowd), Darmstadt 1956

Ritsert, J., Becker, E., Grundzüge sozialwissenschaftlich-statistischer Argumentation, Opladen 1911

Roeloffs, B., Die einzelbetriebliche Förderung, in der Diskussion, in: Bauernblatt, Mitteilungsblatt des Bauernverbandes und Organ der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, vom 21. 6. 1976, S. 2187 -2189

Roth, E., Einstellungen als Determinanten individuellen Verhaltens, Göttingen 1967

Rüschemeyer, D., Partielle Modernisierung, in: W. Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels, Köln und Berlin 1969, S. 382 - 396

Sachs, R. E. G.,Soziologische Aspekte zur Integrationsfähigkeit der Landwirtschaft, in: Integrationsfähigkeit der Landwirtschaft. Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen (Hrsg.), Agrarsoziale Gesellschaft e. V. Göttingen, Hannover 1974, S. 13 - 25

Sachs, R. E. G., Wirtschafts- und Sozialverhalten von Landwirten, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Veröffentl. der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. Göttingen, H. 65 Hannover 1972

Scheuch, E. K., Das Interview in der Sozialforschung, in: R. König (Hrsg.) Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. I, 2. Aufl. Stuttgart 1962, S. 1o7 - 196

Schlotter, H.-G., unter Mitarbeit von K. Sattler, Raumordnungs-und agrarpolitische Ziele in der landwirtschaftlichen Raumplanung, in: Grundlagen und Methoden der landwirtschaftlichen Raumplanung, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1969, S. 33 - 52

Schmidt-Volkmar, A., Intensität und Formen der Zusammenarbeit im landwirtschaftlichen Produktionsbereich und ihre Bedeutung für das Leitbild vom landwirtschaftlichen Betrieb - dargestellt am Beispiel Frankreich - , in: Berichte über Landwirtschaft, NF, Bd. 45, H. 4, Hamburg und Berlin 1967, S. 7o1 - 72o

Schnur, P., Projektion des Arbeitskräftebedarf für die Jahre 198o, 1985 und 199o, in: Mitteilungen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 3, S. 251 - 266

Secord, P. F., Bachmann, C. W., Social Psychology, New York, San Francisco, Toronto, London 1964

Graf zu Solms-Rödelheim, M. E., Das Compartiment - eine begrifflicheStudie auf dem Gebiet der allgemeinen Soziologie, in: S. Wendt (Hrsg.), Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart, Beiträge zu sozialwissenschaftlichen Problemen, Berlin 1961, S. 2oo - 212

Stuhler, E. A., Einkommensverbesserungen durch Kooperation, in: Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch, 48. Jg. S. H. 1/ 1971, München, S. 1o7 - 137

Tenhumberg, H., Grundzüge im soziologischen Bild des westdeutschen Dorfes, in: Landvolk in der Industriegesellschaft, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Veröffentl. der ASG, (Hrsg.), W. Abel, Hannover 1952

Thoss, R., Aufgaben der Bodenordnung zur Sicherstellung des Flächenbedarfs der Gesellschaft, in: Funktionswandel des Bodens, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, (Hrsg.) Agrarsoziale Gesellschaft e.V. Göttingen H. 71, Hannover 1974, S. 96 - 115

Vasthoff, Josef, Kooperation im Produktionsbereich der Landwirtschaft. Formen, theoretische Grundlagen und Bereiche, Agrarwirtschaft, SH 2o, Hannover 1966

Vögele, H., Die Auswirkungen des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels auf die Nachfrage nach Arbeitskräften in den Bundesländern - Eine Prognose der Wirtschaftsstruktur und des Arbeitsplätzeangebots bis 1985, Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 43, Kiel 1975

Weinschenck, G., Meinhold, K., Landwirtschaft im nächsten Jahrzehnt, Vorschläge zur künftigen Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 197o

Weinschenck, G., Reisch, E., Das neue Förderungsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: Agrarwirtschaft, Jg. 19, H. 11, Hannover 197o, S. 345 - 352

Wesche, R., Empirische Analyse der Organisationsformen sowie der ökonomischen Voraussetzungen und Auswirkungen kapitalverflechtender Kooperation landwirtschaftlicher Betriebe, Agrarwirtschaft, SH 5o, Hannover 1973

Wössner, J., Das soziale Feld - Versuch zu einer soziologischen Grundkategorie, in: Kölner Zeitschriftr. für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln und Opladen 1969, S. 16 ff

Wurzbacher, G., unter Mitarbeit von R. Pflaum, Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart 1954

Ziche, J., Die Bereitschaft zur Kooperation, Ergebnisse einer Befragung der landwirtschaftlichen Bevölkerung Bayerns, in: Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch, 48. Jg., SH 1, München 1971, S. 138 - 144

Statistische Quellen

Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1971, (Hrsg.) Stat. Bundesamt (Wiesbaden), Stuttgart und Mainz 1972

Gemeindestatistik Niedersachsen 197o, Teil 4, Landwirtschaft 1971/72, A. Ergebnisse der Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung vom Mai 1971, Statistik von Niedersachsen, Hannover 1972

Landwirtschaftszählung 1971 H. 2, Statistik von Niedersachsen, Bd 78, Hannover 1972

Stat. Bundesamt (Wiesbaden) Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Vz vom 27. Mai 197o, H. 15, Bevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt und Beteiligung am Erwerbsleben, Stuttgart und Mainz 1974

"Wirtschaft und Statistik" H 5 , Stuttgart 1971

"Wirtschaft und Statistik" H 5 , Stuttgart 1974

Lebenslauf

1937 Geburt am 9. Januar 1937 in Hildesheim; Landwirt August Rautenberg und Frau Elfriede, geb. Wittneben, Lühnde, Landkreis Hildesheim als Eltern. Staatsangehörigkeit: deutsch

1943 Einschulung in die Volksschule zu Lühnde, Landkreis Hildesheim

1947-1953 Besuch der Michelsenschule (Höhere Landbauschule) in Hildesheim mit dem Abschluß der mittleren Reife

1953-1955 Landwirtschaftliche Lehre mit dem Abschluß als landwirtschaftlicher Gehilfe in Emmerthal, Landkreis Hameln-Pyrmont

1955 Praktische Tätigkeit auf einen landwirtschaftlichen Betrieb in Groß-Flöthe, Landkreis Goslar

1956-1959 Besuch der gymnasialen Oberstufe der Michelsenschule in Hildesheim

1957 Bestehen der Prüfung zum "staatlich geprüften Landwirt"

1959 Abitur

ab 1959 Praktische Tätigkeit auf dem elterlichen Hof in Lühnde

1961 Übernahme des landwirtschaftlichen Betriebes nach dem Tode des Vaters

1966 Aufnahme des Studiums der Sozialwissenschaften und der Volkswirtschaft an der Universität Göttingen

1971 Bestehen der Prüfung zum Diplom-Sozialwirt

1972 Bestehen der Prüfung zum Diplom-Volkswirt

1973-1975 Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Regionalforschungsgruppe am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

ab 1975 Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent bei der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein in Kiel.

1962 Heirat mit Elke Goedecke, Vöhrum, Landkreis Peine.
Wir haben zwei Kinder.

Uwe Barschel